C21734 E



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Jahrg.4 Nr.40/26. Feb. 74
50 Pf.



„Genscher heißt er – uns bescheißt er"

– Zur Tarifrunde bei Post, Bahn und Öffentlichem Dienst –

Der Tarifkampf '74 im Öffentlichen Dienst ist 'beigelegt', nachdem im Schnitt 60 Prozent der an der zweiten Urabstimmung beteiligten Gewerkschaftsmitglieder von ÖTV, DAG, DPG und GdED dem faulen Kompromiß zugestimmt haben, den ihre Vorstände am 14. Februar dieses Jahres mit den Öffentlichen 'Arbeitgebern' ausgehandelt hatten (Abschluß: 11 Prozent – mindestens aber 170,– DM mehr Lohn und Gehalt).

Gehalt).

Im einzelnen ergab die Auszählung bei der ÖTV 61,8%, bei der DPG 62,2% und bei der GdED 66,3% Ja-Stimmen (bei einer insgesamt gesehen schwachen Beteiligung). Die DAG-Führung erhielt sogar nur 51,5% Ja-Stimmen, während 48,5% ihre Zustimmung verweigert hatten.

Bei dieser Gesamtrechnung hat man jedoch nur die halbe Wahrheit. Zu einer Wertung der 2. Urabstimmung kann nur gelangen, wer sich die regionalen Ergebnisse genauer ansieht:

So stimmten in Hessen 54,9 Prozent der Kollegen (der ÖTV) mit NEIN. Im Bereich Nordrhein Westfalen 2 der ÖTV (Ruhrgebiet und Ostwestfalen Lippe) lehnten rund 46 Prozent der Gewerkschafter den 'Kompromiß' ab. Mehrheitlich stimmten auch die ÖTVler in Essen, Oberhausen, Bochum, Bottrop, Recklinghausen und Duisburg gegen den Abschluß. Bei den Kassler Verkehrsbetrieben waren es gar 83,4 Prozent der Kollegen, die ihre Ablehnung bekundeten.

Daß die 2. Urabstimmung im Öffentlichen Dienst zu einem 'Mißtrauensvotum' für die Gewerkschaftsführer geraten könnte, deutete sich bereits unmittelbar nach Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses an: Aus

reits unmittelbar nach Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses an: Aus

zahlreichen Bezirken wurden Proteste gegen den als unzureichend empfundenen Abschluß gemeldet: *„Die Arbeitskampfleitung der ÖTV für den Bezirk Wolfsburg und den Bezirk Gifhorn lehnte ... einstimmig das Ergebnis der Verhandlungen ab..."* und *„empfahl, bei der neuen Urabstimmung gegen das Ergebnis zu stimmen... In Hessen kam es zu massiven Protesten der Arbeitnehmerschaft...Nach Angaben der ÖTV drohten im Offenbacher Rathaus Arbeiter...Streikleitern sogar Prügel an. In Wiesbaden nahmen die Busfahrer die Arbeit erst um 10 uhr auf"* (nach FR, 15.2.74).

Die Vertrauensleutevollversammlung der Hauptabteilung Gemeinde Frankfurt der ÖTV forderte in einer Entschließung *„alle Arbeiter und Angestellten auf, bei der Urabstimmung ... g e g e n das bisher erzielte, vorläufige Verhandlungsergebnis zu stimmen."* Die Frankfurter Gewerkschaftler, die in ihrer Erklärung auch für eine Protestkundgebung „gegen das unzureichende Resultat" eintreten, verlangen vom ÖTV-Kreisvorstand bei einer mehr heitlichen Ablehnung des 11%-Abschlusses *„sofort mit den Arbeitgebern in Frankfurt Verhandlun-*

Forts. nächste Seite



In vielen Städten legten die Müllarbeiter mit ihren Wagenkolonnen den Verkehr lahm

Lieber Leser,
Wegen eines Defekts unserer Maschine haben einige Artikel in dieser Nummer ein ungewöhnliches äußeres Bild. Wir bitten, das zu entschuldigen. AK - Red.

Kassel: Rathaus abgeriegelt – Polizei stand zum 'Räumen' bereit

Hunderte streikende Arbeiter und Angestellte besetzten am Mittwoch, den 13.2.1974, kurz nach sechs Uhr das Kasseler Rathaus. Sie riegelten alle Eingänge ab und versperrten den Haupteingang. „Selbst Stadtverordneten wurde der Zutritt verwehrt" (Hessische Allgemeine, 14.2.). Das Rathaus blieb für den Rest des Tages geschlossen, weil „kein Bediensteter mehr da war"(HA). Zuvor hatten streikende Arbeiter des technischen Personals den gesamten Telefonbetrieb des Rathauses für knapp drei Stunden lahmgelegt. „Die Lage ist völlig unübersichtlich", hieß es in einer Meldung der Stadtpressestelle, „deren Mitarbeiter sich zum Telefonieren in ein nahegelegenes Geschäft begeben mußten."

Die Polizei bereitete sich vor. Die Lage hatte sich schon am Morgen so zugespitzt, daß das Polizeipräsidium um 7.30 Uhr eine 'zentrale Einsatzstelle wegen der Rathausbesetzung' bildete. **„Vorsorglich waren zusätzliche Kräfte mobilisiert worden."** (HA 14.2.)

Bürgermeister Hille sprach schon am Mittwoch von 'rechtswidrigen Handlungen' und am Donnerstag leitete Oberstaatsanwalt Hafke ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt, wegen *„Sabotage von Fernmeldeanlagen, Verdachts der Nötigung und versuchter Nötigung"* ein und benachrichtigte **„sein politisches Dezernat"** (HA, 15.2.1974).

Vorgegangen werden soll gegen die, die *„persönlich gehandelt haben als auch gegen die Anstifter."*

(aus KVZ, 4/74)

VOR FÜNF JAHREN:

Sowjetrevisionistische Militärprovokationen am Ussuri / Wussuli

Anfang März werden es fünf Jahre sein, seit es zu den sowjetrevisionistischen Provokationen an der chinesischen Grenze und den folgenden militärischen Auseinandersetzungen kam.

Die gegenwärtige chinesisch-sowjetische Grenze entstand in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, als der rasch expandierende Zarismus China mehrere „Verträge" aufzwang und dadurch große Teile Chinas, insgesamt über eine Mio. qkm., annektierte.

Über diese imperialistischen „Verträge" und Eroberungen h i n a u s versuchte (und versucht) der Sowjetrevisionismus, der VR China weitere Gebiete zu entreißen.

Als die Sowjetrevisionisten – nach einer Reihe vorausgegangener Provokationen – am 2. März 1969 starke militärische Verbände in Marsch setzten, um die im Grenzfluß Ussuri (chines. Wussuli) gelegene chinesische Insel Dschenbao zu besetzen, wurden sie von gut vorbereiteten Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) empfangen und in die

der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) empfangen und in die

Flucht geschlagen. Es folgten weitere militärische Auseinandersetzungen an der chinesisch-sowjetischen Grenze.

Um das sowjetische Volk gegen die VR China zu mobilisieren, verbreiten die Sowjetrevisionisten bis heute die Lüge, die VR China habe irgendwelche „territorialen Forderungen" an die Sowjetunion. Tatsächlich hat die VR China jedoch immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, die durch die „ungleichen Verträge" des 19. Jh. entstandene chinesisch-russische (bzw. sowjetische) Grenze als Grundlage einer endgültigen Grenzregelung zu akzeptieren. Die VR China verlangt allerdings von den Sowjetrevisionisten, daß sie den „ungleichen", d.h. imperialistischen Charakter der damals vom Zarismus gegenüber China erzwungenen „Verträge" anerkennen sollen, wie es schon Lenin getan hatte.

Dazu sind die Sowjetrevisionisten aber durchaus nicht bereit. Sie fälschen im Gegenteil schon seit längerem die russische Geschichte unter der Herrschaft des Zarismus im Sinn des „großrussischen" Chauvinismus um. Aus der gewaltsamen Expansion des zaristischen Reiches machen die sowjetrevisionistischen Fälscher eine segensreiche und beglückende „Kultur"tat, wofür die vom Zarismus unterjochten und ausgebeuteten Völker womöglich noch nachträglich dankbar sein sollten (vgl. den Artikel „Wie die ‚neuen Zaren' den alten Zarismus rechtfertigen", in UNSER WEG 19).

Die Sowjetrevisionisten haben seit 1969 ihre Kriegsvorbereitungen gegen die VR China noch erheblich verstärkt. Riesige sowjetische Verbände sind an der chinesisch-sowjetischen Grenze und in der vom Sowjetrevisionismus faktisch okkupierten VR Mongolei aufmarschiert.

Grenze und in der vom Sowjetrevisionismus faktisch okkupierten VR Mongolei aufmarschiert.

Um eine „politische Rechtfertigung" für einen Angriff auf China zu schaffen (so wie 1968 gegen die CSSR) sind die Sowjetrevisionisten – bisher immer vergeblich – seit Jahren bemüht, unter den Parteien der revisionistischen „Weltbewegung" eine Verdammung Chinas durchzusetzen, die dann Vorwand sein könnte, durch einen Überfall „den Sozialismus in China zu retten", „brüderliche Hilfe zu leisten" etc.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die sowjetrevisionistische Hetze über die Lage der nationalen Minderheiten in der VR China, speziell in

Forts. Seite 17

IM NAMEN DER BOURGEOISIE

Die RAF vor Gericht

Voraussichtlich Mitte dieses Jahres soll der Hauptprozeß gegen die 1972 verhafteten Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe beginnen, die Mitglieder der 'RAF' („Baader-Meinhof-Gruppe") gewesen sein sollen. Es sind sehr lange Freiheitsstrafen zu erwarten, die sich zumindest an der Verurteilung von Horst Mahler (12 Jahre) orientieren dürften.

Wir nehmen dies zum Anlaß, um einen knappen, jedoch möglichst vollständigen Überblick über die bisher gelaufenen Prozesse gegen angebliche Mitglieder der „RAF", des Heidelberger SPK, der Westberliner „Bewegung 2. Juni" u.ä. zu geben.

Forts. Seite 27

Faschisten mit ‚linker' Masche

In AK 39 berichteten wir über den Versuch der Faschisten, in der Kleinstadt Stade (nahe Hamburg) mit pseudo-„revolutionären" Parolen an den Schulen Fuß zu fassen. Hinter dem Firmenschild „Republikanischer Schülerbund" stehen die „Jungen Nationlademokraten" (Jugendorganisation der NPD) sowie Faschisten wie Wintzek (Herausgeber der faschistischen Zeitschrift „Mut") und Rieger („AKON", „Freundeskreis der CSU", ehemals Chef eines „Republikanischen Studentenbundes" in Hamburg).

Dieser lokale Vorgang wirft nur ein weiteres Licht auf den a l l g e m e i n e n Versuch der Faschisten, ihre faule Ware mit „linken" Phrasen besser zu verkaufen. Nicht zufällig sind die Faschisten zu radikaler Demagogie übergegangen, nachdem die NPD mit ihren alten Parolen vorerst gescheitert ist und nachdem im Volk, vor allem unter der Jugend, die soziale Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen wächst.

Forts. Seite 25

West-Berlin

Trotz Schikane und Sabotage durch ÖTV-Führer -selbständige Aktionen durchgeführt!

„Am 11.2.1974 war im ÖTV-Haus eine Mitgliedervollversammlung der westberliner Abteilung Sozialarbeit angesetzt. Als die Kollegen um 19.30 Uhr ankamen, standen sie vor heruntergelassenen Scherengittern, daran ein Schild „Haus geschlossen". Funktionäre der Abteilungsgruppe Sozialarbeit erklärten den Kollegen durch das geschlossene Gitter, die Versammlung könnte nicht stattfinden: Es läge eine Bombendrohung gegen das Haus vor, weiter eine Morddrohung gegen Kettlitz (Bezirksleitung der ÖTV Bln.) und der Sohn von Hinz (ein ÖTV-Funktionär – Anm. der AK-Red.) solle entführt werden. Die Lächerlichkeit dieser „Argumente" wurde allen klar, als man zur gleichen Zeit die Pförtner im Haus Dienst machen sah, die Funktionäre wollten sich scheinbar auch in die Luft jagen lassen, sie blieben auch im Haus. Empört zogen dann die Kollegen zur Technischen Universität, wo man sich einen Raum erbat und ihn auch bekam. Die Kollegen, die schon öfter durch kurzfristig abgesagte MV's daran gehindert wurden, sich zu versammeln, resignierten jedoch nicht. 170 Kollegen waren anwesend und man beschloß für den Mittwoch eine Demonstration – einstimmig!

Als einzige vom Abteilungsvorstand – insgesamt sind es 17! – war Heide Pflanz anwesend. Ingo Hinz hielt es nicht für nötig, vor den Kollegen zu sprechen – was hätte er ihnen auch schon zu sagen gehabt! Man diskutierte Kampfmaßnahmen, wobei wieder mal die schwierige Situation gerade bei den Erziehern deutlich wurde.(Gemeint ist offenbar die breite Streuung der Kollegen über zahlreiche Heime, Kindergärten u.ä. und die damit verbundenen Verständigungsschwierigkeiten – Anm. d. Red.) Umso weniger hatte man Verständnis dafür, daß vom Vorstand nicht eine einzige präzise Information zu erhalten war außer der, daß man nicht streiken solle!



Westberlin: Hier kommt keiner durch

Es zeigte sich jedoch bei vielen Kollegen die Bereitschaft, etwas zur Erfüllung der Forderungen zu tun, auch streikten Kitas in Spandau, vom Streik der Schulheizer in Neukölln erfuhr man gleichfalls. Aus einigen Bereichen der Verwaltung wurde bekannt, daß Vorgesetzte die Kollegen zwingen wollten, anzugeben, was sie für einen Wagen fahren, um sie sozusagen dienstzuverpflichten, andere Kollegen mitzunehmen und so als Streikbrecher zu funktionieren!

Der ÖTV-Bezirksvorstand wurde also aufgefordert, zusammen mit allen anderen streikenden Kollegen (Post, BVG, usw.) für den Mittwoch eine gemeinsame Demonstration durchzuführen, entsprechende Telegramme an die Streikleitungen zu schikken. Die Kollegen beschlossen aber auch: Egal – mit oder ohne ÖTV-Spitze: Mittwoch wird demonstriert!

Mit übergroßer Mehrheit wurde die Aufforderung an den Bezirksvorstand formuliert, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- Volle Bezahlung aller Streik- und Ausfallzeiten!
- Keine Disziplinierung von Kollegen, die gestreikt haben-zumal die Funktionäre durch ihr Verhalten selbst Schuld hatten, daß eine Hand nicht wußte, was die andere tut!

Obwohl kritisiert wurde, daß die S-Bahn (ist im Besitz der DDR – Anm. AK-Red.) erst am Montag gegen 13.00 Uhr den Betrieb einstellte, ging eine Grußadresse an die Kollegen der Reichsbahn, die das ja auch nicht zu verantworten hatten. Erst als die Versammlung schon in der Auflösung war, bildete sich spontan ein Vorbereitungsausschuß, der Transparente malen und nähen sollte, da man sich ja auf die ÖTV-Funktionäre nicht verlassen kann.

Am nächsten Vormittag gab Kettlitz über den SFB („Sender Freies Berlin" – Anm. AK.Red.) in einem Interview an, daß es bisher „keine besonderen Vorkommnisse gegeben hätten... ", also keine Bombendrohung und kein Demonstrationsbeschluß! Ein Kollege von der 'hez' (Heim & Erzieher-Zeitschrift – Anm. AK-Red.) rief dann bei der ÖTV-Streikleitung an und bekam zu hören, daß man über die Demonstration noch nicht beschlossen habe. Der hez-Kollege berichtete weiter, daß er daraufhin von sich aus in sämtlichen Streiklokalen der BVG (städtische Bahn – Anm.AK-Red.) anrief und die Kollegen zur Demonstration aufforderte. Von der Streikleitung hatte er erfahren, daß man über die Bombendrohung noch nichts berichten wolle. Den streikenden Kindergärtnerinnen und Schulhausmeistern wurde per Radio mit Gewerkschaftsausschluß und Entlassung gedroht, was man hinterher teilweise zurücknahm.

Überhaupt glich der ÖTV-„Streikrat" eher einem aufgescheuchten Wespennest, es kamen die widersprüchlichsten Stellungnahmen.

Auch daran konnte man ablesen, daß die Berufsgewerkschaftler Angst hatten, daß ihnen der „dosierte"Streik aus den Händen gleitet. Am Dienstagabend malten 20 wütende Kindergärtnerinnen die Transparente. Andere hatten mit Kollegen aus dem Gesundheitswesen Kontakt aufgenommen, die gleichfalls für die Demo mobilisieren wollten. Gegen 19 Uhr fuhren Kollegen von uns, vom Gesundheitswesen und von der BVG zum ÖTV-Haus um dort die Stellungnahme des Bezirksvorstandes einzuholen. Ein Kollege berichtete, daß die Funktionäre versucht hätten, eine Kette zu bilden, um die kampfwilligen Kollegen nicht ins Haus zu lassen. Vor allem die BVGler hielten mit ihrer Wut nicht hinterm Berge. Sie forderten von der ÖTV-Führung die Demonstration und nannten sie einen Haufen von Verrätern. Es wäre beinahe zu Handgreiflichkeiten gekommen, zumal die Funktionäre die Kollegen anpöbelten. Gleichzeitig fotografierten Spitzel mit Blitzlicht die ganze Szenerie.

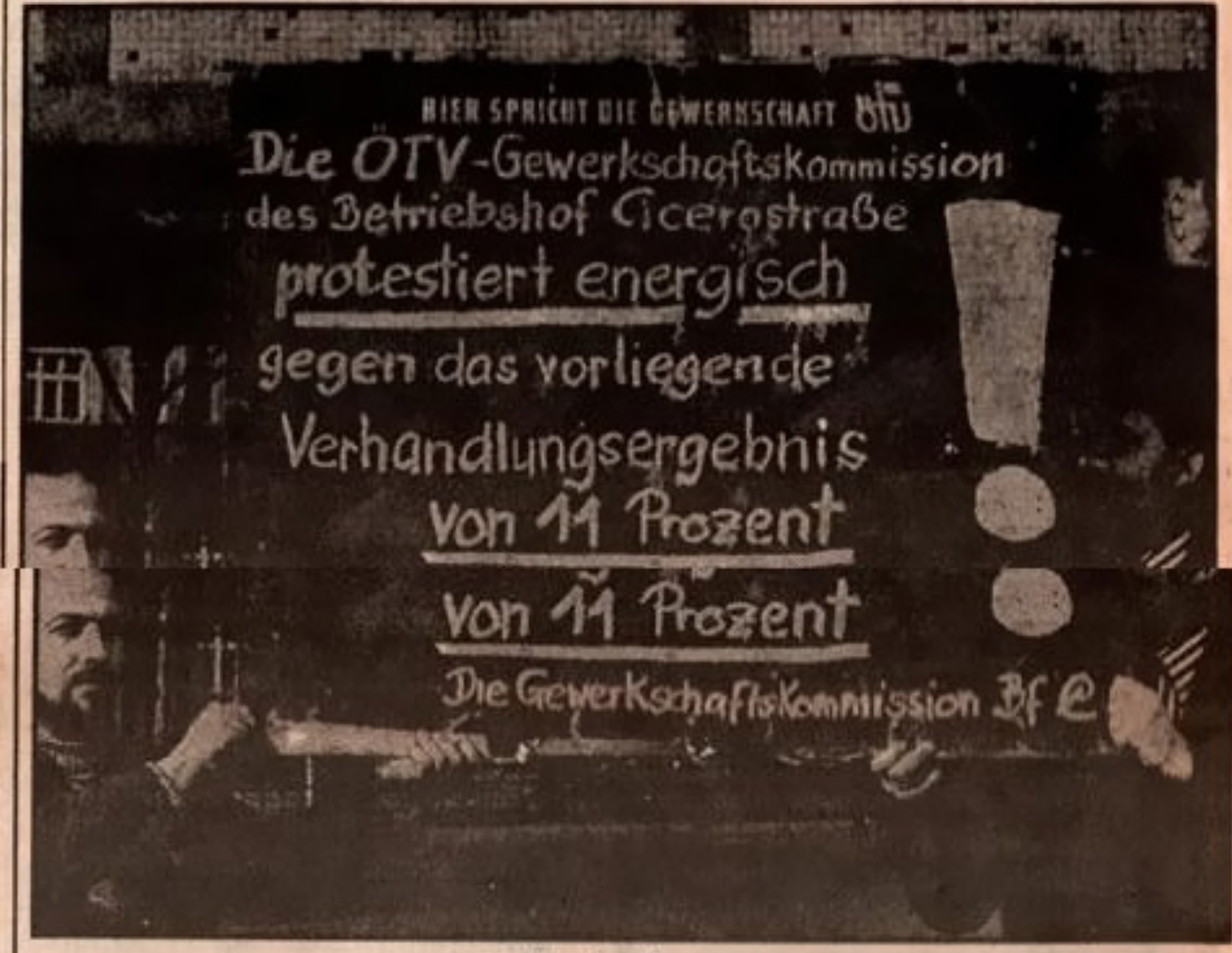
Am Mittwoch versammelten sich ab 15.00 Uhr die ersten Kollegen auf dem Wittenbergplatz. Die ÖTV-„Streikleitung" hatte vorher über Rundfunk aufgerufen, nicht zur Demo zu gehen. Einer Kollegin, die sich in der ÖTV telefonisch nach der Demo erkundigte, wurde gesagt: „...wenn sie daran teilnehme, könne sie gleich ihr Mitgliedsbuch abgeben." Man muß dazu sagen, daß sich sehr viele Kollegen dadurch haben abhalten lassen, aber viele kamen auch. Ein Kollege aus dem Bezirk Reinickendorf berichtete, daß das ganze BA- Reinickendorf (BA = Bezirksamt – Anm. AK-Red.) streikt, auch ohne den Segen der ÖTV. Dann gegen 16.00 Uhr kamen auch Kollegen aus den Krankenhäusern, die berichteten, daß im Urban-Krankenhaus auch Vertreter der SEW(westberliner Schwesterpartei der DKP) gegen die Demonstration gestimmt haben.

Aus einer anderen Dienststelle wurde berichtet, daß Kollegen, von denen man weiß, daß sie mit der SEW sympathisieren, selbstgemachte Plakate, die zur Demo aufriefen, von der Wand gerissen haben. Die Kollegen des Paketpostamtes Luckenwalder-str. und des Busbahnhofes Hindenburgdamm solidarisierten sich und liefen auch mit. Die Demo ging dann ca. 16.00 Uhr los über Tauentzien, Kudamm, Uhlandstr., Joachimstalerstr. zurück zur Gedächtniskirche. Am ÖTV-Haus waren die Rollos runtergelassen und das Gitter vor der Tür. Und hier sollte also der zentrale Streikrat sitzen! Prompt kamen Sprechchöre auf: „Kluncker heißt er, uns bescheißt er" und „Genscher und Kluncker, ab in den Bunker."

Auf den selbstgemalten Transparenten standen folgende Forderungen: 185.00 DM mindestens mehr für ALLE! 300.00 DM Urlaubsgeld! Gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse! usw. Während der ganzen Demo wurden die Parolen "185.00 DM, weniger ist Verrat!" und "Streik gegen Lohnraub und Preistreiberei" gerufen. Am Vormittag hatten wie am Montag schon Demos der Postler mit je einmal 2.000 und 300 Postlern stattgefunden. Ein Kollege faßte noch einmal die Situation zusammen, indem er meinte, daß die Gewerkschaftsführung gerade dabei sei, uns zu verladen. Es sprachen weiter Vertreter der KPD, der komm. Gruppe Westberlin (?) und von Spartacus (eine trotzkistische Gruppe – Anm. AK-Red.).Von der SEW sprach keiner, was viele erstaunte. Wenn man auch noch keine gründliche Einschätzung zu diesem Zeitpunkt, wo wir den Bericht schreiben, vornehmen kann, sprechen wir doch sicher für viele Kollegen, wenn wir feststellen: Die organisierte gewerkschaftliche Arbeit muß verstärkt werden, damit die da oben nicht mit uns machen können, was sie wollen.

Zwei Kindergärtnerinnen"

(Dieser Bericht ist entnommen der westberliner Heim & Erzieher Zeitschrift, Febr. 74)



Westberlin



Forts. Tarifrunde ÖTV

gen über die volle Durchsetzung der Forderungen, insbesondere Urlaubsgeld, aufzunehmen und den Streik bei Einbeziehung aller streikwilligen Betriebe forzuführen."

Gewerkschaftsführer – von Anfang an für Lohnleitlinien-Abschluß

Die Vorbereitungszeit (Aufstellung der Forderungen) mit eingerechnet, hat diese Tarifrunde im Öffentlichen Dienst insgesamt rund vier Monate gedauert! Die erste Verhandlung fand bereits am 13. Dezember des vergangenen Jahres statt – dann wurden die 'Gespräche' der Tarifpartner auf dem 8. Januar '74'vertagt.'

Die Gewerkschaftsführungen haben dabei von Anfang an einen Kurs verfolgt, der auf einen Abschluß im Rahmen der von der Bundesregierung für 'möglich' erklärten Lohn – und Gehaltserhöhungen hinauslief (nach dem Sachverständigen-Gutachten vom Nov.'73 waren das 9 - 13%; siehe dazu weiteres unten).

Das fing damit an, daß die von der Basis aufgestellten Forderungen systematisch gestutzt wurden, sodaß die ÖTV-Führer schließlich mit Ausgangsforderungen von 15%,mindestens 185,– DM, 600,– DM Existenzlohn für Lehrlinge und 300,– DM Urlaubsgeld in die Verhandlungen einstiegen (siehe dazu den Kasten: „Ein Kapitel innergewerkschaftlicher Demokratie").

Das ging weiter mit einer systematischen Verzögerungstaktik. Den Gewerkschaftsführern machte es offenbar gar nichts, daß die öffentlichen 'Arbeitgeber' bei der 1. Verhandlung mit einem Null-'Angebot' aufkreuzten und beim 2. Treffen der Verhandlungsdelegationen mit einem 'Angebot' von 7,5% provozierten (Genscher: *„Die Grenzen des Möglichen sind damit erreicht!").*

Forts. Seite 10



Wohin steuert die IG – Metall ?

Teil 2

Der Vorstand der IG Metall hat im zurückliegenden Jahr eine Reihe bedeutender, z.T. satzungsändernder Beschlüsse gefaßt, die von den Restbeständen innergewerkschaftlicher Demokratie noch weiteres abtragen und den pro-kapitalistischen Kurs der Gewerkschaftsführer noch deutlicher unterstreichen.

Ganz im Sinne der faschistischen Devise: „Was Recht ist, bestimme ich!" (Göring) hat der IGM-Vorstand es für ‚unvereinbar' e r k l ä r t, Mitglied der Gewerkschaft und gleichzeitig Mitglied einer kommunistischen Organisation zu sein (bzw. auch nur sich an Aktivitäten der Kommunisten zu ‚beteiligen' oder diese zu ‚unterstützen').

Eine Begründung für diese Verordnung haben die Gewerkschaftsführer bis heute nicht vorgelegt. Warum auch ? ! Wer als Vertreter dieser Ordnung noch so fest im Sattel sitzt und noch auf eine Vielzahl von Leuten seines Vertrauens in den Reihen der Arbeiterschaft selbst vertrauen kann, kommt nicht in die Not, für seine Entscheidungen ernstzunehmende Begründungen liefern zu müssen.

Natürlich ist dieser Zustand nicht von Dauer, aber auch in der IG Metall sind ‚Rechtsfragen Machtfragen' – und die ‚Macht' halten gegenwärtig ganz unzweifelhaft die Führer unserer Gewerkschaft in Händen!

Natürlich hätten die bisherigen Bestimmungen der IGM-Satzung (die Paragraphen 3.4., sowie 30.1.ff) mehr als ausgereicht, um die ‚Linksextremisten' aus der Gewerkschaft herauszudrängen – ein ‚Argument', das gelegentlich von ‚linken' Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten ‚gegen' den Beschluß des IGM-Beirats vorgebracht wird.

Was diese Leute in ihrer notorischen Blindheit nicht sehen wollen, ist, daß die SPD-Politiker in der Gewerkschaftsspitze mit diesem Extremisten-Erlaß ihr ‚Recht' auf w i l l k ü r l i c h e Disziplinierungen und Säuberungen großen Stils a u s g e b a u t und die ‚Gegner' (bzw. ‚Gewerkschaftsfeinde') ganz bewußt so vage bezeichnet haben, daß praktisch j e d e r O p p o n e n t der offiziellen Politik ‚ohne Verfahren' rausgeschmissen werden kann (sofern z.B. DKP-Mitglieder, entgegen der gültigen Parteilinie, konsequent für die Interessen ihrer Klasse eintreten sollten, fallen sie selbstverständlich auch unter den Extremisten-Erlaß!).

Diejenigen Organisationen, die meinen, dem zunehmenden Ausschlußterror in unseren Gewerkschaften durch Distanzierung von den ‚Chaoten' entgehen zu können (wie die Erfahrung zeigt, verfährt die DKP in der Regel so!), verkennen ‚den Ernst der Lage' – und verwechseln (mutwillig!?) U r s a c h e und W i r k u n g!

Nicht die super-‚linke' (in Wahrheit „links"-revisionistische) ‚KPD/ML' und auch nicht die ‚KPD' haben die Gewerkschaftsführer ‚veranlaßt', gegen die Kommunisten und andere Oppositionelle in den Gewerkschaften s c h ä r f e r vorzugehen, sondern der wiederbelebte ‚Anti-Kommunismus' (der gelegentlich sogar faschistoide Formen annimmt) ist einfach begründet im Vorgehen der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die Rechte und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Ernst Thälmann hat 1929 vor der Exekutive der Kommunistischen Internationale klar belegt, daß in dem Maße, wie die Bourgeoisie die faschistische Formierung von Staat und Gesellschaft durchführt,

„in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten." (Thälmann, Über Gewerkschaften, KAB-Druck, S. 10;

mierung von Staat und Gesellschaft durchführt,

„in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten." (Thälmann, Über Gewerkschaften, KAB-Druck, S. 10;

erhältlich im Arbeiterbuch!)

Diese These wird u.E. nicht nur von Thälmann für die Bedingungen der Weimerer Zeit bewiesen, sondern wir sehen sie auch bestätigt in den unmittelbaren Angriffen der herrschenden Klasse und in der gesamten Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands!

Anti-Kommunismus war in der deutschen Gewerkschaftsbewegung i m m e r vom Abbau der Organisationsdemokratie begleitet. Das war in der Weimarer Zeit so, das bestätigt die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland (wie wir im Folgenden zeigen werden) und das erleben wir gegenwärtig wieder:

Nicht einmal drei Monate nach der Verabschiedung des ‚Extremisten-Erlasses' durch den Beirat des IG Metall-Hauptvorstands haben die SPD-Gewerkschaftsführer im Juli des vergangenen Jahres neue ‚Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit' verordnet, die die gewerkschaftliche Betriebsarbeit noch stärker reglementieren, indem sie praktisch a l l e Handlungen der ‚einfachen' Funktionäre an die Entscheidungen der Führungsgremien binden. Der rigorose bürokratische Zentralismus der IG Metall wird weiter gestärkt, indem die Entscheidungskompetenzen der ‚Hauptamtlichen' bedeutend e r w e i t e r t, die elementarsten Rechte der Arbeiter aber bedeutend b e s c h n i t t e n werden. Durch eine Untersuchung der neuen ‚Richtlinien' und den Vergleich mit den bisher geltenden werden wir diese These belegen.

Im ersten Teil dieses Artikels werden wir jedoch zunächst den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse (im besonderen den Kampf der Metallarbeiter) nach 1945 um kampfstarke Gewerkschaften darstellen. Dieser Kampf ging für die Arbeiter ebenso verloren, wie der Kampf um eine grundsätzliche Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Weichen für die gesamte Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland (einschließlich die der Gewerkschaften!) wurden in den ersten zehn Jahren nach der Kapitulation des deutschen Imperialismus gestellt – in die falsche Richtung!

Programmatik des anti-faschistischen Widerstands

Der deutsche Faschismus hatte, auf für die Arbeiterbewegung furchtbare Weise, die Theorien von ‚Wirtschaftsdemokratie' und ‚Arbeitsgemeinschaft' mit den Kapitalisten widerlegt – und diese kleinbürgerlichen Illusionen zusammen mit den Gewerkschaften beseitigt.

Diejenigen Gewerkschafter, die sich dem antifaschistischen Widerstand angeschlossen hatten, entwickelten daraus Konsequenzen für eine Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes. Insbesondere sollten diese programmatischen Vorstellungen bestimmend sein für die wiederaufzubauenden Gewerkschaften.

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes, Schliestedt, skizzierte diese Vorstellungen während der illegalen Arbeit in einer nicht datierten Niederschrift nach '33:

‚Ernstgenommen wird nur noch der, der „selbst aufrichtigen Willens etwas dazugelernt hat; denn das blinde Vertrauen der Arbeiterschaft ist fort und man wird in Zukunft nichts unbesehen hinnehmen, was gesagt und getan wird." *Gefordert werden* „Menschen, die denken und handeln, und nicht Denkmaschinen oder empfindungslose Apparate." ...

„Es besteht die Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Kräfte nicht wieder in der Opposition wird entfalten können, daß also nicht eine parlamentarische Epoche auf die faschistische Diktatur folgen wird, sondern daß die Kämpfe um die Staatsmacht mit dem Siege der sozialistischen Bewegung enden werden."

Dieser Kampf verlangt neue Formen der Organisation: „Wo aber ein Vertrauen auf die Kraft der Arbeiter geweckt ist, da glaubt man, daß weder die KPD noch die SPD noch eine andere der früheren Organisationen der Arbeiterbewegung die Führung im Kampf um die Staatsmacht und den sozialistischen Aufbau übernehmen kann, sondern daß die neue Bewegung, welche die Führung der Arbeiterklasse übernehmen wird, aus dem klaren Willen zum Sozialismus neu geschaffen und vom sozialistischen Kampfgeist getragen sein muß." (zit. bei, H. Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied 1971, S. 109/110)

Schliestedt selbst konnte nach der Kapitulation des deutschen Imperialismus (wie tausende seiner Genossen) nicht mehr für die Verwirklichung dieser Programmatik kämpfen:

Er starb im Kampf gegen die faschistische Diktatur!

Deutscher Gewerkschafts-Bund Britische Zone und das Land Bremen

Arbeiter, Angestellte und Beamte im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Zur Demonstration

des gewerkschaftlichen Willens ruht die Arbeit am

Freitag, 12. November 1948 von 00 bis 24 Uhr

im gesamten Wirtschaftsgebiet der vereinigten Zonen.

Frankfurt a.M., 6. November 1948

Der Gewerkschaftsrat des Vereinigt. Wirtschaftsgebietes
HANS BÖCKLER

Der sogen. „Generalstreik" am 12. November 1948 war durch zahlreiche regionale und betriebliche Kämpfe von den Arbeitern vorbereitet worden – immer gegen den Willen und die Sabotage-„Arbeit" der reaktionären Gewerkschaftsführer. Gefragt, warum der selbsternannte Gewerkschaftsrat die spontane Militanz der Kämpfe zu (er)drosseln versuchte, sprach der spätere DGB-Vorsitzende Willi Richter von der Furcht der Gewerkschaftsführer, „den Russen und ihren kommunistischen Hilfskräften durch solche Kämpfe in die Hände zu spielen".

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 – der Zug fährt wieder in die falsche Richtung

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 – der Zug fährt wieder in die falsche Richtung

Nicht die aktiven Kämpfer gegen die Nazi-Diktatur waren es, die maßgeblich den Wiederaufbau der Gewerkschaften in den westlichen Zonen bestimmen konnten, sondern jene Gewerkschaftsführer des ADGB aus der Weimarer Zeit, die die Faschisten aus Dankbarkeit für ihre „Kooperationsbereitschaft" hatten laufen lassen – und denen sie zum Teil sogar bei der „Flucht" zu den Amerikanern oder Engländern behilflich waren (letzteres gilt u.a. für Tarnow).

Da kamen sogar solche Vögel wieder zu Amt und Würden, die seinerzeit bruchlos vom ADGB-Apparat zu den Faschisten übergegangen waren. Hier seien nur kurz zwei Beispiele genannt:

Furtwängler: Diesen maßgeblichen ADGB-Strategen „übernehmen" die Nazis in ein Ressort des Auswärtigen Amts, wo er während des Krieges als „Orientalist" tätig war. Nach 45 leitete Furtwängler drei Jahre lang die wiederaufgebaute „Akademie der Arbeit"!

Pahl: ... , der während des „tausendjährigen Reiches" Artikel und Bücher im Sinne der Nazi-Großraumpolitik verfaßt hatte, wurde beim DGB als Chefredakteur des theoretischen Gewerkschaftsorgans „Gewerkschaftliche Monatshefte" willkommengeheißen!

Zu Leuten dieses Schlages gesellten sich die ADGB-„Emigranten", die genug Zeit gehabt hatten, sich vom CIA oder anderen Institutionen des „freien Westens" für ihr Comeback ausbilden zu lassen.

Während zig Millionen Menschen durch den Aggressionskrieg des deutschen Imperialismus dahingerafft wurden, tausende von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern (darunter nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre unteren Ranges) in den KZs ermordet oder moralisch zerbrochen wurden, während Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam, unter Einsatz ihres Lebens den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur geführt hatten, war die einzige Sorge der Tarnows, daß die Bildung von Einheitsgewerkschaften (damit ist hier der Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten in e i n e r Organisation gemeint!) „um jeden Preis" verhindert wird – „da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen (!)" (Tarnow).

„*Daher*", so formulierten die späteren DGB-Führer, „*müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich zurückkehren können, um die Entwicklung anti-kommunistischer Gewerkschaften* (!) *zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem* (!) *wie in unserem Interesse (!) liegt.*" (F. Tarnow: zit. bei Wheeler, „Die amerikanische Po-

stischer Gewerkschaften (!) *zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem* (!) *wie in unserem Interesse (!) liegt.*" (F. Tarnow: zit. bei Wheeler, „Die amerikanische Po-

litik in Deutschland", Berlin 1958, S. 39 ff).

Um der Einheitsfront von unten, die bereits in den Betriebsräten und zahlreichen anti-faschistischen Aktionsausschüssen in den Großbetrieben konkrete Gestalt angenommen hatte und sich bereits in einigen Bezirken überbetrieblich zu organisieren begann (z.B. in Hamburg) einen Riegel vorzuschieben, begannen die „amerikanischen Gewerkschaftsführer" (wie die KPD diese Kerle seinerzeit sehr treffend bezeichnete) mit dem Aufbau zentralisierter Verbände.

„*Schon betätigten sich fähige Arbeiterführer* (!) *wie Schleicher, Richter, Hagen und Schäfer (später auch Tarnow) als demokratische Führer und setzten sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander*", lobte der Hochkommissar des US-Kapitals, General Clay, schon unmittelbar nach Kriegsende. (L.D. Clay, „Entscheidung in Deutschland", S. 324)

Natürlich konnten die Tarnow und Co. nicht ausdrücklich anti-sozialistisch dem demokratischen Zusammenschluß der Arbeiter entgegentreten – immerhin vertrat ja sogar die CDU in ihrem Ahlener Programm die Meinung, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden" sei und erhob die Forderung nach „Vergesellschaftung" der Schwerindustrien – nein, die Gewerkschaftsführer tischten ein weiteres Mal das Programm eines „dritten Weges" (weder Kapitalismus noch Sozialismus) auf, um so, wie schon einmal, die Arbeiterklasse ideologisch zu spalten.

Die durch den Faschismus endgültig diskreditierte Politik der „Wirt-

Weges" (weder Kapitalismus noch Sozialismus) auf, um so, wie schon einmal, die Arbeiterklasse ideologisch zu spalten.

Die durch den Faschismus endgültig diskreditierte Politik der „Wirt-

schaftsdemokratie" und der „Arbeitsgemeinschaft" wurde, neu lackiert, wieder zum Programm erhoben: „*Im Vordergrund* (!) *der gesamten wirtschaftspolitischen Arbeit der neuen Gewerkschaftsbewegung steht die Demokratisierung der Wirtschaft*", erklärte der spätere DGB-Vorsitzende Böckler.

Hauptforderungen sollten sein: Überführung der Grundstoffindustrien in „Gemeineigentum" und paritätische Vertretung der Gewerkschaftsführer in den „gesamtwirtschaftlichen Lenkungsorganen und in den Leitungen der großen Kapitalgesellschaften."

Daß die nachmaligen DGB-Führer tatsächlich nicht die „Vergesellschaftung" o.ä. sondern nur ein großangelegtes Täuschungsmanöver im Blick hatten („ein Programm, dazu ausersehen, den Sozialismus zu verhindern", wie ein CDU-Vertreter für seine Partei unumwunden zugab), erhellten alsbald alle wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit (u.a. um die Montan-Mitbestimmung, Be-



Eine der zahlreichen „Hungerdemonstrationen" der Jahre 47/48. Die Erklärung von Fritz Tarnow, eines bedeutenden Gewerkschaftsführers jener Tage, dazu gegenüber General Clay markiert aufs deutlichste den Klassenstandpunkt der späteren DGB-Führer: „Wir möchten Sie daher bitten, nicht uns dafür verantwortlich zu machen, wenn die Arbeiter ungeduldig werden, obwohl wir unser bestes getan haben, sie so ruhig wie möglich zu halten. Wir werden alles, was nur möglich ist, tun, die Leute weiterhin an ihrem Arbeitsplatz zu halten... wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, die Arbeiter r u h i g z u h a l t e n."

Forts. Wohin steuert die IG-Metall

triebsverfassungsgesetz, Wiederaufrüstung, Notstandsgesetzgebung ...) – 'wo die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse von den Gewerkschaftsführern gebremst, die Kampfkraft durch die verschiedensten Manöver gespalten und geschwächt und spontan entstandene Kämpfe offen sabotiert wurden.

Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, die wieder aufzubauenden Gewerkschaften voll in den Dienst der Bourgeoisie, zur Restauration der alten Besitz- und Herrschaftsverhältnisse zu stellen, mußten die Gewerkschaftsführer ihre programmatische und ideologische „Arbeit" durch entsprechende organisatorische Schritte absichern. Der beträchtliche Einfluß der KPD in den Betrieben und gewerkschaftlichen Basisorganisationen mußte gebrochen werden.

„Ein Beispiel für die Methode, mittels organisatorischer Neuordnungen den Einfluß der kommunistischen Opposition zu verringern, bieten die vom Vorstand der IG Metall seit 1947 eingeleiteten Bemühungen, das Ortsstatut der Gewerkschaft zu ändern. Bekanntlich waren nach dem Zusammenbruch vor allem die Betriebe die Basis der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, und im allgemeinen waren die Gewerkschaften auf Betriebsgruppenbasis organisiert. Auf Vorschlag einer Statutenberatungskommission, die auf dem ersten Verbandstag der IG Metall (brit. Zone) 1947 in Peine eingesetzt worden war, beschloß der Vorstand ..., statt der bisherigen Betriebsgruppen nur noch Stadtteilgruppen oder Industriegruppen als organisatorische Grundeinheiten anzuerkennen und statutenmäßig zu verankern." (E: statutenmäßig zu verankern." (E: Schmidt, „Eine verhinderte Neuordnung", Frankfurt 1970, S. 121)



1948: Schon sitzen die alten Anti-Kommunisten wieder beisammen, natürlich in führender Funktion: Der sogen. „Gewerkschaftsrat" der Bizone (von rechts nach links vom Hoff, Karl, Richter, Böckler, Rosenberg, Tarnow und Hagen.

Diese Organisationsstruktur wurde von den IG Metall-Führern sodann in allen Bezirken gegen den Widerstand der KPD-Genossen (und auch sozialdemokratischer Gewerkschafter) durchgesetzt.

Mit dem „zersetzenden Treiben der KPD in den Gewerkschaften" beschäftigten sich die führenden Gewerkschaftsinstanzen im Jahre 1948 – und bereiteten Maßregelungen gegen diejenigen Gewerkschafter vor, die „die absolute Unabhängigkeit der Gewerkschaften den politischen Parteien gegenüber" durch die Zusammenarbeit mit der KPD mißachteten. (zit. bei Schmidt, s.o.)

Dann ging es Schlag auf Schlag:
1950: Der IG Metall-Beirat beschloß am 21. März, die Verteilung von Druckschriften aus der DDR in den Gewerkschaften mit dem Ausschluß zu ahnden.
1951: Der Vorstand der IG Metall legte allen Mitgliedern, die der KPD angehörten, ein Reverse vor, in dem sie sich von der These 37 des im März veranstalteten KPD-Parteitages distanzieren sollten. Diese These ververpflichtete jeden Kommunisten, **„sorgfältig Lenins und Stalins Meinungen und Ratschläge über die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu studieren und in der täglichen Arbeit anzuwenden."** Die IG Metall-Führer verlangten von den Kommunisten, daß sie ihrer Überzeugung öffentlich abschwörten, andernfalls würden sie ausgeschlossen.

Da das ZK der KPD den Parteimitgliedern die Unterzeichnung der Reverse generell untersagte, waren Ausschlüsse größeren Umfangs die unvermeidliche Folge.

Die Hauptarbeit besorgten freilich die Bourgeoisie und das CDU-Regime selbst: Verbot von KPD-Zeitungen, Berufsverbot im Öffentlichen Dienst („Adenauer-Erlaß" 1951), Verbot der FDJ, zahllose politische Prozesse gegen führende Funktionäre der KPD seit 1950 und schließlich das Verbot der Partei der Arbeiterklasse, das die Adenauer-Regierung bereits 1951 beim Bundesverfassungsgericht angestrengt hatte: 1956!

Dem weiteren Aufbau „anti-kommunistischer Gewerkschaften" stand zunächst nichts mehr im Wege.

Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz (Betr.VG)

Die Rechte, die sich die Arbeiter unmittelbar nach dem Krieg in den Betrieben erkämpfen konnten und die ihnen sogar für einige Zeit durch die Verfassungen einzelner Länder (wie z.B. in Hessen) garantiert wurden, sollten durch eine neue „Betriebsordnung" abgelöst und damit endgültig aufgehoben werden.

Dieser Schlag, den die Bourgeoisie durch das Adenauer-Regime für das Jahr 1952 vorbereiten ließ, sollte die Gewerkschaften endgültig zu einem Anhängsel der restaurierten, kapitalistischen Ordnung machen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern ließen die bürgerlichen Politiker keinen Zweifel über die Bedeutung, die sie der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz (Betr. VG) beimaßen:

„Die Zähmung der Gewerkschaften konnte nach dem Willen der Bundesregierung nur durch ihre d e - m o n s t r a t i v e U n t e r w e r f u n g unter die Grundsätze der re- **f u n g unter die Grundsätze der re-** **präsentativen Demokratie und der freien Unternehmerwirtschaft (!) erfolgen."** (zit. bei Pirker, „Die blinde Macht" Bd. I, S. 242)

Während große Teile der Arbeiterklasse ihre Bereitschaft, die Gesetzesvorlage zu Fall zu bringen, in Streiks und Demonstrationen zum Ausdruck brachten, sabotierten die Gewerkschaftsführer diesen Kampf und gaben elementare Positionen der Arbeiter für die dümmliche Spekulation auf „noch mehr Mitbestimmung" preis.

„Zum Wohl des Betriebs und seiner Arbeitnehmer und unter Berücksichtigung des Gemeinwohls" (§ 49 des Betr.VGs) – das sollte fortan die Richtschnur des Handelns für die Betriebsräte sein, die bis 1952 die Vertreter der Gewerkschaften in den Betrieben waren.

Als maßgeblich für die Stellung der Gewerkschaftsführer zum Betr.VG und zur kapitalistischen Ordnung insgesamt, kann die Erklärung des IG Metall-Vorsitzenden Freitag genommen werden, die er auf dem 2. Verbandstag seiner Organisation im September 52 abgab:

„Wir haben die Haltung eingenommen, alle zusammen, wie sie nur eingenommen werden konnte: Das Parlament hat gesprochen, und der Entscheidung des Parlaments müssen wir uns beugen." (Protokoll, S. 169)

... und die „Aktion Vertrauensleute" 1956

Immerhin entstand durch die Verabschiedung des Betr.VGs für die Gewerkschaftsspitze das Problem, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse nun noch zu bewahren und weiter auszubauen. Da die Betriebsräte nunmehr durch das Recht des kapitalistischen Staates von den Gewerkschaften getrennt waren, stellte sich die Notwendigkeit, zumindest formal unabhängige gewerkschaftliche Organe in den Betrieben aufzubauen: die Vertrauenskörper.

Es gingen jedoch noch einige Jahre ins Land, bis sich diese „Einsicht" auch bei den Führern der IG Metall durchgesetzt hatte und konkrete Schritte in diese Richtung unternommen wurden. In den Jahren 1952-56 hatten sich die Ortsverwaltungen (auf Weisung des IGM-Hauptvorstandes) schwerpunktmäßig auf die Beeinflussung der Betriebsräte konzentriert – während nennenswerte Anstrengungen in Richtung auf den Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen unterblieben. (In einer Art Rückblick wird dieser „Fehler" auch von der IGM-Spitze gesehen, siehe „Ergebnis der Vertrauensleutewahl 1962 und 1964", Vorwort)

Erst durch die a b s o l u t rückläufigen Mitgliedszahlen (von 1952 bis 1954 traten allein aus der IG Metall 113 000 Mitglieder aus !!!) wurden die IG Metall-Führer veranlaßt, die Schlappe durch verstärkte politische Initiativen (u.a. mit dem Aktionsprogramm von 1954/55) und Anstrengungen zur Reorganisation der weitgehend am Boden liegenden gewerkschaftlichen Betriebsorganisation (1956 und ff. „Aktion Vertrauensleute") auszuwetzen.

Auf diese Weise gelang es, verlorenes Terrain zurückzugewinnen – zumindest, was die zahlenmäßige Stärke der Organisation angeht. In den vier Jahren von 1955-59 konnten 318 000 Kollegen neu (oder auch wieder) für die IG Metall gewonnen werden (siehe hierzu auch: „Der Gewerkschafter", 3/73, S. 114).

Daß dieser „Aufschwung" ohne die Vertrauensleute undenkbar gewesen wäre, liegt auf der Hand (und ist zudem längst durch empirische Unteruschungen belegt, siehe dazu „Gewerkschaftliche Monatshefte", Juni 1970, S. 341).

Es war unschwer vorauszusehen, daß die Vertrauensleute, einmal zu Trägern gewerkschaftlicher Politik in den Betrieben geworden, größeres Selbstbewußtsein und mehr Eigeninitiative entwickeln würden, als den Führern ihrer Organisation lieb sein konnte. Einerseits zur sachten Mobilisierung der Arbeiter gezwungen, um Mitglieder und Beiträge zu kassieren, konnten die IG Metall-Führer doch nicht soweit gehen, die Hierarchie in der Organisation (d.h. ihre Alleinherrschaft) dadurch zu gefährden, daß sie den ehrenamtlichen Funktionären satzungsmäßige Entscheidungsrechte garantierten.

Stattdessen wurden die Vertrauensleute von Anfang an „außen vor" gehalten und in ihrer Arbeit nach sogenannten „Richtlinien" des IG-Metall Vorstandes reglementiert.

In der IGM-Satzung werden die Vertrauensleute (die heute immerhin auf eine Zahl von 125.000 ! angewachsen sind) nur als O b j e k t e der Ortsverwaltungen erwähnt. Dort heißt es:

„Aufgaben der Ortsverwaltung":
„....b) Bildung von Vertrauenskörpern in den Betrieben nach den Richtlinien des Vorstandes...
...d)...Schulung und Beratung von Vertrauensleuten..."(Satzung,S. 28)

Satzungsgemäß garantierte Rechte und Entscheidungskompetenzen haben die einfachen Funktionäre in der IG Metall n i c h t, obwohl sie sogar nach offizieller Lesart „im Betrieb das gewerkschaftliche Fundament (bilden)!" (Vorwort zu den Richtlinien).

Dieser offenkundige Widerspruch konnte freilich erst in dem Augenblick zum Tragen kommen, als der westdeutsche Imperialismus nach der Rezession '66/67 in eine neue Phase seiner Entwicklung trat – und die Unzulänglichkeit der offiziellen Politik (der Gewerkschaftsführer) wieder stärker empfunden wurde.

SEPTEMBERSTREIKS 1969 UND DIE KONSEQUENZEN

In den Septemberstreiks von 1969 wurde die gewerkschaftliche Tarifpolitik punktuell durchbrochen. – Die Krise 66/67 war nicht zuletzt durch einen erheblichen Lohnabbau 1967 und durch Lohnstop 1968 in eine Gewinnexplosion von bis dahin einmaliger Höhe übergegangen.

In ihrem Bestreben, die Lohnkosten möglichst gering zu halten, überspannten die Kapitalisten den Bogen, und die Folge war, daß sich die Arbeiter einiger Bereiche (Metall und Bergbau) auf eigene Faust einen größeren Anteil sicherten, indem sie ohne gewerkschaftliche Führung in spontane Streiks traten.

Damit war mehr gefährdet als nur der ungeschmälerte Profit: einen Knacks erlitten hatte die Kontrolle der Gewerkschaftsführung über den Lohnkampf überhaupt. Die Erfahrung war da, daß sich die Arbeiter in einer bestimmten ökonomischen und politischen Situation mehr geholt hatten, als die von der DGB-Führung praktizierte Tarifpolitik ihnen eingebracht hatte.

In dieser zusammenhängenden Bewegung spontaner Streiks, die sich bereits in den ersten Monaten von 1969 durch zahlreiche betriebliche Sonderbewegungen angekündigt hatte, haben T e i l e der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper eine hervorragende Rolle als Organisatoren in den gewählten Streikleitungen und auf den Versammlungen der Streikenden gespielt.

Der Erfolg kämpferischer Solidarität führte bei denjenigen Funktionären zu größerem Selbstbewußtsein, die in den Streiks in Verantwortung vor ihren Kollegen gehandelt hatten. Die Forderung nach größerer Eigenständigkeit der Vertrauenskörper und nach mehr Einflußmöglichkeit auf die Politik der Gewerkschaft überhaupt wurde von den klassenbewußten Vertrauensleuten nach den Septemberstreiks entschiedener vorgetragen.

Für die Gewerkschaftsführer waren die Erfahrungen der Septemberstreiks und die sich daraus entwickelnden 'innerorganisatorischen Spannungen'... Anlaß zur Einschätzung der Lage – und zu Konsequenzen, um derartige ‚Pannen' in Zukunft zu vermeiden.

Die Führung der IG Metall wandte sich unmittelbar nach den Septemberstreiks (nachdem die Vorstandsposition in einer Klausurtagung festgelegt worden war) mit einem Rundschreiben an die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen:

Darin wurde eingeschätzt, daß „in der IG Metall und in den Gewerkschaften seit geraumer Zeit ein Gefühl des Unbehagens und des Mißmuts zu verspüren" ist. Während früher die große Masse der Arbeiter „passiv mehr oder weniger apathisch Gewerkschaftspolitik über sich ergehen ließen", sei seit den Septemberstreiks eine „Wandlung dieser Grundgegebenheit bisheriger gewerkschaftlicher Praxis" festzustellen – möglicherweise im Sinne einer „neu entstehenden aktiven Kampfbereitschaft breiterer Arbeitnehmerschichten".

Sie, die Gewerkschaftsführer, müßten in Zukunft stärker darauf achten, „ob man nicht hinter dem gegebenen Kampfwillen zurückbleibe".

Wenn auch noch nicht von einem Abrücken breiterer Teile der Gewerkschaftsmitglieder von der Politik der Gewerkschaftsführer gesprochen werden könne, so verdiene doch die Kritik aus den Reihen der Funktionäre Aufmerksamkeit. Hier gebe es „Fragen, wie die nach dem riesigen Vermögen der Gewerkschaften der innergewerkschaftlichen Mitbestimmung" und Kritik am Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, „Routineveranstaltungen, die man einst als selbstverständlich hinnahm, werden jetzt als leer empfunden. Beschlüsse, die früher ohne Wimpernzucken akzeptiert wurden, bedürfen nun einer glaubhaften Begründung".

Direkt auf die Streiks bezugnehmend, wurde ‚selbstkritisch' erklärt: *„Zum Nachdenken muß uns veran-* mend, wurde ‚selbstkritisch' erklärt: *„Zum Nachdenken muß uns veran-* *lassen, warum nicht unsere Organisation überall und sofort an ihrer Stelle stand* (damit können die IGM-Führer nur ihre Rolle als ‚Ordnungsfaktor' meinen, denn kein Arbeiter hat in den Streiks die Unterstützung der Gewerkschaft zurückgewiesen, vielmehr wurde diese immer wieder angefordert, Anm. d. Red.). *Hier mußten wir erkennen, daß die Kontakte und Informationen zwischen unseren Mitgliedern und ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten sowie den hauptamtlichen Funktionären nicht ausreichend waren...* **Wir müssen noch mehr tun, um unsere Vertrauensleutekörper noch fester i n d e n G r i f f zu bekommen und ihnen das Gefühl (!) geben, daß sie auch echt (!) die Vertrauensleute und Funktionäre unserer Organisation in den Betrieben sind".**

Als taktisches Mittel wird empfohlen: Mehr Urabstimmungen, mehr Sitzungen mit Betriebsräten und Vertrauensleuten (damit die Gewerkschaftsführer eher und besser Informationen über die Stimmungen der Arbeiter erhalten und exakter einschätzen können, was diesen zugemutet werden kann!) – aber andererseits eine noch stärkere Zentralisierung des Apparats, um die ‚Vertrauensleute' n o c h f e s t e r i n d e n G r i f f z u b e k o m m e n".

In den Worten des IGM-Vorstands liest sich das so:

„Die Gefahr besteht, daß Beschlüsse und Weisungen des Vorstands im Sande verlaufen. Deshalb ist der Ansatz ‚mehr Demokratie' in Fragen der inneren Organisation mißverständlich (!). Die gewerkschaftspolitische Willensbildung, wie

AUFRUF
des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

1945 lag die deutsche Wirtschaft in Trümmern
Während Ihr in Fabriken, Kontoren und Verwaltungen am Wiederaufbau Deutschlands unter größten Entbehrungen gearbeitet habt waren diejenigen, die den Zusammenbruch Deutschlands verschuldeten, von der Bildfläche verschwunden.

Ihr allein habt das vollbracht, was andere als das „deutsche Wirtschaftswunder" bezeichnen.

Eure Leistung wurde damals anerkannt und in höchsten Tönen gepriesen. Maßgebliche Unternehmer, Vertreter der Verwaltungen und aller politischen Parteien bekannten sich einmütig zu einer **neuen Wirtschaftsordnung** auf der Grundlage der völligen **Gleichberechtigung der Arbeitnehmer.** Aus dieser Erkenntnis geschichtlicher Notwendigkeiten entstanden neben den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Ahlener Programm, zustimmende Erklärungen der Regierungen und verantwortlicher Persönlichkeiten in Wirtschaft und Staat

Was aber geschieht heute?

Man sperrt sich immer mehr dagegen, diese Versprechen einzulösen! In der Montanindustrie konnte das Mitbestimmungsrecht nur unter größten Schwierigkeiten durchgesetzt werden
Seitdem ist der Widerstand noch mehr gewachsen.

Die echte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der übrigen Wirtschaft und in der Verwaltung soll verhindert werden.

Das zeigt besonders das beabsichtigte Betriebsverfassungsgesetz.
Es beweist die klare Absicht, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft zu vereiteln.
Es bestätigt die überlebten Vorrechte der Arbeitgeber
Es beläßt die Arbeitnehmer in ihrer Stellung als Wirtschaftsuntertan!
Darüber hinaus nimmt der Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes Euch Rechte, die Ihr vor 1933 gehabt habt, die Euch nach 1945 durch Länderverfassungen, Ländergesetze oder betriebliche Vereinbarungen gesichert waren und in der schwierigen Zeit des Wiederaufbaues ihre Bewährungsprobe bestanden haben.
Dazu kommt die Absicht, die gewerkschaftliche Einheit von Arbeitern, Angestellten und Beamten zu untergraben und durch ein Ausnahmerecht für den öffentlichen Dienst die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund vermag die Verantwortung für diese Entwicklung nicht mehr zu tragen!

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften rufen Euch auf zum Kampf für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsrecht als Grundlage der demokratischen Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung.

- **Es geht hier nicht um gewerkschaftliches „Machtstreben".**
- **Es geht um eine gerechte Ordnung.**
- **Es geht um den Bestand der Demokratie.**
- **Es geht um die Stabilität der Wirtschaft.**
- **Es geht um die Sicherung Deines Arbeitsplatzes.**
- **Es geht um das Wohl der gesamten Nation.**

Haltet Euch bereit! Übt Disziplin!
Folgt den Weisungen Eurer Gewerkschaften!

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
DER BUNDESVORSTAND
Christian Fette, Vorsitzender

Düsseldorf, den 12. Mai 1952

1952: Plakat des DGB zum arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz

Forts. Wohin steuert die IG-Metall

sie in der Beschickung und Beschlußfassung der Gewerkschaftstage ihren Ausdruck findet (!?), soll lokal, regional und zentral von einem Maximum an Demokratie getragen werden. Das ist durchaus vereinbar mit mehr Ausführungsdisziplin in der Organisationshierarchie. Der meinungsbildende Strang der Gewerkschaft (von unten nach oben) müßte gestärkt werden, z.B. durch mehr Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen zu wichtigen Fragen.. wobei der Aussprachecharakter (!!) vordergründig sein sollte. Der hierarchische, d.h. hauptamtliche Strang sollte dagegen stärker zentralisiert werden (!)".



September 1969: Hoesch streikt!

September 1969: Hoesch streikt!

‚RICHTLINIEN' und ‚LEITSÄTZE' 1973

Um die Aufgabenbestimmung und die Stellung der Vertrauensleute in der IG Metall hat es, wie gesagt, von Anfang an und in den zurückliegenden Jahren verstärkt, Auseinandersetzungen gegeben.

Erstmals gelang es den fortschrittlichen Kräften in unserer Gewerkschaft auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IGM, der 1971 in Wiesbaden stattfand, eine Mehrheit der Delegierten für einen Antrag zu gewinnen, der die Vertrauensleute mit allen Rechten und Pflichten in der Satzung verankern sollte (Antrag Nr. 279), eingebracht von der Verwaltungsstelle Düsseldorf).

In der zum Teil heftigen Auseinandersetzung gerade um diese Frage wurde von den Kritikern vorgebracht: **„Wer unsere Satzung sieht, muß den Eindruck haben, daß unsere Basis im Vorstand, im Bezirk und in den Ortsverwaltungen, nicht aber in den Vertrauenskörpern in den Betrieben liegt."** Und Kollege H. Spaeth, Delegierter aus Darmstadt, versicherte, *„daß die Geduld der Vertrauensleute am Ende ist, wenn mit den Vertrauensleuten weiter so verfahren wird, wie es jetzt...der Fall ist."*

Die IG Metall-Führer versuchten zunächst wegen der Brisanz dieser Frage, den Antrag auf kaltem Wege zu erledigen: Er sollte zusammen mit zahlreichen anderen Anträgen als ‚Material zur weiteren Bearbeitung' an den Vorstand übergeben werden. Das wurde von 212 Delegierten abgelehnt, während sich nur 209 der Delegierten für dieses Verfahren aussprachen.

In der dann erzwungenen Abstimmung über den Antrag selbst stimmte zwar die absolute Mehrheit der Delegierten für die Aufnahme der Vertrauensleute in die Satzung der IG Metall. Die für Satzungsänderungen erforderliche 2/3 Mehrheit wurde jedoch nicht erreicht (siehe § 22/4b der IGM-Satzung).

Knapp zwei Jahre nach dem Wiesbadener Gewerkschaftstag nun legte der IG Metall-Hauptvorstand neue ‚Richtlinien' für die Vertrauensleutearbeit vor. In Nr. 2/73 des Funktionärsorgans DER GEWERKSCHAFTER werden die ‚Richtlinien' angekündigt, und bereits im April dieses Jahres vom Vorstand ohne weitere Konsultationen der Mitglieder und Vertrauensleute beschlossen.

Lutz Diekerhoff, beim IGM-Hauptvorstand neuerdings zuständig für das Ressort Vertrauensleutearbeit, möchte in der Juli-Ausgabe des GEWERKSCHAFTER glauben machen, daß die IGM-Führung sich bei der Neufassung der ‚Richtlinien' an den Anträgen zum letzten Gewerkschaftstag orientiert hätte: „Dem Wiesbadener Gewerkschaftstag lagen Anträge zur Vertrauensleutearbeit vor. Sie wurden zum großen Teil dem Vorstand als Material überwiesen (!). Bei der Neufassung der ‚Richtlinien' wurde ihr Inhalt berücksichtigt (!). Die neuen ‚Richtlinien' werden der Vertrauensleutearbeit weitere Impulse (?) geben." An den letzten Satz möchten wir die Bemerkung anschließen: Ohne Frage! Nur, wem zum Wohl?!

Wenn man mit der Delegiertenmehrheit vom Wiesbadener Gewerkschaftstag davon ausgeht, daß der eigentliche Sinn aller Anträge zu Grundsatzfragen der Vertrauensleutearbeit darin bestand, der ‚Basis' m e h r Rechte und g r ö ß e r e Einflußmöglichkeiten in der IGM durch eine Satzungsänderung zu g a r a n t i e r e n, so kann keine Rede davon sein, daß die Gewerkschaftsführer d i e s e Zielsetzung bei ihrer eigenmächtigen Neufassung der ‚Richtlinien' berücksichtigt hätten.

Das genaue Gegenteil ist der Fall!

Nicht nur, daß die Vorstands-Strategen an dem arbeiterfeindlichen Prinzip festhalten, die Stellung der 125.000 IGM-Vertrauensleute a u s s e r h a l b der Satzung durch ‚Richtlinien' willkürlich festzulegen. Im Vergleich zu den '66er und '69er ‚Richtlinien' sind eine weitere Einschränkung des Spielraums der Funktionäre und eine noch stärkere Orientierung auf den ‚hauptamtlichen Strang' unverkennbar.

Vertrauensleute – wem verantwortlich?

Von p r i n z i p i e l l e r Bedeutung für die Arbeit jedes Gewerkschafters ist die Frage: Für wessen Belange arbeite ich und wem gegenüber bin ich i n e r s t e r L i n i e verantwortlich?

Die ‚Richtlinien' des IGM-Vorstandes stellten und stellen darum völlig zu Recht diesen Punkt an die erste Stelle. Beantwortet wurde diese Frage jedoch sehr unterschiedlich:

Während noch in den ‚Richtlinien' von 1966 (!) die Aufgaben des Vertrauensmannes an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert wurden –

„Die Vertrauensleute nehmen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ihres Wirkungsbereiches wahr (!) und sind diesen gegenüber (!) die Vertreter des Vertrauenskörpers des Betriebes",

lautet die entsprechende Passage in der jetz'gen ‚verbesserten' Fassung der ‚Richtlinien' (1973):

„Vertrauensleute sind die Repräsentanten der IG Metall im Betrieb (!). Die arbeiten im Rahmen der Satzung (!) und der Beschlüsse (!) der IG Metall an der Gestaltung, Festigung und dem weiteren Ausbau der Organisation."

Zwar ließen auch die 66er ‚Richtlinien' durch andere Bestimmungen den Vertrauensleuten nur begrenzte Möglichkeiten, tatsächlich ‚die Interessen der Arbeiter und Angestellten' zu vertreten – immerhin ist aber durch die heutige ‚Überarbeitung' eine andere Orientierung verbindlich: **Die Vertrauensleute sind in e r s t e r L i n i e an die Satzung und die Beschlüsse der IGM-Führer gebunden und nur in diesem vorgegebenen Rahmen (auf dessen Festlegung und Kontrolle weder Mitglieder noch Vertrauensleute nennenswerten Einfluß nehmen können!) ist ein ‚selbständiges' Handeln der Vertrauensleute ‚gewerkschaftstreu'!**

Eine derartige Konzeption setzt voraus und produziert zugleich einen Typus von Vertrauensmann, den die Gewerkschaftsführer einmal mit dem bezeichnenden Satz charakterisiert haben: „Die Betriebsräte und Vertrauensleute sind M u n d u n d A r m der Gewerkschaft im Betrieb."
(aus: „Welt der Arbeit", v. 2.11.73)

Das Monopol des D e n k e n s bzw. der Entscheidung liegt natürlich bei den Führern selbst.

Diese arbeiterfeindliche Grundorientierung findet sich in jeder einzelnen ‚Richtlinie' des IGM-Vorstandes zur Arbeit der Vertrauensleute.

Wir wollen im Folgenden zeigen, welche konkreten Unterschiede die neuen ‚Richtlinien' von 1973 (NR) im Vergleich zu den alten Richtlinien von 1969 (AR) aufweisen – und welche Konsequenzen sich aus diesen Änderungen ergeben.

Abschnitt: 1. Aufbau des Vertrauensleutekörpers oder: Wie die Vertrauensleute zur Hilfstruppe der BR's gemacht werden

In die NR ist unter Punkt 1 folgende ‚Erweiterung' aufgenommen

In die NR ist unter Punkt 1 folgende ‚Erweiterung' aufgenommen worden: „In der IG Metall organisierte Betriebsratsmitglieder, Jugendvertreter und Beitragskassierer sind Vertrauensleute der IG Metall" (S. 5). Nach den AR ‚bilden' gewerkschaftlich organisierte BR's, JV's und Vertrauensleute den VK (S. 7).

Zum Verhältnis Vertrauenskörper – Betriebsrat hieß es in den AR: „VK und BR arbeiten eng zusammen", und „Die Vertrauensleute wirken in kollegialer Weise mit den gewerkschaftlichen BR – Mitgliedern zusammen..."(S. 16).

Dagegen in den NR: „Die IG Metall-Mitglieder im Betriebsrat und in der Jugendvertretung sind Vertrauensleute. Dadurch (!) ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit aller Vertrauensleute im VK gegeben" (S. 15). Im VK sollen die Betriebsräte berichten und der Vertrauenskörper soll dem Betriebsrat Vorschläge und Forderungen unterbreiten (NR, S. 15).

Während also die AR dem unterschiedlichen Charakter der zwei Gremien (BR und VK) in gewisser Weise Rechnung trug und doch m e h r die Betonung auf eine ‚autonome' gewerkschaftliche Arbeit legte, sind die NR deutlich m e h r auf die Erfordernisse der BR-Arbeit zugeschnitten – und die Position der an das reaktionäre Betr.VG gebundenen Betriebsräte wird in den NR übermäßig hervorgehoben.

Daß der Vertrauenskörper von den Gewerkschaftsführern tatsächlich als eine Art ‚Unterbau' des BR angesehen wird und entsprechende Aufgaben gestellt bekommt, hat L. Dieckerhoff (IGM-Hauptvorstand) unlängst in der DGB-Zeitschrift DIE QUELLE (vermutlich) unfreiwillig zugegeben:

„Der loyale, überzeugte und geschulte Funktionär tritt dem Betriebsrat mit den Forderungen und Vorstellungen der Vertrauensleute offen gegenüber, ist stets konstruktiv (!) und frei von utopischen Träumereien (!)...

Die betriebliche Schlüsselstellung der Betriebsräte (!), abgesichert durch eine – nicht zuletzt durch uns (!!!) – ertrotzte (!) Betriebsverfassung, müssen wir fördern und in gewerkschaftliches Kapital umsetzen!"

Und dann die völlig entlarvende Passage: **„Dabei gilt es zu bedenken, daß sich allein auf den Betriebsrat stützen und ihm schlechthin alles zu überlassen hieße, für die notwendige Betriebsarbeit (!) eine ungenügend breite Grundlage (!) zu geben."** Also: **„Erst die Erfahrungen, die praxisbezogenen Erlebnisse unserer Vertrauensleute, von ihnen gesammelt (!) und ausgewertet (!), geben d e m B e t r i e b s r a t handfestes Material für seine betriebsverfassungsrechtliche (!!!) Arbeit."**
(Die Quelle, Oktober 1973, S. 421)

Darüber hinaus wurde in Abschnitt 1 die verbindliche Festlegung der AR über ‚die Größe des Wirkungsbereichs' für jeden Vertrauensmann gestrichen (AR: auf 5 - 20 Beschäftigte kommt ein Vertrauensmann!).

Die Gewerkschaftsführer haben sich damit die Möglichkeit zur Manipulation erweitert – denn die Erfahrung zeigt, daß sie l i e b e r k e i n e n Vertrauensmann in einer bestimmten Abteilung haben als einen ‚unsicheren' oder gar oppositionellen; in anderen Abteilungen klucken dann wieder ein halbes Dutzend ‚loyaler' Funktionäre herum, obwohl einer ausreichte!

Abschnitt 2.: Wahl der Vertrauensleute und der Leitungen der Vertrauenskörper

Welche ‚persönlichen Voraussetzungen' muß ein Vertrauensmann mitbringen?

Dazu die AR: *„Als VL können nur Mitglieder der IG Metall kandidieren und tätig sein, die mindestens 52 Wochen Gewerkschaftsmitglied sind. Sie müssen die für eine solche Tätigkeit erforderlichen persönlichen und gewerkschaftlichen Eigenschaften mitbringen."* (S.8)

Dagegen halten die IGM-Strategen nach den NR solche Kollegen für geeignet, **„...die mindestens ein Jahr Gewerkschaftsmitglied sind und satzungsgemäße Beiträge leisten."** (S.7)

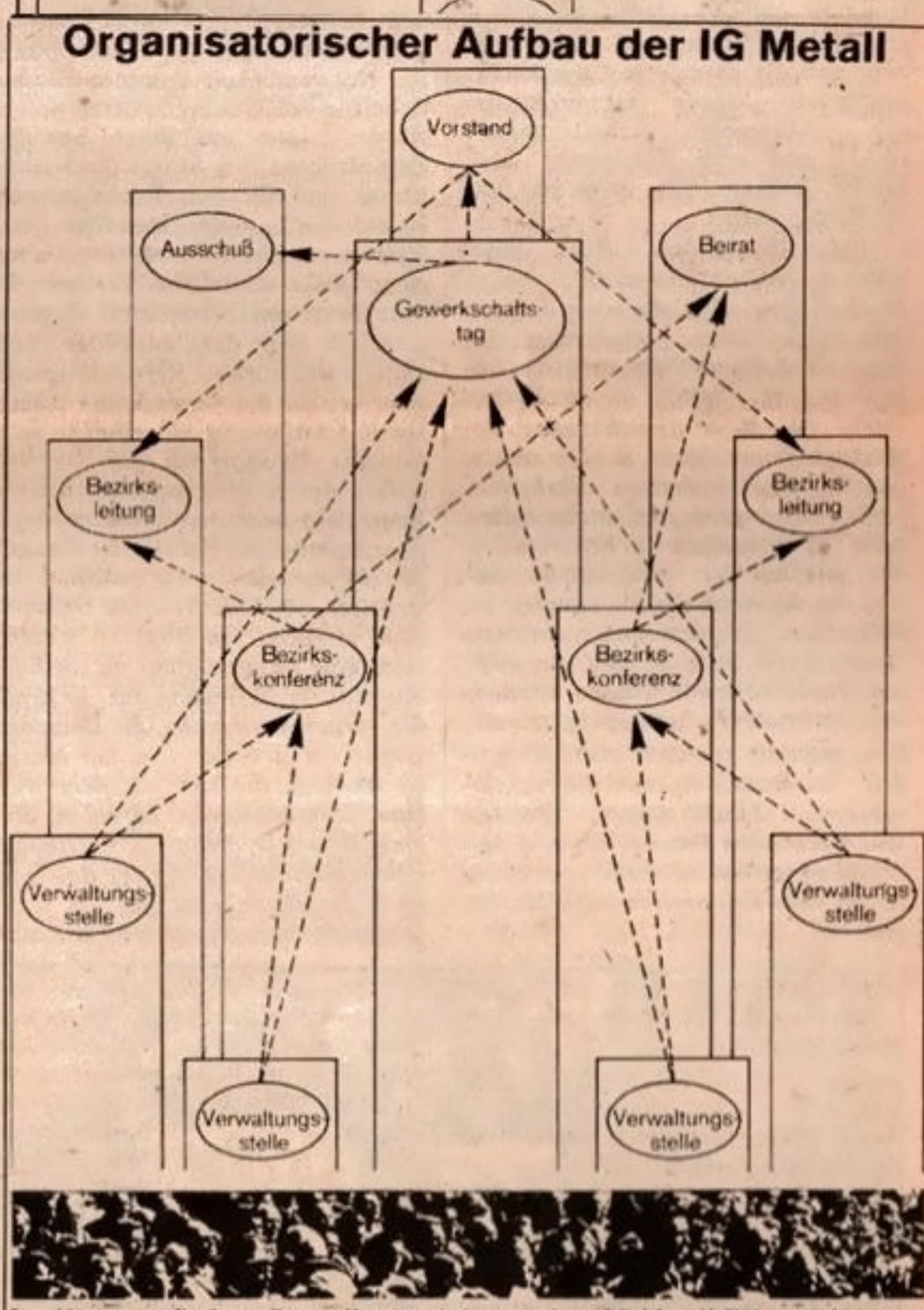
Andererseits möchten sich die IGM-Führer natürlich zu nichts verpflichten, um die ‚technischen Einzelheiten' je nach den konkreten Umständen festlegen zu können. Darum heißt es: **„Die Wahl der Vertrauensleute ist an keine bestimmte Form gebunden" (NR,S.9).**

Der Manipulation werden Tür und Tor geöffnet!

Nicht nur, daß sich die Gewerkschaftsführer völlig unangemessene Kompetenzen bei den VK-Wahlen zugeschanzt haben, sie mischen sich auch in die Kontrolle der Vertrauensleute durch die Arbeiter ein – und heben tatsächlich das Recht der Gewerkschaftsmitglieder, ‚Versager' durch Abwahl abzulösen, auf, indem sie die AR durch folgende Bestimmung ‚erweitern': „Die Ortsverwaltung kann die von ihr berufenen Vertrauensleute abberufen..." (NR, S.8).

Weiter! Während die AR noch die Möglichkeit vorsah, die VK-Leitung (die gemeinhin als direkter Kontakt der Ortsverwaltung im Betrieb gilt!) durch einen Mehrheitsentscheid der Vertrauensleute abzuwählen (AR S. 10), ist dieses Recht nach den NR nicht mehr garantiert. Diese Richtlinie wurde einfach ‚vergessen'!

Organisatorischer Aufbau der IG Metall



In dieser grafischen Darstellung wird von den IG-Metall-Führern (vermutlich ungewollt) sehr gut deutlich, was in den Augen der Gewerkschaftsführer ‚ORGANISATION' ist – und welche Rolle die gewerkschaftlich organisierten M a s s e n in den Entscheidungsprozessen der ‚ORGANISATION' spielen: K E I N E ! (aus: Industriegewerkschaft Metall, Werbebroschüre)

Eine bemerkenswerte ‚Verbesserung': Hier bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) haben wir unlängst erlebt, wie die IGM-Ortsverwaltung den Vertrauenskörper mit Meistern und Vorarbeitern (darunter CDU-Reaktionäre) ‚aufgefüllt' hat, um die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten zu gestalten (siehe dazu den Artikel „Beleidigt und gefeuert" im AK 39).

Aber bitte! Alle hatten ‚satzungsgemäße Beiträge' geleistet!!

Um in Zukunft möglichst nur noch Vertrauenskörper mit der gewünschten Zusammensetzung zu haben, wurden die Bestimmungen über Verantwortlichkeiten und die Verfahrensweise bei der Wahl neu festgelegt:

Nach den AR war die Ortsverwaltung für die Durchführung der Vertrauensleutewahlen verantwortlich; sie hatte sich bei der Festlegung des Wahltermins und bei der Bestellung des Wahl-Ausschusses mit den Vertrauensleuten oder der VK-Leitung ‚zu beraten'. (S. 8/9).

Nun soll die Ortsverwaltung nicht nur die ‚Durchführung', sondern auch noch die Vorbereitung der Wahl übernehmen. Darum legen die NR fest: „Sie (OV) legt insbesondere die technischen Einzelheiten (!) der Wahl fest" (S. 7). Also auf der einen Seite eine klare Einengung des Spielraums der Vertrauensleute!

Die Abschnitte 3, 4 und 5 Die Aufgabe der Vertrauensleute, des Vertrauenskörpers und der VK-Leitung

Der schon weiter oben erwähnte Dieckerhoff-Artikel aus „Der Gewerkschafter" trägt den Titel: „Neue Richtlinien betonen die Rechte".

Tatsächlich ist unter dem Abschnitt ‚Rechte und Aufgaben der Vertrauensleute' k e i n e i n z i g e s Recht enthalten – außer dem, die von den Führern festgelegten Aufgaben zu erfüllen. Danach sind die Vertrauensleute angewiesen: **„zu erläutern ...; bekanntzugeben ...: dafür zu sorgen, daß diskutiert ... beachtet und befolgt wird ...; zu verteilen ...; zu prü-**

Forts. Seite 8

Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Verschiedene in der Organisation geführte Diskussionen haben gezeigt, daß in der Frage der Arbeit in den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsopposition bei einigen Genossen noch keine ausreichende Klarheit besteht, obwohl es Stellungnahmen der Organisation zu diesem Thema gibt. Genannt und gegebenenfalls zur Lektüre empfohlen seien die folgenden: „Zentrale Arbeiterkonferenz der KPD/ML" in KAB/AZ 4 (im Nachdruck Bd.1, S. 17 und 18); „Über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?", Punkt V in KAB/AZ 6 (im Nachdruck Bd. 1, S. 44); „Zur Gewerkschaftsfrage" in KAB/AZ 7 (im Nachdruck Bd. 2, S. 2 bis 15, vor allem S. 3 und 4); „Zur Frage der Gewerkschaftsopposition" in AK 27; „Gewerkschaftsausschluß besiegelt" in AK 39, S. 23.

Zur weiteren Klärung unserer Position soll dieser auf Initiative der Leitung geschriebene Artikel dienen.

Lenin gegen die „linke Kinderkrankheit"

Die kommunistische Bewegung hatte sich 1919/20 mit einer pseudo-„linken" Fehlströmung aus den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Schrift Lenins „Der ‚linke' Radikalismus, Kinderkrankheit des Kommunismus", die Lenin im Frühjahr 1920, vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, schrieb.

Im Abschnitt VI. dieser Schrift antwortet Lenin auf die Frage, ob Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten sollen. Dies war von den „Linken", vor allem der von der KPD abgespaltenen KAPD, abgelehnt worden. Diese „Linken" bestanden vielmehr darauf, „neue", „eigene" Gewerkschaften zu gründen. Um diese Versuche gegenüber den heutigen Pseudo-„Linken" („KPD" und „KPD/ML") im richtigen Licht zu sehen, muß man erwähnen, daß die damals von der KAPD gegründete „eigene" Gewerkschaft, die „Allgemeine Arbeiterunion" (AAU) auf dem Höhepunkt ihrer Stärke, Anfang 1921, etwa 200.000 Mitglieder zählte.

Lenin lehnte den Aufbau „blitzblanker Arbeiter-Unionen", wie er ironisch sagte, als „besonders dumm" und „lächerlicher, kindischer Unsinn" ab. Kommunisten müßten „*unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind*", d.h. in den bestehenden Gewerkschaften. „*Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten, heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie zu überlassen.*" Kommunisten müßten
„*jedes Opfer bringen, und die größ-*
überlassen." Kommunisten müßten
„*jedes Opfer bringen, und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten – Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt.*"



1932 – Streik der Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) unter Führung der RGO

Lenin orientiert in der Schrift gegen die „linke Kinderkrankheit" eindeutig auf die Vertreibung der Agenten der Bourgeoisie aus den bestehenden Gewerkschaften – d.h. die „Eroberung" der bestehenden Gewerkschaften, statt des Aufbaus neuer Organisationen.

Dies entspricht z.B. auch den vom II. Parteitag der KPD (20. bis 24. Oktober 1919) angenommenen Richtlinien zur Gewerkschaftsarbeit, in denen es u.a. heißt: „*Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich aus dem Widerspiel der Tatsache entstanden, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum, über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation hinausnähme und sie einer anderen zuführte.*

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdliche Agitation und Aufklärung in den Massen und innerhalb der Organisation, andererseits aber – und im wesentlichsten – durch die praktische Schule des Kampfes . . ."

Der II. Kongreß der KI (1920)

Auf dem II. Kongreß der KI wurden Leitsätze zur Gewerkschaftsarbeit beschlossen, in denen erneut die Notwendigkeit kommunistischer Arbeit in den Gewerkschaften betont wurde, **„um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen".** „*Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften,* **ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaft durch die opportunistischen Zentralen)** *oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die den großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisation versperrt,* **genötigt zu werden,**
stellt eine riesige Gefahr für die kom-
tion versperrt, **genötigt zu werden,**
stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittensten, die klassenbewußtesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden, und diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten."

Aus der hier gemachten Einschränkung (durch uns hervorgehoben) wird klar, daß nicht auf eine „Einheit um jeden Preis" orientiert wird. In der Tat heißt es im weiteren: „*Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als die Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, und mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen*


1. Mai 1929: mit Knüppel und Schußwaffen geht die SPD-Polizei auf die demonstrierenden Arbeiter los. 31 Arbeiter wurden dabei getötet.

. . . demonstrierenden Arbeiter los. 31 Arbeiter wurden dabei getötet.

davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen aufmerksam prüfen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird."

Dies stellt nach unserer Einschätzung die kommunistische Gewerkschaftspolitik richtig dar: einerseits die Möglichkeit einer Spaltung, andererseits die Warnung, an den Aufbau „neuer" Organisationen leichtfertig und von den Massen losgelöst heranzugehen.

Es sind die Gewerkschaftsführer, die die Gewerkschaften spalten

Es liegt auf der Hand, daß Kommunisten nicht „aus Prinzip" die Spaltung der Gewerkschaften anstreben. Da die Kommunisten ohnehin das Ziel haben – als Voraussetzung einer wirklichen proletarischen Revolution – die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, haben sie von sich aus keinen Grund, sich von den Arbeiter-Massenorganisationen abzuspalten. Das Entscheidende ist jedoch, daß die Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaften spalten und zerschlagen, als sie „den Kommunisten zu überlassen". Die wichtigsten Mittel der Gewerkschaftsführer sind dabei die Verfälschung des Mitgliederwillens und Massenausschlüsse.

Wie dies zu Anfang der 20er Jahre vor sich ging, soll hier an einigen Beispielen gezeigt werden (Angaben nach R. Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der KPD von 1918 bis 1925, Hamburg 1954).

Zum Verbandstag der Metallarbeiter-Gewerkschaft 1921 wurden 38% der Stimmen für kommunistische Delegierte abgegeben; jedoch saßen dann auf dem Verbandstag 113 kommunistische Delegierte 667 anderen Delegierten (vor allem Sozialdemokraten) gegenüber, d.h. nicht einmal 15% der Delegierten waren Kommunisten.

Zum Verbandstag der Metaller 1923 wurden sogar 50% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben; jedoch hatten diese dann nur 138 Delegierte gegenüber 257 anderen Delegierten, also nicht viel mehr als ein Drittel.

Zum Verbandstag der Textilarbeiter-Gewerkschaft 1923 wurden auch etwa 50% der Stimmen für die kommunistischen Delegierten abgegeben; auf dem Verbandstag aber saßen nur 118 kommunistische Delegierte gegenüber 211 anderen, also ebenfalls nicht viel mehr als ein Drittel.

Auf dem Leipziger ADGB-Kongreß 1922 saß die SPD mit 463 Delegierten und die USPD mit 138 gegenüber nur 90 Kommunisten, obwohl in den Gewerkschaften 30 bis 40% der Stimmen für die Kommunisten abgegeben worden waren.

Auf dem ADGB-Kongreß 1925 schließlich waren ganze d r e i kommunistische Delegierte vertreten.

Diese Beispiele zeigen, daß eine d e m o k r a t i s c h e Auseinandersetzung im Rahmen des ADGB verhindert wurde durch die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, die die innergewerkschaftliche Demokratie und den Willen der Mitglieder mit Füßen traten. Selbst wenn die Kommunisten die M e h r h e i t in den Gewerkschaften erobert hatten, bildeten sie durch die undemokratischen Manipulationen der Gewerkschaftsführer doch immer nur eine Minderheit auf den politisch entscheidenden Gewerkschaftskongressen. Und die Verteilung der führenden gewerkschaftlichen Funktionen machten die Agenten der Bourgeoisie ohnehin weitgehend unter sich ab.

Dieses System ist seither noch weiter entwickelt und „verfeinert" worden. Ein Schulungsleiter der IG-Metall in Sprockhövel erklärte offen, Kommunisten könnten auf keinen Fall in den Apparat der DGB-Führung gelangen. Denn erst müßten ja alle Bewerber Schulungen durchlaufen, und dabei würden Kommunisten **„durch politisches Interesse schon am ersten oder zweiten Tag (auffallen), Sozialdemokraten nach ein oder zwei Wochen, CDU-Anhänger in der Regel überhaupt nicht."** („Kölner Stadtanzeiger" 5.12.73). Merke: den Kommunisten erkennt man am politischen Interesse!

Die Mißachtung des Mitgliederwillens, die Diskriminierung der Kommunisten auch dann, wenn sie nennenswerte Teile der Mitgliederschaft repräsentieren, wird ergänzt durch eine scharfe Ausschlußpolitik.

Schon 1921 wurde z.B. die gesamte Chemnitzer Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes ausgeschlossen, insgesamt 4.300 Mitglieder. Bis Januar 1923 waren insgesamt etwa 22.000 Bauarbeiter ausgeschlossen worden, und ebensoviele Eisenbahner. Ähnliche Massenausschlüsse – wenn auch nicht im selben Ausmaß – gab es z.B. bei den Bergarbeitern, den Landarbeitern, den Metallern und Textilarbeitern.

1924 war der Höhepunkt der antikommunistischen „Säuberung" der Gewerkschaften. Rettig schreibt z.B.: „. . . um das Ausschlußverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen, räumte der Verbandstag der Textilarbeiter dem Vorstand Rechte ein, die darauf hinausliefen, daß dieser oppositionelle Mitglieder ohne Angabe von Gründen und ohne die Durchführung eines ordentlichen Verfahrens, das den Beschuldigten Gelegenheit zur Verteidigung gegeben hätte, ausschließen konnte. Die zu einer solchen Statutenänderung notwendige 2/3-Mehrheit wurde erst erreicht, indem kurz vor dem Verbandstag rund die Hälfte der 117 gewählten oppositionellen Delegierten aus dem Verband ausgeschlossen wurden . . . In Hamburg wurde sogar die von der Generalversammlung neugewählte Ortsverwaltung der Bauarbeiter durch Polizei aus den Büroräumen hinausgeworfen." (S. 196 - 98)

Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge möge man die Demagogie solcher „Kommunisten" würdigen wie die „Gruppe Arbeiterpolitik", die behaupten, die KPD habe durch „ihre dilettantische Gewerkschaftspolitik" den Gewerkschaftsführern „die willkommene Handhabe (geliefert), die Kommunisten in den Augen der disziplinierten Gewerkschaftsmitglieder als Spalter der Gewerkschaftseinheit anzuklagen und massenweise auszuschließen." (Waldemar Bolze, Der Weg der Gewerkschaften, S. 43, hrg. von „Gruppe Arbeiterpolitik"). Allerdings hat eine falsche Politik der Ende 1923 in die Führung der KPD berufenen „ultralinken" Gruppe um Fischer-Maslow den Gewerkschaftsführern ihr Geschäft noch erleichtert. Tatsache ist aber, daß die Gewerkschaftsführung lange vorher die Kommunisten bei den Delegierwahlen zu den Verbandstagen diskriminierte und zu Massenausschlüssen übergegangen war. Als weiterer Faktor ist zu berücksichtigen, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von September 1923 bis Ende März 1924 von 7,04 auf 4,80 Mio. sank und daß es gerade die am mei-

Forts. Gewerkschaften

sten verelendeten Teile des Proletariats waren, die keinen Sinn mehr darin sahen, von ihrem Hungerlohn oder von der Arbeitslosen-Unterstützung auch noch den Gewerkschaftsbeitrag für eine derart arbeiterfeindliche Politik zu bezahlen. Dadurch wurde aber gerade den Kommunisten ein beträchtlicher Teil ihrer Basis in den Gewerkschaften entzogen.

Die einseitige ‚Darstellung' der „Gruppe Arbeiterpolitik" geht dagegen in die Richtung, die Dinge nicht in ihrer Gesamtheit zu beleuchten, sondern der ‚ultra-linken' KPD-Führung (die Ende 1923 die Arpo-Helden Brandler & Thalheimer ablöste) die H a u p t s c h u l d an den gewerkschaftlichen Rückschlägen zuzuschieben und damit zugleich den Eindruck zu erwecken, als hätten solche Rückschläge durch eine „geschicktere" Politik weitestgehend vermieden werden können; dies dient der „Gruppe Arbeiterpolitik" offenbar auch dazu, jetzt ihre eigene Politik der Anpassung in den Gewerkschaften historisch zu „rechtfertigen".

Heute wieder: Ausschluß-Welle rollt an

Die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften haben heute ein, vor allem gemessen am tatsächlichen Stand der kommunistischen Bewegung und ihrem Einfluß in den Betrieben, schon relativ großes Ausmaß erreicht.

Ein entscheidender Hebel sind die „Extremisten-Beschlüsse", die mittlerweile allgemein für alle Gewerkschaften gültig sind. Diese Beschlüsse zeichnen sich dadurch aus, daß sie auf jede B e g r ü n d u n g politischer Art verzichten, sondern in der Art eines päpstlichen Erlasses mit dürren Worten eine Anzahl von Organisationen für „gewerkschaftsfeindlich" erklären. Diese Behauptung wird mit keinem Wort begründet. Außerdem werfen die „Extremisten-Beschlüsse" der Gewerkschaftsführer verschiedene Organisationen mit dem Begriff der „RGO" (= Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) zusammen, die damit nichts zu tun haben – vor allem die ABG München (die sich sehr ängstlich und demagogisch gegen die „RGO"-Politik ‚abgrenzen'; aber auch den KB und den KBW, die ebenfalls mit der von „KPD/ML" und „KPD" propagierten „RGO" nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Das zeigt, daß die „Extremisten-Beschlüsse" selbst nach den Maßstäben bürgerlichen Rechts nackte Willkür sind.

Den Gewerkschaftsführern geht es überhaupt nicht um die „RGO", sondern darum, die Kommunisten (und ihre Sympathisanten!) möglichst vollständig aus den Gewerkschaften zu schmeißen, und wenn dabei im Einzelfall die ganze gewerkschaftliche Arbeit in einem bestimmten Betrieb zum Teufel geht.

Wo es nicht anders geht, schrekken die Gewerkschaftsführer natürlich auch vor einer Spaltung und Ruinierung der Gewerkschaft nicht zurück. Beispiel dafür ist die Spaltung der Bremer GEW durch die Rechten. Dies zu einer Zeit, wo der Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterbewegung noch am Anfang der Entwicklung steht. Bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe werden Massenausschlüsse und Spaltung von Gewerkschaften sich noch verstärken.

Selbst wenn die Kommunisten in den Gewerkschaften die Mehrheit der Mitglieder gewonnen haben werden, werden die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer lieber die Gewerkschaft spalten als daß sie den Willen der Mitglieder respektieren.

Daraus folgt allgemein, daß eine „Eroberung der Gewerkschaften" in dem Sinn, daß schließlich die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer demokratisch abgewählt würden, nicht möglich ist. Und zwar nicht deshalb, weil die Kommunisten nicht in der Lage und bereit wären, die Mehrheit der gewerkschaftlich Organisierten zu gewinnen, sondern weil die Gewerkschaftsführung keine „demokratischen Spielregeln", sondern nur den ihr von der Bourgeoisie erteilten Auftrag anerkennt.

Daraus folgt aber auch, daß sich die Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen und Organisationen langfristig zwingend als Aufgabe stellt; unmittelbar heute schon dort, wo Mitglieder ausgeschlossen werden oder wo die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaften spaltet.

Dieser Aspekt ist in unserer Agitation und Propaganda bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Wir wollen nun klären, worin sich unsere Politik zu unterscheiden hat von der „RGO"-Politik, wie sie von der „KPD" und der „KPD/ML"-Führung propagiert wird.



„Der KB unterscheidet sich nicht wesentlich von der DKP!" („Roter Beiersdorfer" der „KPD/ML")

Die Gewerkschaftsführer entlarven, die Mitglieder gewinnen!

Objektiv ist die Lage heute so, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Ausschlußpolitik eine Spaltung der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterschaft begonnen haben. S u b j e k t i v stellt sich das im Bewußtsein vieler Kollegen aber noch nicht so dar.

Die Gewerkschaftsführung „rechtfertigt" ihre Spalter-Politik gerade damit, daß sie demagogisch die Dinge auf den Kopf stellt und den Kommunisten vorwirft, sie wollten die Gewerkschaften spalten.

Den.. Gewerkschaftsführern kann

Den Gewerkschaftsführern kann es nur recht sein, wenn ihnen „KPD" und mehr noch „KPD/ML" behilflich sind, bei den Kollegen dieses falsche Bild von den Kommunisten durchzusetzen. Dies genau ist nämlich der Fall, wenn durch eine zwar lautstarke, aber inhaltlich seichte Agitation für die „RGO" der Eindruck erweckt wird, als würden die Kommunisten von sich aus die Spaltung der Gewerkschaft anstreben. Das eben ist ja nicht der Fall! Sondern die Kommunisten tragen der Tatsache Rechnung, daß die Spaltung der Gewerkschaften durch die von der Bourgeoisie gekauften G e w e r k s c h a f t s f ü h r e r selbst unvermeidlich ist.

Dies wird aber verdeckt durch Parolen, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht dem Bewußtsein der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und dem innergewerkschaftlichen Differenzierungs-Prozeß entsprechen – „Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition" („KPD/ML") bzw. „Bauen wir eine starke revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf!" („KPD").

Speziell die „KPD/ML" hat jedoch ihre eigenen Vorstellungen vom Zustand der Arbeiterbewegung in der BRD: *„Immer mehr Kollegen erkennen, daß ein klarer Trennungsstrich zum arbeiterfeindlichen DGB-Apparat gezogen werden muß, daß die revolutionäre Gewerkschaftslinie unserer Partei dem Kampf gegen den DGB-Apparat . . . die einzige Perspektive bietet: zusammenschließen und den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben! Der von den Bonzen entfachte Ausschlußterror ist also nichts anderes als der verzweifelte Versuch, sich dieser Tendenz entgegenzustemmen... Diese Taktik stößt bei den Mitgliedern auf breiten Widerstand."* („Roter Morgen", 26.1.74, S. 4)

Diese falsche Einschätzung ist die Grundlage dafür, die geduldige konkrete Überzeugungsarbeit unter den werktätigen Massen über die Rolle der Gewerkschaftsführer zu vernachlässigen, die überhaupt erst eine Voraussetzung wäre, um die Massen von der Notwendigkeit des Bruchs mit diesen Agenten der Bourgeoisie zu überzeugen.

Die „KPD/ML" nimmt auch eine geringschätzige Haltung gegenüber dem demokratischen Kampf in den bestehenden Gewerkschaften ein. Dieser Kampf wird im Grunde für aussichtslos erklärt, weil die bestehenden Gewerkschaften ja doch nicht zu reformieren seien, und weil der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie nur den ‚Verrat der Bonzen' verschleiere. („RM", 26.1.74,

➜

Zur Ergänzung des Artikels und zum besseren politischen Verständnis kommunistischer Gewerkschaftspolitik drucken wir hier einen Abschnitt aus den Thesen des 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Juli 1929) nach.

UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN IST DIE BILDUNG NEUER GEWERKSCHAFTEN NOTWENDIG ?

1. Der neue Charakter des gewerkschaftlichen Reformismus, das offene Verwachsen des reformistischen Gewerkschaftsapparates mit dem bürgerlichen Staat haben erneut die Frage unserer Taktik innerhalb der reformistischen Gewerkschaften brennend aktuell gemacht. Das X. Plenum des EKKI. bestätigt nochmals, daß die von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie betriebene Politik der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung (Ausschluß der Kommunisten und der Mitglieder der revolutionären Opposition aus den reformistischen Gewerkschaften, Reverse usw.) auf keinen Fall zu einer Abschwächung der Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaftsmassen und erst recht nicht zur Aufforderung der Arbeiter zum Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften führen darf. Im Gegenteil, diese Arbeit muß noch mehr verstärkt werden. „Um den „Massen" zu helfen, und die Unterstützung, die Sympathie, den Anhang der „Massen" zu erwerben, darf man nicht die Schwierigkeiten fürchten, darf man keine Intrigen, keine Tücken, keine Schikanen, Beleidigungen, Verfolgungen seitens der „Führer" fürchten (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in der Mehrzahl der Fälle direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei verbunden und verbündet sind) und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Masse ist." (Lenin: „Die Kinderkrankheiten des „Radikalismus" im Kommunismus." Kapitel „Sollen Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaften arbeiten? ")

2. Der nahende Aufschwung der Arbeiterbewegung und die anschwellende Krise in den reformistischen Gewerkschaften haben gefährliche Tendenzen zum Verzicht auf die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zutage treten lassen. Dieses Anschwellen der Arbeiterbewegung hat auch das neue Problem der Bildung neuer revolutionärer Gewerkschaften in gewissen Etappen und unter der Voraussetzung bestimmter Bedingungen erstehen lassen.

3. Der ersten Tendenz liegt die falsche Auffassung des Problems der Unorganisierten zugrunde, die Verwechslung der Gewerkschaften mit den Kampfleitungen und die Unterschätzung der Möglichkeit zur Eroberung der Gewerkschaften durch die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Massen, die künstliche Bildung von organisatorischen „Übergangsformen" zu neuen Gewerkschaften. Diese Tendenzen stehen in direktem Widerspruch zu von der Komintern wiederholt gefaßten Beschlüssen über die Eroberung der Arbeitermassen in den Gewerkschaften. Die verstärkten Provokationen der Reformisten, die auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung abzielen und die in dem Ausschluß von Kommunisten und Mitgliedern der revolutionären Opposition zum Ausdruck kommen, können nicht zum Anlaß einer Revision der Beschlüsse über die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften in den Ländern, wo es keine selbständigen revolutionären Gewerkschaften gibt, werden und vermögen den Kurs auf die Abschwächung der Arbeit zur Eroberung der gewerkschaftlichen Massen sowie auf eine künstliche Organisierung neuer Gewerkschaften nicht zu rechtfertigen. Die gegenwärtige Periode stellt der Komintern nicht eine Politik des Austritts aus den reformistischen Gewerkschaften zur Aufgabe, sondern den Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse – sowohl in den reformistischen Gewerkschaften, als auch in den sich auf breitere Massen stützenden Organisationen (Kampfleitungen, Betriebsräte), die ein und dieselben Aufgaben verfolgen wie die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die jedoch an die Verwirklichung dieser Aufgabe auf ihre eigene Art und Weise herantreten.

4. Gleichzeitig wäre es eine schädliche opportunistische Illusion, anzunehmen, daß wir unter den heutigen Verhältnissen – selbst wenn wir die Mitgliedermassen der Gewerkschaften hinter uns haben – den reformistischen Gewerkschaftsapparat erobern können. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß die Kommunisten und die revolutionäre Opposition bei den Wahlen der führenden Gewerkschaftsinstanzen passiv sein sollen. Im Gegenteil, der Kampf zur Vertreibung aller Bürokraten und Agenten der Kapitalisten aus den Gewerkschaften, der Kampf um jede Wahlfunktion in den Gewerkschaften und insbesondere der Kampf um die unteren gewerkschaftlichen Vertrauensleute muß in unseren Händen zu einem mächtigen Werkzeug zur Entlarvung und Bekämpfung der Rolle der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie werden.

5. Im Zusammenhang damit steht der Kampf gegen die Spaltungspolitik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Dieser Kampf gegen Ausschlüsse und andere Spaltungsmaßnahmen muß ein Kampf sein gegen die reformistische Politik des Industriefriedens, um die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes, um die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften. Die Spaltungsarbeit der reformistischen Führung verfolgt den Zweck, die organisierte Kraft der Arbeitermassen in ihrem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Forderungen zu schwächen und die Kommunisten sowie die revolutionäre Opposition von den organisierten Arbeitermassen zu isolieren. Eine der wichtigsten Aufgaben ist infolgedessen die Mobilisierung der breitesten Arbeitermassen gegen die Spaltungsarbeit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Zugleich damit muß ein entschiedener Kampf gegen jegliches Kapitulantentum geführt werden. Eine Kapitulation vor der Gewerkschaftsbürokratie würde nicht nur die Diskreditierung, sondern auch die Zerschlagung der revolutionären Opposition bedeuten.

Auf den Ausschluß ganzer Gewerkschaftsorganisationen muß geantwortet werden mit der aktiven Fortführung der Arbeit und der Stärkung dieser Organisationen, bei gleichzeitigem Kampf um ihre Wiederaufnahme in die Gewerkschaft unter der Losung der Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Diese ausgeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen dürfen nicht zu Sammelzentren der aus anderen Gewerkschaftsorganisationen ausgeschlossenen Arbeiter werden. Bei Einzelausschlüssen revolutionärer Arbeiter sind alle Kräfte zur Mobilisierung der Massen im Kampf gegen die Spaltungspolitik der Reformisten aufzubieten. Der Kampf um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen muß unter der Losung der Eroberung der noch unter dem Einfluß der Reformisten stehenden Arbeiter für die revolutionäre Opposition vor sich gehen.

Der Kampf gegen Spaltungspolitik der Bewerkschaftsbürokratie darf in diesen Ländern nicht durch die Organisierung der ausgeschlossenen Kommunisten und der Mitglieder der revolutionären Opposition zu neuen Gewerkschaften geführt werden, sondern muß erfolgen durch die Verstärkung des Kampfes um die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften, gegen den Reformismus, um die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Das Verwachsen des reformistischen Gewerkschaftsapparats mit dem bürgerlichen Staatsapparat einerseits und der zunehmende Einfluß der kommunistischen Parteien auf die Arbeitermassen und in den reformistischen Massengewerkschaften andererseits erweitert nicht nur die Möglichkeit des Kampfes gegen die reformistische Diktatur, sondern macht auch die Mobilisierung der Massen zur Durchbrechung der Gewerkschaftsstatuten und zum Bruch mit dem Legalismus der reformistischen Gewerkschaften notwendig.

6. Die revolutionäre Opposition darf auch keine Zersplitterung der in immer größerer Zahl aus den reformistischen Gewerkschaften zum Ausschluß gelangenden Mitglieder der revolutionären Opposition zulassen. Infolgedessen ist die aktivste Verbindung der revolutionären Opposition mit allen aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen Mitgliedern der Opposition notwendig. Das darf aber nicht zur Bildung neuer Organisationen führen (z.B. durch die Erhebung spezieller Mitgliederbeiträge von den Ausgeschlossenen und die Herausgabe spezieller Mitgliedsbücher usw.), die als künstliche „Übergangsformen" zu neuen Gewerkschaften dienen könnten.

7. Aber die Kommunisten können nicht prinzipiell gegen die Spaltung der Gewerkschaften sein. Die Resolution des II. Kongresses der Komintern verwies auf die Bedingungen, unter denen die Kommunisten verpflichtet sind, zur Spaltung zu greifen, und zwar heißt es dort: „Die Kommunisten dürfen nicht ... haltmachen vor der Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen, falls der Verzicht auf die Spaltung den Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, den Verzicht auf die Organisierung des am meisten ausgebeuteten Teils des Proletariats bedeuten würde." Das Anschwellen der Streikbewegung seit dem VI. Kongreß der Komintern und der erbitterte Kampf der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie, die zu den Methoden des Ausschlusses und der Auflösung ganzer Organisationen greift (ADGB) und mit Hilfe von Zunftschranken den Kreis des gewerkschaftlich organisierten Proletariats künstlich einengt (das krasseste Beispiel bietet die „American Federation of Labor"), ihr offenes Streikbrechertum haben in einer Reihe von Ländern die Voraussetzungen geschaffen, unter denen in einzelnen Fällen die Bildung neuer, revolutionärer Gewerkschaften notwendig war. Das IX. Plenum des EKKI. und der VI. Kongreß der Komintern legten fest, daß die amerikanische Kommunistische Partei neue Gewerkschaftsverbände in erster Linie in jenen Produktionszweigen schaffen müsse, wo es überhaupt keine gewerkschaftliche Organisation gibt, ferner aber auch in jenen Fällen, wo die Arbeiter nach einer revolutionären Aktion, infolge des Verrates seitens der Gewerkschaftsbürokratie, in Massen aus den Gewerkschaften austraten und die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen wurde. Diese Arbeit hat die Partei aufgenommen und muß sie mit äußerster Energie führen und die Riesenmassen der Unorganisierten der Vereinigten Staaten in die neuen Gewerkschaften hineinziehen. Dasselbe war in England der Fall, wo eine neue Schneidergewerkschaft und die neue Schottische Bergarbeitergewerkschaft gebildet wurde. Dasselbe war auch in Polen der Fall, wo es auf Grund der Massenstreikbewegung in Lodz und der Spaltung der PPS, notwendig war, die Frage der Bildung einer neuen einheitlichen Textilarbeitergewerkschaft (in Lodz) aufzurollen, die nun auch bei den Bergarbeitern (im Dombrowaer Bezirk) steht. Dasselbe war auch in Mexiko der Fall, wo auf Grund der Radikalisierung der Arbeitermassen sowie der reaktionären Entartung der CROM, ein neuer revolutionärer unitärer Gewerkschaftsbund gebildet wurde, der etwa 100.000 Mitglieder zählt.

8. Aber die Kommunisten müssen begreifen, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht eine Frage der mechanischen Bildung neuer Gewerkschaften ist. Es muß entschieden gekämpft werden gegen die Einstellung auf die Spaltung der Gewerkschaft um jeden Preis. Die Bildung neuer Gewerkschaften ist nur möglich bei einem Aufschwung der Streikwelle, nur dort, wo der politische Kampf eine starke Zuspitzung erfahren hat, wo bedeutende Massen des Proletariats das sozialimperialistische Wesen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bereits begriffen haben und wo diese Massen die Bildung einer neuen Gewerkschaft aktiv unterstützen. Aber selbst wenn alle diese Bedingungen gegeben sind, darf die Bildung neuer Gewerkschaften in Ländern, wo es bis jetzt keine selbständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gab (z.B. in Deutschland), nur von Fall zu Fall erfolgen, unter Berücksichtigung der gesamten objektiven Situation.

Forts. Gewerkschaften

S. 4) Die „KPD/ML" warf dem KB sogar im geschwollenen Tonfall „Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse" vor, weil der Hamburger CHEMIEARBEITER geschrieben hatte, daß wir zwar gegen die Einheit um jeden Preis sind, daß Kommunisten aber solange wie möglich in den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen kämpfen müssen und daß die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse gemacht werden müssen. Die „KPD/ML" meint, diese Politik des KB unterscheide sich im wesentlichen nicht von der DKP. („Roter Beiersdorfer", Hamburg, Okt. 73)

Wir wollen diesem „rrradikalen" Unsinn zum Vergleich die Meinung von Ernst Thälmann gegenüberstellen. Auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Jahr 1929 sagte Thälmann: *„Die Tatsache, daß in den reformistischen Gewerkschaften große Massen organisiert sind, zwingt uns, diese proletarischen Massen hinter uns zu bringen, den Kampf gegen die reformistische Bürokratie in den Gewerkschaften mit äußerster Entschlossenheit fortzusetzen. Aber wir sehen in unseren eigenen Reihen gewisse Tendenzen des Zurückweichens, wir sehen die Kapitulation einzelner Funktionäre, die vor dem Vorgehen der Reformisten zurückschrecken. Dieser Kampf in den Gewerkschaften erfordert von uns die größte Zähigkeit, die größte revolutionäre Kaltblütigkeit, und auch die Fähigkeit, die Massen zu überzeugen, daß nicht wir, sondern die Reformisten die Spalter der Gewerkschaftsbewegung sind."*

Die zentrale Parole, unter der wir heute den Kampf um die Mitgliedermassen der Gewerkschaften führen, ist: **„Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!"** –

Das bedeutet beim jetzigen Stand, Kampf um eine mehr an den Arbeiterinteressen orientierte Politik, Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, Kampf um die betriebliche Gewerkschaftsorganisation (Vertrauensleute), Kampf gegen die von der Bourgeoisie gekauften Gewerkschaftsführer, Kampf gegen die Ausschlüsse, Organisierung von Ausgeschlossenen, Kampf um die Gewerkschaftseinheit gegen die von der Bourgeoisie gekauften Führer.

Die Parole „Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!" bedeutet nicht die Illusion, dieses Ziel innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften zu erreichen. Es ist aber offensichtlich, daß zum jetzigen Zeitpunkt für dieses Ziel vor allem i n n e r h a l b der bestehenden Gewerkschaften zu kämpfen ist. Die KI und die KPD haben die Notwendigkeit einer zähen Überzeugungsarbeit in den bestehenden Gewerkschaften immer wieder betont, und zwar in einer Situation, wo die Mitgliedschaft der KPD nach Zehntausenden und ihre Wähler nach Millionen zählten. Erst recht gilt es heute, wo die kommunistische Bewegung ungleich schwächer ist, der Entwicklung nicht mit sehr „rrradikal" klingenden, aber der Situation nicht entsprechenden Parolen vorauszueilen, sondern solche Parolen aufzustellen, die tatsächlich eine klärende und organisierende Funktion haben, die den M a s s e n klar machen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Gewerkschaftsführer die Spalter sind.



Türkische Kollegen an der Spitze des Ford-Streiks (1973)

Türkische Kollegen an der Spitze des Ford-Streiks (1973)

Der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, gegen einzelne von der Bourgeoisie gekaufte Gewerkschaftsführer usw. kann natürlich Illusionen über eine mögliche „Reformierung" des DGB hervorbringen oder bestätigen. Dies gilt ja für j e d e n Kampf im Rahmen des Kapitalismus (z.B. Lohnkampf). Gelingt es z.B. den Kollegen, ein besonders übles Subjekt aus der Gewerkschaftsführung zu verjagen, so wird er in der Regel durch einen anderen ersetzt, der sich vom ersten nur dadurch unterscheidet, daß er es geschickter anfängt. Trotzdem ist auch ein solcher Kampf wertvoll für die Formung des Proletariats als politisch selbständige Klasse.

Natürlich müssen die Kommunisten gegen Illusionen kämpfen, die sich aus solchen „Erfolgen" oder aus bestimmten demokratischen Forderungen innerhalb des DGB ergeben. Dies muß aber im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Bei der „KPD/ML" z.B. kann man sagen, daß sie sozusagen mit dem kleinen Finger der linken Hand um die innergewerkschaftliche Demokratie kämpft, und mit den übrigen Fingern, und zusätzlich mit den Füßen, gegen die Illusionen kämpft, wobei dieser Kampf nicht einmal in konkreter Überzeugungsarbeit, sondern wesentlich im fortwährenden Wiederholen von Behauptungen und Beschimpfungen besteht.

Was für eine Gewerkschaftsopposition?

„KPD" und „KPD/ML" fordern eine „r e v o l u t i o n ä r e Gewerkschaftsopposition". Dies entspricht auch dem von der KPD Ende der 20er – Anfang der 30er Jahre verwendeten Namen.

Trotzdem halten wir den Begriff der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegenwärtig für falsch, weil einengend.

Erinnern wir uns, daß der II. Kon-

greß der KI 1920 gefordert hatte
Erinnern wir uns, daß der II. Kon-

greß der KI 1920 gefordert hatte, **„die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird."**

Dies halten wir für richtig. Die Arbeiter geraten natürlich zunächst nicht deshalb in Widerspruch zur Gewerkschaftsführung, weil diese gegen die proletarische Revolution ist, sondern wegen des Verrats in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse. Daran – und nicht an der Frage der Revolution – entwickelt sich zunächst die politische Differenzierung in den Gewerkschaften.

Im Begriff der revolutionären Gewerkschaftsopposition liegt die Gefahr, daß getrennt wird zwischen einer vorläufigen Minderheit revolutionärer Arbeiter und einem größeren Teil, der mit einzelnen Erscheinungen der DGB-Politik oder auch mit dieser insgesamt unzufrieden ist, ohne daß er schon für die proletarische Revolution und den Sozialismus kämpft.

Statt zur Organisierung der gesamten Gewerkschaftsopposition beizutragen, wird die „RGO"-Parole so zu einer reinen Partei-Parole. Die „KPD/ML" hat früher offen ausgesprochen, daß sie sich eine „RGO" (bzw. ähnliche Vorläufer-Projekte) nur „unter Führung der KPD/ML" vorstellen kann. Inzwischen ist man schlauer geworden und sagt dies nicht mehr so offen. Trotzdem ist die „RGO"-Propaganda so angelegt, daß eine sektiererische Organisation von Betriebsgenossen der „KPD/ML" mit einigen Sympathisanten, nicht aber eine breite gewerkschaftsoppositionelle Organisation angestrebt wird. Ähnlich verhält es sich mit der „RGO" der „KPD", wie u.a. in der sektiererischen Kampagne um den türkischen Kollegen Baha Targün, Streikführer bei Ford Köln, deutlich wurde, der von der „KPD" auf ziemlich widerliche Weise durch die Universitätsstädte geschickt wurde, um die „betriebliche Verankerung" der „KPD" deutlich zu machen.

„KPD" deutlich zu machen.

Die Frage, w e r in der „Gewerkschaftsopposition" organisiert werden soll, d.h. auf welcher politischen Grundlage diese stehen soll, ist von zentraler Bedeutung. Hier steht die Alternative, tatsächlich den Aufbau einer b r e i t e n Gewerkschaftsopposition anzugehen, oder aber ein schmales „Vorfeld" dieser oder jener staatlich geprüften Partei der Arbeiterklasse zu bilden, das n o c h n i c h t e i n m a l eine kommunistische Gewerkschaftsfraktion wäre (weil die kommunistische Bewegung heute schon viel breiter ist als die eine oder andere „Partei"). ●



Forts. Wohin steuert die IG-Metall

fen ...; zu werben ...; zu verhindern ...; entgegenzuwirken ...; unverzüglich zu melden ...; weiterzuleiten ...; zu unterstützen ..."

Schöne ‚Rechte' sind das! Für ‚Mund und Arm der Gewerkschaft' reichts freilich!

Hatten sich die IG Metall-Führer in der Vergangenheit bereits mit Vorliebe unter den Betriebsräten und den VK-Leitungsmitgliedern Funktionäre i h r e s Vertrauens gesucht (oder diese Leute in entsprechende Funktionen gehievt!), so betonen die neuen ‚Richtlinien' die besonderen Beziehungen zwischen den VK-Leitungen und den Hauptamtlichen. L. Dieckerhoff unterstreicht in dem schon genannten „Gewerkschafter"-Artikel: *„Besonderer Wert wurde auf die Wahl einer funktionsfähigen Leitung gelegt"* und erläutert an der gleichen Stelle: *„Wert und Wirksamkeit eines Gremiums hängen* (für die IG Metall-Führer, Anm. d. Red.) *wesentlich von seiner Leitung ab. ... Die Leitung ... muß ... dafür sorgen, daß die Struktur, die Tätigkeit und die einzusetzenden Mittel stets dem Organisationszweck* (den der Vorstand selbst natürlich festlegt, Anm. d. Red.) *dienen"*.

Diese für die Vorstandspolitik ‚funktionsfähigen Leitungen' berufen Sitzungen ein, legen die Tagesordnung fest etc. – natürlich nicht, ohne vorher „mit der Ortsverwaltung Mittel und Formen künftiger Arbeit beraten" zu haben, wie es in den NR heißt. Im Unterschied zu den AR ist dieser ausdrückliche Hinweis (in Absprache oder in Zusammenarbeit mit der OV) in praktisch jede Aufgabenstellung ‚eingearbeitet' worden. (Wo das in der Praxis hinführt, zeigt sehr anschaulich de: Artikel über die ‚VK-Geschäftsordnung bei Blohm & Voss in Hamburg' in AK 39)

Die ‚enge und bevorzugte Beziehung' zwischen VK-Leitung und den übergeordneten Gremien unserer Gewerkschaft kommt auch in den folgenden Abschnitten der ‚Richtlinien' (7. – 9.) zum Ausdruck.

Während die AR verbindlich festlegten, daß ‚einmal im Vierteljahr' a l l e Vertrauensleute der Verwaltungsstelle zu einer Konferenz einzuladen wären, heißt es in den NR: „Mindestens einmal im Jahr, darüberhinaus aus aktuellem Anlaß, hat die Ortsverwaltung zu einer Vertrauensleutekonferenz einzuladen."

Zwar hatten die Vertrauensleutekonferenzen auch nach den AR keinerlei Entscheidungsbefugnisse, aber immerhin boten sie Möglichkeit, über die Grenzen einzelner Betriebe hinweg die gemeinsamen Belange zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und direkte Verbindungen zwischen den Gewerkschaftern der verschiedenen Betriebe herzustellen.

Diese Möglichkeiten sind durch die NR weiter eingeschränkt worden!

Dagegen legen die IGM-Führer mehr Gewicht auf ‚Beratungen' zwischen den VK-Leitern und Funktionären des Apparats in sogenannten ‚Ausschüssen' (bei der Ortsverwaltung, der Bezirksleitung und auch beim Hauptvorstand). Nähere Bestimmungen finden sich zwar nicht in den ‚Richtlinien', aber unsere Erfahrungen mit dem Vertrauensleute-Ausschuß bei der Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall zeigen, daß die Gewerkschaftsführer sich auf diese Weise einen ‚harten Kern' von Funktionären heranbilden, die gehorsamst den offiziellen Kurs gegenüber den einfachen Vertrauensleuten und Mitgliedern verfechten. (Darüber soll später an anderer Stelle berichtet werden.)

Zusammenfassung

Die Führung der IG Metall hat die innergewerkschaftliche Demokratie durch die Neufassung der ‚Richtlinien' noch weiter abgebaut. Dagegen hat sich bisher kein nennenswerter Protest erhoben.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben somit heute ihr Instrumentarium, die „Vertrauensleutekörper noch fester i n d e n G r i f f zu bekommen" (Brenner, s.o.), vervollständigen können – und damit i h r e Konsequenzen aus den zurückliegenden Klassenauseinandersetzungen (u.a. auch aus den ‚Septemberstreiks' von 1969) unbehelligt ziehen können.

Wenn wir für eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse auch in die bestehenden Gewerkschaften eintreten, so muß die Propagierung proletarischer (d.h. demokratischer!) Organisationsprinzipien fester Bestandteil unseres Kampfes sein.

Das geschieht am besten in der k o n k r e t e n Auseinandersetzung mit dem undemokratischen Organisationsaufbau der heutigen Gewerkschaften. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung: Eigentlich war vorgesehen, im Rahmen dieses Artikels auch die neuen ‚Leitsätze' des IGM-Vorstands zur Vertrauensleutearbeit unter die Lupe zu nehmen. Das wird jedoch erst später geschehen, weil die Gewerkschaftsführer immer noch nicht mit der ‚Endfassung' rübergekommen sind. Bisher sind bereits drei Entwürfe bekanntgeworden, die jedoch nach kurzer Zeit ohne jede Begründung fallengelassen wurden.

Hamburg:

Ein Postler berichtet

Die diesjährige Tarifrunde bei der Post war wie im gesamten übrigen öffentlichen Dienst gekennzeichnet durch eine in diesem Ausmaß bisher noch nicht dagewesene Verschärfung des Tarifkonfliktes. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundespost fanden hier Arbeitsniederlegungen und Streiks statt. Im allgemeinen zeigten die Postkollegen eine große Bereitschaft, ihre materiellen Interessen auch mit echten Kampfmaßnahmen durchzusetzen. Doch diese Bewegung besaß überaus spontanen Charakter, was sich deutlich in ihrer Entwicklung zeigt.

Im Bezirk Hamburg der DPG sind die Tarifrunden der vergangenen Jahre jeweils ohne größeres Engagement von den Kollegen zur Kenntnis genommen worden. In dieser Tarifrunde ist dies zunächst nicht anders gewesen. Im Bereich der Ortsverwaltung (OV) Hamburg, die aus etwa 50 gewerkschaftlichen Amtsgruppen besteht, haben nur ganze fünf Amtsgruppen eigene Tarifforderungen aufgestellt. Im ganzen Bezirk Hamburg, der ein Gebiet umfaßt von Lübeck bis Cuxhafen einschließlich der OV Hamburg, waren es insgesamt nur neun Amtsgruppen, die innerhalb der vom Bezirk gesetzten Frist Forderungen aufgestellt und diskutiert hatten. Hinzu kommt, daß selbst in diesen wenigen Fällen die Diskussion der Tarifrunde praktisch ohne Beteiligung der Kollegen geführt wurde. An den Versammlungen ihrer Amtsgruppe nahmen weniger als 10% der in diesen Ämtern gewerkschaftlich organisierten Kollegen teil, und eigene Diskussionsbeiträge leisteten noch weniger. Allgemein war es so, daß die Funktionäre der DPG ihre Forderungen in die Versammlungen hineintrugen, und dort stimmte man ihnen zu.

Infolgedessen standen die Kollegen auch nicht kampfbereit hinter den „Mindestforderungen" der Gewerkschaft, sondern mußten von der Führung erst mühsam im Verlaufe der Tarifrunde mobilisiert werden. Für den Bezirk Hamburg gilt, daß das gewerkschaftliche Bewußtsein der Postkollegen überaus niedrig ist, daß eine kontinuierliche gewerkschaftliche Arbeit an den einzelnen Ämtern kaum entfaltet ist, daß Resignation und in der Enttäuschung entstandene antigewerkschaftliche Einstellungen noch fest verankert sind. Tagträumer vom Schlage der „KPD" sehen diese Sachlage allerdings anders:

„Die Taktik der Gewerkschaftsbonzen ist ebenso klar. Wortradikales Geschwätz, weil ihnen die kampfbereiten Kollegen im Nacken sitzen. Mit allen Tricks versuchen sie, die Kämpfe unter ihrer Kontrolle zu halten, um sie – nachdem etwas „Dampf abgelassen" ist – desto schneller abwürgen zu können." (Aus einem Flugblatt der „KPD", das sie unter der Überschrift „Sofortiger Streik!" auf der Hamburger Postler-Demonstration verteilten.)

Tatsächlich jedoch war das Gegenteil der Fall. Durch ihr wortradikales Auftreten mußten die Gewerkschaftsführer die spontane Bewegung unter den Postkollegen überhaupt erst anheizen. Die Berichterstattung in der Presse tat ein übriges. Morgens lasen die Kollegen in der Zeitung, daß sie ja schon kampfbereit auf der Straße ständen. Dadurch wurde natürlich Unruhe ausgelöst, die sich auch spontan weiterentwickelte. Doch die Initiative lag auf der Seite der Gewerkschaftsführung, sogar die meisten Streiks waren von ihr bestellt gewesen. Sie entsprachen zwar der spontanen Bewegung unter den Kollegen, gleichzeitig trugen sie jedoch zu ihrer Demobilisierung bei. Den Kollegen wurde nämlich in diesen Streiks die Schwäche ihrer spontanen Bewegung deutlich gemacht. Es wurde auch offenbar, daß die Gewerkschaftsführung sowohl politisch als auch organisatorisch nichts zum Gelingen der Streiks beitrug.

Die Taktik der Gewerkschaftsführung wurde nur einmal durchbrochen

Die Frage Sieg oder Niederlage hing entscheidend davon ab, ob es gelang, die Beamten in den Streik mit einzubeziehen, also die Einheit unter den Kollegen praktisch herzustellen. Die Gewerkschaftsführung sabotierte alle Versuche in dieser Richtung. Sie war es, die in den Diskussionen ständig auf das Streikverbot der Beamten hinwies. Sie traf während der Streiks organisatorische Vorkehrungen, die eine indirekte Beteiligung der Beamten am Streik ausschließen sollten. Dadurch verurteilte sie den Kampf der Kollegen Arbeiter und Angestellten von vornherein zur Niederlage.

Nur in einem einzigen Fall hatte sie keinen Erfolg. Am Dienstag, den 12.2. wurde im FA 1/PA 13 ein eintägiger Vollstreik durchgeführt, in dem verhindert werden konnte, daß die Beamten an ihre Arbeitsplätze gelangen konnten. Von den dort ständig beschäftigten 1 100 Kollegen konnten nur etwa 30 durch die Streikabsperrungen in das Amt gelangen. Morgens um 5 Uhr wurde das Amt vollständig von Streikposten abgeriegelt. An den vorhergehenden Tagen war unter den Kollegen das Beamtenproblem bereits ausführlich diskutiert worden, und die Streikposten waren entschlossen, niemanden durchzulassen. Sie ließen sich auch nicht durch die Einschüchterungsversuche der DPG-Funktionäre beirren, selbst dann nicht, als sogar der Bezirksvorsitzende Willy Mendel vor Ort erschien und diese Art der Streikdurchführung scharf angriff. Von der örtlichen Streikleitung waren Listen vorbereitet worden, in die sich die Beamten nach ihrem erfolglosen Versuch, das Amt zu betreten, eintragen konnten. Diese Listen waren keine Streiklisten, sondern Anwesenheitslisten. Sie dienten ausschließlich dem Schutz der Beamten vor möglichen späteren Repressalien. Diese taktische Maßnahme trug wesentlich zum Gelingen des Streiks bei.

Provokation vom KBW

In diesem Zusammenhang muß einmal auf den KBW eingegangen werden. Einen Tag nach dem erfolgreichen Streik verteilten diese Leute ein Flugblatt, in dem sie folgendes schreiben:

„Es wurde erreicht, daß fast alle Beamten sich solidarisch erklärten, sich in Streiklisten eintrugen und dem Dienst fernblieben". Auch wenn sonst die KBW-Presse keine große Beachtung unter den Kollegen findet, dieser eine Satz fand sie. Die Gewerkschaftsrechte nämlich konnte jetzt verbreiten, daß die Beamten von der linken Streikleitung, der übrignes niemand vom KBW angehörte, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen widerrechtlich am Streik beteiligt worden sind. Dadurch sei der gesamte Streik illegal geworden, was bedeutet, daß jetzt mit scharfen disziplinarischen Maßnahmen gegen die Beamten zu rechnen sei. Und das alles hätte man nur den „Roten" zu verdanken, die die Beamten gezielt ans Messer geliefert hätten.

Obwohl die Streikleitung diesen Sachverhalt sofort klarstellte, konnte sie nicht verhindern, daß mehrere Kollegen spontan aus der Gewerkschaft austraten und die Rechten dies zum Anlaß nahmen, eine massive Hetzkampagne gegen „die Kommunisten" zu starten. Es muß außerdem dem KBW unterstellt werden, daß er diese Lüge bewußt verbreitet hat, da dieses entscheidende Problem während der Durchführung des Streiks seinen anwesenden Vertretern klar gewesen sein muß.

Hier zeigte sich erneut, wie verantwortungslos und provokatorisch sich diese Gruppe gegenüber den Kämpfen der Arbeiterklasse verhält und welchen Schaden diese Leute dabei anrichten.

Streik nach Geschmack der Gewerkschaftsführung

Nach dem erfolgreichen Streik am Dienstag wurde die Fortsetzung des Streikes am Mittwoch von der Gewerkschaftsführung nicht mehr genehmigt. Lediglich zwei Stunden sollten die Kollegen von FA 1/PA 13 streiken dürfen, „zur Warnung". Doch di lehnten die Kollegen als Zirkus ab und wollten unter diesem Umstand gar nicht streiken. „Entweder richtig und dann den ganzen Tag, oder überhaupt nicht!" Eine Stunde nach Arbeitsbeginn am Mittwoch gab dann doch noch der Bezirk grünes Licht für einen weiteren Vollstreik. Damit hatten die Gewerkschaftsführer das Beamtenproblem umschifft: die Beamten waren bereits am Arbeitsplatz und konnten jetzt nicht mehr weg. Nur die Arbeiter und Angestellten konnten das. Um die Kollegen noch weiter zu zersplittern, erhält nur das PA 13 die Genehmigung zum Streik, das FA 1 jedoch nicht. Beide Ämter liegen im selben Gebäude. Damit war auch eine konsequente Abriegelung wie am Vortage unmöglich geworden.

Die Streikerfahrungen aus dem Hamburger Bezirk zeigen, daß die Gewerkschaftsführer den Zeitpunkt und Verlauf der Kampfmaßnahmen nahezu uneingeschränkt bestimmen konnten. Die wichtigste Aufgabe in der weiteren gewerkschaftlichen Arbeit wird es sein, umgehend auf der Grundlage der Streikerfahrungen eine „Manöverkritik" zu leisten. Dabei muß die Rolle der Gewerkschaftsführung in den Zusammenhang gestellt werden mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, damit diese klarer wird.

Post-Genosse
KB-Gruppe Hamburg ■



WARNSTREIK IN FLENSBURG:

Kollegen überfahren

Am 1.2. führten die Kollegen der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft (FSG) und der Ullrich KG zwischen 10.00 und 11.30 Uhr eine Demonstration mit anschließender Kundgebung durch. Organisiert wurde die Aktion von der VKL der Werft; die Direktive dazu kam – wie gleichzeitige Streiks in Lübeck (Flender-Werft) und Kiel (Mak und Hagenuk) zeigen – von der Bezirksleitung Hamburg. Den Gewerkschaftsführern ging es darum, ihr angeschlagenes Image aufzupolieren und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um so der wachsenden Kampfbereitschaft der Kollegen Genüge zu tun.

Warnstreik verordnet

Schon im Januar hatten sich die VK-Leitungen mehrerer Flensburger Metallbetriebe zusammengesetzt, um über die Möglichkeit einer gemeinsamen Demonstration zu beraten. Dabei sprachen sich außer der FSG-VKL alle übrigen dagegen aus. Die Kollegen wurden wie immer erst gar nicht darin eingeweiht, was man mit ihnen „vorhatte". Ähnlich verlief dann auch die „Einleitung" der Aktion.

Erst ein bis zwei Tage vorher ging das Gerücht (!) um, es solle am 1.2. demonstriert oder gestreikt werden. Am 1.2. fanden dann VK-Vollversammlungen im Bereich Ketten-Kfz- und Werft-Betrieb statt. Der Streik-Beschluß wurde teilweise regelrecht durchgepeitscht (Ketten-Kfz-Betrieb). Hier kam vereinzelt von Vertrauensleuten Kritik am Vorgehen und an der Vorbereitung der Aktion durch die VKL. Dem entspricht sowohl die Unsicherheit der Kollegen über den Sinn der Aktion als auch die Enttäuschung von manchen nach der Aktion. Auf der Kundgebung im Stadtzentrum hielten einige rechte SPD-Gewerkschaftsführer teils nichtssagende, teils „radikale" Reden.

Was waren also die Mängel der Aktion?

Der Streik war nicht in der Belegschaft und unter den Vertrauensleuten vorbereitet worden.

Es war nicht klar, wie diese Einzelaktion der FSG- und Ullrich-Kollegen mit dem Kampf der Metaller insgesamt verbunden werden konnte und wie nach diesem Streik weitergekämpft werden soll.

Deshalb hat ein solcher Streik auch keine nachhaltige Wirkung, sondern verpufft genauso schnell, wie er aufgeflammt (worden) ist. Diese Mängel sind beabsichtigt: Wie Statisten sollen die Kollegen auftreten – zur Legitimation der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik.

Tarifrunde 74: Gewerkschaftsführer keilen nach links aus

Zu einer Wende im negativen Sinne wurde diese Tarifrunde. Im September eröffneten die Ortsverwaltung (OV) und sämtliche Vertrauenskörperleitungen Flensburgs die Tarifrunde mit einem „Informationsflugblatt", das zwei Sätze zur Tarifrunde beinhaltete, im übrigen gegen linke Kollegen hetzte. Man warnte vor den „linksextremistischen Eiferern" und pries die über „hundertjährige Gewerkschaftsdemokratie". Kurze Zeit später schloß die VKL des größten Flensburger Metallbetriebes, Danfoss, zwei Vertrauensleute aus dem VK aus. Aufgrund der nur schlecht kaschierten Unterdrükkung oppositioneller Politik wurde dadurch bis zum 5.2. (also über vier Monate!) sämtliche gewerkschaftliche Arbeit in diesem Betrieb gelähmt – nicht zuletzt deswegen fiel eine Teilnahme der Danfoss-Belegschaft am Warnstreik am 1.2. ins Wasser. Kurz vor Weihnachten leitete die OV dann ein Ausschlußverfahren gegen die beiden Kollegen ein. Auf einer ebenfalls kurz vor Weihnachten stattfindenden Betriebsversammlung der FSG reitet der Betriebsratsvorsitzende der FSG auf der antikommunistischen Tour. Während der Aktion am 1.2. warnt die VKL die Vertrauensleute und Kollegen ausdrücklich vor den „linksextremen Umfunktionierern". Abgesehen von diesen Aktivitäten hält die Gewerkschaftsspitze am Ort sich vornehm zurück.

Aus dem Verlauf der Tarifrunde Lehren ziehen!

Die gegenwärtige Hetze der Kapitalisten gegen die Forderungen der Kollegen, gegen die Tarifautonomie der Gewerkschaften, gegen das Streikrecht und das Volksgemeinschaftsgerede der Kapitalisten machen deutlich, wie man der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik gegenüberzutreten hat: Wir müssen lernen, in solchen Kämpfen selbständig aufzutreten, mit einem klaren Blick

- für die Beschränktheit einer solchen Aktion;
- dafür, daß einzelne sporadische Aktionen verpuffen, wenn wir un s nicht über unsere Poltik auf längere Sicht im Klaren sind;
- dafür, daß wir jede Kampfmaßnahme bewußt verarbeiten, um aus Fehlern zu lernen;
- für die Stärke unseres Gegners;
- dafür, welche Absichten die Gewerkschaftsführer mit so einem Steik verfolgen.

Erfolg oder Niederlage entscheidet sich z.B. daran, ob die Kollegen wie „geprügelte Hunde" enttäuscht Streik verfolgen. („Streiken hat ja doch keinen Sinn"), ober ob es uns gelingt, obwohl so ein Streik kein greifbares Ereignis gezeigt hat, mehr Kollegen in die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung, die gewerkschaftliche Arbeit, in die Planung von Kampfmaßnahmen usw. einzubeziehen.

KB-Gruppe Flensburg ■

STRAUSS, KEIN FASCHIST··· ?

Beim dritten Versuch hat CSU-Chef Strauß jetzt endlich ein Gericht gefunden, das bereit war, ihm in seiner Fehde gegen die Münchner ‚Arbeiterbasisgruppen' (jetzt „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") Genugtuung zu geben. Genossin Sommerrock, Presseverantwortliche der ABG, wurde kürzlich zu 1.200 Mark Strafe (ersatzweise 60 Tage Haft) verurteilt wegen einer Karikatur, die Strauß mit einem Hitler-Kopf im Maul zeigt.

Im ersten Prozeß war das Gericht nicht bereit, sich die beleidigte „Ehre" von Franz-Josef Strauß zu eigen zu machen. Helge Sommerrock wurde freigesprochen.

Strauß begann einen zweiten Prozeß, diesmal wegen verbotener Verwendung nazistischer Kennzeichen (das SS-Zeichen in der Schreibung des Namens Strauß). In erster Instanz fand sich ein Gericht, das bereit war, eine so irre „Argumentation" zu akzeptieren, mit der der Sinn des Gesetzes in sein Gegenteil verkehrt würde. Im Revisionsverfahren wurde Helge Sommerrock freigesprochen.

Wer Strauß wählt, wählt Faschismus!

Durch diese von den ABG publizierte Karikatur wird Strauß nach Meinung eines Münchner Gerichts beleidigt. Urteil: 1.200 Mark Strafe.

Strauß stellte nun Anklage wegen ‚persönlicher Beleidigung'. Diesmal hatte er das rechte Gericht gefunden, das sich um die von der Genossin Sommerrock vorgetragene Beweisführung gar nicht kümmerte. Der Richter erklärte, Karikaturen hätten gefälligst „liebenswert" zu sein, diese aber sei „boshaft" und daher „beleidigend" (was soll man da über die von der bürgerlichen Presse z.B. gegen Araber und Studenten verbreiteten höchst „liebenswerten" Karikaturen sagen?!).

Dies ist ein weiterer Versuch, die Pressefreiheit einzuengen, denn die Bourgeoisie rechnet natürlich begründet damit, daß die Kommunisten nicht reich genug sind, um langfristig jedesmal ein paar Hunderter springen zu lassen, wenn sie einen Faschisten beim Namen nennen. ■

Forts. Tarifrunde ÖTV

Anstatt spätestens zu diesem Zeitpunkt die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und unverzüglich mit der Organisierung des allgemeinen Streiks zu beginnen, erklärten die Verhandlungsmatadoren ihre Bereitschaft, weiterzuverhandeln.

Vom 11. Januar an wurden schließlich die Mitgliedermassen mobil gemacht – 'zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition', wie es hieß. Eine Serie von Warnstreiks, Kundgebungen und Demonstrationen setzte ein – von den Gewerkschaftsführungen nicht nur toleriert, sondern in den meisten Fällen auch organisiert. Wobei man in den Gewerkschaftszentralen peinlichst darauf bedacht war, daß die Dinge nicht aus dem Ruder liefen.

Das gelang freilich nicht immer!

Nachdem die Verhandlungen am 22. Januar wiederum keine Einigung brachte (Bund, Länder und Gemeinden boten 9% (!) an), wurde erneut verzögert. Ein 'Ultimatum', befristet bis zum 28. Januar, wurde ausgesprochen und ein 'realistisches Angebot' verlangt.

Natürlich verstrich auch dieser Termin ohne die erhoffte 'Einigung' – die Gewerkschaftsmitglieder aber wurden erst am 7./8. Februar zur Streikurabstimmung gerufen.

Die organisierten Kollegen des Öffentlichen Dienstes, der Post und der Bundesbahn sprachen sich mit überwältigender Mehrheit für Kampfmaßnahmen aus (im Schnitt 90 %).

Von den Millionen Kollegen des Dienstleistungssektors wurden nur etwa 10 Prozent in den am 11. Februar beginnenden Streik einbezogen (maximal 250.000) – eine Verhöhnung des erklärten Kampfwillens der Arbeiter!

Dann begann das, was die Hamburg-

Arbeiter!

Dann begann das, was die Hamburger Morgenpost den 'Poker um Prozente' nannte:

1. Streiktag, 11.2.: Das Angebot der 'Arbeitgeber' wird von 9,5 auf 10% erhöht (mindestens 160,–DM)
– Die Gewerkschaftsführer lehnen ab.
2. Streiktag: Wieder wird ein halbes Prozent draufgelegt: 10,5%
3. Streiktag: Einigung bei 11% (mindestens 170,00 DM).

Während weit über 200.000 Kollegen für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen streikten, rücken die Gewerkschaftsführer nicht nur von der Ausgangsforderung ab, sondern lassen im Sinne der 'Einigung' auch noch die Regelung der Urlaubsgeld-Frage ganz unter den Tisch fallen.

ÖTV-Chef Kluncker befindet:

„Wir haben einen fairen Kompromiß erreicht. Es gibt keinen Sieger und keinen Besiegten."

Daß hier mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der kapitalistische Staat sein 'stabilitätspolitisches Ziel' durchgesetzt hat – gegen die Interessen der Arbeiterklasse – brachte Willi Brandt vor der Belegschaft der deutschen Lufthansa in Hamburg zum Ausdruck.

Den provokatorischen Verhandlungsstil und seine persönlichen zahlreichen Eingriffe verteidigend, sagte der Kanzler:

„Wenn wir nicht hart gegengehalten hätten, wären wir nicht bei der Grenze stehengeblieben, die g e r a d e n o c h z u v e r t r e t e n i s t." (22.2.1974)

Die ökonomischen Ziele der westdeutschen Monopolbourgeoisie

Im Vergleich zu seinen imperialistischen Konkurrenten in Europa (Frankreich und England), vor allem gegenüber dem US-Imperialismus, hat sich die Position des westdeutschen Monopolkapitals in den letzten Jahren deutlich verbessert.

Vor allem die Verschiebungen im internationalen Währungsgefüge signalisierten diese Kräfteverschiebung: Proportional zur Abwertung des US-Dollars wurde die Deutsche Mark (DM) aufgewertet (entsprechend das Tauschverhältnis DM-Franc/Pfund).

Darüberhinaus haben sich die westdeutschen Imperialisten in der sogenannten „Dollar-Krise" selbst Spekulationsgewinne in Milliardenhöhe ergaunert, die für sie ein beachtliches und beruhigendes Polster für die nächste (überschaubare) Zeit bedeuten.

Die sogenannte „Ölkrise" hat dagegen in erster Linie die US-Imperialisten begünstigt. Die Monopolstellung des US-Imperialismus auf dem Erdölsektor erlaubte diesen eine Steigerung der Profite um bisher nicht gekannte Prozentzahlen. Die „Verknappung des Öls" hat (wie heute selbst von bürgerlichen Zeitungen und Politikern zugegeben wird) nie stattgefunden. weniger) geschickt inszenierter Trick, bei dem die Lakaien des US-Imperialismus im Mittleren Osten („die Scheichs") bereitwillig die ihnen zugedachte und bezahlte Rolle des „agent provokateur" spielten.

Gegen Ende der „Ölkrise" gerieten die Währungen bekanntlich wieder ins Rutschen – diesmal in umgekehrter Richtung: Während sich der US-Dollar „etwas erholt" hat, verlor die DM einiges von ihrer sprichwörtlichen „Härte".

Das war etwa jener Zeitpunkt, wo die „Fünf Weisen" den wirtschaftspolitischen Orientierungsrahmen des westdeutschen Monopolkapitals für das Jahr 74 vorlegten. SPD-Kanzler Willy Brandt äußerte bei der Entgegennahme des sogenannten „Jahresgutachtens", daß die „Untersuchung" zu einem „sehr interessanten Zeitpunkt" erscheine („FR", 23.11.74).

Das „Jahresgutachten" „Status quo"

Die namhaften bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler geben vor, mit ihrem „Gutachten" (das nach dem Stabilitätsgesetz von 1967 einmal pro Jahr vorgelegt werden muß) die voraussichtlichen Daten der „wirtschaftlichen Entwicklung" des jeweils folgenden Jahres zu prognostizieren – und daraus „Empfehlungen" für Regierung und Tarifpartner abzuleiten.



Während und nach dem Streik demonstriert die Tagespresse der SPD (hier „Hamburger Morgenpost") mit Serien von Arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Artikeln ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse.

Die praktische Erfahrung der vergangenen Jahre indes belegt unzweideutig, daß die von den Konjunkturpropheten ausgegebenen Orientierungsdaten nur für die Löhne („Leitlinien") verbindlichen Charakter haben – während die Prognosen über Gewinn- und Preisentwicklung i m m e r von der realen Entwicklung überholt wurden. Das zeigt, daß auch den „Fünf Weisen" das „Raten" in des Wortes doppelter Bedeutung geläufig ist.

Im Folgenden können wir uns darum bei der Darstellung der „Strategie-Entwürfe" auf den Teil des „Gutachtens" beschränken, der sich mit Fragen der Tarifpolitik befaßt.

Der gesamten Konjunktur-„Prognose" ist die Annahme vorausgesetzt, daß *„die Tarifparteien in der Lohnpolitik den Restriktionskurs ... als gegeben nehmen, sich also bewußt (!) sind, die Folgen von Fehlverhalten tragen zu müssen."* Bemerkenswert, daß diese Bourgeoisstrategen die Politik der Gewerkschaftsführer voll in ihre Planung einbeziehen können: *„Unserer Status-quo-Prognose liegt eine solche Strategie zugrunde."*

Allerdings wird eingeschätzt, daß *„die Lohnpolitik jedenfalls zu Beginn des Jahres (!) noch nicht zu Tarifabschlüssen findet, die kostenneveauneutral genannt werden dürfen. Die Folge wäre, daß ... die Unternehmen ... stärker, als es die Wirtschaftspolitik wünschen muß, die Produktion und damit die Beschäftigung einschränken* (würden)."

Allerdings wird im Folgenden die Hoffnung geäußert, daß die Gewerkschaftsführer von sich aus *„Lohnsätze vereinbaren, zu denen der Markt (!) schon drängt, die er bei späteren (!) Abschlüssen aber erzwingen (!!!) wird, dann aber bei ungünstigerer Entwicklung von Beschäftigung und Verbraucherpreisen."*

So oder so: Die Gewerkschaften vor allem müssen gezwungen werden, *„ihre Ansprüche mit Besonnenheit zu vertreten."*

Dabei ist der Bundesregierung als öffentlicher „Arbeitgeber" die Aufgabe gestellt, *„mit d e r Härte die Löhne auszuhandeln, die sie von privaten Unternehmen erwartet."*

Gelänge es, schon zu Beginn des Tarifkampfs 74 im Öffentlichen Dienst „kostenniveauneutrale" Abschlüsse (also zwischen 9 und 10%) auszuhandeln, so wären mehr Gelder für eine „großzügigere" Investitionspolitik flüssig – d.h. die Kapitalisten kämen verstärkt in den Genuß verbilligter Kredite.

Alternative „Strategien"

Die „Empfehlung" der Wissenschaftler ist brutal und einfach zugleich:



CHRONOLOGIE DER WARNSTREIKS BIS ZUR URABSTIMMUNG

CHRONOLOGIE DER WARNSTREIKS BIS ZUR URABSTIMMUNG

Am Vormittag des 11.1. kam es in Frankfurt zu ersten Arbeitsniederlegung im Rahmen der Tarifrunde von Post, Eisenbahn und Öffentlichem Dienst.

In drei Frankfurter Postämtern mit insgesamt 6.000 Beschäftigten, sowie in drei Außenstellen, ruhte die Arbeit. Rund 1.000 Kollegen versammelten sich in einer Pakethalle zum Protest gegen das Angebot von 7,5%.

Der Ortsverwaltungsvorsitzende der DPG (Deutsche Postgewerkschaft) Rudi Müller führte das Wort. Er verteidigte die Forderung von 185,– DM als eine „absolut notwendige soziale Komponente" und wertete als „ausgesprochen positiv", daß *„die meisten Gewerkschaftsmitglieder erkannt haben, daß in unserer Wirtschaftsordnung Lohn- und Gehaltsfragen zugleich Machtfragen sind, die allein auf dem Verhandlungsweg nicht zu lösen sind".*

Kollegen brachten in der Diskussion zur Sprache, daß sie das herrschende Wirtschaftssystem als unsozial betrachten und die ihnen als Angehörigen des Öffentlichen Dienstes darin zugedachte Rolle als „Prügelknabe" ablehnen. Ein Kollege kritisierte die Aufforderung der Bundesregierung, angesichts der „Energiekrise" Opfer zu bringen. In einer Resolution forderten die Postler den Kampf um die Durchsetzung der Forderung nach 185,– DM und einem Urlaubsgeld von 300,– DM sowie die Urabstimmung über die in den Verhandlungen erzielte Einigung.

Im gleichen Sinne verlief eine Versammlung von weiteren 500 Postkollegen in einem anderen Stadtteil von Frankfurt.

Vier Tage nach diesem Auftakt, im Anschluß an das Scheitern des zweiten Tarifgesprächs, drohte der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft (GdED), Seibert, mit Warnstreiks.

Weitere vier Tage später legten erneut 2.000 Frankfurter Post-Kollegen die Arbeit nieder und demonstrierten für ihre Forderungen. Damit hatten sich in Frankfurt die Arbeitsniederlegungen auf elf Ämter der Post ausgeweitet.

Abermals wurde von dem Vertreter des DPG-Bezirksvorstands Bacher nicht mit starken Worten gespart: *„Es genügt nicht, den Funktionären zu sagen, seht zu, was ihr erreicht ..."* Er kritisierte die SPD-Regierung mit Argumenten von links(-sozialdemokratisch): *„Preistreibend wirken nicht die Löhne der Arbeitnehmer, sondern die Profitsucht der Arbeitgeber ..."*

„... daneben steht eine Bundesregierung, die darauf bedacht ist, den ‚sozialen Frieden' zu erhalten, gesellschaftliche Konflikte zu verschleiern und ihr Stabilitätsprogramm mit den Opfern der Arbeitnehmer aufzupolieren!" **Dazu, betonte er, hätte man diese Regierung nicht gewählt,** und er rief unter lautem Beifall der Anwesenden: *„Dieses Spielchen machen wir nicht länger mit!"*

Hatte schon am Vortag der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Breit, Warnstreiks für die ganze BRD angekündigt, rief jetzt auch die ÖTV-Zentrale in Stuttgart zu einer Demonstration vor dem Verhandlungslokal auf und das Vorstandsmitglied, Jacobi, drohte mit dem Scheitern der Verhandlungen und in der Folge mit Streiks.

Auch die DAG-Führung ließ zu Beginn der folgenden Woche von sich hören. Vorstandsmitglied Grotegut erklärte: *„Die Konjunkturentwicklung lasse sich ganz offensichtlich nicht mehr als Abwehrwaffe gegen berechtigte Arbeitnehmerforderungen mißbrauchen ..."*

Nachdem zu Anfang der gleichen Woche zwischen 200 und 300 Kollegen der Post und des Öffentlichen Dienstes in Karlsruhe, Heidelberg, Dortmund und Stuttgart in teilweise mit Demonstrationen verbundenen, kurzfristigen Warnstreiks ihre Haltung gezeigt hatten, kam es am 24.1. in Dortmund zu einem ersten Höhepunkt. 10.000 Kollegen der drei Gewerkschaften demonstrierten durch die Stadt. Sie riefen Losungen wie **„Macht den Arbeitgebern Dampf, wir wollen jetzt den Arbeitskampf!"** („FAZ", vom 24.1.)

Ein Beispiel zeigt die gute Stimmung der Kollegen auf dem morgendlichen Weg (10 bis 13 Uhr) zur Westfalenhalle: Die „Verkehrsregelung besorgten die Kollegen aus der Demonstration heraus. Busse und Straßenbahnen wurden, nachdem ihre Insassen kurz die Parolen zugerufen worden waren, durchgelassen, ebenso Laster und Mittelklasse-Wagen. Dicke Schlitten mußten eine längere Pause einlegen und ein Mercedes 300 mit einer Nummer der Stadtverwaltung wurde gezwungen, bis zum völligen Vorbeimarsch der Demonstration zu warten." (Nach „Rote Fahne") Auf der Versammlung legten sich die Redner der Gewerkschaftsführung, wie auch schon in Frankfurt zu beobachten war, mit beachtlicher Entschlossenheit „ins Zeug".

Am gleichen Tag kam es zu ersten „Diskussionspausen" von knapp 200 Postkollegen während der Arbeitszeit in Hamburg. Schon drei Tage vorher hatte die Hamburger Postjugend Aktionen angekündigt.

Der folgende Tag (24.1.) gehörte den Kollegen der Berliner Verkehrsbetriebe BVG. Sie legten den U-Bahn-, Bus- und Straßenbahnverkehr zwischen 4 Uhr und 6 Uhr in der Frühe still und hielten außerordentliche Betriebsversammlungen ab. Als es zu Versuchen kam, den Ausstand über 6 Uhr hinaus auszudehnen, war die Ortsverwaltung der ÖTV, die sich zunächst angeblich von dem Warnstreik „überrascht" gezeigt hatte, ebenso wie DPG und GdED einen Tag später, sofort zur Stelle und gab über Rundfunk die Parole aus: „Arbeit wieder aufnehmen". Zugleich hetzte sie, man solle sich nicht *„vor den Karren einzelner Abenteurer und Chaoten spannen lassen, die ganz etwas anderes wollen als die Kollegen ..."*

An diesem Tag, Ende der dritten Woche seit die Warnstreiks begonnen hatten, kam es in Wiesbaden zur ersten Demonstration von 200 Kollegen der DB. ÖTV-Chef Kluncker hatte die Tarifgespräche für gescheitert erklärt.

In der folgenden Woche begannen die Arbeiter in der Hamburger Müllabfuhr mit einer dreiviertelstündigen „Diskussionspause". Ebenfalls in Hamburg demonstrierten 200 Post-Lehrlinge zur Oberpostdirektion mit dem Transparent: **„Werden wir beschissen – wird die Arbeit hingeschmissen!"**

In Mainz demonstrierten 2.000 ÖTV-Kollegen.

Jetzt nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen nahmen die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen weiter zu.

29.1.: 4.000 Postarbeiter und -Angestellte demonstrieren in Hamburg; 10.000 ÖTV-, Post- und Bahnkollegen demonstrieren in Nürnberg; Warnstreik der Verkehrsbetriebe in Mannheim, Warnstreik von ca. 600 Postarbeitern in Württemberg, desgleichen in Hamburg und Hannover.

31.1.: 8.000 Postkollegen demonstrieren in Wuppertal, 5.000 Postler und Eisenbahner demonstrieren in Nürnberg, 300 Postkollegen in Ulm auf der Straße, Warnstreiks in Postämtern in Hildesheim, Uelzen, in Mannheim lagen Straßenbahnen und Busse kurzfristig still.

1.2.: Warnstreik der Solinger Busfahrer. Demonstration und Versammlung in der Stadt. Warnstreik von Postarbeitern in Heilbronn, Göppingen, Tübingen, Celle und Hamburg.

In München Massendemonstration von 13.000 Mitgliedern der ÖTV, DPG und GdED die *„so organisiert war, daß der Verkehr, die Stromversorgung und die Behördenarbeit nicht beeinträchtigt wurden".* („Kölner Stadtanzeiger", vom 2.2.74)

4.2.: Den Montag begannen die Bus- und Straßenbahnfahrer von Köln und Hannover mit der Weigerung, ihre Arbeit aufzunehmen. Auch Müllabfuhr und Straßenreinigung unterblieben in Köln.

Die Müllfahrer von Hannover sperrten mit ihren Fahrzeugen den Rathausplatz, wo sich etwa 4.000 Kollegen des Öffentlichen Dienstes sammelten und zum Landtag demonstrierten.

Die „FAZ" weiß am 5.2. zu berichten, die Verkehrsstreiks seien „straff organisiert" worden. Auch in Wolfsburg kam es zu einer Protestversammlung von 1.000 Kollegen des Öffentlichen Dienstes während der Arbeitszeit in der Stadthalle (!); in Stuttgart legten 1.500 Postarbeiter und -Angestellte die Arbeit für mehr als eine Stunde nieder.

Für den Abend waren in mehreren Städten Baden-Württembergs Protestkundgebungen der ÖTV angekündigt, für Heidelberg, Konstanz, Freiburg, Ravensburg und Tuttlingen waren Demonstrationen angekündigt und für Dienstag und Mittwoch waren schon weitere Protestveranstaltungen in Mannheim, Ulm, Ludwigsburg, Stuttgart und Karlsruhe angekündigt worden.

In Bremen versammelten sich etwa 2.000 Mitglieder der drei Gewerkschaften zu einer Kundgebung vor dem Haus der Bürgerschaft gegen das Angebot von 9,5%.

5.2.: In Düsseldorf marschierten noch einmal 7.000 Kollegen durch die Stadt. Verkehrsstreik für vier Stunden in Bielefeld; die „Asch-Leute" von Harburg und Bergedorf machten noch einmal eine Stunde „Pause".

Am gleichen Tag begann die Urabstimmung in Hamburg mit einer „Demonstration" der Müllfahrer. Sie kamen mit 67 Sperrmüllwagen vorgefahren und formierten sich nach der Stimmabgabe zu einer Fahrt durch die Stadt.

Die Urabstimmung in den folgenden Tagen bringt überall eine sehr hohe Beteiligung. Hamburger Müllabfuhr – 100%, Finanzverwaltung – 100%. Insgesamt lag die Beteiligung bei DAG und DGB-Gewerkschaften bei rund 90%. Das endgültige Ergebnis bringt bei der DAG 83,4% für Streik.

Weitere Teilergebnisse für Streik:

Steuerverwaltung Hamburg:	80% ja
Post Südbaden:	90% ja
Polizei Niedersachsen und Bremen:	90% ja
Polizei Hessen:	91% ja

Forts. Tarifrunde ÖTV

1) Es gelingt, von Anfang an, Lohnabschlüsse auf ein Minimum von 9-10 Prozent zu drücken ... dann kann schrittweise die Politik des knappen Geldes zugunsten verstärkter Investitionen aufgehoben werden.
2) Gelingt der Lohnstopp (bzw. der Abbau der Reallöhne!) nicht sofort, so wird unbedingt das vorhandene Geld zurückgehalten, um die ohnehin schon einsetzende Entwicklung zu Massenentlassungen und Kurzarbeit noch zu forcieren – sodaß „der Markt" die gewünschten Lohnabschlüsse dann „erzwingen" kann (s.o.).

Die „Fünf Weisen" empfehlen darum eine „Politik des kalkulierten Risikos", wobei sie für Tarifabschlüsse eine Bandbreite von vier Prozentpunkten annehmen – nämlich 9 bis 13 Prozent! Daraus wurde als Mittelwert die Lohnleitlinie von 11 Prozent „ermittelt".

Die „Schlüsselposition", die das Jahresgutachten der Lohnpolitik für die „Stabilisierungschancen" zuweist, besagt im Grunde nichts anderes, als daß die Abschlüsse in den Tarifrunden so niedrig wie möglich gehalten werden müssen,
- damit die Kapitalisten nicht investitionsunlustig werden;
- damit die Profite „nicht unter Druck geraten";
- damit (wie es im Gutachten wörtlich heißt) die „Exportanstrengungen ... (nicht) weniger aussichtsreich (würden)." (alle Zitate bzgl. Jahresgutachten sind entnommen einem Abdruck in der „FR", 23.11.73).

Dieses „Jahresgutachten", daß „Prognosen", „Zielprojektion" und „Handlungsanweisung" in einem sein will, wurde, wie gesagt „ausgearbeitet" als von der „Ölkrise" noch niemend sprach – und vorgelegt, als der Bluff damit soeben begonnen hatte.

Die Regierung Brandt hat dieses arbeiterfeindliche Machwerk ausdrücklich begrüßt und ihre Zustimmung mit den darin entwickelten „Strategien" erklärt. Einschränkend wurde lediglich geäußert, daß „das Gutachten darunter (leidet), daß die fünf Professoren ... die Ölkrise nicht mehr berücksichtigen konnten." („FR", 23.11.73).



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Auch der prominente Gewerkschaftskarrikaturist Wolter übt sich in arbeiterfeindlichen Zeichnungen.

Dieser Mangel wurde nachträglich durch ein Zusatz-„Gutachten" behoben, das sich vom ersten lediglich dadurch nennenswert unterscheidet, daß die Lohnleitlinie noch weiter nach unten „korrigiert" wurde.

Der Bluff mit der „Ölkrise"

Neben der offen chauvinistischen Hetze gegen die Länder der Dritten Welt, die bis zur Kriegshetze gesteigert wurde *(„Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein,"* das waren laute Überlegungen der „Wirtschaftswoche"), bildete die faschistische Formierung von Staat und Gesellschaft den Kern bürgerlicher Politik während der „Ölkrise".

Auf die verschiedensten Aspekte dieser (seit 1945) umfassendsten Kampagne der westdeutschen Bourgeoisie sind wir schon mehrfach an anderer Stelle in dieser Zeitung eingegangen – wobei wir vor allem die langfristigen Ziele hervorgehoben haben.

In diesem Zusammenhang geht es vor allem darum, zu untersuchen, inwieweit sich die Inhalte der Öl-Kampagne (nach der offiziellen Beendigung dieser Notstandsübung) in der Tarifpolitik der Bourgeoisie und ihrer SPD/FDP-Regierung wiederfinden.

Quasi das „Bleibende" aus der „Energiekrise" zusammenfassend, veröffentlichte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ") am 29.12.73 einen herausgehobenen Artikel mit der Überschrift: „Wir müssen alle bescheidener werden" – in dem es hieß:

„Auch wenn die Ölverknappung im kommenden Jahr nicht so schlimm werden sollte wie zuerst befürchtet (!), müssen wir dennoch (!) mit unseren Ansprüchen bescheidener werden ... Notwendig sind Umsicht, Vernunft und Mäßigung, also jene Tugenden, die in diesem Land in der Nachkriegszeit (!) viele Jahre hindurch Geltung hatten ..."

Infamerweise wird im gleichen Artikel „das üppige Leben" gescholten, das „ ... für die meisten Menschen (!) ... nachgerade zu einer Selbstverständlichkeit geworden" sei.

Daß mit der „Faulenzerei" und der „maßlosen Forderei" endlich Schluß sein müsse, finden auch die Springer-Journalisten:

„Wir haben alle zu hohe Ansprüche gestellt ... Das begann bei den Löhnen und Gehältern (!), setzte sich fort über wachsende Qualitätsansprüche und endete bei der Forderung nach mehr Freizeit (!).

ansprüche und endete bei der Forderung nach mehr Freizeit (!).

Zusammengefaßt: Man möchte bei weniger Arbeit mehr verdienen und den Lebensstandard steigern." („Hamburger Abendblatt", 29.12.73)

LESERBRIEF EINES POSTKOLLEGEN

Bei unserem Postamt 2 in Hamburg (Paketpostamt am Kaltenkirchener Platz) sind rund 3 100 Kollegen beschäftigt. Etwa 2 200 davon sind in der DPG organisiert (unsere Amtsgruppe ist die größte in der BRD). Zur Amtsgruppenhauptversammlung jedoch, mitten in der Tarifrunde, kurz vor dem Streik, erschienen ganze 70 Kollegen. Dabei beträgt allein die Zahl der Mitarbeiter (Vertrauensleute) etwa 100.

Es sind also zwar relativ viele Arbeiter und Beamte organisiert, aktiven Einsatz jedoch zeigt nur eine verschwindend geringe Zahl. An der Urabstimmung beteiligten sich in unserem Amt z.B. bei den Arbeitern 98% der Organisierten, über 94% stimmten für Streik. Am Dienstag, den 12.2. fand dann eine Gewerkschaftsversammlung statt, um die anstehenden Kampfmaßnahmen noch technisch zu organisieren – die Art der Maßnahmen war vorgegeben:

1) Zwei Stunden Warnstreik am 13.2. morgens wie im ganzen Bundesgebiet – vom Hauptvorstand „Aktion Paukenschlag" getauft; fast alle Kollegen meinten jedoch, daß davon niemandem die Ohren dröhnen würden.
2) 24-stündiger Streik vom 13.2. abends ab Nachtschicht, da unser Postamt eines der ausgewählten „Schwerpunktämter" sei.

Als ich am Mittwochmorgen dann zum Amt komme, höre ich, daß auf einmal schon ab sofort 24 Stunden gestreikt werden soll. So die Verfügung des Hauptvorstandes. Auch wenn die vorher abgemachte „Paukenschlagaktion" nichts war, so ist es ja wohl nicht sehr schön, daß so über Nacht über die Kollegen hinweg hin und her verfügt wird. „Einfache Gewerkschafter" sind nach Meinung des Vorstandes Statisten und sollen es bleiben. Sie dürfen natürlich auch nicht selbst über Kampfmaßnahmen beschließen – auch nach der gelaufenen Urabstimmung wären das „willkürliche Streiks", die nicht gewerkschaftlich unterstützt würden, wie unser Amtsgruppenvorsitzender mitteilte.

Jetzt schon der 24-stündige Streik – da steht heute abend wohl der Abschluß ins Haus, dachte ich mir. Dann hat die Gewerkschaftsführung noch ein kämpferisches Bild abgegeben und den „Dampf abgelassen", soweit der an einzelnen Punkten vorhanden ist. Ähnlich verlief es überall im Bundesgebiet – der „Mittwoch war ein Tag der Post", wie die Zeitungen meldeten. Ja, die Gewerkschaftsführung hatte die Sache voll in der Hand. Das abgekartete Spiel, das sie und ihre (Partei- und Gewerkschafts-)Freunde im Bundespostministerium den Postlern vormachen, wurde übrigens auch durch folgenden Regiefehler deutlich: Bei uns hing schon lange vor dem Scheitern der Tarifgespräche eine Mitteilung am Schwarzen Brett, daß am 8.2. (zweiter Tag der Urabstimmung) Ernst Breit, der Vorsitzende der DPG, im Gewerkschaftshaus zur Tarifsituation sprechen werde.

Der Streik am Mittwoch lief denn auch nur bis zum Abend. Die Beamten wurden hineingelassen (im Gegensatz zum Postamt 13 übrigens, dort kamen auch die nicht hinein bis auf zwei Reaktionäre, die die Polizei holten). Sie fuhren aber nicht raus zur Zustellung, da die Streikposten das Tor geschlossen hielten. Irgendwelche „Durchbruchsversuche" wurden von der Amtsleitung nicht veranlaßt. Trotzdem wären sie vielleicht hinausgekommen, wenn nicht ein Trupp von etwa 30 Lehrlingen vom Fernmeldeamt erschienen wäre, die sich sehr aktiv bei der Sperrung des Amtes einsetzten und sich auch kaum von unserer Streikleitung an die Seiten der Zufahrtsstraße verweisen ließen.

Die Arbeiter gingen größtenteils gleich wieder nach Hause, als sie den Streik sahen, nur wenige hielten sich noch vorm Tor auf und hatten z.B. Interesse daran, die Beamten nicht rauszulassen. Ins Amt hinein gingen nur ganz vereinzelte Arbeiter.

Die große Mehrheit meiner Kollegen (Arbeiter wie Beamte) sah den Streiktag als willkommenen freien Tag an und am Freitag, zwei Tage später, als schönes Frühlingswetter war, meinten denn auch viele: „Richtiger Streiktag heute!"

– da steht heute abend wohl der

REVERSE GEGEN STREIKRECHT

REVERSE GEGEN STREIKRECHT

Das Bundespostministerium hat die verschiedenen Angriffe der Kapitalisten auf das Streikrecht, die gegenwärtig noch überwiegend auf ideologischer Ebene geführt werden, mit einer neuen Variante ergänzt. Mitte Januar erhielten alle Post- und Fernmeldeämter ein Fernschreiben des BPM: „Sämtliche Bedienstete bitte ich sogleich gegen Anerkenntnis darauf hinzuweisen, daß das schuldhafte Fernbleiben vom Dienst oder das Verlassen des Dienstes ohne Genehmigung des Dienstvorsitzenden rechtswidrig ist."

Die Kollegen bei der Post sollten also per Unterschrift anerkennen, daß sie nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten – das heißt gar nicht – streiken dürften. Die Empörung über diese Maßnahme war groß. Nachdem gleich zu Beginn der Revers-Aktion auf allen Ämtern Plakate der DPG mit der Aufforderung „Nicht unterschreiben!" auftauchten, war das Schicksal der Reverse besiegelt, kaum ein Kollege unterschrieb. Nach einer Woche wurde die Aktion vom BPM wieder abgeblasen. Ein Erfolg für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten bei der Post.

Aber: Ebenso wenig wie dieser Angriff auf das Streikrecht isoliert von den anderen Versuchen der Kapitalisten, das Streikrecht zu unterhöhlen und abzuschaffen betrachtet werden kann, läßt sich der Erfolg allein daran messen, ob dieser Angriff abgeschlagen werden konnte. Die Frage ist vielmehr, inwiefern der Unterschriftenboykott dazu beigetragen hat, die Kollegen gegen zukünftige, weitaus massivere Angriffe auf das Streikrecht zu wappnen.

Die DPG-Führung hat im Verlauf der Aktion systematisch darauf hingearbeitet, daß den Kollegen weder die Tragweite dieser Maßnahme, der Zusammenhang mit anderen Angriffen klar wurde noch daß der Ausgang den Kollegen als Erfolg solidarischen Handelns erschien. Als Begründung für den Boykott-Aufruf wurde angegeben, daß der „Hauptpersonalrat der Bundespost nicht zugestimmt" habe, deshalb sei die Unterschrift zu verweigern. Für „interessierte" Kollegen kursierte auf einigen Ämtern ein seitenlanges juristisches Gutachten über die Reverse, in dem Haarspalterei betrieben wird, die Frage des Streikrechts dagegen überhaupt nicht auftaucht. Auch in den offiziellen Verlautbarungen der DPG wird dieser Zusammenhang nicht sichtbar.

In einem Handzettel zur Urabstimmung, in dem nebenbei auch über den Abbruch der Revers-Aktion informiert wird, läuft die Sache unter der Bezeichnung „Unterschriftenaktion", ein Begriff, der eher an Kampfmittel der Arbeiter erinnert als an Klassenkampf von oben.

In der „Deutschen Post", dem Organ der DPG, vom 5.2.74 schließlich wird in einem kurzen Kommentar – dem einzigen Beitrag, der sich überhaupt mit den Reversen beschäftigt – den Verantwortlichen im Postministerium vorgeworfen, sie hätten „in den Augen der Postgewerkschafter einen kapitalen politischen Bock geschossen". Kein Wort von den Angriffen auf das Streikrecht, kein Wort dazu, daß dieser Angriff aus einem Ministerium der SPD-Regierung kam.

Die Gewerkschaftsführung hat diesen Angriff verharmlost und entpolitisiert, und damit die Angriffe auf das Streikrecht insgesamt heruntergespielt und den Kampf dagegen auf die juristische Ebene verlagert.

KB-Gruppe Bremerhaven

Die „höhere Vernunft" und der „Streik als Krankheit"

Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat im November des vergangenen Jahres in seiner Erklärung zur Energielage die bekannten Worte gesprochen:

„Damit das G a n z e (das kapitalistische System nämlich) *nicht leidet, muß der e i n z e l n e* (der Arbeiter, Angestellte etc.) *sich in seiner Bequemlichkeit etwas einschränken."* (zit. in „FR", 26.11.73)

Bei den Nazis hieß dieser Spruch schlicht „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Nach dieser Ideologie gibt es natürlich keine Klassen und natürlich auch keinen Klassenkampf zur Durchsetzung von Klasseninteressen. Wer dennoch für die Interessen seiner Klasse eintritt, gilt als „Schädling", ist „böswillig" – oder kurz: „krank".

Dieses ausgemacht faschistische Argumentationsmuster findet sich in mehr oder weniger ausgeprägter Form in a l l e n bürgerlichen Zeitungen (einschließlich der SPD-eigenen oder ihr nahestehenden Presse) während der zurückliegenden Streikwochen.

„Statt die englische Krankheit und das italienische Chaos zu meiden, laufen wir den Bazillen (!) Europas hinterher", hetzte Oberdemagoge Boenisch in der BamS, vom 27.1.74. Die „Krankheit" ließe man am besten natürlich durch einen Arzt kurieren. Pech für die Deutschen, daß sie mit Brandt nur einen „Sanitätsgefreiten" haben, der kein „Rezept" gegen die Krise hat.

Boenisch glaubt, das Wirken der „Bazillen" auch schon in den DGB-Gewerkschaften ausgemacht zu haben. Früher seien sie „vernünftig" gewesen – *„Jedoch: Mit der Macht wuchs auch die Lust (!) nach immer mehr Macht".* Träger dieses „Bazillus" seien vor allem die Jugendlichen, mit denen *„Maßlosigkeit, Fanatismus und ideologisches Sendungsbewußtsein"* in die Gewerkschaften gekommen seien. (Zitate, BamS)

„Ansteckungsgefahr" wittert auch das „Hamburger Abendblatt" vom 30.1.74: *„Wenn die Gewerkschaften nicht zur Vernunft (!) kommen, haben wir bald englische Zustände auch bei uns . . ."*

Ein Musterbeispiel an Demagogie lieferte auch der „Kölner Stadt Anzeiger" vom 2.2.74 unter der schon allessagenden Überschrift „Im Zahlenrausch". Auf die (zu dieser Zeit nicht seltene) Frage: „Wird die BRD nun etwas englischer oder italienischer als bisher? ", wird geantwortet:

„Die Seuche (!) der Inflation mag einen Zahlenrausch (!) begünstigen. Aber es sind auch überall rigoroser Egoismus (!) und Fluglotsenmentalität(!) im Spiel . . . Gruppenegoismus (!) ohnegleichen!"

Die „FAZ", die es in einer späteren Ausgabe sogar fertigbringt, die Verleumdung der englischen Arbeiterbewegung („Englische Krankheit") als Ausdruck von „Nationalstolz" zu bezeichnen (12.2.74), zieht in einem Artikel Anfang Februar folgende „Lehren" aus den Klassenkämpfen in England:

„Des Menschen Wahn (!) und Verblendung (!) – hier werden sie zur Tragödie – und für uns zum Lehrstück." Und sogleich hat der Artikelschreiber die Verbindung zum ÖTV-Vorsitzenden Kluncker gezogen, dessen Verhalten durch eine „Unverfrorenheit . . . sondergleichen" gekennzeichnet sei und jeden „Realitätssinn . . . vermissen lasse".

Die zur SPD gehörende „Hamburger Morgenpost" steigerte ihre antigewerkschaftliche Hetzkampagne unmittelbar vor der Urabstimmung im Öffentlichen Dienst noch um einiges. Die Bundesregierung habe für jeden, hieß es da am 8.2.74 *„der einsichtswillig und einsichtsfähig ist, gezeigt, wo die Grenzen des Machbaren liegen."*

Wer trotzdem f ü r Streik votiere, handle *„aus Gruppeninteresse oder aus L u s t am Untergang (!)".*

Das bisher zitierte ist nur ein winziger Ausschnitt des seichten D r e c k s , der in den letzten Wochen auf die werktätigen Massen niedergegangen ist.

Nach unserer Auffassung wird mit d i e s e r Seite der bürgerlichen Tarifpolitik vor allem zweierlei bezweckt:

1. Die (unverhüllt) faschistische Formierung der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten gegen die Arbeiterbewegung – und
2. Die Zerstörung der sich in den Kämpfen herausbildenden Klassensolidarität – oder allgemeiner – die Zerstörung des proletarischen Klassenbewußtseins.

Daß von diesen Zielen keines (vor allem nicht die Demoralisierung der Arbeiterschaft) erreicht wurde – sicher sehr zum Mißvergnügen der bürgerlichen Propagandisten – hat seine Ursache wohl wesentlich darin, daß der offizielle Streik im Öffentlichen Dienst so rasch abgewürgt wurde.

Die arbeiterfeindliche publizistische Kampagne war geade erst auf Touren gekommen . . .

Angriffe auf das Koalitions- und Streikrecht

Der Versuch, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften als nicht zurechnungsfähig, krank und von Emotionen getrieben zu verunglimpfen, hat neben der unmittelbar bezweckten Herabsetzung (politisch – ideologische Funktion) vor allem natürlich die Funktion, handfeste politisch-militärische Schritte anzuschließen, um der „Vernunft" den Weg zu bahnen.

Angriffe auf das Streik- und sogar das Koalitionsrecht waren die logische Folge – wobei sich der

➜

Am Beispiel Frankfurt:

Ein Kapitel innergewerkschaftlicher Demokratie

Was die Post-Kollegen in Frankfurt forderten – und was die höheren Gewerkschaftsgremien jeweils daraus machten:

In allen Diskussionen stellten die Frankfurter Mitglieder eines klar: „. . . wir wollen keine reinen Prozente, bei denen die niedrigeren Einkommen schlechter abschneiden!" So kamen folgende lineare Forderungen zusammen:

		FA 2	300 DM für alle
PA 1	300 DM für alle	FA 3	300 DM für alle
PA 2	300 DM für alle	FA Taunus	300 DM für alle
FA 1	280 DM für alle	PA 4	150 DM für alle (netto)

Nur drei Ämter stellten gemischte Forderungen – linear und prozentual – auf.

Am 12. 11. 1973 wurden auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung nach dreistündiger Diskussion folgende Forderungen verabschiedet:

300 DM	für alle
100 DM	Kindergeld (z. Zt. 50 DM)
1 000 DM	Urlaubsgeld + 200 DM pro Kind

Daneben noch mehrere andere Forderungen, z. B. Verringerung der Laufzeit der Tarifverträge und 6 Wochen Erholungsurlaub.

Der erste Streich:

Am 13. November werden diese Forderungen von den „Arbeiter- und Angestelltenausschüssen" der Bezirksverwaltung „korrigiert", nach einem Referat über Ölkrise etc.; was an Forderungen herauskommt:

– 15 %, mind. aber 240 DM

Der zweite Streich:

Der Bezirksvorstand „korrigiert" dann am 16. 11. 1973 abermals:

– 8 % + 180 DM für alle

Der dritte Streich:

Der Hauptvorstand der DPG entscheidet sich am 28. 11. 1973 noch ein bißchen bescheidener:

– 15 %, mind. aber 185 DM

– 300 DM Urlaubsgeld + 50 DM für jedes Kind.

(zusammengestellt aus: Postler-Info Nr. 5, Frankfurt)

Forts. Tarifrunde ÖTV

„Öffentliche Dienst" besonders gut für diese Attacke zu eignen schien.

„*Wenn Gewerkschaften ihre Macht mit so viel U n v e r n u n f t* (!) *ausnutzen, geraten sie in Mißkredit. Gegenkräfte werden auf den Plan gerufen, die Tarifautonomie wird unvermeidlicherweise in Frage gestellt*" (!) schrieb die „FAZ" vom 20.2.74, in einer abschließenden Bewertung des Tarifkampfes im Öffentlichen Dienst. Der Autor des Artikels empfindet es als einen „höchst unbefriedigenden Zustand", daß „*die Bundesregierung nicht die Macht (hat), Kluncker an völlig unvernünftigen Forderungen zu hindern.*"

Die „FAZ" ist der Meinung, daß „*man . . . nicht immer nur auf den guten Willen von Gewerkschaftsführern hoffen* (kann)", und daß „*die Streikwaffe.. hier,* (im Öffentlichen Dienst, Anm. - Red.) *ein geradezu lebensbedrohendes (!) Instrument* (ist)."

Was liegt näher, das Streikrecht abzuschaffen oder zumindest noch weiter einzuschränken?

In der Logik der „FAZ": „*Wenn im Öffentlichen Dienst die Kontrollinstanz des Marktes fehlt, wird man nach Surrogaten* (Ersatzmittel) *suchen müssen, die auch die Gewerkschaft . . . zwingen, wirtschaftliche Gesichtspunkte* (gemeint: die Interessen der Kapitalisten, Anm. - Red.) *zu berücksichtigen . . .*"

Die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" geht in ihren „Lehren aus dem Streik" noch weiter und wird in ihren „Vorschlägen" an die staatlichen Stellen noch konkreter:

„*Der Staat müßte jetzt aus seinen Erfahrungen lernen und zumindest im Öffentlichen Dienst die Bedingungen herstellen, die erst eine Tarifautonomie, die das Streikrecht einschließt, möglich machen.*

Dazu gehört als erstes, daß ein brauchbares Schlichtungsverfahren (!) eingeführt wird . . .

Und zur Schlichtung gehört dann zumindest auch noch die Einführung einer gesetzlichen „Anstandspflicht" zwischen Urabstimmung und Streikausbruch, in der sich die betroffene Bevölkerung auf den Arbeitskampf einrichten kann (!)".

„Um die Verhältnismäßigkeit zwischen Streikziel und den eingesetzten Streikmitteln zu erzwingen", schlägt das „Handelsblatt" die Einführung eines Antistreik-Gesetzes nach der Art der amerikanischen Taft-Hart-ley-Act vor. Danach kann die Regierung zur **„Entschärfung von exessiven Streiks"** („HB") und zum Schutz der **„nationalen Gesundheit oder Sicherheit"** („HB") einen von den Gewerkschaften beschlossenen Streik für 80 Tage (!) **„einfrieren"**.

„*Dieses Gesetz muß nun nicht in allen seinen Einzelheiten imitiert werden*", schreibt das „HB". „*Es wäre für deutsche Verhältnisse neu zu erfinden, z u m i n d e s t (!) für den Öffentlichen Dienst.*"

Daß man nicht gewillt ist „nur" hier durchzugreifen, macht das „HB" mit der Bemerkung klar, daß auch in der privaten Wirtschaft verhindert werden müsse, „*daß die Tarifautonomie zur Willkür (!) e n t a r t e t*".

Und zum Schluß des Artikels die Ansage des Generalangriffs: „*Wenn die privatrechtliche Freiheit* (der Kapitalisten), *die die Tarifautonomie gesellschaftlichen Gruppen gewährt, nicht a n g e b u n d e n wird an die ökonomische Vernunft* (die Interessen der Kapitalisten) *. . . dann muß eben das G e s e t z der V e r n u n f t zu ihrem Recht verhelfen. Sonst werden wir ein Volk von F l u g l o t s e n !*" (18.2.74)

Leitung des ÖTV-Bereiches
KB/Gruppe Hamburg

Der Kampf der Lehrer um die innere Verfassung ihrer Gewerkschaft (GEW)

Der Vorstand der Hamburger Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat am 15. Januar beschlossen, daß „die Tätigkeit für oder die Unterstützung von linksextremen Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft" sei. Dies bedeutet faktisch eine Übertragung der im öffentlichen Dienst bestehenden Berufsverbote auf die innere Verfassung der Gewerkschaft und entlarvt den scheinbaren Protest der GEW-Führer gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse als pure Heuchelei. Dieser „Unvereinbarkeitsbeschluß" des Vorstands wird von einer großen Zahl von GEW-Mitgliedern abgelehnt, was in vielen Resolutionen und Beschlüssen auf der unteren und mittleren gewerkschaftlichen Ebene zum Ausdruck kommt. Dagegen versucht der Vorstand fünf (!) Wochen nach seinem selbstherrlichen Beschluß, unter allen Umständen Stellungnahmen der Mitglieder zu dieser Frage zu verhindern. Das wurde besonders deutlich auf der Hauptversammlung (oberstes Organ der Hamburger GEW) vom 18. Februar. Gegen den Willen der großen Mehrheit auf dieser HV verhinderte der Vorstand durch stundenlange Geschäftsordnungsdebatten eine Behandlung dieses Tagesordnungspunktes. Mit dieser unverschämten Methode versucht der Vorstand gleichzeitig, die Funktion der Hauptversammlung in Frage zu stellen und erneut die Abschaffung dieses Organs der innergewerkschaftlichen Demokratie in die Wege zu leiten.

Bezeichnend ist die Art und Weise, mit der der Vorstand diese Politik in der Gewerkschaft durchsetzen will. Schon im letzten Jahr hatte der Vorstand den Ausschluß zweier vom Berufsverbot betroffener SSG-Mitglieder aus der GEW betrieben. Dieser Angriff war durch die Solidarität vieler Gewerkschafter und durch einen Beschluß der (zuständigen) Vertrauensleuteversammlung zurückgewiesen worden. Ungeachtet dieses klaren Votums gegen eine solche Ausschlußpolitik und ohne jede weitere Diskussion in der Mitgliedschaft – <u>also ohne jede demokratische Legitimation</u> – faßte der Vorstand seinen „Unvereinbarkeitsbeschluß". Wen wundert es da noch, wenn der Vorstand – natürlich im Namen d e r Gewerkschaft – in Springers „Welt" (18.1.) gegen „Linksfaschisten" und „Antikdemokraten" hetzt, bevor er es für notwendig befindet, die eigene Gewerkschaft über seine Beschlüsse auch nur zu <u>informieren</u> (22.1.). So also sieht nach Auffassung des Vorstands eine „demokratische" Beschlußfassung in einer „Einheitsgewerkschaft" aus. . .

Dann ist es natürlich auch „demokratisch", wenn die Mitglieder auch <u>nachher</u> nicht zu Wort kommen dürfen: In einem Vertrauensleute-Info vom 7. Februar meint der Vorstand, es sei „v e r f r ü h t", jetzt seinen „Unvereinbarkeitsbeschluß" auf der Hauptversammlung zu behandeln, erst müsse eine „intensive Diskussion in der Mitgliedschaft über diese wichtige (!!) Frage" stattfinden. Nicht ungeschickt wendet sich der Vorstand in diesem Zusammenhang gegen Dringlichkeitsanträge auf den HV's, die immer wieder ellenlange und ermüdende Geschäftsordnungsdebatten zur Folge hätten. Pech nur für den Vorstand, daß im Verlauf der weiteren Entwicklung sehr anschaulich klar wurde, w e r diese ellenlangen und ermüdenden Geschäftsordnungsdebatten a n z e t t e l t und warum.

In der Folgezeit wurde es immer offensichtlicher, daß die Forderung nach Ablehnung des „Unvereinbarkeitsbeschlusses" durch die HV innerhalb der GEW an Boden gewann. Von dieser Forderung ließen sich die demokratischen Lehrer auch dadurch nicht abbringen, daß der Vorstand ganz konkrete Drohungen an die Adresse derjenigen richtete, die die „Solidarität der Linken" praktizieren würden.

Schamloses Spiel mit den Interessen der Lehrer

In dieser Situation versuchte der Vorstand, der anstehenden HV eine gänzlich andere Stoßrichtung zu geben. Die HV war seit langem zum Thema „Berufsverbote" angesetzt und wäre damit genau die richtige Plattform gewesen, auch über die „Extremistenerlässe" in den DGB-Gewerkschaften zu sprechen. Kaum ein Lehrer teilte die Auffassung des Vorstands, beides hätte absolut nichts miteinander zu tun. Man sieht daran nur, daß dem Vorstand wirklich die dümmsten „Argumente" gut genug waren für die Unterdrückung der Diskussion.

Also landete der Vorstand einen neuen Coup: In der Untersuchung des 2. BesVNG (eine Gesetzesvorlage zur Vereinheitlichung der Lehrerbesoldung auf Bundesebene) habe sich eine „neue Lage" ergeben („GEW-aktuell", 13.2.). Für einen Teil der Hamburger Volks- und Realschullehrer bestünde die Gefahr, zurückgestuft zu werden.

Der Hamburger Senat (der gute!!) wolle dies im Bundesrat verhindern, und die GEW müsse jetzt unbedingt Kampfmaßnahmen einleiten (um unseren Freunden im Senat den Rücken zu stärken . . . im Bürgerschaftswahlkampf). Unbestritten ist, daß das 2. BesVNG ein wichtiges Problem für die Lehrer ist, sowohl hinsichtlich der Besoldungs-Einstufung, als auch wegen der darin enthaltenen Verhinderung der unbedingt notwendigen Reform der Lehrerausbildung. Die Gesetzesvorlage ist jedoch vom September (!) 73. Auf einer HV vom 12. November 73 waren dazu bereits eindeutige Beschlüsse gefaßt worden. Es wurde gefordert, jede Verschlechterung für die Hamburger Lehrer zu verhindern und für dieses Ziel nötigenfalls Kampfmaßnahmen zu ergreifen („HLZ", 19/73).

Das einzige „Neue" an dem Dringlichkeitsantrag, mit dem der Vorstand dann selbst das Thema und den Verlauf der HV veränderte, war die <u>Empfehlung</u>, als mögliche Kampfmaßnahmen eine Urabstimmung über einen Warnstreik im März und die Durchführung einer Demonstration einzuleiten. (Mehr als „empfehlen" kann die HV nicht, zuständig dafür ist die Versammlung der Vertrauensleute.)

Aber dem Vorstand gelang es dadurch, die Hälfte von der Zeit, die der HV am 18.2. zur Verfügung stand, „über die Runden zu bringen". Wie wenig es dem Vorstand dabei wirklich um die Interessen der Lehrer geht, wird vor allem an der Stoßrich-
geht, wird vor allem an der Stoßrich-
tung deutlich, die Gewerkschaft müsse ihre Kampfkraft dafür einsetzen, daß der Senat (!) die Rückendeckung erhält, um für die Hamburger Lehrer Verschlechterungen zu verhindern.

Beim Hamburger Senat sind die Interessen der Lehrer ja bekanntlich so gut aufgehoben, daß er als <u>erste</u> Landesregierung die Berufsverbote beschlossen hat, als <u>erster</u> den totalen Numerus Clausus an der Uni durchgesetzt hat usw.

Wer sind die „Chaoten"?

Das Thema Besoldungsfragen wurde auf der HV noch vor Eintritt in die Tagesordnung diskutiert, und der Vorstand hätte dies gern noch ein wenig a u s g e d e h n t, wenn nicht nach einiger Zeit der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden wäre. Daraufhin wurde die Forderung erhoben, den „Unvereinbarkeitsbeschluß" zu diskutieren. Bis auf den engsten Vorstandskreis und den harten Kern der DKP-Revisionisten (zusammen etwa 30) sprachen sich alle Versammelten dafür aus (es waren etwa 1.600 Mitglieder anwesend, davon 1.100 Stimmberechtigte).

Dennoch schaffte es der Vorstand mit Hilfe einiger DKP-Häuptlinge, in den Geschäftsordnungs-„Diskussionen" (1. <u>ob</u> dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen wird; 2. <u>an welcher Stelle</u> . . .) etwa zwei Stunden (!) Zeit zu schinden und die 22 Uhr-Marke zu erreichen (bis dahin ist die Versammlung beschlußfähig). Eine „tolle Leistung", aber wie wir meinen, ein echter Pyrrhus-Sieg.
Sieg.

Seit langem betreibt der Vorstand die Abschaffung der HV unter dem Vorwand, dieses Gremium sei „nicht arbeitsfähig" und werde von linken „Minderheiten manipuliert". Nach dem jetzt geleisteten Ganoven-Stückchen dürfte es der Vorstand allerdings schwer haben, dem Vorwurf der Mitglieder entgegenzutreten, daß gerade e r es ist, der gezielt versucht, die Arbeit der HV lahmzulegen, ihren Verlauf zu manipulieren und zu „chaotisieren" und ihre Funktion zu untergraben, um schließlich zum dritten Mal ihre Abschaffung zu beantragen.

Diese Praktiken geben auch einen Vorgeschmack auf die „wirkliche Demokratie", die der Vorstand nach Liquidierung der HV verspricht.

Man kann daraus, daß wir erst unzureichend verstehen, demokratische Rechte wahrzunehmen und auszuüben, nicht den Schluß ziehen, darauf zu <u>verzichten</u>. Im Gegenteil. Man wird für die Erhaltung der HV ebenso kämpfen müssen wie für die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben. In beidem hat man den gleichen Gegner: Waschechte <u>Antidemokraten</u>, wie sie im Vorstand sitzen.

DKP: Hosen runter!

Einer der ersten Plätze im „Zeit-Reden" gebührt sicherlich der DKP! Ungeachtet der teilweise empörten Zwischenrufe aus der Mitgliedschaft spulten ihre Redner ihre Tagesordnungs-Beiträge ab, die den Vorstand unterstützten.

Für den Fall, daß die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" – bei deren Ver-
barkeitsbeschlüsse" – bei deren Ver-
abschiedung im Vorstand sich die Revisionisten der Stimme enthalten (!) hatten – dennoch von der HV behandelt worden wären, war ein anonymer (!) Resolutionsvorschlag verteilt worden, für den sich nach Anfragen einer der DKP-Sprecher verantwortlich erklärte (siehe Kasten).

Zunächst „ergänzt" der Herr von der DKP die Liste der im Vorstandsbeschluß genannten „gewerkschaftsfeindlichen" Organisationen um einige weitere – z.B. der KB, der im Vorstandsbeschluß nicht genannt wird – die seiner Meinung nach „hinzugehören". Ohne den geringsten Beleg dafür, weshalb die Ziele dieser Gruppen „gewerkschaftsfeindlich" seien, wird dann das besonders demagogische „Argument" angeführt: „Diese . . . nutzen rücksichtslos jede Schwäche der Gewerkschaftsarbeit . . ." Man möchte meinen: Direkt bei Kodolitsch und Co. (Hamburger IG-Chemie Führer) abgeschrieben (und wo die abschreiben, ist ja bekannt). O h n e die „Zielsetzungen" der Kommunisten zu benennen, schreibt der Verfasser der Resolution: „<u>Alle</u> Kollegen, die <u>derartige</u> (=ähnliche? teilweise ähnliche ? . . .) „Zielsetzungen in der Gewerkschaft vertreten . . . können ausgeschlossen werden".

Es braucht wohl nicht weiter erläutert zu werden, daß diese bewußt schwammig gehaltene Gummi-Formulierungen letztlich die Ausschlußdrohung gegen alle konsequenten Demokraten und Sozialisten beinhalten, wie es ja auch von der Gewerkschaftsführung gewollt ist. Besonders dämlich (?) scheint es, daß diese „Forderung" ausgerechnet von DKP-Seite kommt, da nach Auffassung der GEW-Führer die DKP „in der Praxis" zwar akzeptabel ist, aber gerade in „<u>Zielaussagen</u>" der „fundamentalistischen" (kommunistischen) Linie zuneigt (siehe „HLZ", 6/73). Am Schluß der Resolution bedauert der Verfasser geradezu, daß „pauschale Regelungen" ü b e r f l ü s s i g (!) seien, weil sie leider „notwendigerweise" allgemein gehalten wären und mißbraucht werden könnten. Was ist

Forts. Seite 28

WIE SICH DIE DKP DIE „UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE" VORSTELLT – RESOLUTIONSVORSCHLAG FÜR DIE HV VON PETER GOHL

Die Einheitsgewerkschaft ist ein bedeutender Fortschritt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In ihr sind alle Arbeiter, Angestellten und Beamten organisiert, die die grundlegenden gewerkschaftlichen Beschlüsse anerkennen – unabhängig von ihren parteipolitischen und weltanschaulichen Bindungen. Die Einheitsgewerkschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Vertretung der sozialen und politischen Forderungen der Arbeitnehmer gegen die zunehmend konzentrierte wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmer.

Die Hauptversammlung weist entschieden alle Versuche der KPD/ML, „KPD", KBW, KB-Nord und ihrer Untergruppen RGO, KSV und SSG zurück, ihre gewerkschaftsfeindlichen, die Einheit der Gewerkschaft gefährdenden Ziele in die GEW-Hamburg hineinzutragen.

Diese, der Gewerkschaftsbewegung fremden Gruppen nutzen rücksichtslos jede Schwäche der Gewerkschaftsarbeit für ihre eigenen, gruppenegoistischen Ziele aus. Je stärker die Gewerkschaft, je konsequenter ihre Arbeit ist, desto schwerer ist es für diese Gruppen, ihre gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit zu entfalten.

Da die Gewerkschaftsfeindlichkeit dieser Gruppen aus ihren Programmen und ihren Publikationen eindeutig hervorgeht, weist die Hauptversammlung alle Kollegen die derartige Zielsetzungen in der Gewerkschaft vertreten, ausdrücklich daraufhin, daß sie gemäß Satzung wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten ausgeschlossen werden können.

Pauschale Regelungen sind dagegen überflüssig und gefährlich, weil ihre notwendigerweise allgemeinen Formulierungen die Gefahr des Mißbrauchs einschließen und der weiteren Entwicklung der innerverbandlichen Demokratie abträglich sein können.

Berufsschulkampf

DIE ENTWICKLUNG DER LEHRLINGSARBEIT AN DER GEWERBESCHULE FÜR MASCHINENBAU (G 1) IN HAMBURG

2.Teil

Im ersten Teil des Artikels, der im AK Nr. 39 erschienen ist, wurde an verschiedenen Punkten aufgezeigt, welche Fragen und Probleme im „Berufsschulkampf" von Bedeutung sind, wie wir den Kampf um die unmittelbaren Belange in diesem Bereich organisiert haben und inwieweit die Verbindung zum allgemeinen Klassenkampf hergestellt werden konnte.
Dabei haben wir auf der einen Seite die Politik der Schulbürokratie und das Verhalten der Lehrer dargelegt – und auf der anderen Seite, wie die Schüler den Kampf dagegen um ihre Interessen begonnen haben, in die Hand zu nehmen. Im Rahmen der Geschichte der Schülervertretung (SV) sind wir dabei näher auf folgende Fragen eingegangen: Schulverein, Blockunterricht, Lehrmittelfreiheit, Sportunterricht, Lehrerkonferenz, Kantinenpreise, politische Information. Beim letzten Punkt geht es um die Auseinandersetzungen bei der Einführung des neuen Schulverfassungsgesetzes (SVG).

Zusammenarbeit Schule – Betrieb

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb ist recht intensiv, findet jedoch meist sehr verdeckt statt und ist für die meisten überhaupt nicht offenkundig. Die allgemeine Ausrichtung der Ausbildung und Koordinierung findet auf höherer Ebene statt (Schulbehörde, Industrie- und Handelskammer, Landesschulbeirat, Senat usw.). Hier werden auch die zentralen Entscheidungen gefällt und über deren Durchsetzung gewacht. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch dient auch dazu, bestimmte Kampagnen einzuleiten, der Entwicklung von Widerstand gegen Behördenmaßnahmen vorbereitet entgegenzutreten.

Deutliches Beispiel ist die Einführung des Blockunterrichtes. Nachdem sich von hier aus ein nicht erwarteter spontaner Widerstand eine gewisse Zeit entwickelt hatte, wurden von mehreren Seiten Versuche gemacht, darauf einzugehen und die Bewegung in den Griff zu kriegen. Die Betriebe übernahmen bei ihrem Kampf gegen die für sie zu frühzeitige Einführung des Blockunterrichts demagogisch Schülerargumente.

Schulsenator Apel setzte die Rathaus-Diskussion mit den Jugendvertretern an; die IGM führte die Informationsveranstaltung durch; in der Schule wurde auch von vielen

haus-Diskussion mit den Jugendvertretern an; die IGM führte die Informationsveranstaltung durch; in der Schule wurde auch von vielen

Lehrern und der Schulleitung aktiv in die Diskussion eingegriffen.

Zu den Beziehungen zwischen Schulbehörde und Betrieben – ein verkleinertes Abbild des Verhältnisses Staat - Kapitalisten – gehört auch, daß nicht nur eine gemeinsame Richtung darin besteht, daß die Kapitalisten ihre Interessen durchsetzen, – im Betrieb direkt, in der Schule über den Umweg Schulbehörde – sondern daß zwischen diesen beiden Seiten auch Widersprüche bestehen.

Während zwischen den Einzelkapitalisten Konkurrenzkampf besteht, auch im Bereich der Berufsausbildung, vertritt der Staat die Interessen der Kapitalistenklasse insgesamt – als ideeller Gesamtkapitalist. D.h. für den Bereich der Berufsausbildung, daß er für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Ausbildung zu sorgen hat, die an den Interessen der Kapitalisten insgesamt orientiert ist. Auch wenn dies auf Kosten einzelner, meist kleiner, Kapitalisten geht. Daß dabei innerhalb der Kapitalisten die Großkonzerne das Sagen haben – entsprechend der allgemeinen Tendenz zur Monopolisierung – zeigt sich auch an der Einführung des Blockunterrichts.

Da dieser als Schritt hin zur Einführung allgemein des Stufenplans zu verstehen ist, wird der Blockunterricht auch im allgemeinen von den Kapitalisten befürwortet, besonders von den großen. Da sie aber auf die schon zum 1.8.72 geplante Einführung organisatorisch noch nicht genügend vorbereitet waren, verzögerten sie diesen Schritt um ein halbes Jahr, indem sie aus formalen Gründen vor dem Verwaltungsgericht klagten und der Schulbehörde in einer einstweiligen Verfügung die Einführung zum 1.8. verbieten ließen. Diese Klage wurde von sechs Betrieben der Hamburger Großindustrie betrieben. Daher konnte der Blockunterricht erst mit halbjähriger Verzögerung am 1.2.73 beginnen.

Zu dem geschickten Rollenspiel zwischen Schule und Betrieb gehört auch, daß die Schule sich in vielen Fällen – besonders bei unternehmerfeindlichen Haltungen – als Interessenvertreter einer guten Ausbildung und meistens auch noch direkt als Interessensvertretung der Schüler gebärdet, die man dem Unternehmer mühsam abringen müsse. Die Schulbehörde sei dafür genau der richtige Partner. Besonders deren entscheidende Vertreter – wie z.B. die Schulleitung – beherrschen diese Methode vorzüglich.

Die Zusammenarbeit Schule - Betrieb macht sich auch in Einzelfällen klar bemerkbar. Zum einen ist die gegenseitige Informierung zwischen den jeweils entscheidenden Leuten recht gut. In konkreten Fällen, bei denen gegen bestimmte Schüler oder ganze Klassen vorgegangen wird, läuft es wie geschmiert: innerhalb kürzester Zeit sind schon die Betriebe angerufen. Oft werden sie auch noch schriftlich benachrichtigt, so daß Betrieb und Schule gemeinsam gegen die Schüler vorgehen können, jeder in seinem Bereich. Das Zusammenspiel ist perfekt. Wenn der Schüler, der sich schon in der Schule einen Verweis eingehandelt hat, das nächste Mal in den Betrieb kommt, muß er auch hier noch einmal mit entsprechenden Maßnahmen rechnen. Daher ist die Information der Betriebe eine beliebte Drohung und Strafmaßnahme gegen „aufmüpfige" Schüler.

Stand des politischen Bewußtseins

Stand des politischen Bewußtseins

Innerhalb der Schülerschaft gibt es in dieser Hinsicht sehr große Unterschiede. In ein paar Klassen ist das Niveau der Diskussion und die Bereitschaft der Schüler, sich für ihre Interessen einzusetzen, recht weit entwickelt. Dies sind aber nur wenige, klar begrenzte Bereiche, nämlich meist Mittelschulklassen.

In den übrigen Klassen ist das Bewußtsein der Schüler noch nicht so weit entwickelt. Sie haben auch noch große Schwierigkeiten, ihre unmittelbaren Interessen in der Schule zu verteidigen, sich z.B. gegen bestimmte autoritäre Lehrer zu wehren. Dort besteht verständlicherweise kaum Interesse, sich für Dinge zu engagieren, die über den Bereich der Klasse hinausgehen oder sich an den Aktivitäten der SV zu beteiligen.

Ein wesentlicher Umstand, der eine gemeinsame Interessenvertretung stark behindert, ist der von der Schule sorgsam gepflegte Karrierismus, der bei vielen Schülern sowieso schon auf fruchtbaren Boden fällt. Fast alle Schüler der Berufsaufbauschule, Fachoberschule und Technikerschule haben im wesentlichen nur ihren späteren „Ing." oder Techniker im Kopf und welche Positionen sie damit erreichen können. Für sie ist die Schule nur ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg nach oben.

Ähnlich sieht es bei den Mittelschulklassen der Berufsschule aus. Hier werden die Schüler schon von den Lehrern darauf getrimmt, daß sie später doch alle mal Ing. oder ähnliches machen wollen. Der ganze Unterricht wird schon daraufhin aufgebaut, direkt zur Berufsaufbauschule bzw. Fachoberschule überleiten zu können.

Aber entscheidend ist vor allem der ideologische Einfluß, der durch die Orientierung darauf, später einmal „etwas Besseres" als nur „einfacher Arbeiter" zu sein und die damit verbundene Förderung des Konkurrenzdenkens unter den Kollegen selber auf die Schüler ausgeübt wird. Erleichtert wird dies dadurch, daß die meisten sowieso schon von selber „Höheres" im Sinn haben. Zum Teil wird von seiten der Schule in der Weise sogar schon in den reinen Volksschulklassen gearbeitet, in denen die Kollegen später doch wohl nicht etwa „Katastrophenschlosser" bleiben wollen.

Diese Spaltungsversuche haben einmal Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der Schüler und sind andererseits eine wichtige Voraussetzung, um den Leistungsdruck zu verstärken und die Konkurrenz zu fördern.

Ergänzt wird dies durch die fortlaufende Erschwerung, in der Bildungskarriere eine Stufe weiter zu kommen (numerus clausus inzwischen schon an der Fachoberschule!). Gleichzeitig werden aber immer mehr Kollegen auf diesen Weg gelockt. Das Sieb wird immer voller gepreßt, die Maschen aber immer enger gestellt: die Auslese wird folglich auch immer besser.

Schon jetzt kann man sagen, daß die meisten Kollegen, die sich heute noch Karriereillusionen machen und vom großen Aufstieg träumen, dies Ziel nicht schaffen werden. Ihnen dies und die Gründe dafür klar zu machen, sie vor Resignation zu bewahren und möglichst dazu zu bringen, gemeinsam die Ursachen dieser Misere zu bekämpfen, ist eine wichtige Aufgabe.

Zunehmende Disziplinierungen

In der letzten Zeit haben sich die Auseinandersetzungen in der Schule erheblich verschärft. Je mehr die Schüler selbständiger werden und nicht mehr bereit sind, jeden Druck von oben unwidersprochen hinzunehmen, geht die Schule dazu über, immer mehr ihr liberales Mäntelchen fallen zu lassen und zu härteren Maßnahmen zu greifen.

Dabei macht sie mehr und mehr von ihren vielfältigen Möglichkeiten

immer mehr ihr liberales Mäntelchen fallen zu lassen und zu härteren Maßnahmen zu greifen.
Dabei macht sie mehr und mehr von ihren vielfältigen Möglichkeiten

der Disziplinierungsmaßnahmen Gebrauch. Der der Schule dafür zur Verfügung stehende recht umfangreiche Katalog reicht von mündlichen bzw. schriftlichen Verwarnungen und Verweisen über Strafversetzungen in andere Klassen bis



zum vierwöchigen Ausschluß vom Besuch des Schulunterrichts. Sogar ein endgültiger Rausschmiß von der Schule ist möglich. Schon eine „nur" vierwöchige „Zwangspause" würde z.B. während eines Blockunterrichts nicht nur zum Verlust praktisch des gesamten Schulhalbjahres führen, sondern auch für Lehrlinge entsprechende Konsequenzen im Betrieb bedeuten – bis hin zur Auflösung des Lehrverhältnisses.

Ergänzt wird dies Strafregister durch die zahlreichen Möglichkeiten von Schule und Betrieb, ihr Vorgehen aufeinander abzustimmen und sozusagen in „konzertierter Aktion" gegen die Schüler vorzugehen. Allein die reine Information über bestimmte Vorkommnisse zieht manchmal schon Strafen nach sich.

Als z.B. eine Klasse am letzten Tag vor den Ferien geschlossen früher nach Hause ging, als im Stundenplan vorgesehen (was durchaus nichts unbedingt Besonderes ist), wurden sofort vom Lehrer alle Betriebe benachrichtigt. Einige Kollegen wurden daraufhin von ihren Firmen gezwungen, die versäumte Unterrichtszeit dort nachzuarbeiten. Darüberhinaus werden in „dringenden Fällen" die Betriebe direkt von der Schule zu bestimmten Maßnahmen aufgefordert.

Vor kurzem wurde ein Schüler, bei dem erhebliche Mängel bei Leistungen und Unterrichtsmitarbeit aufgetreten waren, nicht nur auf Beschluß der Klassenkonferenz mit sofortiger Wirkung in eine andere Klasse versetzt, sondern darüberhinaus wurde die Ausbildungsleitung seines Betriebes in einem Brief der Schulleitung dazu aufgefordert, das „Ausbildungsverhältnis zu überprüfen". Es



Lehrmittel reichlich vorhanden

ist wohl kein Zufall, daß dieser Kollege – kurz vorher als Jugendvertreter wiedergewählt – auch im Betrieb von Geschäftsleitung und Betriebsrat heftig bekämpft wird, da er sich aktiv für die Interessen seiner Kollegen einsetzt und sozusagen auf der „schwarzen (Abschuß-) Liste" mit Sicherheit einen der vorderen Plätze einnimmt. Dabei ist dieser Brief für die Geschäftsleitung eine herrliche Vorlage, um einen Vorwand zu haben, mit dem sie den Kollegen rausschmeißen kann.

Das Zusammenspiel klappt ausgezeichnet. Inzwischen hat sich in die Front der Kapitalisten und ihrer Handlanger in der Schulbürokratie auch die Gewerkschaftsführung ein-

Das Zusammenspiel klappt ausgezeichnet. Inzwischen hat sich in die Front der Kapitalisten und ihrer Handlanger in der Schulbürokratie auch die Gewerkschaftsführung ein-

gereiht. Nur wenige Tage später wurde seinen vier Kollegen in der Jugendvertretung von der Ortsverwaltung der IG Metall in einem Schreiben der Ausschluß aus der Gewerkschaft angedroht. Er selber hat in kürzester Zeit mit ähnlichen Maßnahmen zu rechnen.

Um das Ausmaß der allgemeinen Verschärfung aufzuzeigen, hier nur die wichtigsten Vorfälle aus der jüngsten Vergangenheit:

In einer Klasse ging es wieder einmal um heftige Auseinandersetzungen im Unterricht zwischen den Schülern und einem Lehrer, der wegen seines autoritären und den Schülern gegenüber oft geradezu unverschämten Verhaltens schon eine gewisse „Berühmtheit" erlangt hat. Schließlich warf ein Schüler wütend seine Sachen auf den Tisch mit der Bemerkung: „Leck' mich doch am Arsch!" Der Lehrer eilte sofort zum Schulleiter, um Maßnahmen gegen diesen Schüler zu fordern und sich dabei die Unterstützung des Schulleiters zu holen. Daraufhin wurde der betreffende Schüler mit sofortiger Wirkung vom Schulleiter in eine andere Klasse versetzt.

Als dies an den geschäftsführenden Schülerrat herangetragen wurde, bemühte sich dieser, sofort ein gemeinsames Klassengespräch stattfinden zu lassen (Teilnehmer: alle Schüler und Lehrer der Klasse, Verbindungslehrer und Schülerratsvertreter), damit solche Unterrichtsmethoden, die zu derartigen Zusammenstößen führen, einmal offen auf den Tisch gepackt werden. So kann nämlich in einer Diskussion, an der sich alle Schüler beteiligen können, das Verhalten solcher Lehrer offen kritisiert werden. Schließlich war dies kein Einzelfall, sondern nur ein Vorfall in einer ganzen Reihe von Maßnahmen, der das Faß einmal zum Überlaufen bringt.

Kurze Zeit später, noch bevor ein derartiges Gespräch stattfinden konnte, wurde die Strafversetzung dieses Schülers in eine andere Klasse zurückgenommen. Ein Erfolg der Aktivität des Schülerrats und der Solidarität der Kollegen, der zeigt, daß die Schüler nicht allen Angriffen schutzlos ausgeliefert sind und sich auch wehren können.

Eine andere Klasse aus dem gleichen Block wollte am vorletzten Schultag um 11 Uhr zum bowling gehen. Dies wurde von der Schulleitung abgelehnt. Stattdessen sollte vorher ein Marsch durch den Sachsenwald veranstaltet werden. („Es muß ja schließlich auch gewandert werden!") Die Klasse setzte aber trotzdem ihren Willen durch: Alle Schüler erschienen an diesem Montag ohne Schultaschen und gingen später zum bowling.

Konsequenz: Der gesamten Klasse wurde durch Beschluß der Klassenkonferenz die Erteilung eines schriftlichen Verweises angekündigt. Und dies, obwohl einer anderen Klasse des gleichen Blocks, die ebenfalls zum bowling gehen wollte, dabei keinerlei Schwierigkeiten gemacht wurden.

Für die betroffene Klasse war dies nichts Neues, sondern fast schon „Tradition", da sie es war, die ein paar Monate vorher schon einmal eigenmächtig den Unterricht verlassen hatte (um zwei Stunden Sport zu treiben) und sich dabei schon einen mündlichen Verweis eingehandelt hatte.

Inzwischen fand nach dem „Wandertag" ein Klassenabend statt, zu dem der Schulleiter alle Eltern, Lehrer und Schüler eingeladen hatte, um über diesen Vorfall und seine Konsequenzen zu diskutieren.

Dies stellt einen Versuch der Schul-

dem der Schulleiter alle Eltern, Lehrer und Schüler eingeladen hatte, um über diesen Vorfall und seine Konsequenzen zu diskutieren.
Dies stellt einen Versuch der Schul-

leitung dar, die Eltern als Verbündete zu gewinnen und gegen ihre Kinder aufzuhetzen, nachdem sich gezeigt hat, daß die relative Geschlossenheit und Einheit der Klasse bisher noch nicht zu durchbrechen war. Mit dem Hinweis auf die Ungesetzlichkeit der Schülerhandlungen und die möglichen Konsequenzen (bis hin zum Ausschluß vom Schulbesuch) wurde versucht, Eltern und Schülern massiv einzuschüchtern. Damit soll ein Keil zwischen diejenigen getrieben werden, die trotz dieser verschärften Angriffe entschlossen sind, weiterhin für ihre Rechte einzutreten und diejenigen, die dazu angesichts dieser Drohungen nicht mehr bereit sind.

Dabei fallen solche Drohungen erfahrungsgemäß besonders bei Eltern auf fruchtbaren Boden. Wenn es der Schulleitung erst einmal gelingt, die Geschlossenheit der Schüler (bzw. auch der Eltern) zu durchbrechen, hat sie leichtes Spiel, da sie nun die aufgespaltenen Teile gegeneinander ausspielen kann. Daher hängt der weitere Erfolg auch der hier Betroffenen wesentlich davon ab, ob es gelingt, diese Spaltungsversuche zum Scheitern zu bringen und darüberhinaus diese Angriffe zum Anlaß zu nehmen, die Kollegen noch enger zusammenzuschließen.

Gleichzeitig zu dem oben geschilderten Vorfall war es an diesem letzten Schultag des Blocks in einer anderen Klasse vorgekommen, daß sich einige Schüler während der Unterrichtszeit verdrückt hatten, gegen Ende des Unterrichts aber wieder anwesend waren. Daraufhin weigerte sich der Lehrer (dieselbe autoritäre Person wie oben schon erwähnt), diesen Schülern die Zeugnisse auszuhändigen und verlangte, daß sie von den Eltern persönlich eine Woche später in der Schule abgeholt werden. Da die Klasse entschieden protestierte, wurde nun der ganze Apparat in Bewegung gesetzt: Eingreifen des Schulleiters, sofortige telefonische Benachrichtigung der Betriebe, sofortige Einberufung einer Klassenkonferenz.

Da sich die Klasse dadurch nicht

▶▶

Forts. Berufsschulkampf

einschüchtern ließ, kam es zu langwierigen Verhandlungen zwischen Schülervertretern, Lehrern und dem Schulleiter, die sich bis in den Nachmittag hineinzogen. Parallel dazu fanden Verhandlungen mit Schülervertretern der anderen Klasse statt, die tags zuvor eigenmächtig zum bowling gegangen war (wie schon oben geschildert).

Nach langen Verhandlungen – die Unterrichtszeit war schon längst vorbei, fast alle Schüler schon zu Hause – wurde erreicht, daß die Zeugnisse doch noch am gleichen Tag allen Schülern ausgehändigt wurden. Dieser Erfolg war nur möglich, da die Schüler entschieden für ihre Interessen eingetreten sind und vor allen Dingen gemeinsam diesen Angriff zurückgewiesen haben. So hatte während der gesamten Verhandlungszeit jeweils ein Teil der Kollegen aus beiden betroffenen Klassen vor dem Schulbüro ausgeharrt und damit ihren Vertretern, die drinnen die Verhandlungen führten, entschieden den Rücken gestärkt. Dies hat bestimmt zum Erfolg wesentlich beigetragen.

Am 29.11. bekam der geschäftsführende Schülerrat vom Schulleiter einen Brief, in dem Beschlüsse des Schülerrats beanstandet werden, „weil diese Beschlüsse mit den Rechtsvorschriften des SVG nicht vereinbar sind". Es ging dabei um die Wahl des Delegierten des SR (Schülerrates) für die Schulkonferenz und deren Vertreter. Dabei ist dem Schülerrat ein formaler Fehler unterlaufen: ein Schüler wurde zum Delegierten gewählt, obwohl er nicht Klassensprecher ist und damit nicht Mitglied des SR, während aber dies auf die zu seiner Stellvertreterin gewählten Schülerin zutraf. Da ein Delegierter laut SVG Mitglied im SR sein muß, beschloß der SR, daß beide die Plätze tauschen: er wählte die Schülerin jetzt zum Delegierten und den Schüler zum Stellvertreter. Außerdem wurde in einem zweiten Fall für einen Kollegen, der von seinem Amt als Delegierter zurückgetreten war, ein anderer Kollege neu gewählt. Jedoch sind Neu- oder Abwahlen von Delegierten nach dem SVG verboten.

In seinem Brief wies der Schulleiter auf diese gesetzlichen Bestimmungen hin und erklärte für einen Fall, „daß der Platz von Herrn . . . in der Schulkonferenz unbesetzt bleiben muß". (Da keine Ersatzmitglieder gegewählt worden waren, konnte auch keiner direkt nachrutschen.) Für den zweiten Fall schrieb er:„Da es unzweckmäßig wäre, wegen dieses Versehens die ganze Wahl anzufechten (nachdem die gesetzten Fristen verstrichen sind), andererseits ein Tausch zwischen Mitgliedern und Stellvertretern nach dem SVG nicht zulässig ist, Ersatzmitglieder aber nicht vorhanden sind, muß auch dieser Platz nach dem SVG unbesetzt bleiben". Weiterhin bat er um eine Stellungnahme bzw. Aussprache „und für die Zukunft um Beachtung der bestehenden Rechtsvorschriften."

Der Schülerrat schickte dem Schulleiter einen Antwortbrief, in dem seine Beanstandungen entschieden zurückgewiesen werden. Sie würden bedeuten, daß die Vertretung des Schülerrats in der Schulkonferenz von vier auf zwei Mitglieder halbiert werden würde und die beiden leeren Plätze erst wieder bei der nächsten regulären Wahl ein Jahr später besetzt werden könnten (!). Weiterhin wurde in dem Brief gefordert, die Delegierten und ihre Vertreter für die Schulkonferenz ohne Ausnahme so anzuerkennen, wie sie vom Schülerrat gewählt worden waren.

In einem längeren Gespräch einer Schülerrats-Delegation mit der Schulleitung und durch Einbringen dieses Punktes auf der darauffolgenden Sitzung der Schulkonferenz konnte diese Forderung voll durchgesetzt werden. Obwohl bei der Wahl einige Bestimmungen des SVG verletzt wurden, sind jetzt ohne Ausnahme die Delegierten als rechtmäßige Vertreter anerkannt, die vom Schülerrat (SR) gewählt worden sind.

Die Betriebe greifen ein

Die allgemeine Verschärfung der Kontrolle über die Lehrlinge wird nicht nur durch die Schulleitung und den größten Teil der Lehrer getragen, sondern die Betriebe gehen immer mehr dazu über, auch direkt in der Schule einzugreifen. Dahinter steht, daß trotz des härteren Windes, der jetzt weht, die Schule für die Lehrlinge immer noch einen gewissen Freiraum darstellt.

Während man im Betrieb oft noch nicht einmal am Arbeitsplatz mit einem Kollegen diskutieren kann, ohne daß einem gleich der Vorarbeiter oder Meister dazwischen fährt, hat man in dieser Hinsicht in der Schule viele Möglichkeiten. Außerdem kann man z.B. auch im Politikunterricht meistens recht offen über die Unternehmer und überhaupt über die Politik der Kapitalisten diskutieren. Das wissen diese natürlich sehr genau.

Obwohl die Ausrichtung des Bildungswesens nach den Interessen der Kapitalisten schon sehr weit fortgeschritten ist, geht es ihnen doch nie weit genug. Und auch diese Freiräume, die noch bestehen, sind ihnen ein Dorn im Auge. Daher versuchen sie, diese Freiheiten einzuschränken, besonders dort, wo sie von den Schülern im Kampf um ihre Rechte ausgenutzt werden.

An der G 1 ist dabei der Schulbeirat führend beteiligt (je drei „Arbeitgeber" – und „Arbeitnehmer"-Vertreter). Am 10.12.73 fand in der Aula auf seine Einladung hin eine Diskussionsveranstaltung über die Erfahrungen des Berufsschulunterrichts, besonders des Blockunterrichtes, statt. Es ging dabei darum, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb zu verstärken.

Eingeladen waren die Ausbilder aus den Betrieben und alle Berufsschullehrer der Schule. Vertreter der Schüler, die ja immerhin von allen am meisten betroffen sind, wurden von vorne herein ausgeschlossen, obwohl sie mehrmals darum gebeten hatten und dies sogar von der Lehrerkonferenz der Berufsschule dem Schulbeirat gegenüber mit großer Mehrheit befürwortet worden war! Auf die Forderung einiger Lehrer nach Teilnahme von Schülervertretern auf dieser Sitzung wurde von einem Ausbildungsleiter geäußert, er hätte ja gar nichts dagegen, sofern da keine „Politrokker" (!) kämen!

Ein entsprechender Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt (die Lehrer überwiegend dafür, die Vertreter aus den Betrieben überwiegend dagegen). Immerhin konnte in einer nochmaligen Abstimmung am Ende der Konferenz erreicht werden, daß die SV-Vertreter wenigstens zum nächsten Treffen eingeladen werden (diesmal fast einstimmig).

Insgesamt ging es darum, die Schule noch mehr nach den Interessen der Betriebe auszurichten, d.h.: weniger „Allgemeinbildung", dafür mehr fachbezogener Unterricht, was nur mit höherem Leistungsdruck zu erkaufen ist, der nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer betrifft. Dahinter steht das Idealbild des politisch unmündigen, aber fleißigen und gehorsamen Lehrlings.

Daneben geht es um die Verschärfung der Kontrolle über die Schüler auch in den Punkten, die mit dem Unterrichtsstoff selber nichts zu tun haben: Allgemeines Verhalten in der Schule, Aktivitäten in der SV, politische Betätigung, Überprüfung der Fehlzeiten usw.

In diesem Zusammenhang wurden von Vertretern der Betriebe u.a. Forderungen erhoben wie z.B.

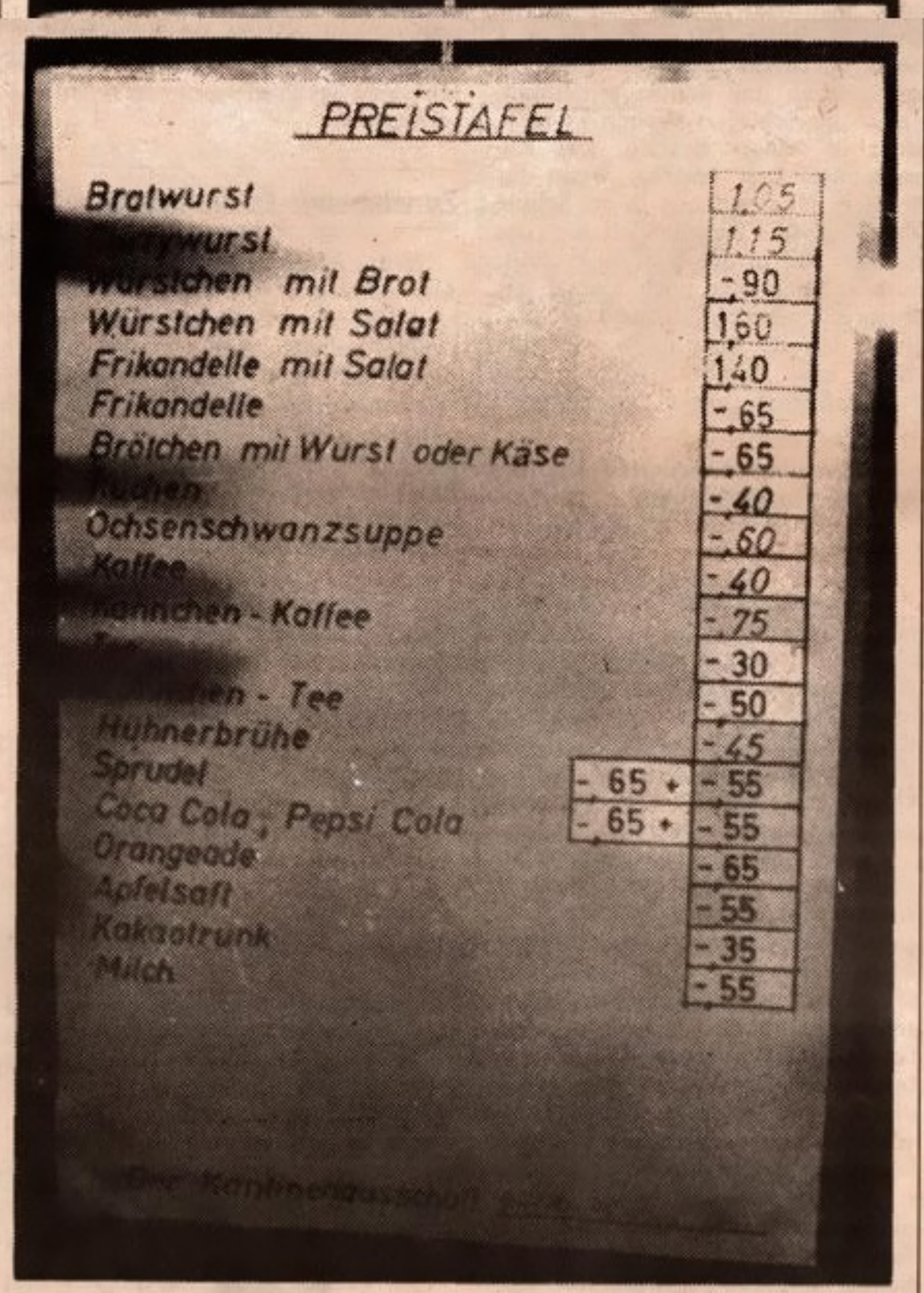
- vollständige Abschaffung der Fächer Deutsch und Politik,
- Verlängerung der Schulstunden von 45 auf 60 Minuten,
- Wiedereinführung des Schulunterrichtes am Samstag,
- Kürzung der Schulferien,
- Das Recht der Schule, in eigenem Ermessen Entschuldigungen für Fehlzeiten anzuerkennen, soll ersetzt werden durch eine Regelung, daß nur das anerkannt wird, was auch der Arbeitgeber anerkennen würde. D.h. bei dessen allgemein sehr enger Auslegung, daß schon für geringe Fehlzeiten ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen vorgelegt werden müssen usw. Im Zweifelsfall, wurde gefordert, sollten die Fotokopien der schriftlichen Entschuldigungen den Betrieben zur Nachprüfung vorgelegt werden!

Diese Veranstaltung sowie die anderen geschilderten Disziplinarfälle sind keine zufälligen Erscheinungen, sondern dahinter verbirgt sich eine allgemeine Linie: Verschärfung der Angriffe gegen die Lehrlinge.

Um darüber alle Schüler zu informieren und die Diskussion darüber in Gang zu bringen, wurde von einer Klasse ein entsprechendes Flugblatt erstellt und verteilt. Darin wurde diese Entwicklung an einigen Beispielen erläutert und es wurde dazu aufgerufen, dies Thema auf der nächsten Vollversammlung zur Sprache zu bringen und gemeinsam zu diskutieren.

Diese Vollversammlung der Berufsschule (3. Block) fand am 18.12. statt, um entsprechend dem neuen SVG den Blocksprecher und seine Stellvertreter zu wählen. Neben der Wahl selber wurde diese Vollversammlung vom Schülerrat dazu genutzt, die Schüler umfassend über die wichtigsten Entwicklungen an der Schule zu informieren und zu entwickeln, wie die Schüler dabei – gestützt auf ihre eigene Kraft und mit Hilfe ihrer Vertreter – ihre Rechte verteidigen können. Dabei waren weitere Schwerpunkte neben den Disziplinierungen: die hohen Kantinenpreise, die Erkämpfung des Sportunterrichtes, die Kampagne um die Bezahlung der Lehrmittel und eine Darstellung des neuen SVG.

Außerdem wurde von einer Klasse initiativ ein Solidaritätsschreiben für die 13 Kollegen der Reichhold-Albert-Chemie AG zur Abstimmung vorgelegt, die aus der IG Chemie ausgeschlossen werden sollen (siehe Artikel in AK Nr. 38). Gleich am Anfang der Vollversammlung wurde ein Beitrag gehalten, in dem die konkreten Vorgänge bei Reichhold geschildert wurden und darüberhinaus auch die allgemeine politische Entwicklung, die zu diesen Ausschlußanträgen geführt hat und die auch in anderen Bereichen zu verzeichnen ist. Danach kam es zur Abstimmung: etwa 100 Kollegen stimmten dem Schreiben zu, bei etwa 15 Enthaltungen und ohne Gegenstimme.



Weiterhin wurde auf dieser Vollversammlung (mit Orts- und Zeitangabe) bekanntgegeben, daß noch am selben Abend eine Solidaritätsdemonstration gegen das beantragte Verbot des KSV (Kommunistischer Studentenverband) stattfinden werde. In einem längeren Wortbeitrag wurde der politische Hintergrund dieses Verbotsantrages erläutert und er wurde in einen Zusammenhang gestellt mit den allgemeinen Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates auf die Rechte des Volkes, von den Berufsverboten der Lehrer bis hin zu den Rausschmissen kommunistischer und anderer klassenbewußter Arbeiter aus Betrieb und Gewerkschaft.

Die Wahl der Blocksprecher selber kann als Erfolg betrachtet werden, da es eine ausgesprochen politische Wahl war. Bei allen drei Wahlgängen (Sprecher, 1. und 2. Stellvertreter) kandidierten jeweils zwei Schüler, die jeweils zwei verschiedene Auffassungen (Linien) verkörperten, wie eine Interessenvertretung der Kollegen auszusehen hat;

a) die Arbeit der SV ausschließlich an den Interessen der Kollegen orientieren, diese umfassend miteinbeziehen und mit ihnen gemeinsam vorgehen; dabei nicht auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Schulbehörde und ihren Vertretern vertrauen, sondern die Interessen der Kollegen konsequent und geschlossen vertreten; die SV einordnen in den gewerkschaftlichen und damit auch den politischen Kampf für die Rechte der Arbeiter und Angestellten;

b) die Arbeit der SV beschränken auf den ihr von Schulleitung und SVG gesteckten Rahmen, d.h. keine politischen oder gewerkschaftlichen Probleme „in die Schule tragen"; mit der Schulleitung vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammenarbeiten; konsequente Schülervertreter in ihren Aktivitäten behindern; unter den Schülern selber für „Ordnung" sorgen („Auf der einen Seite werden von den Schülern Gardinen heruntergerissen und dann wollt ihr noch Forderungen stellen!").

Bei allen drei Wahlgängen siegten die Kandidaten der ersten Auffassung. Sie bekamen – mit geringen Unterschieden – jeweils etwa 2/3 der Stimmen, während das restliche Drittel auf den reaktionären Block entfiel. Ungültige Stimmen oder Stimmenthaltungen waren kaum vorhanden.

Die Bedeutung dieser Vollversammlung läßt sich auch daran messen, daß der Schulleiter die meiste Zeit anwesend war – im Gegensatz zu den Vollversammlungen der ersten beiden Blöcke. Er hielt es sogar für notwendig, selber das Wort zu ergreifen, obwohl er „eigentlich überhaupt keine Zeit hätte". Dazu ließ er sich am Ende extra aus einer „ganz wichtigen Konferenz" herausholen. Sein Beitrag lief darauf hinaus, anhand einiger herausgepickter Punkte, die aber enorm aufgebauscht wurden, der SV vorzuwerfen, sie arbeite mit falschen Behauptungen und unfairen Methoden.

In der Tat waren durch Schwierigkeiten in der Vermittlung der Informationen einige Fehler in der Darstellung aufgetreten, die jedoch schon korrigiert worden waren und am Wesen auch sowieso nichts änderten. Dabei ging es dem Schulleiter darum, die SV als unglaubwürdig zu verleumden und einen Keil zwischen sie und die Masse der zwar „falsch informierten", aber sonst wohl gutwilligen Schüler zu treiben. Im übrigen appellierte er eindringlich, sich an die „Spielregeln" zu halten (SVG, Parlament, Grundgesetz etc.) und „fair" mit allen Beteiligten zusammenzuarbeiten. Nur auf diesem Wege könnten die Schüler etwas erreichen.

Ein wesentlicher Erfolg dieser Vollversammlung bestand darin, daß es gelang, politische, über die reinen Schulprobleme hinausgehende Themen breit zu behandeln. Das betrifft besonders die Solidarität mit den Reichhold-Kollegen und die Demonstration gegen das KSV-Verbot.

Bemerkenswert ist dies besonders deshalb, weil die Behandlung derartiger Themen durch das neue SVG eindeutig verboten ist. (Danach darf die SV nur die Interessen der Schüler „in der Schule" vertreten. Jede politische Betätigung ist dabei verboten.) Darauf haben auf der Versammlung sowohl ein Vertreter der SV als auch der Schulleiter (mit unterschiedlicher Stoßrichtung in der Argumentation) noch einmal ausdrücklich hingewiesen. Trotzdem wurde dies während seiner Anwesenheit so durchgeführt.

Zum einen zeigt dies noch einmal den Charakter des SVG auf, das die Rechte der Schüler einschränkt und eine umfassende Interessenvertretung, die sich in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf einordnet, verhindert.

Zum anderen zeigt dies Beispiel, wie man dagegen vorgehen kann: durch breite Einbeziehung der Masse der Schüler erreichen, daß sie wissen, worum es geht und auch bereit sind, aktiv dafür einzustehen. Nur dann sind auch Aktionen möglich, die vom Gesetz nicht mehr gedeckt werden. Außerdem ist es gerade bei solchen Aktionen möglich, der Masse der Schüler den reaktionären Charakter des SVG zu verdeutlichen.

Ein weiterer Erfolg dieser Vollversammlung liegt darin, daß sie einfach solange durchgeführt wurde, wie die Schüler dies für notwendig hielten und wie noch Diskussionsbeiträge vorhanden waren. Obwohl sie um 10 Uhr angesetzt war und der Unterricht eigentlich um 12 Uhr wieder beginnen sollte, dauerte sie bis 12.45 Uhr. Damit wurden für acht Klassen zusätzlich Unterrichtsstunden in Anspruch genommen, ohne daß die Lehrer oder der anwesende Schulleiter versuchten, dies zu verhindern.

Am nächsten Tag fand wegen geplanter Klassenverlegungen eine Vollversammlung der Berufsaufbau- und Fachoberschule statt, auf der ebenfalls die Solidaritätserklärung für die 13 Reichhold-Kollegen vorgelegt wurde. Auch diese Vollversammlung stimmte der Protestresolution mit etwa 50 Jastimmen bei einer Gegenstimme und etwa zwölf Enthaltungen zu. Außerdem beschloß auch der Schülerrat der Gewerbeschule insgesamt einstimmig, diese Aktion zu unterstützen.

Praktische Solidarität mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen heißt nicht nur, Protestschreiben zu schikken, Unterschriften zu sammeln, sondern heißt vor allen Dingen, anhand dieser Vorfälle Klarheit über die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten zu schaffen und darüber, wie wir den Kampf dagegen organisieren können – jeder in seinem eigenen Bereich.

Die G 1 stellt deswegen ein positives Beispiel dar, weil hier versucht wird, anhand dieser konkreten Solidaritätsmaßnahmen eine allgemeine Diskussion um die zunehmenden politischen Angriffe zu führen und dies auch mit der konkreten Entwicklung an der Schule zu verbinden.

Weiterhin ist hervorzuheben, daß durch das Verschicken der Solidaritätserklärungen nicht nur an die Betroffenen selber und die IG Chemie-Führung, sondern auch an alle Hamburger Berufsschulen und die Jugendvertretungen der wichtigsten Chemie- und Metallbetriebe versucht wird, eine möglichst breite Bewegung der Solidarität mit den Betroffenen, aber auch der Diskussion über diese politischen Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Gang zu setzen.

Nach der Vollversammlung der Berufsschule entstanden viele Diskussionen über die genannten Ereignisse und das weitere Vorgehen der Schüler. Dabei machte sich eine immer stärkere Polarisierung bemerkbar zwischen den beiden Linien, die auf der Versammlung deutlich hervorgetreten sind. Dies ist eine insgesamt positive Entwicklung. Zwar zeigt sich hieran, daß die reaktionären Kräfte auch unter den Schülern über einigen Einfluß verfügen – ein zwar nicht sehr großer, aber bisher relativ geschlossen aufgetretener Block. Aber dies fördert auch andererseits die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Standpunkten, hauptsächlich zwischen den beiden vertretenen Linien. Und nur in dieser dauernden Auseinandersetzung können die Prinzipien demokra-

HAMBURG

„Getretener Quark wird breit, nicht stark!"

Nachdem auf einer Versammlung von Jugendvertretern und Vertrauensleuten Ende Oktober 73 schon deutlich wurde, daß ein großer Teil der Lehrlinge nicht gewillt ist, sich für die Politik des gegenwärtigen Ortsjugend-Ausschusses (SDAJ, JUSOS) einspannen zu lassen, wurde auf der Versammlung am 24.1.74 die Auseinandersetzung um die Entwicklung einer konsequenten gewerkschaftlichen Bewegung unter den Lehrlingen fortgesetzt. Der OJA war in seinen Bemühungen, die Diskussion um die gewerkschaftlichen Ziele der Lehrlinge abzublocken, wieder einmal nicht kleinlich: mit der Parole: „140 Mark aus dem Sack, Zack, Zack!" wollte man den anwesenden ca. 160 Kollegen weismachen, daß jetzt die Stunde der Aktion gekommen sei. „Mittagspausen verlängern, zum Verhandlungsort marschieren, Telegramme senden und Resolutionen verfassen", läutete es vom Turm der SDAJ-Propheten; und Hugo („Kugel"-) Schreiber, der sich den Kollegen späterhin noch als 1. „Allmächtiger" der Ortsverwaltung offenbarte, meinte auch zustimmend: „Ein bißchen Hilfe von eurer Seite wäre uns ganz lieb (!)".

Doch ganz offensichtlich war die Versammlung nicht daran interessiert, die Statisten für eine geschickt inszenierte Lohnrunden-Show zu stellen: Die Kollegen erkannten den „Evergreen" der Gewerkschaftsführung, der jedes Jahr zur Tarifrunde aufgespielt wird: „Die Forderung ist aufgestellt, jetzt macht mal ein bißchen Wirbel, damit wir in den Verhandlungen was vorzuzeigen haben". Kritik an der gegenwärtigen Tarifpolitik und weiterführende Diskussionen sind da natürlich fehl am Platz.

In drei (glücklicherweise kurzen) Referaten des OJA wurde deutlich, daß in diesem Gremium kein Konzept für die Stärkung der Bewegung unter den Lehrlingen gegen die Angriffe der Unternehmer vorhanden ist, sondern einzig und allein ein kurzfristiger Aktionismus bei den Mitgliedern entfacht werden sollte.

Aber in der anschließenden Diskussion wurde diese Politik zurückgewiesen. Mehrere Kollegen zeigten den Widerspruch auf, der zwischen den Worten der Gewerkschaftsführung und der Wirklichkeit klafft: *„Es ist ein Hohn für die Kollegen in den Betrieben, wenn hier einige Leute mächtige Sprüche klopfen, auf der anderen Seite aber die bereits erfolgten Abschlüsse bei 11% und 50 (!) Mark für Lehrlinge liegen! Und diese Ergebnisse werden in der Gewerkschaftspresse auch noch als ‚tarifpolitischer Durchbruch' mit ‚nationaler wie internationaler Signalwirkung' (!) gefeiert. Unsere Aufgabe – nicht nur im Lehrlingsbereich – muß sein, hier die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiter zu schaffen. Diese Bedingungen kommen folglich nicht irgendwie zustande, sondern werden das Ergebnis von Aus-*

fen. Diese Bedingungen kommen folglich nicht irgendwie zustande, sondern werden das Ergebnis von Aus-

einandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft über den Aufbau einer Kampffront gegen die Angriffe der der Unternehmer sein." Mit diesem Beitrag eröffnete ein Kollege unter starkem Beifall die Aussprache.

Er sprach für die Richtung, die die Versammlung anstrebte: So kam immer wieder einhelliger Beifall, wenn Kollegen kritisierten, daß alle Beschlüsse der letzten Versammlung von der Gewerkschaftsführung unter den Tisch gekehrt wurden, wenn die Forderung nach dem Existenzlohn für Lehrlinge als Ziel auch während dieser Tarifrunde betont wurde, daß solange nicht aufgegeben wird, wie es nicht erreicht ist. Energisch verwahrte man sich gegen den demagogischen Vorwurf Hugo Schreibers, der meinte, daß die Existenzlohnforderung kein Verständnis bei den älteren Kollegen finden würde. Tatsächlich ist es noch ein relativ kleiner Teil der Arbeiterklasse, der die Notwendigkeit dieser Forderung betont, was nur ein Grund mehr ist, die Auseinandersetzung darum zu verstärken; von der IGM-Führung und ihren kritiklosen Nachbetern allerdings wird diese Auseinandersetzung bis zum Vorwurf der „Gewerkschaftsfeindlichkeit" verteufelt und somit das Verständnis dafür bei breiteren Teilen der Werktätigen behindert.

„Die Forderung nach einem Lehrlingslohn, der die finanzielle Unabhängigkeit der Lehrlinge gewährleistet und die werktätigen Familien vor den zusätzlichen Kosten bewahrt, die eine Ausbildung ihrer Kinder verursacht, ist keine ‚Utopie', sondern notwendiges Kampfziel der Gewerkschaft!", sagte ein Kollege unter lautstarker Zustimmung der Anwesenden.

„Wir können unsere Aufgaben nur im gemeinsamen solidarischen Vorgehen mit den älteren Kollegen anpacken; das heißt, daß wir unsere Vorstellungen mehr als bisher über den Lehrlingsbereich hinaus in die gesamte Arbeiterschaft tragen müssen". Die Ansätze der politischen und gewerkschaftlichen Aktivität sind noch zu sehr auf die einzelnen Betriebe beschränkt. Es ist unsere Aufgabe, diese

Zersplitterung zu überwinden und die zwischen-betrieblichen Kontakte und Diskussionen zu verstärken. Der Einfluß der Mitglieder auf die Tarifpolitik ist zu gering. Wir müssen unsere Interessen geschlossen selbst in die Hand nehmen und uns aktiv für die Forderung nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie einsetzen. – In diesem Sinne wurden die Erfah-

Forderung nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie einsetzen. – In diesem Sinne wurden die Erfah-

rungen der letzten Tarifrunden von der Versammlung zusammengefaßt.

Gegen die Ausschlusspolitik der Gewerkschaftsführung!

Wie es um die innergewerkschaftliche Demokratie bestellt ist, zeigte sich auf dieser Versammlung wieder einmal sehr deutlich: Kollegen der HDW wollten die Gewerkschafts-Ausschlußdrohung gegen einige Mitglieder ihrer Jugendvertretung ansprechen. Wie schon auf der großen Funktionärsversammlung am 10.1. wurde ihnen seitens der Versammlungsleitung sofort das Wort entzogen. Unter dem stürmischen Protest der Anwesenden erklärte zunächst Arp Kressin – und als dieser sich nicht durchsetzen konnte – Hugo Schreiber: *„Die Vorkommnisse auf der HDW sind persönliche Angelegenheiten, die gehören hier nicht zum Thema."*

Mehrere Kollegen weigerten sich daraufhin, die Diskussion fortzusetzen, wenn die Vorfälle auf der HDW nicht zur Aussprache zugelassen würden. Geschäftsordnungsanträge wurden von Hugo Schreiber und seinen OJA-Vasallen einfach mißachtet und das Redner-Mikrophon ganz nach ihrem Belieben ausgeschaltet. Gegen den Willen der Versammlungsleitung fand dann eine Abstimmung statt, bei der – bis auf einige OJA-Anhänger – eine überwältigende Mehrheit die Aussprache über diesen Punkt beschloß.

Dem Willen der Kollegen beugte sich Hugo Schreiber auch diesmal nicht, sondern begann stattdessen, die Dinge auf der HDW „aus seiner Sicht" darzustellen. **„Ich bin 1. Bevollmächtigter der IG Metall, und ich kann reden wann ich will, ob euch das nun paßt oder nicht!"** polterte er los, als er durch zahlreiche Zwischenrufe und Pfiffe darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er gar nicht das Wort habe.

Ein Kollege, der dennoch zu Wort kam, stellte klar und deutlich fest: *„Bei den Ausschlußdrohungen handelt es sich nicht um persönliche Angelegenheiten, sondern um den Versuch, die Kampfkraft unserer Gewerkschaft zu schwächen. Auf der Großen Funktionärsversammlung wurde den HDW-Kollegen auch das Wort entzogen, doch ließ man dort die Versammlung darüber abstimmen, nachdem ersteinaml das geeignete Klima erzeugt wurde. Offenbar spekulierte die Gewerkschaftsführung dabei auf*

dem ersteinaml das geeignete Klima erzeugt wurde. Offenbar spekulierte die Gewerkschaftsführung dabei auf

die Uninformiertheit der Anwesenden. **Hier aber weiß die Mehrheit, worum es geht, und weil sich die Versammlung klar für die Diskussion der Ausschlußpolitik entscheidet, wird eine Abstimmung nicht zugelassen!"**

Unter Hugo Schreiber's Drohung, die Versammlung aufzulösen, setzte man dann die Diskussion um die Tarifpolitik fort. Zu einem späteren Zeitpunkt gelang es aber doch einigen Kollegen, zu diesem Thema Beiträge zu halten, und die Versammlung betonte in einer abschließenden, wiederum „eigenmächtig" durchgeführten Abstimmung ihre eindeutige Solidarität mit den vom Ausschluß bedrohten Kollegen, indem sie eine Resolution beschloß, die sich gegen den „Beiratsbeschluß" der IGM wendet. Auch gingen zahlreiche Unterschriften und Spenden bei den HDW-Kollegen ein.

Den richtigen Weg eingeschlagen

Die Versammlung gab einen Eindruck ab, wie der Stand der Bewegung unter den Hamburger IGM-Lehrlingen zur Zeit ist. Obwohl die Zahl von 160 Anwesenden schon ein kleiner Fortschritt gegenüber dem Oktober 73 war, besteht kein Anlaß, die Bewegung für „schwungvoll" zu erklären, wie es DKP und SDAJ aus Zweckoptimismus gerne tun.

Positiv war das Streben der Teilnehmer, eine gewerkschaftspolitische Auseinandersetzung zu führen und der Masche der DKP/SDAJ „Jetzt aber ordentlich auf die Kacke haun!" eine Absage zu erteilen. Über diese Art von Politik, wie sie die DKP wieder einmal an den Tag legte, gibt es einen Spruch: „Getretener Quark wird breit, nicht stark!" (Clara Zetkin).

Auf der anderen Seite wollte die Super-„linke" „KDP/ML" die Empörung der Versammlung über das undemokratische Vorgehen der Gewerkschaftsführung dazu ausnutzen, in provokatorischer Weise ihren eigenen Laden herauszuputzen. So wurde unter dem „tosenden" Beifall von etwa acht bis zehn Teilnehmern die DKP und die Gewerkschaftsführung zum „Hauptfeind" erklärt, dem KOMMUNISTISCHEN BUND vorgeworfen, daß er auf der HDW eine fortschrittliche Politik verhindere, weil er den Kampf in den Gewerkschaften führe, und schließlich sei die „KPD/ML" die einzige Kraft, die z.B. die Forderung nach Existenzlohn vertreten habe. Allein

die „KPD/ML" die einzige Kraft, die z.B. die Forderung nach Existenzlohn vertreten habe. Allein

letzteres ist schon eine ungeheure Verunglimpfung der aktiven Kollegen, da schließlich in vielen Betrieben und Versammlungen, wo diese Leute nicht einmal einen ihrer Flugblattverteiler vor dem Tor stehen haben, geschweige denn einer ihrer hervorragenden „Arbeiterführer" selbst tätig ist, diese Forderung diskutiert worden ist.

Es war nur zu deutlich: So wie die DKP von der rechten Seite, so versuchen diese Leute von super-„links" die Kollegen zu bearbeiten. Hier wie dort standen nicht die Interessen der Kollegen, nicht der Wille, die Kampfkraft der Arbeiterjugend zu entwickeln im Vordergrund, sondern die Stärkung und das theatralische Bekanntmachen des eigenen Vereins.

Bemerkenswerterweise [illegible] die „Herren" am Tisch der Versammlungsleitung, als sie merkten, daß sie der Versammlung nicht ihren Stempel aufdrücken konnten, dazu über, die einzelnen Beiträge genau zu notieren. Die Auswertung der Veranstaltung wird sicher dazu beitragen, die Kontrolle der Gewerkschaftsführung über den Jugendbereich zu verstärken. Diese Aufgabe wird sie nicht mehr in dem Maße wie früher ihrem Nachwucks im jetzigen OJA überlassen, sondern „selbst mit anpacken". Für die fortschrittlichen und kommunistischen Gewerkschafter werden die Bedingungen ihrer Arbeit also in Zukunft auch von dieser Seite her schwieriger werden. Das kann aber nur heißen, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, eine konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften zu entwickeln. Diese Aufgabe stellt sich sowohl in der betrieblichen Interessenvertretung, wie auch im Rahmen der Tarifpolitik und des Kampfes der Werktätigen um ihre demokratischen Rechte. ■

Kurzmeldung:

In der innergewerkschaftlichen Diskussion der Lehrlinge wird immer wieder die Forderung nach dem Streikrecht für Lehrlinge betont. Daß sich die Kapitalisten und ihr Staat weigern, diese Forderung freiwillig zu erfüllen, ist sonnenklar; aber wie sieht's damit in unserer Gewerkschaft aus? Hugo Schreiber meint auf der Lehrlingsversammlung: „Tscha, liebe Froinde, da herrschen in der Organisation verschiedene Meinungen darüber." Und wie sieht das im Ergebnis aus? Der Vorstand verfügte, „daß in dieser Tarifrunde bei Kampfmaßnahmen die Lehrlinge nicht beteiligt sind."
Geteilte Meinungen?
Allerdings! Die Lehrlinge werden sich durch sowas nicht von den älteren Kollegen abspalten lassen!

Jugendkommission Metall
KB/Gruppe Hamburg

älteren Kollegen abspalten lassen!
Jugendkommission Metall
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Berufsschulkampf

tischer Interessenvertretung klar gemacht werden, kann sich für jeden Kollegen deutlich sichtbar zeigen, wer tatsächlich voll und ganz auf der Seite der Kollegen steht, und wer nur die Geschäfte anderer besorgt.

Daher gilt es, diese Auseinandersetzung konsequent und zielstrebig fortzusetzen, neben den konkreten Diskussionspunkten vor allem den prinzipiellen Standpunkt dazu klar zu machen und möglichst viele Kollegen miteinzubeziehen. Dadurch kann auch die Schülervertretung auf eine breitere und stabilere Grundlage gestellt werden, indem sie engere Beziehungen zu den Kollegen schafft.

Das Ziel der Kommunisten muß es sein, bei den Kollegen politisches Bewußtsein zu entwickeln und sie zu selbständigem Handeln zu bewegen. Beim Aufgreifen verschiedener Mißstände geht es darum, den prinzipiellen Charakter klar zu machen, die Ursachen aufzudecken.

Daraus folgt, daß eine Beseitigung dieser Mißstände nicht durch vereinzelte Maßnahmen geschaffen werden kann, sondern nur durch einen prinzipiellen Kampf gegen die Ursachen, letztlich den Kapitalismus.

Dabei ist die grundsätzliche Diskussion immer zu verbinden mit den konkreten Tatsachen, da die Kollegen nur überzeugt werden können, wenn an ihren konkreten Erfahrungen angeknüpft wird. Beim Abwehrkampf gegen Verschlechterung der Ausbildung bzw. Einschränkungen der demokratischen Rechte muß der selbständige Kampf der Kollegen entwickelt werden. Dazu gehört auch die Bekämpfung der reformistischen Illusionen, die gerade in der Schule sehr massiv vertreten werden. Nur in konkreten, praktisch erfahrbaren Auseinandersetzungen kann der politische Charakter und die Absicht bestimmter Maßnahmen verdeutlicht werden.

Dabei muß es darum gehen, die vielfältige Spaltung unter den Kollegen zu überwinden und ein möglichst einheitliches Vorgehen zu erreichen. Dazu müssen so viele Kollegen wie möglich einbezogen werden. Der Kampf gegen einzelne Maßnahmen muß zu einem Kampf aller gemacht werden. Die Kollegen müssen die Erfahrung machen, daß sie nur durch solidarisches Handeln, durch selbständiges Auftreten etwas erreichen können. Und sie müssen genau lernen, wer dabei ihre Freunde und wer ihre Feinde sind, besonders die mit den „Engelszungen". ■

Jugendkommission
des Metall-Komitees
KB-Gruppe Hamburg

Fortschrittliche Lehrlinge gefeuert
Lehrlingsstreik totgelaufen

OSRAM, WESTBERLIN

Am 3. Dezember 73 wurde in der Lehrwerkstatt bei Osram bekannt, daß dem BR Kündigungen gegen zwei fortschrittliche Lehrlinge vorlagen. Daraufhin streikte die Lehrwerkstatt fast geschlossen drei Tage lang jeweils zwei Stunden, um die Rücknahme der Kündigungen zu erzwingen. Der Streik mußte danach erfolglos abgebrochen werden. Aus Anlaß des Streiks erfolgte sogar noch eine weitere Kündigung gegen einen im Streik besonders aktiven Kollegen wegen „Aufforderung zur Arbeitsverweigerung" und „Rädelsführerschaft". Alle am Streik beteiligten Lehrlinge erhielten Verwarnungen. Die Geschäftsleitung hatte den Zeitpunkt für ihren Schlag gegen die Linken sehr günstig gewählt. Nachdem die Linken 1972 in der Lehrwerkstatt kurzfristige Erfolge errungen hatten, brach die Bewegung im Laufe des Jahres 73 fast völlig zusammen. Diese Situation nutzte die Geschäftsleitung zu einem Coup gegen die Linken.

[M]it Beginn des neuen Lehrjahres im April 1972 hatten auch einige Mitglieder bzw. Sympathisanten der Gruppe KPD/ML (RF) bei Osram eine Lehre angefangen. Sie begannen sofort recht aktiv in der Lehrwerkstatt zu wirbeln. Ihre Politik bestand vor allen Dingen darin, Mißstände aufzugreifen und sich gegenüber den Lehrlingen als „bessere Interessenvertreter" zu profilieren. Ihre Politik war in erster Linie darauf gerichtet, daß ihre Organisation bei den Wahlen zur Jugendvertretung und zu den Vertrauensleutewahlen (die ganz kurze Zeit nach Beginn des neuen Lehrjahres stattfanden) „gut abschneidet". Die Gruppe KPD/ML war in der Tat bei den Wahlen recht erfolgreich. Außerdem gründeten sie eine gewerkschaftliche Jugendgruppe und diverse „Einheitsfrontkomitees" zu bestimmten Ereignissen im Betrieb (z.B. BR-Wahl, Lehrlingstarifrunde, 1. Mai usw.) Sowohl die Jugendgruppe als auch die „Einheitsfrontkomitees" wurden aber von der Gruppe KPD/ML nur dazu ausgenutzt, die eigene Organisation in den Vordergrund zu spielen und scheinbare Unterstützung ihrer Politik durch die Kollegen vorzutäuschen. Es gelang ihnen auch einige Monate lang wirklich, eine Reihe von Lehrlingen für ihre Politik zu gewinnen. Das erreichten sie aber nur dadurch, daß sie einen unheimlichen Wirbel veranstalteten. Sie vernachlässigten völlig, ihre kurzfristigen Erfolge auch in die Tiefe gehend zu festigen, d.h. unter den gewonnenen Lehrlingen Bewußtheit zu schaffen über die gesellschaftliche Situation, über die Notwendigkeit der politischen Veränderung, über die Langfristigkeit des Kampfes usw. Aber nur durch solch eine in die Tiefe gehende Arbeit, zu der die Genossen bei Osram allerdings auf Grund der Unklarheit in der eigenen Organisation nicht in der Lage waren, hätte es ihnen gelingen können, ihre kurzfristigen Erfolge zu festigen.
festigen.

So aber war es zwangsläufig, daß sich die neu gewonnen Lehrlinge von der Gruppe KPD/ML (und damit z.T. auch von den Linken überhaupt) abwandten, als die ersten Schläge der Geschäftsleitung (GL) und der Gewerkschaftsführung erfolgten.

Die Schläge der Ausbildungs- und Geschäftsleitung richteten sich gegen alle Lehrlinge: Die Jugendstunde wurde verboten, die Ausbildung „rationalisiert" (z.B. die Unterweisungen teilweise gestrichen), Grenzklauseln für die Bezahlung von einzelnen Krank-

Forts. Seite 28

Faschismus in Chile: Folter, Mord und Terror

Nach wie vor wird in Chile verhaftet, deportiert, gefoltert und gemordet. Sofort nach dem faschistischen Militärputsch am 11. September vergangenen Jahres überzog die Junta das ganze Land mit einer blutigen Terrorwelle, der den Berichten nur wenige Wochen nach dem Putsch zufolge über 20 000 Menschen zum Opfer fielen, hingeschlachtet von einer Soldateska, deren oberste Befehlshaber in den US-Konzernen und dem US-Geheimdienst CIA sitzen. Es w[illegible]n blindwütiger Massenmord, der [illegible]em Vorbild der indonesischen Militärjunta von 1965 folgte, wo selbst bürgerliche Zeitungen die Zahl der Umgebrachten auf über eine halbe Millionen schätzten.

Ende November setzte eine zweite Terrorwelle in Chile ein, die offensichtlich noch das Ausmaß der ersten übersteigt. Die in Westberlin erscheinenden „Chile-Nachrichten" schrieben Mitte Dezember dazu:

„Das chilenische Militär war in den ersten Monaten seiner Herrschaft nicht nur mit dem Terror gegen das chilenische Volk beschäftigt, es mußte besondere Aufmerksamkeit auf die interne Abrechnung mit verfassungstreuen Militärs verwenden. Diese Abrechnung ging in den Provinzen relativ schnell vonstatten. Hingegen dauerte sie in Santiago länger an, da dort der Großteil der Offiziere – soweit sie nicht Truppenoffiziere sind – konzentriert war. Während sich daher in den Provinzen sehr schnell die Kriegsgerichte zur Aburteilung von Zivilisten konstituierten, waren die Militärs in Santiago noch mit Feinden aus ihren eigenen Reihen beschäftigen. ... Inzwischen scheint diese interne Reinigung vollendet zu sein, so daß sich jetzt auch in Santiago die Kriegsgerichte konstituieren.

Hinzu kommt der absolut chaotische Charakter der ersten Terrorwelle, die ganz generell die Kader der chilenischen sozialistischen Parteien betraf, mit provisorischen Namenslisten vor sich ging und an ganz zufällige Kennzeichen anknüpfte. Inzwischen aber sind Monate systematischer Ver-
aber sind Monate systematischer Ver-
höre, Folterungen und Denunziationen verflossen, aus denen sich neues Informationsmaterial ergibt, was jetzt die systematische Suche nach bestimmten Personengruppen ermöglicht. Offensichtlich war die erste Terrorwelle gar nicht das Wesentliche für die chilenischen Militärs. Sie war vielmehr nur der Ausgangspunkt für diese neue Welle, die definitiv jede mögliche Form zukünftiger autonomer Organisation des chilenischen Volkes, sei es in Gewerkschaften, sei es in Parteien, unmöglich machen soll. Die zweite Terrorwelle ist daher nicht kleiner als die erste, sie scheint ganz im Gegenteil gleichzeitig größer und systematischer zu sein. Der Militärarzt Schuster – eher Fleischer als ein Arzt – schlägt hierfür eine bestimmte Systematik vor, die die Organisationsfähigkeit einer möglichen sozialistischen Bewegung für alle Zeit unmöglich machen soll. Danach sind zu neutralisieren – was nach seinen Worten bedeutet: umzubringen, gefangenzusetzen oder auszuweisen – alle Gruppen, die politisch-organisatorische, administrative oder intellektuelle Fähigkeiten haben oder haben könnten. Zu verschonen sind einzig und allein diejenigen, deren Tätigkeit als Ausführung von Anrodnungen verstanden werden kann. Die Ausweisung soll aber nicht der Regelfall sein, man will vernichten. Wer ausreist, kann wiederkommen: wer vernichtet ist, ist weg."

Das heißt: Die chilenische Militärjunta will in dieser zweiten Terrorwelle das Volk auf politisch völlig unbewußte und zur Auflehnung unfähige Arbeitstiere reduzieren. Alle übrigen sollen liquidiert oder mindestens isoliert werden: in mittlerweile aufgebauten Vernichtungslagern wie bei den Nazis (z.B. das Lager Chena in der Nähe von San Bernardo bei Santiago; lt. „Frankfurter Rundschau" vom 11.12.73) und in den Internierungs- und Folterlagern auf den KZ-Inseln vor der chilenischen Küste.

Mit welcher Grausamkeit die faschistischen Folterknechte in Chile vorgehen, belegen einige ins Ausland gedrungene Berichte, aus denen wir im Folgenden exemplarisch ein paar Auszüge wiedergeben.

Bericht eines chilenischen Arbeiters aus einer Stadtrandsiedlung von Santiago

„ ... Eines Sonntags kommt eine Militärpatrouille auf der Suche nach angeblichen Extremisten, die da versteckt wären, in die Siedlung ... Da sie die angeblichen Extremisten, die sie suchten, nicht fanden, nahmen sie zwölf Bewohner mit, die körperlich und seelisch gefoltert wurden. Sechs von ihnen mißhandelten sie so sehr, daß sie sich nicht trauten, sie in Freiheit zu lassen, weil sie sonst hätten Fotos machen können, die gezeigt hätten, wie grausam diese Diktatur ist. Die sechs Genossen wurden zum Zweiten Panzerregiment überführt und dort einer neuen Art von Foltern unterworfen, zum Beispiel taten sie so, als würden sie sie lebendig begraben oder erschießen. Es war so schlimm, daß – wie ein Soldat erzählt hat – bei einer vorgetäuschten Erschießung, als sie sie mit dem Gesicht gegen die Wand aufgestellt hatten, die Genossen sich auf Verabredung auf die Schützen stürzten und dabei riefen: „Vencer o morir! (Siegen oder sterben!) Für ein sozialistisches Chile!" Und die sechs wurden auf der Stelle erschossen; als die Angehörigen die Leichen abholten, konnte man folgendes sehen: Dem Genossen Vorsitzenden der Siedlung fehlte ein Auge, sein ganzes Gesicht war verbrannt, er hatte keine Nägel mehr an Händen und Füßen, er wurde getötet mit einem Schuß in die Brust, der hinten ein Loch über die ganze Breite des Rückens hinterlassen hatte, und die anderen Genossen sahen genauso aus. Nachdem sie diese sechs Genossen gefoltert und erschossen hatten, gaben die Blutsauger noch immer keine Ruhe, ihre Streifzüge in verschiedene Teile der Siedlung gehen weiter, und sie verbreiten Angst und terrorisieren die Kinder, junge Frauen und Greise. Diesmal gelang es ihnen, elf Genossen festzunehmen, die Mehrzahl von ihnen wurde gemeldet von eingeschüchterten Nachbarn, die sicher glaubten, daß sie sonst Komplizen wären (Die faschistische Junta hat ein Gesetz erlassen, das Bando No. 81, nach welchem derjenige, der Verfolgten hilft, um eine Stufe h ä r t e r bestraft wird als diejenigen, denen er geholfen hat. Das ist ein besonders grausames Mittel, um Einschüchterung, Denunziation und Terror zu verbreiten. (AK-Red.) ...



Nachher erfuhr man, daß zwei Genossen aus dieser Gruppe so grausam ermordet wurden, daß es das Mitleid eines Soldaten erregte, der Sohn eines Arbeiters war... Der Soldat erzählt, bewegt von den Unmenschlichkeiten, die er erlebt hat, und sagt: „Ich habe auch gesehen, wie sie den jüngeren gefoltert haben, den haben die anderen den „kleinen Ibarra" genannt; sie haben ihm das Gesicht verbrannt mit den Kohlen, mit denen sie ihren Kaffee warm hielten; sie haben die Kuppen von seinen Fingern und Zehen zum Platzen gebracht mit Kolgenschlägen; während der fünf Tage, die er verhaftet war, haben sie ihm nicht zu essen gegeben, nur Wasser und hartes Brot. Einmal hab ich ihm was von meinem Kaffee abgegeben, aber so, daß meine Vorgesetzten mich nicht dabei erwischen konnten. Der Kleine war so verprügelt und entstellt, daß er aussah wie 40 Jahre, aber als er angebracht wurde, schätzte ich ihn auf höchstens 20, er sah aus wie ein Kind. Sie haben ihn so schlimm gefoltert, daß er eines Tages rausplatzte und anfing meinen Leutnant anzuschreien: FASCHIST, MÖRDER, TÖTE MICH! Und der Leutnant zog die Pistole, hielt sie ihm an die Schläfe und drückte ab und der Kleine sackte zusammen und starb wie ein Mann."

Über die Gefangenen in Coquimbo

„Alle Gefangenen wurden in den Kommissariaten der Carabineros und der Fiscalia Militar verhört. Alle Gefangenen wurden hier verhört einfach aufgrund der Tatsache, daß sie Sympathisanten der Unidad Popular waren. Sie wurden mit Karabiner-Kolben traktiert, mit Fußtritten „behandelt", Elektroschocks wurden ihnen zugefügt, es wurden Scheinhinrichtungen praktiziert. Den Gefangenen wurden Spritzen gegeben, deren Wirkung völlig unkoordinierte Bewegungen und Zersetzung der Artikulation hervorrief.

In Illapel hat sich ein Schuster das Leben genommen, er schnitt sich die Pulsader auf der Toilette auf. Er war verheiratet, hatte sieben Kinder und war Sekretär der Kommunistischen Partei in Illapel. Er war täglich brutal gefoltert worden mit Elektroschocks an den Genitalien, Mund und Ohren. Er wurde mit dem Kopf nach unten aufgehängt, danach wurde er in elektrisiertes Wasser gesetzt. Scheinerschießungen fanden statt.

Aber gegen ihn lag nichts vor außer seiner Mitgliedschaft in einer der UP-Parteien. Die Verhöre drehten sich immer um dieselben Punkte: Teilnahme am „Plan Z", Organisierung von Guerillas usw."

(Der „Plan Z", ein angeblich „geplanter Putsch der Linken", ist eine Erfindung der Militärjunta, mit dem sie i h r e n Putsch zu „rechtfertigen versuchte. Derartige Behauptungen der Faschisten zur „Begründung" ihres Terrors sind nicht neu; und teilweise organisieren sie solche Provokationen selbst, um sie den Kommunisten und anderen Linken anzulasten: z.B. der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand, der als Vorwand zur Jagd auf Kommunisten diente; z.B. das von den italienischen Faschisten verursachte Mailänder Blutbad im Dezember 1969, das der Staat zur Anarchistenjagd ausnutzte; usw. (AK-Red.)

Bericht von einer Beerdigung

„....In der Mitte der kleinen Kirche war ein einfacher schwarzer Sarg aufgebahrt, das obere Drittel wurde aufgeklappt und der Tote war durch ein Fenster sichtbar...Dr. Que-Phuong-Tran-Huynh, Nordvietnamese, 33 Jahre, war zu Tode gefoltert worden.

Auf den Händen, besonders der rechten, waren tiefe Brandwunden sichtbar. Das Handgelenk der rechten Hand war bedeckt von einer runden dunkelroten Wunde von etwa drei cm Durchmesser, in die ein elektrisches Drahtnetz tiefe schwarze Spuren eingebrannt hatte. Eine ähnliche Wunde auf dem Handrücken der rechten Hand, kleinere, die auf ausgedrückte Zigaretten hinwiesen, an beiden Händen.

Das Gesicht war kaum als menschliches wiederzuerkennen. Die Lippen waren fast bis auf die Knochen verbrannt, von der Nase war nur ein schwarzer Stumpf übrig. Über die Stirn bis zu den Schläfen hin zog sich ein schwarzer Reif von großer Regelmäßigkeit, wahrscheinlich eingebrannt von einem elektrischen Stirnband. Die linke Gesichtshälfte war stark gerötet, die Haut des Gesichts und der Hände ansonsten geschwärzt.

Ob der Tote noch Fingernägel besaß, war nicht zu erkennen, da die Finger ebenfalls schwarz waren. (Ähnliche Wunden laut Augenzeugenberichten am ganzen Körper.)..." ■

Stärken wir den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus!
Stärken wir die Solidarität mit dem Widerstand des chilenischen Volkes!

Der Widerstandskampf des chilenischen Volkes braucht weiterhin unsere entschlossene Unterstützung; gegen die faschistischen Menschenschlächter und Folterknechte von Santiago; gegen deren Auftraggeber in den imperialistischen Konzernen der USA und Westeuropas; gegen die Verteiler und Befürworter des faschistischen Terrors der chileni-
die Verteiler und Befürworter des faschistischen Terrors der chileni-
schen Militärjunta auch in unserem Land.
Wir rufen dazu auf, auch der materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstands nicht nachzulassen. Spenden können auf folgende konten eingezahlt werden:

Kennwort Chile-Hilfe
c/o Füllgraf
Deutsche Bank Hamburg-Grindel
Kto.-Nr. 36 / 15242

Sonya Patric Larthe
Kto.-Nr. 35 / 53062
Deutsche Bank München 40
Kurfürstenplatz

Forts. vor 5 Jahren: Ussuri

den nur dünn besiedelten Randgebieten Chinas, wie die der Mongolen, Uiguren und Tibetaner. So wurde z.B. von der sowjetischen Presse ein „Volksaufstand" in Tibet erfunden, der 1972 stattgefunden haben soll und wobei über 12 000 (!) Tibetaner



Soldaten der Volksbefreiungsarmee und Grenzbewohner versammeln sich im März 1969 um einen sowjetischen Panzer, der bei den Kämpfen um die chinesische Insel Dschenbao abgeschossen wurde. So werden alle Aggressionen gegen die VR China scheitern!

Soldaten der Volksbefreiungsarmee und Grenzbewohner versammeln sich im März 1969 um einen sowjetischen Panzer, der bei den Kämpfen um die chinesische Insel Dschenbao abgeschossen wurde. So werden alle Aggressionen gegen die VR China scheitern!

getötet worden seien. Von diesem „Volksaufstand" hatte nicht einmal die in Indien beherbergte reaktionäre Gruppe des ehemaligen „Dalai Lama" von Tibet etwas gewußt.

Ähnlich wurde eine „nationale Befreiungsbewegung der Mongolen" erfunden, die von der chinesischen Armee in den letzten Jahren angeblich mit Panzern und Artillerie unterdrückt worden sei.

Solche Phantasie-Produkte aus der antikommunistischen Küche dienen nicht nur zur allgemeinen Stimmungsmache gegen die VR China, sondern deuten direkt die Absicht an, unter ähnlichen Vorwänden („wir wollen den unterdrückten nationalen Minderheiten helfen") einen Überfall auf China zu führen, mit der Absicht, zunächst einige der chinesischen Randgebiete in „unabhängige" Vasallenstaaten der Sowjetrevisionisten zu verwandeln.

In seiner Rede auf dem IX. Parteitag der KP Chinas sagte Lin Biao: (April 1969) „*Wir dürfen keinesfalls angesichts unserer Siege in der revolutionären Wachsamkeit nachlassen, dürfen auf keinen Fall die Gefahr übersehen, daß der USA-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus einen großangelegten Aggressionskrieg entfesseln können. Wir müssen ausreichende Vorbereitungen treffen, müssen darauf gefaßt sein, daß sie einen Krieg in großem Ausmaße und sehr bald vom Zaune brechen. Wir müssen sowohl darauf vorbereitet sein, daß sie einen Krieg mit konventionellen Waffen entfesseln, als auch darauf, daß sie einen großen nuklearen Krieg entfachen.* **Kurz gesagt, wir müssen unsere Vorbereitungen treffen.**" ●

Neue Atomstrategie der USA ?

Im Januar war in mehreren Zeitungsartikeln von einer Änderung der amerikanischen Atomstrategie zu lesen. In einer Pressekonferenz hatte der US-Kriegsminister angekündigt, daß die USA einen Teil ihrer Raketen auf militärische Ziele der Sowjetunion umorientieren wollen. Die „Welt" vom 5.1.74 schätzt dies als einen ersten Schritt in Richtung auf eine hochbedeutsame Umdisposition der amerikanischen Gesamtstrategie ein. Wenn der US-Kriegsminister eine solche erhebliche Verschärfung der atomaren Aggressionspolitik ankündigt, dann ist zu fragen, was Ursache und Zweck solcher Drohungen ist, und was nun wirklich dahinter steht.

Die offizielle Begründung lautet ungefähr folgendermaßen: Die bisherige Atompolitik gehe vom Vergeltungsprinzip aus. (Vergeltung im zweiten Schlag, second strike.) Demgemäß seien die US-Atomraketen auf wichtige sowjetische Städte und Industrieanlagen gerichtet. Die US-Strategie sei nicht die Strategie des ersten Schlages (first strike), die die atomare Entwaffnung des Feindes zum Ziel hat. (Hierzu ist zu bemerken, daß die Strategie des ersten Schlags viel schwieriger durchzuführen ist. Militärische Anlagen oder gar Raketensilos sind viel schwieriger zu zerstören und erfordern naturgemäß eine viel weitergehende atomare Kapazität.) Nun hätten sowohl die USA als auch die SU die Fähigkeit zum zweiten Schlag, beide aber nicht die zum erfolgreichen ersten Schlag („atomares Patt"). Im SALT-Abkommen von 1972 hatten sich nun die beiden Mächte darauf geeinigt, an dieser Situation des atomaren Patts nichts zu ändern.

Dem konkreten Inhalt des SALT-Abkommens lag folgendes zugrunde: Die USA hatten zu dieser Zeit einen nicht unerheblichen Vorsprung im Hinblick auf die Waffensysteme. Sie besaßen bereits Mehrsprengkopfraketen und Orbitalraketen (auf Satellitenbahnen), die die SU damals noch nicht besaß. Mittlerweile haben jedoch die Sowjets ebenfalls Mehrfachsprengköpfe. Die USA gestanden der SU wegen diesem wichtigen waffentechnischen Vorsprung eine größere Anzahl von Langstreckenraketen zu. Es ist klar, daß so ein Vertrag das Wett-

köpfe. Die USA gestanden der SU wegen diesem wichtigen waffentechnischen Vorsprung eine größere Anzahl von Langstreckenraketen zu. Es ist klar, daß so ein Vertrag das Wett-

rüsten nicht beenden konnte und es ja auch nicht getan hat. Insbesondere wird keiner der beiden auf seine Bemühungen verzichten, die Fähigkeit zum ersten Schlag zu erreichen. Die USA stellen die Entwicklung nun so hin, als würde die Rüstungspolitik der Sowjetunion die vereinbarten Grundlagen des für fünf Jahre abgeschlossenen SALT-Vertrages – nämlich den amerikanischen Vorsprung – unterlaufen und die USA zu einer schärferen Gangart zwingen (die sie jedoch ohnehin eingeschlagen haben), und „rechtfertigen" damit ihre eigene Aggressionspolitik durch Gegenmaßnahmen ihres Gegners. Die ganze Argumentation ist zugeschnitten auf den Verhandlungspoker um ein zweites SALT-Akommen.

Dies ist jedoch nur der eine Aspekt und nicht einmal der entscheidende. Denn solche Verhandlungen haben auf die wirkliche Militärpolitik nur einen sekundären Einfluß. Es ist natürlich auch nicht wahr, daß die USA ihre atomaren Raketen nicht auf das nukleare Arsenal der Sowjetunion gerichtet hätten, und daß die USA erst jetzt daran denken, dies zu tun. So erklärte bereits am 17.2.63 der damalige US-Kriegsminister McNamara: „Die Atomstreitmacht der USA ist imstande, einen nuklearen Überraschungsangriff zu überstehen und mit genügender Wirkung zurückzuschlagen, um die Raketenzielsysteme des Feindes zu zerstören. ... Wir können gezwungen sein, mit einem einzigen massiven Angriff einen Vergeltungsschlag zu führen." Das zeigt, daß die jetzt angekündigte Änderung der Atomstrategie nichts entscheidend Neues ist.

Außerdem liegt es auf der Hand, daß eine publizistisch so offen angekündigte „neue Strategie" in erster Linie p o l i t i s c h e n Zielen dient, d.h. als Hinweis an die Adresse des „Partners" (der Sowjetunion) zu verstehen ist.

Die Ankündigung der „neuen Strategie" ist insofern mit den atomaren Drohungen der US-Imperialisten während der Berlin-Krise und der Cuba-Krise zu vergleichen. In beiden Fällen hatten die Drohungen einen gewissen Erfolg (kein separater Friedensvertrag mit der DDR, obwohl von Chruschtschow versprochen, weitere Schritte zur Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus; Abzug sowjetischer Atom-Raketen von Cuba).

Das konkrete Ziel, das jetzt mit solchen Drohungen verknüpft ist, ist ganz offensichtlich die Forderung, sich aus dem arabischen Raum herauszuhalten und die Kissingersche Diplomatie nicht durch gewisse Garantien an die arabischen Staaten zu gefährden, die die arabischen Staaten zu weniger Zugeständnissen an Israel veranlassen könnten. Es liegt ganz auf der Linie, die schon während des jüngsten Nahostkrieges durchgeführt wurde, als die USA einen weltweiten Alarm ihrer strategischen Streitkräfte losließen. Und der Hintergrund dieser Presseveröffentlichungen über eine angebliche neue Atomstrategie läßt sich dann auf die einfache Formel bringen: SALT-Abkommen II nur, wenn die

losließen. Und der Hintergrund dieser Presseveröffentlichungen über eine angebliche neue Atomstrategie läßt sich dann auf die einfache Formel bringen: SALT-Abkommen II nur, wenn die

Sowjetunion sich momentan zurückhält und nicht „querschießt". Der Vergleich mit einem anderen Junktim (Handelskredite und Zollpräferenzen nur dann, wenn sowjetische Juden ungehindert nach Israel ausreisen können) liegt auf der Hand. In der Regel sind die USA mit dieser Politik gegenüber den Sowjetrevisionisten gut gefahren – kein Grund für sie, von dieser Methode abzuweichen.

Bei all diesem Poker zwischen den USA und der Sowjetunion, der die weitere Aufrüstung dieser beiden Mächte geradezu erzwingt, sollte man aber nicht vergessen, daß beide ihre Waffen nicht nur gegeneinander gerichtet haben, sondern auch jeder für sich die Volksrepublik China bedrohen. ●

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

EIN JAHR NACH DEM PARISER ABKOMMEN:

Immer noch kein Frieden in Vietnam

Am 27. Januar 1973 wurde in Paris das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam geschlossen.

Ein Jahr danach legte das Außenministerium der DRV ('Nordvietnam') ein Weißbuch vor, das über die Verletzungen des Pariser Abkommens durch die US-Regierung und die Saigoner Verwaltung Auskunft gibt.

In dem Weißbuch der DRV wird zunächst auf den Inhalt des Pariser Abkommens hingewiesen: „*Nach diesem Abkommen verpflichteten sich die USA, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams und das Selbstbestimmungsrecht der südvietnamesischen Bevölkerung anzuerkennen, jede militärische Aktivität in den zwei Zonen Vietnams einzustellen, die Gesamtheit ihrer Truppen, Militärpersonals, Waffen und Kriegsmaterials aus Südvietnam zurückzuziehen, ihre militärische Aktivität und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzustellen und dazu beizutragen, die Kriegsschäden zu heilen und zum Nachkriegs-Aufbau der Demokratischen Republik Vietnam beizutragen. Das Abkommen erkennt die Existenz zweier Verwaltungen in Südvietnam an – die revolutionäre provisorische Regierung der Republik Südvietnam und die Regierung der Republik Vietnam – zweier Heere, zweier Kontroll-Zonen der zwei südvietnamesischen Seiten und dreier politischer Kräfte* (außer den beiden genannten noch eine in Opposition zum Thieu-Regime stehende bürgerliche „dritte Kraft" - Anm. Red.), *und definiert die geeigneten Maßnahmen zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der südvietnamesischen Bevölkerung.*"

Weiter heißt es: „*Das Pariser Vietnam-Abkommen ist Ausdruck des großen Sieges, der vom vietnamesischen Volk im patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression errungen wurde.*"

Jedoch hat sich die US-Regierung der Durchfürhung des Abkommens stets widersetzt und dessen Verletzungen durch die Saigoner Verwaltung begünstigt, um den amerikanischen Neokolonialismus in Südvietnam und die Spaltung des Landes zu verewigen.

Die Saigoner Verwaltung unternahm nach Inkrafttreten des Pariser Abkommens eine großangelegte Offensive gegen befreite Gebiete. In der Zeit vom 28.1.73 bis 15.12.73 beging die Saigoner Verwaltung 301.097 Verletzungen des Abkommens und zwar 32.466 militärische Überfälle (davon 5287 zumindest auf Regiments-Ebene), 35.532 Artillerie-Bombardements, 14.749 Luft-Bombardements und 216.550 Polizeiaktionen.

Das Weißbuch der DRV weist weiter daraufhin, daß unter Bruch des Pariser Abkommens (das die Freilassung aller politischer und militärischer Gefangenen vorsieht) noch 200.000 politische Gefangene in den Gefängnissen der Saigoner Verwaltung gehalten werden; im vergangenen Jahr wurden zudem weitere 36.000 Menschen eingekerkert und gefoltert, 920.000 in KZ's (gemeint sind wohl in erster Linie die berüchtigten schwerbewachten „Wehrdörfer" und „Flüchtlingslager") geworfen.

Obwohl das Pariser Abkommen ausdrücklich die Garantie der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung vorsieht, hat die Saigoner Verwaltung im vergangenen Jahr im Gegenteil weitere Diktatur-„Dekrete" erlassen, wodurch z.B. die Presse-Freiheit noch weiter eingeschränkt wurde und 27 südvietnamesische Parteien aufgelöst wurden.

Die US-Imperialisten organisierten vor Unterzeichnung des Pariser Abkommens die größte Luftbrücke der Geschichte, um Flugzeuge, Panzer, Geschütze und Munition nach Südvietnam zu bringen. Die US-Regierung hat außerdem 1973 illegal weitere Waffen nach Südvietnam bringen lassen.

Obwohl das Pariser Abkommen den vollständigen Abzug der USA aus Südvietnam vorschreibt, blieben tausende von US-Militärs, getarnt als „Zivilisten", zurück, um Aufgaben innerhalb der Saigoner Armee und Verwaltung zu übernehmen. Gegenwärtig handelt es sich um 24.000 Personen aus den USA.

Die „Militär-Hilfe" der USA nach Südostasien stieg von 2.735 Mrd. Dollar 1972/73 auf 4.069 Mrd. Dollar 1973/74.

Das Weißbuch weist auch daraufhin, daß die US-Regierung die Verhandlungen über ihren Beitrag zum Wiederaufbau der DRV durch taktische Manöver immer wieder verzögert und belastet hat.

Eine Lösung kann nur dadurch erreicht werden, daß US-Regierung und Saigoner Verwaltung vom vietnamesischen Volk, mit Unterstützung der internationalen Solidarität zur Einhaltung des Pariser Abkommens gezwungen werden: die USA müssen jede militärische und politische Unterstützung der Thieu-Clique, jede Einmischung in Südvietnam, ebenso wie in Laos und Kambodscha, aufgeben. Die Saigoner Verwaltung muß alle Übergriffe auf die befreiten Gebiete einstellen, alle politischen Gefangenen freilassen und die volle Ausübung der demokratischen Freiheiten garantieren. ●

Manuel Hermandez, Bergarbeiterführer, auf einer Massenkundgebung der Mineros in Potosi (Bolivien), am 2. Februar 1974:

»Wir sterben lieber stehend, als knieend zu leben!«

Das unbeschreibliche wirtschaftliche Elend und die völlige politische Entrechtung, denen namentlich das Industrieproletariat und die Landarbeiter (Campesinos) in Bolivien ausgesetzt sind, führte in den letzten Monaten (zunehmend) zu Streiks und Protestaktionen in verschiedenen Regionen des Landes.

Unmittelbarer Anlaß der jüngsten Massenkämpfe waren Preiserhöhungen vor allem bei den lebenswichtigen Grundnahrungsmitteln. **Die Inflationsrate betrug hier allein für 1973 rund 100 (einhundert!) Prozent. Das bedeutet die Verdoppelung des Massenelends!**

Während die Preise Rekordmarken erklommen, waren die Löhne durch einen staatlich verordneten 'Stopp' für das gesamte Jahr 73 eingefroren.

Als das faschistische Banzer-Regime im Januar dieses Jahres nun noch einmal die Verdoppelung des Preises für Mehl, Brot, Teigwaren, Reis, Zucker und Kaffee verfügte – und die Waren nicht mehr, sondern immer knapper wurden – gingen die werktätigen bolivianischen Massen im wahrsten Sinne des Wortes „auf die Barrikaden".

Am 20.1.74 meldete die bolivianische Tageszeitung „Los Tiempos", daß 7000 Arbeiter der Industriegebiete um Cochabamba mehrere Ausfallstraßen durch Barrikaden blockiert haben und Protestmärsche veranstalteten. Die Campesinos derselben Region beteiligen sich mit mehreren tausend Mann an den militanten Aktionen. Mehrere Tage lang können die Arbeiter die Blockade gegen Polizei und Militär verteidigen. Vorübergehend wird sogar der Chef der örtlichen Sicherheitstruppen, General Perez, von den Demonstranten gefangen genommen.

In den folgenden Tagen (21. bis 24. Januar 74) verbreitert sich die Kampffront rasch: Vor allem die Industriearbeiterschaft und die traditionell kampfbewußten Bergleute (Mineros) in La Paz, Oruro, Potosi und im Altiplano (Hochebene) kommen ihren Klassenbrüdern durch Streiks und Protestversammlungen zu Hilfe. Am 23. und 24. Januar hatte sich die Streikfront auf mehrere zehntausend Menschen ausgeweitet, nachdem sich auch beträchtliche Teile der Versicherungs- und Bankangestellten zum Kampf entschlossen hatten.

Wie den Informationen der AELA zu entnehmen ist, schließen sich die Bauern erstmals seit 1952 (!) den kämpfenden Arbeitern an (siehe dazu, „Lateinamerika heute", Februar '74).

Neben den Forderungen nach Zurücknahme der verordneten Preiserhöhungen, nach Verbesserung von sozialen Leistungen und Lohnerhöhungen (die Mineros und ihre Gewerkschaft z.B. verlangen 100 % mehr)- wurden vor allem antifaschistische Losungen aufgestellt:

Aufhebung des Koalitionsverbotes Freiheit für alle politischen Gefangene u.a.m.

Das Faschisten-Regime des Obersten Hugo Banzer antwortete auf die Anklage und die Forderungen der werktätigen Massen mit brutalster Gewalt: Am 28. Januar verhängte die Regierung den Belagerungszustand über das Land und schickte Panzer und Bomber in die Region Cochabamba, um den Widerstand der Massen in einem Blutbad zu erstikken.

Banzer brachte den Zynismus auf, die Empörung und die Kämpfe des bolivianischen Volkes, in Anspielung auf die Ereignisse in Chile, einer 'Kommunistischen Internationale' anzudichten. Diese sei bemüht, *„vor kurzem verlorene Positionen in Lateinamerika (!) wiederzugewinnen und Bolivien zu einem internationalen Zentrum der Verschwörung (!) zu machen."* (So B. wörtlich, lt. Süddeutsche Zeitung 3o.1.)

'Unbarmherzigkeit' sei das Gebot der Stunde, erklärte Banzer sogar vor der internationalen Presse und er versicherte, daß gegen die 'Extremisten' (sprich: das kämpfende Proletariat *„mit allen uns gesetzlich und– notfalls – auch außerhalb des Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln"* vorgegangen würde.(so.lt. SZ)

Neben dem alsbald einsetzenden blutigen Terror der Soldateska versuchten die Faschisten, die Bauern und auch die Landarbeiter gegen die Arbeiter (und insbesondere deren Führer) aufzuhetzen. Auf einer Versammlung vor den Bauern rief Banzer: **„In meiner Eigenschaft als Volksführer (!) gebe ich Euch die Parole: Schlagt den ersten kommunistischen Agitator tot, der auf den Feldern erscheint! Ich ermächtige Euch dazu und übernehme die Verantwortung. Ich werde Euch dafür belohnen"** (lt. FR vom 4.2.1974)

Offenbar spekulierte Banzer hier auf die Wiederholung von Ereignissen aus dem Jahre 1967: Damals war es seinem Gesinnungsfreund Barrientos **gelungen**, eine Allianz von Militär und Bauernschaft im sogen. 'Pacto Militar – Campesinos' zustandezubringen und sogar bewaffnete Bauernmilizen gegen streikende Bergarbeiter einzusetzen (siehe dazu „Lateinamerika heute", Februar '74, S. 4).

Wie es scheint, ist diese typisch faschistische Taktik diesmal nicht gelungen. Die Bedingungen des Klassenkampfes und die Stellung der Klassenkräfte haben sich seit '67 deutlich geändert. Die Bauern sind nicht auf die Arbeiter losgegangen, sondern haben mit ihnen in dieser Situation gemeinsam gegen das Banzer-Regime gekämpft.

Offenbar hat das im Sold des Faschismus stehende Militär dennoch den Kampf der proletarischen und anderen werktätigen Massen niederschlagen können. Die letzten uns vorliegenden Berichte (aus der bürgerlichen Presse) sind zwar nicht unbedingt eindeutig, was den Zustand des antifaschistischen Widerstandes angeht, vermitteln aber doch ein eindruckvolles Bild über das Blutbad, das die Faschisten unter den Arbeitern angerichtet haben:

„...In der bolivianischen Provinz Cochabamba sollen in der vorigen Woche (das ist die Zeit vom 23.–30. Januar, Anm. d. AK-Red.), *nach Angaben der katholischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bis zu 100 (!) Menschen getötet worden sein."* (SZ, 5.2.1974).

Bei Großrazzien, die von Polizei und Militär vornehmlich in den Arbeitervierteln der Industriezentren durchgeführt wurden, sollen zahlreiche Anti-Faschisten festgenommen und zu ihren Kampfgenossen in die Gefängnisse und KZs geworfen worden sein (lt. FR vom 29.1.1974). ■



Kampfbewußte Mineros – mit Dynamit „bewaffnet".

Zur Vorgeschichte

Die werktätigen Massen Boliviens hatten sich im April 1952, gestützt auf bewaffnete Milizen, gegen die brutale Herrschaft der Großgrundbesitzer und der einheimische Bourgeoisie (die wiederum eng mit ausländischem Großkapital verbunden war) erhoben. Dieser heftigste Aufstand in der Geschichte Boliviens führte zur Enteignung des Großgrundbesitzes, zur Verstaatlichung der Bergwerke und zur Auflösung der Armee, die der Hauptgarant der bourgeoisen Herrschaft war.

Die Revolution von '52 wurde nicht zur proletarischen Klassenherrschaft weitergeführt, weil die kleinbürgerlich-nationalistischen Kräfte in der politischen Führung der Bewegung vorherrschend waren.

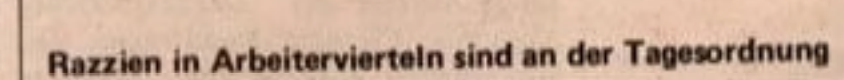
Die Regierungsverantwortung ging an die MNR (Nationalistisch Revolutionäre Bewegung), deren Führer Paz Estensoro in den folgenden 12 Jahren die Regierungsgeschäfte entweder direkt oder aus dem Hintergrund führte. Estensoro, der 1952 nur mit Hilfe der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften – gegen den Widerstand des alten Regimes – das Präsidentenamt erlangen konnte, baute gegen die proletarisch-revolutionären Kräfte erneut eine Armee auf – was die Entwaffnung der proletarischen Milizen bedingte.

Das von der MNR verwirklichte Programm sicherte ihr zwar die Unterstützung der Landarbeiter (deren Status durch eine Bodenreform 'verbessert' wurde), führte sie aber zunehmend in Gegensatz zur Arbeiterklasse und den Gewerkschaften. Die mehr oder weniger duldsame Haltung gegenüber der Regierung, die namentlich die COB (Dachorganisation der Gewerkschaften) eingenommen hatte, wurde aber erst 1963 (!) aufgegeben.

Der zunehmend pro-imperialistische Kurs des Estensoro-Regimes konnte nicht verhindern, daß nach den Wahlen 1964 (die wieder von der MNR gewonnen würden) mit Barrientos erstmals ein Militärdiktator die politische Bühne Boliviens betrat. Mit diesem Rechts-Putsch wurde eine Serie von gewaltsamen Machtwechseln an der Staatsspitze eingeleitet, die bis 1971 vier Präsidenten jeweils nicht mehr als zwei Jahre gönnte.

Nach einigen Zwischenetappen gelang es im Oktober 1970 dem 'fortschrittlichen' General Juan Jose Torres, das Präsidentenamt zu ergreifen – und zwar mit Hilfe der werktätigen Massen, die mit einem Generalstreik ihr Votum für Torres bekräftigten.

Die Regierung Torres wurde im August 1971 durch die Faschisten um Banzer mit einem Militärputsch gestürzt. Der Widerstand von Arbeitern und Studenten, an die noch in letzter Stunde Waffen zur Verteidigung der Regierung Torres ausgegeben worden waren, brach innerhalb weniger Tage zusammen.



Razzien in Arbeitervierteln sind an der Tagesordnung



KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

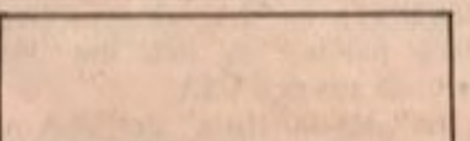
Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:



ENGLAND

Streiks und Neuwahlen

Für den 28.2.74 hat Premierminister Heath Parlamentsneuwahlen angesetzt.
Diesem Entschluß war vorausgegangen, daß sich die Bergarbeiter, die seit rund drei Monaten Überstunden verweigern, in einer Urabstimmung in der letzten Januarwoche mit 81 % für Vollstreik ausgesprochen hatten. Am 5.2. beschloß dann die Führung der Bergarbeitergewerkschaft (NUM = National Union of Mineworkers), mit dem Streik am 10.2. um 0 Uhr zu beginnen.
Die Bedeutung dieser Wahl liegt für die englischen Imperialisten darin, abzutesten, wie die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum auf die vier hinter ihnen liegenden Jahre arbeiterfeindlicher Tory-Politik reagiert. Es gibt im Rahmen der Wahlmöglichkeiten zwischen den bürgerlichen Parteien Tory und Labour und beim Fehlen einer ernst zu nehmenden revolutionären Alternative nur zwei Möglichkeiten des Ausgangs der Wahl:
1. Angesichts der offen reaktionären Tory-Politik entscheidet sich der Teil enttäuschter Labour-Wähler, die '70 den Tories zum Sieg verholfen haben, heute wieder für Labour. D.h. also, Labour hätte es wieder geschafft, sich in den Jahren der Opposition als glaubwürdige Alternative zu profilieren, zumindest aber als das „kleinere Übel". Falls sich die Mehrheit der Wähler für Labour entscheidet, würde das bedeuten, daß die englischen Imperialisten das Tempo und die Offenheit ihrer Angriffe auf die Arbeiterklasse in gewisser Weise drosseln müßten, also mehr zum Mittel des sozialdemokratischen Betrugs greifen müssen, um ans Ziel zu kommen.
2. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß die unglaubliche Demagogie und Erpressungsversuche der Tories in den letzten Monaten (Dreitage-Woche, Notstandsmaßnahmen usw., s. AK 39) verfangen haben; daß ein größerer Prozentsatz des Kleinbürgertums, aber auch der Arbeiterklasse den Lügen, die Gewerkschaften, Streiks und Kommunisten seien Schuld an der Misere des englischen Volkes, Glauben schenkt; daß also ein größerer Teil sich einreden läßt, daß nur eine „starke Regierung", die „hart durchgreift", (faschistische Parolen der Tories im Wahlkampf) die „englische Nation" retten kann. Die zweite Möglichkeit besteht also in einem Ruck nach rechts, in der zunehmenden Faschisierung der englischen Gesellschaft.
Ein Wahlsieg der Tories wäre für die englischen Imperialisten der Startschuß für noch hemmungslosere Angriffe, für die gnadenlose Knebelung der Arbeiterklasse und dem Vorantreiben der faschistischen Formierung der englischen Gesellschaft auf dem Weg in die EG.

Die Tories haben unter der Führung von Edward Heath nun seit 1970 die Geschäfte der englischen Imperialisten besorgt und dabei recht deutlich ihren arbeiterfeindlichen Charakter gezeigt:

- Einführung des sog. „Antistreikgesetzes", das die Streikfreiheit aufhebt, die Registrierungspflicht für die Gewerkschaften einführt und Gefängnis- und Geldstrafen für „illegale" Streiks verhängt. (s. AK 21)
- Eine Lohnpolitik, die den Kapitalisten bei Lohnstop bzw. Lohndiktat von 7 - 8 % für die Arbeiter ungeheure Profite bescherte.
- Eintritt in die EG – gegen den Willen der Mehrheit der Engländer.
- Zunehmende antikommunistische Hetze, Verfolgung linker Menschen und Organisationen in England.
- Härtere Verfolgung der Irisch Republikanischen Armee (IRA) in England und Irland.

England und Irland.

- Notstandsmaßnahmen im Rahmen der sog. Ölkrise usw. usf.

Angesichts der trotz massiven Hetze überwältigenden Mehrheit der Bergarbeiter für Streik, setzte Heath Neuwahlen an. Die Tories begründen diesen Schritt damit, daß „Extremisten" und „Kommunisten" in den Gewerkschaften *„den Bergarbeiterstreik ausnutzen, um die britische Wirtschaft kaputt zu machen, die Nation zu lähmen und die gewählte Regierung zu zerschmettern."* (So Anthony Barber, Finanzminister der Tories am 9.2.) Aus diesen Gründen würden die Tories jetzt die Entscheidung „in die Hände des Volkes" legen.

Mit dieser Demagogie hoffen die Tories, die Stimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Sie bieten sich als „starke Regierung" an, die dem „Chaos" ein Ende setzen will: Offen wird angekündigt, daß im Falle eines Tory-Sieges die Streikunterstützung für die Arbeiterfamilien gestrichen wird (s. AK 39).

Offen werden die Bergarbeiter aufgefordert, zurückzustecken:

„Ich hoffe, die Bergarbeiter verstehen, daß sie viel fordern können, und daß die Nation (!) es ihnen bereitwillig geben wird, aber wenn die Grenze überschritten wird, muß man von ihnen oder auch einer anderen Gruppe fordern, zurückzustecken – und das ist es, was gerade getan wird."

So Sir Douglas Home, Tory-Aussenminister, auf einer Wahlveranstaltung.

Offen wird der Streik der Bergarbeiter als Umsturzversuch von Kommunisten hingestellt. Offen wird mit dem Einsatz von Polizei und Militär gegen streikende Bergleute gedroht.

Die Tories erwarten, daß der Teil enttäuschter Labour-Wähler, der ihnen bei der Wahl 70 zugute kam, sich trotz dieser offen arbeiterfeindlichen Politik diesmal nicht wieder für Labour entscheidet. Sie erwarten, daß bei diesem Teil die Argumentation, die Misere Englands liege an den unverschämten Forderungen der Gewerkschaften, den Streiks und den Umsturzversuchen der Extremisten, verfängt.

D. h. die Tories spekulieren auf einen Ruck nach rechts in der englischen Gesellschaft, der ihnen den Schein einer Legitimation für weitere arbeiterfeindliche Maßnahmen geben soll.

Labour: Orientiert die Arbeiter aufs Parlament und schlägt nach links

Die Labour Party ist eine sozialdemokratische Partei, deren Wählerschaft traditionell in der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterschaft wurzelt und die sich aufgrund dessen nicht so offen auf reaktionäre Parolen (Nationalismus, Faschismus usw.) stützen kann und die bei der praktischen Durchführung der Geschäfte der Kapitalisten größere Rücksichten auf ihr Image als „Arbeiterpartei" nehmen muß, d. h. mehr das Mittel des geschickt getarnten Betrugs an den Arbeiterinteressen einsetzen muß.

1970 war dies Image der Labour

1970 war dies Image der Labour Party als „Arbeiterpartei" ziemlich zerschlissen, so daß die Tories siegten. Darin kam einerseits die Enttäuschung breiter Arbeiterschichten, die sich z. T. in Nicht-Wahl äußerte, zum Ausdruck. (So war die Wahlbeteiligung mit nur 72 % laut „Spiegel" wesentlich niedriger als erwartet). Andererseits aber ist es den Tories als traditioneller Partei des Kleinbürgertums offenbar gelungen, einen gewissen Teil auch der Arbeiter für sich zu gewinnen.

Die Labour Party hat in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Wochen versucht, sich als „linke" Alternative zu profilieren, indem sie kräftig auf Opposition machte.

So schwingt Wilson, Chef der Labour Party, gegenwärtig radikale Reden zur Inflation: *„Mehr als irgendwo sonst betrog Heath unser Volk mit den Preisen ..."* Und anläßlich der Erhöhung des Gehaltes eines Managers einer großen Firma von 55.000 Pfund auf 65.000 Pfund im Jahr sagte Wilson: *„Der Bergmann der Markham Grube, der letzte Woche umkam, würde, wenn er noch lebte, 28 1/2 Jahre in der Grube brauchen, um 55.000 Pfund zusammen zu bekommen. Seine Lohnforderung lehnte Heath ab. Aber 55.000 Pfund für den Manager hielt man nicht für ausreichend und so bekommt er noch weitere 10.000 Pfund!"*

Außerdem verspricht Wilson die Abschaffung des Antistreikgesetzes, die Abschaffung der Preisbehörde, die Senkung der Mieten usw. usf. Dabei läßt sich leicht beweisen, daß die Labour Party in der Zeit ihrer Regierung (64 - 70) haargenau die gleiche Politik wie die Tories verfolgte (wenn auch mit anderen – eben sozialdemokratischen – Methoden), wenn wir die Folgen für die Arbeiter als Maßstab anlegen:

- Labour bereitete den Eintritt in die EG vor (der jetzt lauthals von ihr kritisiert wird)
- Labour legte 69 den ersten Entwurf für das Antistreikgesetz vor
- Labour gab 65 Lohnleitlinien heraus und ging 66 zum totalen Lohnstop über

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß sich die Politik der Labour Party nicht grundsätzlich von der der Tories unterscheidet, so gern das auch beide glauben machen möchten: beide – Labour wie Tory – sind Parteien der englischen Imperialisten und führen deren Geschäfte – mit unterschiedlichen Methoden, in der Regierung oder in der Opposition.

Eine der Hauptparolen Wilsons ist die Forderung „England zurück an die Arbeit!" – denn alle Forderungen der Arbeiter müßten, und damit kommen wir auf den Kernpunkt sozialdemokratischer Politik, im Parlament durchgefochten werden.

Einher geht mit dieser Orientierung der Arbeiter auf die Verlegung der Auseinandersetzung mit den Unternehmern ins Parlament eine zunehmende Hetze gegen Kommunisten und „überholte Klassenkampfvorstellungen".

Die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß ihre einzige Chance, den Arbeitern das eigenständige Kämpfen auszureden, in der Isolierung und Kriminalisierung ihrer Führer – der Kommunisten – liegt. Gerade dies wird – angesichts der größeren Militanz der Arbeiter durch die offen arbeiterfeindliche Politik der Tories – eine der Kardinalaufgaben einer neuen Labour Regierung sein.

Bei dieser Desorientierung der Arbeiterklasse unterscheiden sich Labour-„Linke" und Labour-Rechte nur im Ton. Hören wir erst Reginald Prentice – ein Rechtsaußen, der aus der Gewerkschaftsbewegung kommt, sieben Jahre lang Rechtsberater der Transportarbeitergewerkschaft war (!) und von Wilson letztes Jahr zum Arbeitsminister (!) des „Schattenkabinetts" der Opposition ernannt worden ist: *„Die gemäßigte und vernünftige Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder muß sich gegen die militante Minderheit, die in den Begriffen eines überholten Klassenkampfes denkt, zur Wehr setzen. Ich unterstütze voll die Bergarbeiter in ihrer Forderung nach höheren Löhnen. Ich unterstütze aber nicht die Argumente von Leuten, wie McGahey* (Mitglied der Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft, außerdem führendes Mitglied der revisionistischen „Kommunistischen Partei", CP – Anm. AK). *Er spricht, als ob das allein ein Teil des Kampfes für den Umsturz der Gesellschaft sei. Es ist nichts dergleichen. Die Umwandlung der Gesellschaft ist etwas, was wir durch den Stimmzettel, nicht durch industrielle Aktion anstreben."*

Demgegenüber Michael Foot, Mitglied der „linken" Labour-Fraktion im Parlament, die sich nach der Wochenzeitung „Tribune" nennt und die rund 50 Abgeordnete stark ist.

Diese Abgeordneten-Gruppe hat sich übrigens scharf und öffentlich gegen die antikommunistischen Angriffe auf McGahey ausgesprochen, und zwar sowohl gegen die Angriffe aus der konservativen Ecke (Heath im Fernsehen, s. AK 39) als auch der sozialdemokratischen. So lehnte sie und darüber hinaus mehr als die Hälfte der Labour-Fraktion im Parlament es ab, ein Papier der Parteiführung zu unterschreiben, in dem die Aussagen McGaheys scharf verurteilt werden! Ein Vorgang, den man sich bei der bundesrepublikanischen Ausgabe der Sozialdemokraten nicht vorstellen kann!

Die Tribune-Gruppe scheint in England die Funktion inne zu haben, die in Westdeutschland die Jusos ausüben: Integration linker Kreise, die die offizielle sozialdemokratische Politik mit einem sozialistischen Anspruch kritisieren, und Bestärkung der Illusion, man könnte durch Arbeit und Kritik innerhalb der Partei, die Parteiführung zur Änderung des arbeiterfeindlichen Kurses zwingen.

Ein wichtiger Unterschied zwischen der englischen und westdeutschen sozialdemokratischen Partei scheint aber darin zu bestehen, daß erstens diese sozialistische Opposition in England wesentlich größer ist; zweitens, daß sie und die Arbeiterklasse nach dem II. Weltkrieg die Labour Party mehrere Male als Regierungspartei erleben durften; drittens, daß sie einen erheblich grösseren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung hat, bzw. sich z. T. auch daraus rekrutiert.

Im Grunde kann man sagen, je schärfer die Kritik an der offiziellen Parteipolitik, desto schwieriger wird die Aufgabe, „Integration" zu leisten, sein, desto wortradikaler müssen solche Gruppierungen werden. Auf diesem Hintergrund ist wohl auch die offene Ablehnung der Parteiführungsreverse im Parlament zu sehen. Denn inhaltlich unterscheiden sich – wie oben gesagt – die Aussagen der „linken" und rechten Sozialdemokraten nur in Nuancen. Das wird auch an den Aussagen Micheal Foots in einem „Spiegelgespräch" von Anfang Januar deutlich:

Foot: *... wohl existiert in England ein revolutionäres Potential. Aber diese Revolution wird, so hoffe und glaube ich, mit parlamentarischen Mitteln verwirklicht werden. ... und es besteht kein Grund, warum die gegenwärtigen wirtschaftlichen oder revolutionären Wandlungen in England ihr Ventil (!) nicht im Parlament finden können. Aber niemand vermag zu prophezeien, was passieren wird, falls die Drei-Tage-Woche auf unabsehbare Zeit beibehalten wird ...*

Spiegel: *Manche Konservativen behaupten, Kommunisten führten diesen Streik und hätten sich gegen diesen Staat dazu verschworen. Was sagen Sie dazu?*

Foot: *Wer sich eine solche Schlußfolgerung zu eigen macht, ist dumm. Dieser Arbeitskampf hat überhaupt nichts mit einer kommunistischen Verschwörung zu tun. Kommunisten hat es unter den Kumpeln immer gegeben, das ist ein Teil ihrer Geschichte, eine Folge ihrer Ausbeutung (!) ... Wir Linken haben Harold Wilson – als er regierte – wegen manchem Fehler hart kritisiert. Jetzt hat die Partei jene Politik übernommen, die wir damals vertraten (!). Wenn wir wieder an die Macht kommen, wird Labour sehr viel radikaler regieren, als damals".*
(„Spiegel" 3/74)

Prentice und Foot orientieren beide die Arbeiter auf die „Umwandlung der Gesellschaft durch den Stimmzettel". Während aber Prentice als typischer rechter Demagoge die Aufgabe übernimmt, die Arbeiter gegen die Kommunisten aufzuhetzen („ ... die vernünftige Mehrheit ... muss ... sich zur Wehr setzen ..."), kann sich Foot hinstellen und sagen, die Behauptung einer „kommunistischen Verschwörung" sei unsinnig, da die Kommunisten kaum Einfluß hätten – was erstens zweifellos eine realistische Einschätzung ist, zweitens aber ja gerade unter anderem Ergebnis der Arbeit solcher Demagogen vom Schlage eines Prentice ist!

D. h., die scheinheilige und scheinbare Kommunistenfreundlichkeit eines Foot ist nur die andere Seite der üblen Hetze und des Arbeiterverrats eines Prentice!

An Foots Aussagen wird auch sehr deutlich, wie bewußt die Sozialdemokraten herangehen, die Arbeiter von der Revolution abzuhalten: Er spricht offen davon, daß viele Bergleute infolge ihrer Ausbeutung (!) Kommunisten seien, er stellt diese Weltanschauung als notwendige Folge der tatsächlich vorhandenen Ausbeutung – die er nicht abstreitet! – dar. Ansonsten wird von der Sozialdemokratie der Kommunismus ja immer als etwas der Arbeiterklasse Fremdes, Aufgesetztes dargestellt, wozu „Agenten" und „Provokateure" die Arbeiter erst überreden müßten usw. usf.

Er sagt weiter, daß das gegenwärtige „revolutionäre Potential" in England aber noch sein „Ventil im Parlament finden kann". Die Worte, die er wählt, verraten das, was er meint: Mit einem Ventil läßt man Luft ab, wenn zuviel (revolutionärer) Druck besteht, um das Platzen zu verhindern. Und haargenau das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie: das „Platzen" des Ka-





Der Bergarbeiterführer McGahen wird von jubelnden Bergleuten umdrängt, als bekannt wurde, daß der Vorstand sich für Streik entschlossen hat

Mitteilung

1. Der für diese Ausgabe angekündigte Artikel über die Politik der super-'linken' „KPD/ML" auf der HDW – Hamburg muß aus redaktionellen Gründen verschoben werden. Er wird im AK 41 erscheinen.

2. Es wird offenbar von interessierter Seite gezielt das Gerücht ausgestreut, daß es in den zurückliegenden Wochen aus den Werften-Zellen des KB Übertritte größeren Umfanges zur „KPD/ML" gegeben habe.

Das ist Unsinn! Richtig ist vielmehr, daß ein Genosse von der Zellen-Leitung Werften aus dem KB ausgeschlossen wurde, nachdem er sich in grundlegenden Fragen des Klassenkampfes gegen die Positionen des KB gestellt hatte – aber nicht bereit war, über die strittigen Fragen auch nur zu diskutieren.

Das Leitende Gremium hat diesen Ausschluß bestätigt.
Zellen-Leitung Werften
KB-Gruppe Hamburg

Korrektur:
Aus einem technischen Versehen wurden die Bildunterschriften der beiden Fotos auf S. 10, AK 39 miteinander vertauscht.

Forts. England

pitalismus zu verhindern!

Foot hat leider Recht, wenn er die Bewegung in der englischen Arbeiterklasse so einschätzt, daß die Kommunisten kaum Einfluß haben und die Sozialdemokraten sie noch auf parlamentarische Mühlen lenken kann. Man muß wahrscheinlich sogar sagen, daß das heute – 1974 – leichter ist, als es 70 oder 71 war. Die massenhaften politischen Aktionen und Demonstrationen sind abgeflaut. Anlässe, die noch vor einigen Jahren Zig-Tausende auf die Straße gebracht haben, führen heute zu Demonstrationen von nur ein paar Tausenden.

Die folgende Darstellung der Bewegung seit 70 soll zum Verständnis beitragen, wie es zu dieser Abwärtsentwicklung kam.

Bilanz: VON PENTONVILLE ZU SHREWSBURY

Die Kämpfe gegen das Antistreikgesetz

Die Jahre 69, 70 und 71 standen im Zeichen der Kämpfe gegen das Antistreikgesetz. Die Labour-Arbeitsministerin Barbara Castle legte 69 den ersten Entwurf dieses Gesetzes vor, mit dem die Streikfreiheit der Gewerkschaften aufgehoben und Strafen für „wildes" Streiken eingeführt werden sollten.

Die Empörung über dieses Gesetz war in der Arbeiterklasse so groß, daß es zu zahlreichen politischen Warnstreiks und Demonstrationen kam. Organisiert wurden diese Kämpfe in der Regel nicht von den Gewerkschaftsführungen, sondern von betrieblichen und überbetrieblichen Shop-Steward-Komitees, Komitees also von betrieblich gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Darüber hinaus entstanden 69 die sog. „Komitees zur Verteidigung der Gewerkschaften", die im nationalen Rahmen politische Massenaktionen gegen das Gesetz durchzuführen begannen.

Initiiert wurden diese Massenorganisationsformen offensichtlich von verschiedenen politischen Organisationen, die wichtigsten waren dabei die revisionistische CP und die aus der trotzkistischen Bewegung hervorgegangene kommunistische Orga-

die revisionistische CP und die aus der trotzkistischen Bewegung hervorgegangene kommunistische Orga-

nisation „International Socialists" (IS). Im Londoner Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften stellte die CP den Sekretär und den Vorsitzenden.

Es müßte genau untersucht werden, welche politischen Vorstellungen in diesen Komitees vorhanden waren, welchen Einfluß die verschiedenen linken Organisationen hatten usw., um über die Bedeutung dieser Massenorganisation Genaueres sagen zu können. Fest steht allerdings, daß die breiten politischen Massenkämpfe ohne diese Komitees nicht denkbar wären:

- Am 27.2. und 1.5.1969 folgten rund 200.000 Arbeiter und Angestellte dem Streikaufruf der Komitees.
- Es konnte eine Sonderkonferenz des TUC erzwungen werden, auf der das Gesetz abgelehnt wurde.
- Aufgrund dieser breiten Opposition sah sich die Labour Regierung gezwungen, den Gesetzentwurf zurückzuziehen (noch 69!).
- Nach der Regierungsübernahme der Tories im Sommer 70 und der erneuten Vorlage des Gesetzes durch Arbeitsminister Robert Carr, riefen die Komitees zu einer Arbeiterkonferenz in London auf, an der sich über 1.800 Gewerkschafts-Delegierte aus ganz England beteiligten. Die ganze Bedeutung dieser Tatsache wird daran klar, daß es sich hier nicht um eine offiziell von der Gewerkschaftsführung einberufene Konferenz handelte, sondern um eine im wesentlichen von Kommunisten und Sozialisten organisierte.
- Im November 70 streikten über 1 Million Arbeiter gegen das Gesetz.
- Im Januar und Februar 71 gab es kaum einen Tag ohne Massendemonstrationen und Warnstreiks. Höhepunkt war eine vom TUC organisierte Demonstration durch London, an der sich 140.000 Menschen beteiligten.
- Am Tage der Sonderkonferenz des TUC am 18.3.71 streikten nach dem Aufruf durch die Komitees und zwei Einzelgewerkschaften rund 3 Millionen Arbeiter.

Trotzdem wurde das Gesetz 71 verabschiedet. Der Kampf der englischen Arbeiterklasse war verraten worden durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung im TUC, die ständig versucht hatte, die Kampfaktionen zu hintertreiben und sich auf der Sonderkonferenz sogar gegen Kampfmaßnahmen gegen das Gesetz ausgesprochen hatte!

Kämpfe der Bergarbeiter und Eisenbahner im Frühjahr 72

Die nächsten Stationen der englischen Arbeiterbewegung waren der Bergarbeiterstreik im Januar/Februar 72 und der Eisenbahnerstreik im März/April 72. Hierbei ging es um die Frage: Schaffen es die Tories im Auftrag der englischen Imperialisten und unter Anwendung des Antistreikgesetzes, der englischen Arbeiterklasse Lohnleitlinien von 7 - 8 % aufzuzwingen?

Wenn man diese Frage vom Ergebnis der erkämpften Lohnerhöhungen her beantworten will, so muß

Wenn man diese Frage vom Ergebnis der erkämpften Lohnerhöhungen her beantworten will, so muß

man sie eindeutig verneinen: Die Bergarbeiter erkämpften sich 20 %, die Eisenbahner 13,5 %. Dieses Nachgeben der konservativen Regierung und der Kapitalisten ist nur auf der Grundlage der breiten Solidarität großer Teile der englischen Arbeiterklasse zu verstehen. So solidarisierten sich Transportarbeiter, Kraftwerker, Docker, Setzer und Drucker in Warnstreiks mit ihren kämpfenden Kollegen.

Einen politischen Teilsieg allerdings trugen die Kapitalisten und ihre Regierung im Eisenbahnerstreik davon: sie setzten die erste Anwendung des Antistreikgesetzes durch, worauf sie beim Bergarbeiterstreik noch verzichtet hatten, und zwar zwangen sie den Eisenbahnern nach der Urabstimmung, die eine überwältigende Mehrheit für Streik gegeben hatte, eine „Abkühlungsperiode" von 14 Tagen auf.

Daß die Eisenbahner nach den 14 Tagen ihren Kampf wieder voll aufnahmen, spricht für die ungebrochene gewaltige Kampfbereitschaft der Kollegen.

Daß allerdings die „Abkühlungsperiode" durchgesetzt werden konnte und, soweit wir dies beurteilen können, auch weitgehend eingehalten wurde, zeigt, daß die Eisenbahner sich mit dem Gesetz, gegen das sie noch ein Jahr zuvor hart gekämpft hatten, als parlamentarisch verabschiedetes Gesetz abgefunden hatten.

Illegalisierung „wilder" Streiks und der Kampf der Docker

Nach der Durchsetzung der „Abkühlungsperiode" kam es Kapitalisten und Tories beim Dockerstreik im Sommer 72 darauf an, die Illegalisierung spontaner, also nicht von der Gewerkschaftsführung ausgerufener Streiks zu erzwingen. Das ist überhaupt das Kernstück des Gesetzes: Während hier in der BRD Streiks in der Regel erst auf Anordnung der Gewerkschaftsführung begonnen werden und „wilde" Streiks eher die Ausnahme sind, wurden in England bisher 95% aller Streiks (!) durch die Arbeiter selbst begonnen. Die Gewerkschaftsführung zog immer erst gezwungenermaßen nach mit der offiziellen Erklärung der Streiks.

Das war bislang für die englischen Arbeiter „nicht so tragisch", da sie, was die finanzielle Unterstützung während der Streiks angeht, nicht auf die Gewerkschaftsführung angewiesen waren: in England zahlen nicht die Gewerkschaften Streikgeld, sondern die staatliche Sozialfürsorge (siehe AK 39).

Diese relative Unabhängigkeit der englischen Arbeiter von der reformistischen Führung muß von den Kapitalisten abgebaut werden, wollen sie die Arbeiter „zur Raison" bringen: Dies geschah einmal durch die Illegalisierung „wilder Streiks" durch das Gesetz, dies soll zum zweiten durch die geplante Streichung der Streikunterstützung geschehen. Damit treibt man die Arbeiter in die Arme der Arbeiterverräter in der Gewerkschaftsführung, deren Verläßlichkeit im Sinne der Kapitalisten man kennt.

Die Anwendung der Bestimmung über „illegale" Streiks sollte im Streik

ne der Kapitalisten man kennt.
Die Anwendung der Bestimmung über „illegale" Streiks sollte im Streik

der Docker, die im Sommer 72 bereits seit 9 Monaten gegen Massenentlassung und Rationalisierung kämpften (allerdings ohne offizielle „Genehmigung" seitens der Gewerkschaftsführung!), ausprobiert werden: Die Londoner Justiz ließ im Juli fünf Streikführer verhaften. Alle 40.000 Docker legten sofort die Arbeit nieder, 150.000 Arbeiter und Angestellte streikten aus Solidarität, Zig-Tausende demonstrierten in ganz England. (Man vergleiche damit die Zahlen 70/71)

Nach fünf Tagen ließ die Klassenjustiz die fünf „Pentonville-Docker" (nach dem Gefängnis Pentonville, in dem die fünf saßen) wieder frei – sie hatte in diesem Fall auf die kompromißlose Anwendung des Gesetzes verzichtet, es hätte angesichts der Massenproteste einen zu hohen politischen Preis gekostet. Man verschob dies auf später, wie wir noch zeigen werden.

Typisch das Verhalten der Gewerkschaftsführung: Erst sieben Tage nach der Verhaftung und zwei Tage nach Freilassung der Docker erklärte sie den Streik für offiziell!

Tories und Kapitalisten änderten nach dem Docker-Streik ihre Strategie: sie setzten erst einmal die unmittelbare Anwendung des Gesetzes aus, ließen ihre Klassenjustiz allerdings anlaufen, die in den folgenden Kämpfen „Fakten" und „Beweise" sammelte, auf deren Grundlage vor zwei Monaten z.B. drei Streikführer zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind! (siehe Kasten)

Lohndiktat und Streikverbot – durchgesetzt.

Im Oktober 72 verfügte die Regierung einen Lohn- und Preisstop bis zum 1. April 73. Während in dieser Zeit die Löhne eingefroren waren, ging die Inflation aber munter weiter.

Dem folgte im Januar 73 das sogenannte „Antiinflationsgesetz", das die Lohnerhöhungen auf 7 bis 8% begrenzte. Die Gewerkschaftsführung hatte vorher lautstark protestiert, als es soweit war, sagte sie die geplanten und geforderten nationalen Protestaktionen ab. Der „Daily Telegraph", eine ausgesprochen reaktionäre Zeitung, lobte die Gewerkschaftsführung: *„Die Reaktionen der Gewerkschaften (!) auf die neuerlichen Restriktionen für Lohnerhöhungen gestern abend, waren relativ gemäßigt in Ton und Inhalt. Da gab es nichts, was der Regierung Unbehagen bereiten könnte."*

Die Arbeiter und Angestellten organisierten ihrerseits spontan Protestaktionen, die allerdings – verglichen mit ähnlichen 72 oder gar 71 – relativ schwach und zersplittert waren (Zahlen siehe AK 26).

Trotz anfänglicher Versuche, gegen diese zweite Phase des Lohnabbaus anzukommen, mußte sie anerkannt werden. Uns ist kein Fall bekannt, in dem es einer Gruppe von Arbeitern gelungen wäre, die zweite Phase zu durchbrechen.

Die Kämpfe gegen die „3. Phase"

Die Kämpfe gegen die „3. Phase"

Größere Kämpfe begannen erst wieder im Herbst, als die Heath-Regierung die 3. Phase ihrer Antiinflationspolitik einführen wollte. Der Druck auf die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterklasse war bis dahin unerträglich geworden: Preiserhöhungen, die über 20% lagen, demgegenüber seit über einem Jahr Lohnerhöhungen unter 7%!

Als erste Gruppe erkämpften sich die Feuerwehrleute Lohnerhöhungen, die bei 25 bis 30% liegen. Das war das Signal für andere Arbeitergruppen, gegen die „3. Phase" zu kämpfen: Die Bergarbeiter und Eisenbahner meldeten ihre Forderungen an und begannen zu kämpfen:

Die Bergarbeiter weigerten sich seit dem 20. November Überstunden zu machen. Trotz der unglaublichen Ölkrisen-Kampagne, in deren Verlauf sie als „Erpresser" und „Komplizen der Ölscheichs gegen das englische Volk" dargestellt wurden, trotz der antikommunistischen Hetze und trotz des Urteils von Shrewsbury stimmten Ende Januar 81% der Bergleute für Vollstreik, dieser Streik läuft seit dem 10.2. Die Kampfbereitschaft der Kumpel ist so groß, daß in manchen, besonders militanten Bezirken bereits am 7.2. und 8.2. selbständig mit dem Kampf begonnen wurde.

Aus diesen Gründen konnte es sich die Gewerkschaftsführung auch nicht leisten, angesichts der Neuwahlen, wie von Heath gefordert wurde, den Streik auszusetzen.

Transportarbeiter, Kraftwerker und Docker haben – wie beim Bergarbeiterstreik 72 – Solidarität zugesagt. Fliegende Streikposten der Bergarbeiter stehen vor Kraftwerken und in den Häfen, um mit den Hafenarbeitern das Löschen der ausländischen Kohle zu verhindern.

In der letzten Ausgabe der Illustrierten „Stern" wird berichtet, daß Arbeiter in der Industrie Kohle, die trotz Streikposten in die Fabriken gekommen ist, weiß kalken und sich weigerten, sie zu verfeuern. Gegen diese Kampfbereitschaft ist Heaths Konfrontationskurs eine schlechte Waffe. Die Fortsetzung der offen gegen die Arbeiter gerichteten Politik würde nur die Wut der Arbeiter vergrößern und möglicherweise die Kampffront verbreitern.

In diesem Zusammenhang muß die Neuwahl gesehen werden. Heath hat in den letzten vier Jahren das Programm der englischen Imperialisten (Integration in die EG auf dem Rücken der Arbeiter, Ausbau des Unterdrückungsapparates und der Klassenjustiz) zu ihrer vollsten Zufriedenheit durchgezogen – ist allerdings jetzt auf einen unerwartet hartnäckigen Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse gestoßen.

Für die Heath-Regierung deutet sich hier die Gefahr einer „Tendenz-Wende" der Klassenkämpfe an, d.h. ihr erneutes Anschwellen.

Angesichts der Breite und Härte des Konflikts scheinen für die Kapitalisten die Nachteile, sowohl wirtschaftlicher (Senkung der Produktion durch 3-Tage-Woche) als auch politischer Art (die Verstärkung des Kampfgeistes der Bergleute und der Solidarisierungseffekt in der Bevölkerung) zu groß, als daß sich ein brutales Zu-

geistes der Bergleute und der Solidarisierungseffekt in der Bevölkerung) zu groß, als daß sich ein brutales Zu-

sammenschlagen des Streiks der Bergleute für sie lohnen würde. Obwohl sie kräftemäßig dazu jeder Zeit in der Lage wären.

Den Kapitalisten kommt es jetzt darauf an, durch die Wahl abzutesten, inwieweit die Tories politisch abgewirtschaftet haben, inwieweit die englischen Imperialisten von der unverhüllt arbeiterfeindlichen Politik zu einer mehr verdeckten Politik des Betruges überwechseln sollten oder anders ausgedrückt, wie das Mischungsverhältnis zwischen Druck und Betrug in Zukunft sein muß, um einerseits das Programm der Imperialisten weiter durchzuziehen, andererseits aber die Arbeiterklasse weitgehend ruhig zu halten. ■

England-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

Italien:

NEUES FASCHISTISCHES BLUTBAD DURCH ZUFALL VERHINDERT

Über die faschistischen Umtriebe und Putschvorbereitungen in Italien, worüber wir im letzten AK ausführlich berichteten und einige Hintergründe beleuchteten, erreichten uns inzwischen neue Nachrichten.

Am 22. Januar griffen faschistische Stoßtrupps nach einer MSI-Veranstaltung in Mailand Genossen von „Lotta Continua" und des „Movimento Studentesco" (Studentenbewegung) an. Ein Faschist schoß und verletzte einen Genossen von „Lotta Continua" in der Brust. Daraufhin entwickelte sich eine einstündige Schlägerei, bei der auch die Polizei eingriff – selbstverständlich auf der Seite der Faschisten. Zehn Genossen wurden verhaftet, mit dem Argument, daß „die Linken zahlreicher waren als die Rechten". Nach einigen Berichten soll die Polizei auch geschossen haben. Ähnliche kriminelle Provokationen der Faschisten fanden auch in Cagliari auf Sardinien statt.

In der Nacht zum 29. Januar wurde durch reinen Zufall ein neues faschistisches Blutbad verhindert, das bei Gelingen wahrscheinlich noch weit größere Ausmaße als das vom 12. Dezember 1969 in Mailand (strage di stato = Blutbad des Staates mit 16 Toten und 90 Verletzten) gehabt hätte. In der Nähe von Pescara an der mittelitalienischen Adria-Küste war eine riesige Menge Sprengstoff an die Bahnschienen montiert worden. Damit sollte der Schnellzug „Freccia del Sud" (Mailand-Bari) getroffen werden, der mit 700 Personen besetzt war. Die Ladung war so montiert, daß sie nur bei einem von Norden ankommenden Zug hochgehen konnte. Unplanmäßig fuhr aber ein Sondergüterzug aus Pescara in umgekehrter Richtung, kurz vor dem „Freccia del Sud". Dadurch wurde die Zündschnur abgeschnitten, so daß beim kurz darauf entgegenkommenden Personenschnellzug allein der Stoßkontakt der Sprengladung explofdierte.

In der darauffolgenden Nacht, am 30. Januar explodierten wiederum in Mailand drei Bomben innerhalb einer halben Stunde: gegen das Chemische Institut der Medizinischen Fakultät, gegen ein Cafe und gegen eine Schule.

Bezeichnenderweise versuchen die Faschisten bei einigen ihrer letzten Anschläge gar nicht erst, sie den Linken in die Schuhe zu schieben. Teilweise operieren sie ganz offen und hinterlassen sogar bei einigen Attentaten ihre Symbole und Kennzeichen. Einerseits zeigt dies die „Sicherheit", mit der sie sich bereits bewegen und mit der sie sich auf die Komplizenschaft immer größerer Teile des Staatsapparats verlassen können; andererseits dokumentiert dies den festen Willen der Faschisten, mit jedem Mittel Unruhe und Chaos zu stiften, aus dem der „Ruf des Volkes" nach „Ruhe und Ordnung" erschallen soll – also die „demokratische Legitimation" einer „entscheidenden Wende", die in der gegenwärtigen Situation aufgrund der noch fehlenden organisatorischen Alternative zur kapitalistischen Ordnung nur eine faschistische „Lösung" sein könnte. Die revisionistische „KPI", die immerhin mit über 1,5 Millionen Mitgliedern die stärkste „Kommunistische Partei" in einem kapitalistischen Land ist, setzt sich jedenfalls mit all ihrem Gewicht dafür ein, daß der seit langem geplante Generalstreik gegen die Lebensteuerung und für die Sicherung der Arbeitsplätze sich „nicht gegen die Regierung" richten darf, weil das in der gegenwärtigen Situation „zu gefährlich" sei (für wen wohl? !). Es wird in den Reihen der Gewerkschaftsführungen und der „KPI" sogar darüber debattiert, ob man den Generalstreik nicht lieber ganz absagen sollte.

Regional haben währenddessen bereits mehrere große Streiks und Demonstrationen stattgefunden. In Neapel beteiligten sich an der dortigen Demonstration am 8. Februar 200.000 bis 300.000 Arbeiter und andere Bevölkerungsschichten.

Zu den Enthüllungen über die faschistische Ausrichtung des Polizei- und Militärapparats (siehe unseren Artikel im letzten AK) sind inzwischen die Enthüllungen über den „Öl-Skandal" hinzugetreten. In Italien ist k o n k r e t b e w i e s e n worden, daß die ganze sogenannte „Öl-Krise", mit der der Arbeiterklasse dort wie hier Konsumverzicht und „Volksgemeinschaft" (mit den Kapitalisten) gepredigt wird, von den Konzernen insziniert und manipuliert wurde. In der italienischen Presse hieß es, daß die Erdölkonzerne aufgrund von Preiserhöhungen der arabischen Förderländer nunmehr 300 DM pro Tonne Rohöl bezahlen müßten, und daß daraus auch der Preisanstieg für die Bevölkerung gerechtfertigt wurde. Tatsächlich weisen die bekanntgewordenen Billanzen der italienischen Ölkapitalisten aber nur 260 DM pro Tonne aus. Die gezielte Lügen- und Hetzkampagne der Presse und die entsprechenden Verordnungen der Regierung erkauften die Ölkapitalisten in Italien sich mit Schmiergeldern in einer Höhe von über 80 Millionen DM! Und mindestens einer dieser italienischen Ölkapitalisten, die die Schmiergelder an die Regierung zahlten, nämlich Riccardo Garrone, ist derselbe, der auch die faschistischen Terrororganisationen in Italien mitfinanziert. ■

Ghadafi, Bourgiba, Peron.. die "KPD/ML" hat Freunde überall in der Welt!

„Ghadafi stützt sich auf eine ziemlich breite Basis im Volk . . . Er schaffte ziemlich demokratische Verhältnisse an der Basis (!!!), was zu einer Volksbewegung der breiten Massen zur Beseitigung der imperialistischen Überfremdung führte. Er bewaffnet jetzt das ganze Volk, um imperialistische Umsturzversuche in seinem Land im Voraus zu vereiteln. Sein Einfluß unter den Massen der übrigen arabischen Länder wächst und er nimmt immer mehr die Stellung eines allarabischen Führers ein."

Diese „Einschätzung" des libyschen Präsidenten Ghadafi war vor einigen Monaten im „Roten Morgen" der „KPD/ML" zu finden („RM" 27/73, S. 5). Der „Rote Morgen" hat offensichtlich Schwierigkeiten, solche „nationalen" Regimes wie das Libyens und anderer „fortschrittlicher" arabischer Staaten korrekt einzuschätzen. Ganz allgemein neigt die „KPD/ML" dazu, den „fortschrittlichen Charakter" solcher in Wahrheit z.T. offen faschistischer Regimes überzubewerten, zumindest hinsichtlich ihrer Rolle im „Kampf gegen die Supermächte".

So schrieb der „Rote Morgen" etwas später, Ghadafi sei zwar ein *„erklärter Antikommunist"* (dies immerhin war inzwischen erkannt worden!), aber trotzdem (oder etwa gerade deswegen? !) sei er *„ein wichtiges Glied in der Front der arabischen Völker . . . weil er eine gegen das Komplott der Supermächte gerichtete Politik verfolgt."* („RM" 30/73, S. 5).

Über die arabischen Regimes allgemein schrieb der „Rote Morgen": *„Die Mehrheit der anderen arabischen Regierungen* (soll heißen: außer Libanon - Anm. Red.) *wie Ägypten, Syrien und Libyen stehen geschlossen hinter den Palästinensern (!). Libyens Staatspräsident Ghadafi hat ihnen das ‚gesamte Potential Libyens' zur Unterstützung zugesagt . . . Die arabischen Völker und die fortschrittlichen Regierungen sind geschlossener denn je."* („RM" 19/73, S. 5).

Hier werden die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt: die Regimes von Ägypten, Syrien etc. denken gar nicht daran, die Palästinenser konsequent zu unterstützen, schon deshalb nicht, weil sie eine vergleichbare revolutionäre Bewegung im eigenen Land fürchten. Die „Geschlossenheit" zwischen Volk und Regime gehört zwar zur typischen bürgerlich-nationalistischen Propaganda der arabischen Regimes, nimmt sich aber im Mund von Kommunisten (oder von Leuten, die die „linken" Kommunisten überhaupt sein wollen) sehr seltsam aus. Die super-„linke" „KPD/ML" fällt mit solchen Fehl„einschätzungen" noch hinter die Bewußtheit und Klassenanalyse einer nationalrevolutionären Befreiungsbewegung wie „Al Fatah" zurück, die die arabischen Regimes immerhin realistischer einschätzt.

Unfähig, die bürgerlichen arabischen Regimes korrekt einzuschätzen, fand der „Rote Morgen" nach dem letzten israelisch-arabischen Krieg nur Formulierungen wie „Diktat der Supermächte" und „Waffenstillstandsdiktat" (z.B. „RM" 43/73 und 44/73). Er stellte damit auch den Grundsatz der Dialektik auf den Kopf, daß die i n n e r e n Widersprüche das entscheidende sind, und daß der äußere Anstoß nur mittels der inneren Widersprüche wirkt. Konkret angewandt: der Waffenstillstand in Nahost ist nicht in erster Linie aus dem „Diktat der Supermächte", sondern aus den Interessen der unmittelbar beteiligten Bourgeoisien (vor allem Ägypten und Israel) zu erklären. Das Eingeständnis dieser Tatsache würde es der „KPD/ML" aber nicht erlauben, ihre Angriffe gegen die Sowjetunion in der gewünschten Weise führen zu können. Also hängt man schon lieber den arabischen Regimes das Etikett „fortschrittlich" um, damit man dann umso lauter über das „Diktat der Supermächte" etc. schreien kann.

Auch im Zusammenhang mit dem „Ölboykott" zeigte sich die falsche Linie der „KPD/ML". Es wurde so getan, als ob der „Ölboykott" ein wirklicher Angriff auf die grundsätzlichen Interessen der Imperialisten sei. *„Der Ölboykott erweist sich als scharfe Waffe"* („RM" 47/73, S.1). *„Der Ölboykott der arabischen Staaten hat die westdeutschen Imperialisten empfindlich getroffen"* („RM" 49/73, S. 2). *„Die arabischen Länder aber geben ihren Kampf nicht auf und werden ihn auch nicht aufgeben! Trotz der Drohungen halten sie den Ölboykott als mächtige Waffe in ihrem Kampf aufrecht."* („RM" 50/73, S. 2). *„Durch ihre Teilnahme am Erdölboykott unterstützen die sogenannten Ölscheiche die arabische Sache gegen den Imperialismus. Sie verteidigen die nationalen Interessen ihrer Länder. Sie spielen darum momentan eine fortschrittliche Rolle."* („RM" 49/73, S. 2).

Sicher k ö n n t e z.B. ein Erdölboykott eine scharfe Waffe gegen die Imperialisten sein, wenn er von den V ö l k e r n der „Dritten Welt" eingesetzt würde. Gerade im arabischen Raum sind die Völker aber politisch extrem unterdrückt, an der Entwicklung politischer Selbständigkeit gehindert (die einzige Ausnahme bildet die Befreiungsbewegung der Palästinenser). So konnte auch der „Ölboykott" nicht zur antiimperialistischen Waffe werden, sondern nur zu einem Schacher zwischen den Imperialisten und ihren arabischen Kompradoren um die Umverteilung der Profite. Sogar einen solchen „Angriff" auf die imperialistischen Interessen müssen die Kommunisten der imperialistischen Länder natürlich unterstützen, ohne aber Illusionen über die Bedeutung eines solchen „Boykotts" zu nähren.

„Kampf gegen die Supermächte"

Wir hatten schon gesehen, daß der „Rote Morgen" Ghadafi als Kämpfer gegen das „Komplott der Supermächte" lobt. Eine ähnliche Rolle wird offenbar dem tunesischen Präsidenten Bourgiba zugedacht, der sich erfreulicherweise gegen die Anwesenheit sowjetischer Truppen im Nahen Osten wendet („RM" 46/73, S. 5).

Der „Rote Morgen" schreibt: *„Chinas Außenpolitik findet großen Anklang bei den Völkern der Dritten Welt ... So sagte der argentinische Außenminister ..."* usw. („RM" 47/73, S.2). Die Zustimmung des Außenministers von Argentinien (!) gilt also als Ausdruck der Meinung der V ö l k e r der „Dritten Welt". Eine waghalsige Interpretation! Immerhin hat das argentinische Regime des Peronismus eher mit Faschismus zu tun als mit Sozialismus!

Allerdings kann sich die „KPD/ML" hier gewissermaßen auf das chinesische Vorbild berufen. Die Nachrichtenagentur „hsinhua" bringt es z.B. fertig, unter der Überschrift „Völker (!!) Europas erkennen wahre Züge des Sozialimperialismus" Zitate aus der österreichischen reaktionären „Kronenzeitung", aus dem „France Soir" und aus Springers „Welt" zu bringen („hsinhua", engl., 15.11.73). Dabei sollte doch klar sein, daß die bürgerliche Presse kein Sprachrohr der Völker ist und daß die bürgerliche Presse auch nicht der geeignete „Kronzeuge" ist, um die Richtigkeit kommunistischer Ansichten zu beweisen.

Auch ein argentinischer Außenminister als „Kronzeuge" für die chinesische Außenpolitik wirkt eher kompromittierend, als daß man ihn als Beweis für die Zustimmung der der Völker ansehen dürfte.

Wir hatten schon im Artikel über die chinesische Außenpolitik (vgl. AK 37, S.15) darauf hingewiesen, daß mehrere sozialistische Staaten (Vietnem, Korea) und nationale Befreiungsbewegungen (FNL, Palästina, portugiesische Kolonien) von der Sowjetunion unterstützt werden, diese Hilfe auch anerkennen und zum „Kampf gegen die Supermächte" nicht bereit sind. Auf der anderen Seite gibt es viele „Kämpfer gegen die Supermächte" unter den antikommunistischen, z.T. reaktionären, z.T. sogar faschistoiden Regimes wie Libyen, Tunesien, Argentinien u.ä., mit denen nun die „KPD/ML" umso lieber die noch recht mageren Kampfreihen „gegen die Supermächte" auffüllt.

Tatsache ist aber, daß unter diesen „Kämpfern gegen die Supermächte" verschiedene Knechte des Imperialismus sind (wie Bourgiba), die in direkter Regie des US-Imperialismus gegen dessen Konkurrenten, die Sowjetunion hetzten, und dies als „Kampf gegen b e i d e Supermächte" damagogisch verbrämen. Andere (wie Ghadafi und Peron) predigen nach innen wie nach außen einen angeblichen „Dritten Weg" zwischen Kommunismus und Kapitalismus, der in Wahrheit Faschismus ist und bei aller „antiimperialistischen" Demagogie doch direkt dem Imperialismus dient.

Dieser Richtung entsprechen in der BRD sogenannte „nationalrevolutionäre", in der Tat antikommunistische und faschistische Gruppen, die unter Parolen wie „Europäischer Sozialismus" oder „Befreiungssozialismus der Völker" auf Dummenfang gehen, und die nicht zufällig in Leuten wie Peron und Ghadafi gefeierte Vorbilder sehen.

Chile – die „KPD/ML" torkelt von „links" außen nach rechtsaußen

In der „Einschätzung" der chilenischen Unidad Popular und der Allende-Regierung leistete sich die „KPD/ML" besonders wilde Fehler und Schwenks. Dieser Zick-Zack-Kurs widerspiegelte die Tatsache, daß die „KPD/ML" zu keinem Zeitpunkt eine Untersuchung und Analyse vorgenommen hatte, sondern stattdessen von Zeit zu Zeit Peilungen über den Daumen machte, unter der Devise „Was schert mich mein Geschwätz von gestern".

Zuerst meinte der „Rote Morgen" noch, Allende sie *„der Mann der nationalen Bourgeoisie"* und sein Programm sei ***„ein Programm gegen den US-Imperialismus und die reaktionären Grundherren und somit natürlich fortschrittlich"*** („RM", Nov. 70).

1973 jedoch bezeichnete der „RM" die Führer der UP-Regierung als *„pseudomarxistische Wasserköpfe"*, deren Ziel es sei, *„den Imperialisten ja nicht weh zu tun"*. Die Regierung Allende sei zum **„Instrument der Konterrevolution"** geworden. („RM" 19/73, S.4).

Als im Sommer 73 der gegen die UP-Regierung gerichtete und von den Faschisten unterstützte „Streik" in den Bergwerken von El Tentiente inszeniert wurde, jubilierte der „Rote Morgen" darüber natürlich in den höchsten Tönen: *„Das Volk stürmt vorwärts im Kampf für den wirklichen (?) Sozialismus."* **„Tausende von Ärzten, Lehrern und Studenten solidarisierten sich in Aktionen mit den Bergarbeitern."** („RM" 25/73, S.5). Der Kampf des von den Faschisten verhetzten Kleinbürgertums gegen die UP-Regierung verwandelte sich durch die rote (oder eher braune?) Brille der „KPD/ML" in den schönsten revolutionären Volkskampf für den „wirklichen" (? !) Sozialismus.

Dies verlangte denn wohl doch eine gewisse „Richtigstellung". Zwei Wochen später schrieb der „RM": *„ ... Im RM 25 unterlief uns allerdings ein Fehler. Der antiimperialistische Charakter der Regierung Allende wurde trotz seiner Halbheiten nicht aufgezeigt. Auch die geplante Aufnahme von Militärs in die Regierung ist nicht unbedingt ein Zeichen des Übergangs Allendes zum Imperialismus, wie wir schrieben. Auch im chilenischen Militär gibt es antiimperialistische, bürgerliche Kräfte (!)."*

Es wurde aber daran festgehalten, daß die UP-Regierung *„konterrevolutionäre Propaganda"* mache und nun auch ***„konterrevolutionäre Taten"*** folgen lasse. Als „Beweis" wurde wieder der „Streik" bei El Teniente angeführt. Zwar würden die *„Kräfte des Imperialismus"* versuchen, *„die Unzufriedenheit der chilenischen Minenarbeiter auszunutzen"*, entscheidend seien aber die *„konterrevolutionären Angriffe"* der UP-Regierung auf das „Volk"; der „Streik" bei El Teniente sei die *„Reaktion auf die Teuerung und politische Unterdrükkung"*. In Chile sei *„die proletarische Revolution herangenaht"* („RM" 27/73, S.5).

N a c h dem faschistischen Putsch jedoch führte der „Rote Morgen" eine halsbrecherische Polemik gegen die „KPD", die Allende als „ Schachfigur" der chilenischen Kapitalisten und der Imperialisten bezeichnet hatte (in einem Flugblatt des KSV Bochum). Zwar ist kaum einzusehen, worin sich dies von der „RM"-Formulierung „Instrument der Konterrevolution" (s.o.) wesentlich unterscheidet, aber nichtsdestotrotz warf der „RM" jetzt wacker mit Steinen aus seinem Glashaus: China habe doch *„sehr wohl die antiimperialistische Politik der Regierung Allende unterstützt.* **Auch unsere Partei hat entsprechend Stellung bezogen und verteidigt auch jetzt die Regierung Allende gegen den US-Putsch."** (Wie „mutig" ist das doch gelogen! Lesen die „KPD/ML"-Genossen den „Roten Morgen" eigentlich regelmäßig? Sie sollten es tun!). –

Von oben herab (die „KPD/ML" hatte es ja immer richtig gemacht ...) donnerte der „RM" gegen die „KPD":

„Diese Methode, das Fortschrittliche zu verteufeln, weil es nicht hundertprozentig ist – und somit die Front gegen den Feind zu schwächen – das ist die Methode des Trotzkismus!" („RM" 38/73, S. 6).

Solche liberalen Anwandlungen zum feinen Differenzieren kriegen die „KPD/ML"-Führer natürlich nur, wenn ihnen aus Gründen der Demagogie gerade mal nützlich erscheint, um der „KPD" eins auszuwischen. Denn sonst schwingt ja bekanntlich keiner den Holzhammer so behend wie die „KPD/ML".

So stellte sich z.B. im Dezember in Hamburg ein „KPD/ML"-Demagoge bei einer Diskussion frech hin und warf dem KB „Opportunismus" vor, weil wir Allende nicht als „b e w u ß t e n Verräter am chilenischen Volk entlarvt" hätten.

Mal so und mal so, das ist die „prinzipienfeste" Diskutierweise der „KPD/ML"-Führer. Man merkt allzu deutlich, daß es dabei überhaupt nicht mehr um die S a c h e geht, sondern nur noch darum, anderen Organisationen um jeden Preis „etwas anzuhängen". ●

KBW: WEITER UM DEN HEIßEN BREI

In der Nr. 2 von „Kommunismus und Klassenkampf" des KBW ist eine „Auseinandersetzung" mit dem KB zu finden. Ironischerweise trägt sie sogar den Titel „Eine Antwort (!) auf die Polemik der Zeitschrift ‚Arbeiterkampf' gegen die Politik des KBW".

Tatsächlich antwortet der Artikel in „KuK" jedoch in k e i n e m konkreten Punkt auf unsere Kritik an Politik und Theorie des KBW. Lediglich die Frage des „Ökonomismus" im KBW wird in allgemeinster Weise in der „Antwort" oberflächlich angetippt. Der Verfasser der Antwort erkennt die Existenz ökonomistischer Fehler in der Politik des KBW an, um dies sogleich in erster Linie auf das notorische „Watschen-Männchen" des KBW, den Genossen Maier (ehem. KB Bremen, jetzt in der Führung des KBW) abzuschieben. Wir haben jedoch immer wieder konkret aufgezeigt, daß die ökonomistischen Fehler des KBW nicht nur bei Maier und dem KBB gelegen haben, sondern auch in der Politik des früheren NRF, daß sie sich in den Resolutionen der Gründungskonferenz des KBW und in seiner Politik seither niedergeschlagen haben. Auf k e i n e n unserer zahlreichen und sehr konkreten Kritik-Punkte in diesem Zusammenhang geht die „Antwort" in „KuK" ein.

Es ist klar, daß die Führer des KBW zu einer umfassenden und sachlichen Auseinandersetzung mit dem KB nicht bereit sind. Um davon abzulenken, tun die KBW-Führer unsere Kritik an ihren Positionen pauschal mit dem Wort „Anpinkelei" ab. Dieser Ausdruck widerspiegelt sehr deutlich jene dümmliche Arroganz, wie sie in „akademischen" Kreisen so häufig anzutreffen ist. Mit einer „Anpinkelei" braucht man sich als „gebildeter Mensch" natürlich nicht zu befassen, geschweige denn i n h a l t l i c h darauf einzugehen.

KBW-Führer J.S. hat – in einem Vorwort zu der erwähnten „Antwort" in „KuK" 2 – seinerseits noch einen „neuen" Begriff hinzugefügt: der KB leide an *„Verfolgungswahn" (!), „was ihn zu hemmungslosen (!) Angriffen auf den KBW veranlaßt."* Auch der Begriff „Verfolgungswahn" ist sicher gut geeignet, sich um eine p o l i t i s c h e i n h a l t l i c h e Auseinandersetzung herumzudrücken. Dies wissen z.B. die Gewerkschaftsführer schon längst, die in Hamburg den Betriebsratsvorsitzenden von Texaco-HV gerade in diesen Wochen mit dem Vorwurf des „Verfolgungswahns" zu diffamieren versuchen.



Igitt – schon wieder eine Anpinkelei des KB!

Das Bild wird vervollständigt durch einen weiteren Vorwurf gegen den KB in der „Antwort": der KB betreibe **„Denunziation kommunistischer Politik"**; dies werde **„daran deutlich, daß die Diffamierung des KBW und der Volksrepublik China in seinem Organ einen immer breiteren Raum einnimmt."** – Für was halten diese Herrschaften sich eigentlich? Für die „Stellvertreter Gottes auf Erden"? Fast schon überflüssig zu erwähnen, daß die „Antwort" mit k e i n e m Wort auf unsere k o n k r e t e Kritik an der chinesischen Außenpolitik eingeht, die natürlich nicht etwa der „Diffamierung Chinas", sondern im Gegenteil der V e r t e i d i g u n g der chinesischen Revolution und des sozialistischen Chinas dienen soll.

Die Führer des KBW verwenden viel Energie auf die Erfindung immer neuer Ausreden und Vorwände, um sich vor der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung mit dem KB zu drücken. Diese Energie wäre sicher im Interesse der kommunistischen Bewegung sinnvoller einsetzbar, wenn die KBW-Führer sich endlich zu dieser Auseinandersetzung „herablassen" würden.

Stattdessen greift sich etwa J.S. in seinem Vorwort zur „Antwort" in „KuK" 2 e i n e n Satz aus einer regionalen Branchenzeitung des KB (Kieler „Metallarbeiter"), um darauf schwungvoll herumzuhacken. Der Satz lautet *„Gesellschaftliche Entwicklung treibt weiter nach rechts"*. Nun wäre es allerdings ein Leichtes, sich über den Standpunkt des KB zur Faschismus-Frage zu informieren, wie er (vor allem in Abgrenzung zum KBW!) im ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, aber z.B. auch in den Publikationen der Kieler Genossen umfassend entwickelt worden ist. J. S. zieht es aber vor, sich über e i n e n falsch formulierten Satz gewaltig aufzuregen, von dem er behauptet, er **„sagt mehr aus und in gedrängterer Form als Dutzende (!) von ‚Arbeiterkampf'-Seiten, was es mit dieser Kapitulantenströmung auf sich hat. Was will man dazu im Rahmen der Auseinandersetzung unter den Kommunisten noch viel sagen? "**

Da ist er aber fein raus, der Herr Schmierer! An e i n e m Satz „beweist" er, daß man zum KB nicht mehr viel zu sagen braucht, ihn womöglich am besten ganz „ignoriert" (womit wiederum das Wort „Ignorant" sprachlich eng verwandt ist!). –

Aus s e i n e r Sicht hat J.S. aber sogar recht. Für die KBW-Führer ist es sicher viel bequemer und erfolgversprechender, ein herausgerissenes Sätzchen zu vergewaltigen, als sich mit „Dutzenden" von AK-Seiten, d.h. mit unseren t a t s ä c h l i c h e n Positionen und unserer Kritik am KBW grundsätzlich und umfassend auseinanderzusetzen. ●

„Belange der BRD"

DEMONSTRATION GEGEN DAS FASCHISTISCHE SCHAH-REGIME

Am Mittwoch, dem 9.1. und am Samstag, dem 12.1. fanden in Frankfurt Demonstrationen statt, die jeweils verboten und unter größerem Polizeieinsatz auseinandergetrieben wurden. Dabei gab es etliche Verletzte auf Seiten der Demonstranten und der Bevölkerung. Der Veranstalter dieser Aktionen war neben mehreren westdeutschen kommunistischen und fortschrittlichen Gruppen vor allem die CISNU (Konföderation Iranischer Studenten/National Union), die sich in letzter Zeit einer verstärkten Behinderung und Verfolgung durch den westdeutschen Staatsapparat ausgesetzt sieht. Bereits am 1.12.73 wurde eine Demonstration in Köln gegen das Schah-Regime, zu der u.a. auch die CISNU aufrief, verboten. Die Aktionen in Frankfurt richteten sich daher neben der Anprangerung der Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit dem faschistischen Schah-Regime auch gegen die mehr oder weniger offenen Verbotsdrohungen gegen die CISNU. Der Artikel befaßt sich weiter mit den näheren Umständen der Zerschlagung dieser Demonstration und einer breit angelegten Pressekampagne vor, während und nach den Ereignissen.

Vom 4.1. bis 13.1. fand in Frankfurt der alljährliche Kongress der CISNU statt, zu dem etwa 1.500 Delegierte aus aller Welt kamen. Offenbar auf Anweisung der Bundesregierung verhinderten die deutschen Grenzbehörden die Einreise verschiedener Delegierter. Der Rechtsanwalt

Grenzbehörden die Einreise verschiedener Delegierter. Der Rechtsanwalt

der Organisation erfuhr von der zentralen Grenzbehörde, daß der Kongreß die „Belange der BRD" beeinträchtige und daß diese Maßnahme der Schwächung des Kongresses diene!!

Gegen diese Unterdrückung durch die SPD-Regierung und gegen das Schah-Regime wollte die CISNU gemeinsam mit westdeutschen kommunistischen und sozialistischen Organisationen sowohl am 9.1. als auch am 12.1. eine Demonstration durchführen. Beide Demonstrationen wurden auf Anweisung des Auswärtigen Amtes mit offen politischen Begründungen verboten. Im Mittelpunkt dieser Begründungen steht: „Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes, sowie Verunglimpfung von Verfassungsorganen der Bundesrepublik" (Polizeimitteilung, Ffm., 12.1.74), was sich darauf stützt, daß der faschistische Schah „Faschist" genannt worden war und die CISNU in einem Flugblatt auf die intensive Zusammenarbeit des westdeutschen „Verfassungsschutz" mit dem berüchtigten iranischen Geheimdienst SAVAK hingewiesen hatte, wobei es zur Praxis des „Verfassungsschutzes" gehört, iranische Antifaschisten an die Henker im Iran auszuliefern. Weiterhin sieht die SPD-Regierung die „Belange der BRD" gefährdet. Was darunter in „Bonner Regierungskreisen" verstanden wird, schreibt die „FR" („Frankfurter Rundschau") am 12.1.: *„Da der Iran in der Energiekrise Verständnis für die Lage und die Interessen der Bundesrepublik gezeigt habe, könne der Bundesrepublik an schlechten Beziehungen zum Iran nicht gelegen sein. Zur Wahrnehmung der deutschen Interessen gehöre es auch, an die Sicherung der Arbeitsplätze zu denken."*

Hier wird die Sache also demagogisch so gedreht, als liege die Verfolgung oppositioneller Iraner in der BRD im Interesse der westdeutschen Arbeiter. Dabei wird auf die sich anbahnende Wirtschaftskrise, mit ihren Folgen für die Arbeiterklasse, angespielt, die von der Bourgeoisie nach bewährtem Muster einer angeblichen „Energiekrise" zugeschoben wird. Welches sind nun die wirklichen „Belange der BRD", was den Iran betrifft? Dazu die CISNU in einer Erklärung vom 4.1.:

„Bei den angeblichen Belangen der BRD ... handelt es sich wesentlich um ökonomische Interessen der westdeutschen Industrie in Persien: Zwölf Prozent der bundesrepublikanischen Ölimporte stammen aus dem Iran. Das Engagement westdeutscher Firmen in Persien ist seit Jahren erheblich. Bereits 1971 hatte die BRD mehr als eine Milliarde DM privat im Iran investiert. Zahlreiche Großprojekte, besonders der Stahl- und Chemischen Industrie sind derzeit unter Federführung oder Mitwirkung deutscher Konzerne in Arbeit. In keinem Nicht-EWG-Land sind deutsche Banken so zahlreich vertreten. Die BRD ist der wichtigste Handelspartner Persiens und kaum ein Land außerhalb Europas erhielt so märchenhafte Summen bundesdeutscher Entwicklungshilfe."

Und weiter in einem Flugblatt vom 12.1.: *„Die westdeutschen Monopole und ihr Staat verstärken gegenwärtig ihre Anstrengungen, um sich in den unterentwickelten Ländern der Dritten Welt Einflußspären und Absatzmärkte zu verschaffen. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Anstrengungen liegt gegenwärtig am Persischen Golf. Die Verträge, die Bundeswirtschaftsminister Friderichs in Teheran mit dem Schah abgeschlossen hat, verschaffen den westdeutschen Ölkonzernen zum ersten Mal einen direkten Zugang zu den Erdölquellen im Mittleren Osten. Der westdeutsche Imperialismus, der jahrelang im Windschatten des US-Imperialismus seine Expansionsbestrebungen als Friedenspolitik verkaufen konnte, ist jetzt – will er weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben – gezwungen, als selbständige imperialistische Macht aufzutreten. Immer offener tritt die aggressive Natur seiner Politik zu Tage. Am Persischen Golf*

Heftige Kritik: Polizeipräsident Knut Müller

Nach den Krawallen in Frankfurt: Polizei kritisiert Bevölkerung

Bericht auf Seite 13

„Nachtausgabe" am 14.1.74

nimmt der westdeutsche Imperialismus direkt teil an der Unterdrückung des iranischen Volkes und an der Ausplünderung seiner nationalen Reichtümer."

Daneben beteiligt sich die BRD an der militärischen Ausbildung von iranischen Ingenieuren an Fachhochschulen des Heeres. Erst kürzlich wurde darüber ein Zusatzabkommen abgeschlossen. Letzteres ist als ein „Entgegenkommen" gegenüber dem Schah zu werten, der auch ständig die Ausschaltung der persischen Opposition in der BRD zur Voraussetzung guter Beziehung zum westdeutschen Kapital macht. An dieser Ausschaltung müssen aber auch die BRD-Imperialisten ein prinzipielles Interesse haben, läuft man doch sonst Gefahr, daß die Praktiken der Imperialisten aufgedeckt werden. Dabei wird das verschärfte Vorgehen gegen ausländische Antifaschisten gleichzeitig dazu genutzt, um die Illegalisierung der westdeutschen kommunistischen Bewegung verstärkt voranzutreiben, was einhergeht mit einer weiteren Beschneidung der demokratischen Rechte des Volkes. Denn die Verbote der Demonstrationen in Köln und Frankfurt gegen das Schahregime unterscheiden sich von anderen Demonstrationsverboten dadurch, daß sie nicht nur formal (zu späte Anmeldung der Demonstration) oder mit Scheinargumenten (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit), sondern offen politisch begründet werden. Die „Regierungskreise" wenden sich mit

fen politisch begründet werden. Die „Regierungskreise" wenden sich mit

eindeutig politischen Argumenten gegen die Zulassung dieser Protestaktionen. Das bedeutet die Anwendung politischer Zensur! Der Staat entscheidet darüber, welche Demonstrationen „zulässig" sind. Damit wird faktisch das Demonstrationsrecht ausgehölt, wird ein Abbau der demokratischen Rechte des Volkes betrieben!

Offenbar hofft die westdeutsche Bourgeoisie, daß sie mit ihrer Propagandakampagne zur angeblichen „Energiekrise" den Boden für eine schnellere Gangart bei der Faschisierung von Staat und Gesellschaft bereitet hat. Wurde doch in dieser Kampagne gerade ein Schwerpunkt auf die Verbreitung des Rassismus und die Schmiedung der Volksgemeinschaft (Sonntagsfahrverbot etc.) gegen die „Bedrohung" durch die Ausländer gelegt. Was bietet sich da eher an, als gerade bei einer Demonstration kommunistischer und sozialistischer Organisationen zur Unterstützung einer ausländischen oppositionellen Organisation die politische Zensur und die Aushölung des Demonstrationsrechtes weiter voranzutreiben, wo doch wiederum die „Ölinteressen" mit im Spiel sind? Damit ist ein weiterer richtungsweisender Schritt getan. Denn wenn heute die „Belange der BRD" – d.h. die Belange der westdeutschen Kapitalisten – durch Demonstrationen beeinträchtigt werden und ein Verbotsgrund sind, läßt sich nicht ausschließen, daß z.B. bei einer Ausdehnung der Wirtschaftskrise Demonstrationen der Arbeiter diese Belange stören und verboten werden. Solche Verbote wie in Köln und Frankfurt sind ein Ansatz dafür, alle Demonstrationen der politischen Zensur des Staates zu unterstellen, der bestimmt, wofür noch demonstriert werden darf und wofür nicht.

Dieser schon für AK 39 angekündigte Artikel kann erst jetzt erscheinen, da er aus Platzgründen verschoben werden mußte. Darunter leidet zweifellos die Aktualität des Themas, seine grundsätzlichere Bedeutung bleibt allerdings erhalten:

EINSCHRÄNKUNG DES DEMONSTRATIONSRECHTS IN WESTDEUTSCHLAND; DEMONSTRATIONSVERBOT, SOBALD DIE AUSSENPOLITISCHEN „BELANGE" DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN „BEEINTRÄCHTIGT" SIND!

AK-Redaktion

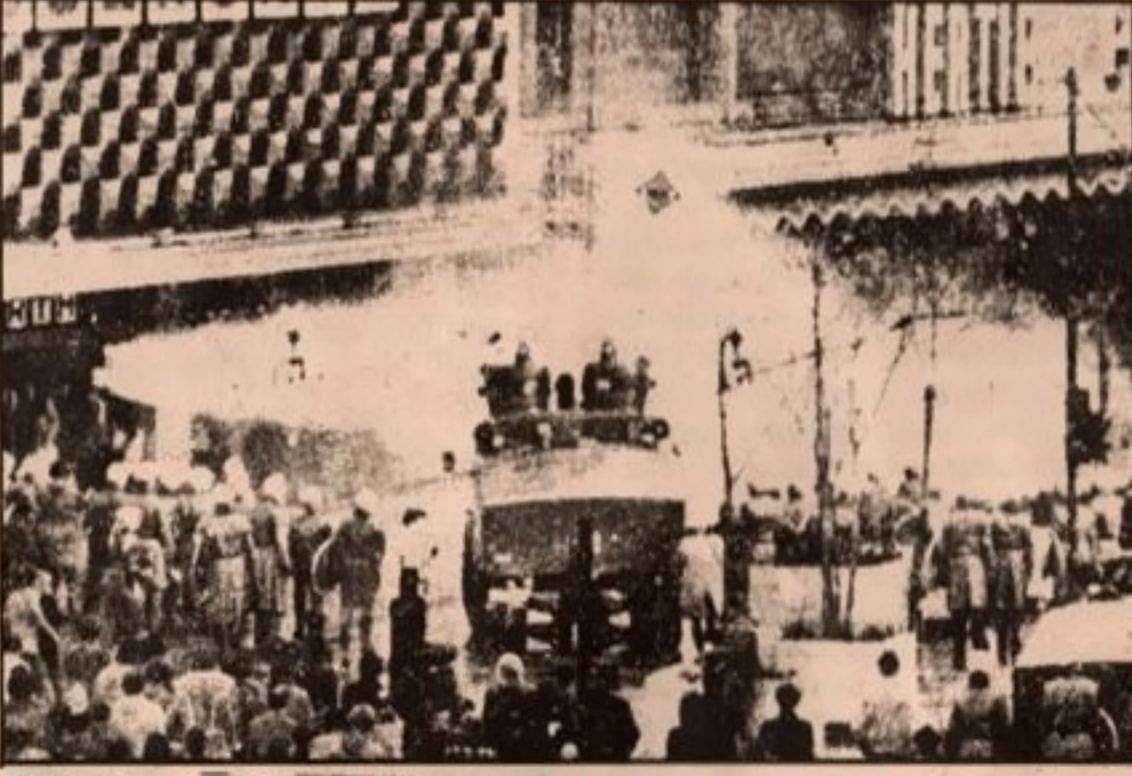
Die Demonstrationen am 9.1. und 12.1.

Die verbotene Demonstration am 9.1. wird von der Polizei am Sammelplatz aufgelöst, woraufhin die Teilnehmer in kleinen Gruppen, auf die zu der Zeit stark belebte Zeil gehen (größte Frankfurter Geschäftsstraße), um mit der Bevölkerung zu diskutieren. Nachdem die Polizei mehrfach aufforderte, die Zeil zu verlassen, setzt sie Wasserwerfer und Knüppel gegen kleinere Gruppen von Demonstranten ein.

„Dabei wurden etwa 20 Demonstranten so erheblich verletzt, daß sie von Rettungswagen (!) in die Krankenhäuser gebracht werden mußten." („FR" vom 10.1.) Außerdem wurden etliche Passanten verletzt.

Eine weitere Demonstration, die für Samstag angemeldet ist, wird ebenfalls verboten. Neben den bereits genannten Gründen ist dieses Verbot ein Meisterstück an Tatsachenverdrehung. Es heißt dort:

„Noch vor und bei der Auflösung dieser Demonstration (am Mittwoch) kam es zu einer Vielzahl von Gewalttätigkeiten gegenüber Passanten, Käufern in Warenhäusern und Polizeibeamten", und weiter: *„Die Konsequenzen dieses Verhaltens läßt nur den Schluß zu, daß die Versammlung am 12.1.74 nicht ohne massive Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung verlaufen würde. Sie ist daher zu verbieten."*



Polizeieinsatz auf der „Zeil"

Anders ausgedrückt heißt das: die Polizei prügelte, also gab es „Gewalttätigkeiten"; die Polizei wird wieder prügeln, also gibt es wieder „Gewalttätigkeiten" – folglich ist die Demonstration zu verbieten!!! Und wie die Polizei prügelte! Weitere sechs De-

stration zu verbieten!!! Und wie die Polizei prügelte! Weitere sechs De-

monstranten mußten abtransportiert werden. Daß es nicht erheblich mehr Verletzte gab, liegt nicht an der „sanften" Polizei, sondern daran, daß die Demonstranten sich immer wieder in kleinen Gruppen zurückzogen und in Nebenstraßen und Kaufhäusern verschwanden. „So ganz nebenbei" wurden auch hier wieder die gefährlichen Giftgas-Spraydosen eingesetzt. (siehe dazu Bericht im AK Nr. 34)

In der inzwischen auf vollen Touren laufenden Pressekampagne wird mit allen Mitteln versucht, die Demonstranten zu kriminalisieren. So wird behauptet, „die Linken" hätten einen Kleiderständer in einem Kaufhaus angezündet. Später wird diese Meldung von Polizeipräsident Müller scheinheilig dementiert, obwohl sie während der Demonstration zu einem verschärften Vorgehen der Polizei genutzt wurde. Im Mittelpunkt der Propagandakampagne steht jedoch das „Verhalten der Bevölkerung" während der Demonstration. Es geht darum, daß es den Demonstranten häufig gelang, vor den Polizeiknüppeln in größeren Passantengruppen unterzutauchen. Auch gab es praktisch keinen Demonstrationsblock, sondern viele kleine Gruppen über die ganze Zeil verteilt. Während der Demonstrationen forderte die Polizei die Bevölkerung immer wieder auf, „nach Hause zu gehen" und „den Polizeieinsatz nicht zu stören", was jedoch nicht „befolgt" wurde. Grund genug für den Sozialdemokraten Müller, die „Unbeteiligten (!) und Neugierigen (!) scharf zu kritisieren". Zunächst einmal „belehrten" die bürgerliche Presse und der Polizeipräsident die Bevölkerung, was so alles passieren kann:

„Das hessische Gesetz über Sicherheit und Ordnung enthält einschlägige Bestimmungen über die Anwendung unmittelbaren polizeilichen Zwanges. Wer einer polizeilichen Aufforderung im Zusammenhang mit verbotenen Demonstrationen nicht nachkommt, wird zum „Störer" im Sinne des Gesetzes. Gegen ihn können Wasserwerfer, Schlagstöcke und bei gewalttätigen Widerstandshandlungen auch andere Zwangsmittel wie Tränengas angewendet und seine Inverwahrungsnahme angeordnet werden.

Dazu kann man die Betroffenen noch wegen Störung einer Amtshandlung strafrechtlich belangen und sie vom Schauplatz abführen lassen, sofern man die nötigen Kräfte dazu einsatzfähig hat", sagte Knut Müller. „Wer bei einem polizeilichen Einschreiten als angeblich Unbeteiligter Schaden davonträgt, kann gegen die Polizei keinen Schaden geltend machen, wenn diese dreimal die Aufforderung, die Straße zu räumen wiederholt hat. Im Fall Zeil geschah es dutzendmal!" (Neue Presse, vom 16.1.74)

Das Ziel solcher Drohungen liegt auf der Hand: gegenüber einer Übermacht knüppelschwingender Polizei sind die Demonstranten tatsächlich auf die Solidarität der Bevölkerung angewiesen. Deswegen fordert Müller auf, die Knüppelorgien der Polizei zu unterstützen:

„Müller betonte, dies sei allerdings ‚kein Appell: Volk ans Gewehr!', sondern an die Vernunft der Bürger, künftig die 400 – 500 Berufsdemonstranten ‚sich selbst und damit der Polizei zu überlassen.'" („Neue Presse", vom 16.1.74)

Wie Müller sich das Verhalten eines Passanten konkret vorstellt, sagt er in einem „Spiegel" Interview: „Er muß flitzen." („Spiegel", 4/74)

Um zu erreichen, daß die Bevölkerung „flitzt", sobald die bewaffnete Staatsmacht auftritt, wird ihr offen in der bürgerlichen Presse gedroht

Staatsmacht auftritt, wird ihr offen in der bürgerlichen Presse gedroht

und scheut man sich auch nicht, gegen sie mit Wasserwerfern und Knüppeln vorzugehen. Denn es ist eine faustdicke Lüge, wenn die Polizei behauptet, sie hätte aus Rücksicht auf die Bevölkerung nicht hart durchgreifen können. Tatsächlich wurde alles versucht, um das Demonstrationsverbot durchzusetzen, was aber aufgrund der „Zerstreuungs"-Taktik der Demonstranten nicht gelang.

Die „Solidarität" der SPD

Die „linken" Frankfurter Sozialdemokraten ließen es sich nicht nehmen, mit viel Wortgetöse zu den Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Bemerkenswert ist dabei, daß sich sogar der Unterbezirksvorstand gegen die Demonstrationsverbote aussprach. Diese Maßnahme hat einen bestimmten Hintergrund: Seit dem 1. Januar 1974 untersteht die Frankfurter Polizei nicht mehr dem Oberkommando des Oberbürgermeisters Arndt, sondern wurde verstaatlicht. Oberster Dienstherr ist jetzt der hessische Innenminister Bielefeld (F.D.P.). Anders als bei früheren Knüppeleinsätzen der Polizei, liegt die unmittelbare Verantwortung dafür nun nicht mehr beim SPD-„Linken" Arndt. Das ist nicht unerheblich, hat doch die SPD ihre Politik und Vorgehensweise z.B. bei den Räumungen von besetzten Häusern im vorigen Jahr mit einem gewissen Vertrauensschwund in der Bevölkerung bezahlen müssen. So kam es beispielsweise bei den brutalen Zerschlagungen von Demonstrationen im vorigen Sommer dazu, daß Passanten den von der Polizei verfolgten Demonstranten halfen und ihnen Schutz boten usw. Solche Vorkommnisse sind für die SPD nicht ganz ungefährlich, läuft sie doch längerfristig Gefahr, ihren Einfluß auf fortschrittliche Teile der Bevölkerung zu verlieren. So kam es zum Beispiel anläßlich der traditionellen Rede von Arndt am 1. Mai 1973 zu größeren Unmutsäußerungen der dort versammelten Kollegen. Daher nimmt die SPD jede Gelegenheit wahr, ihr „linkes" Image vorzukehren, um sich bei der Bevölkerung wieder ins rechte Licht zu setzen, ohne sich für die Polizeieinsätze rechtfertigen zu müssen. Diese Leute haben jedoch in der Vergangenheit (z.B. bei der Zerstörung von Wohnraum) sehr deutlich gezeigt, daß sie jederzeit bereit sind, mit Gewalt die Interessen des Kapitals zu vertreten.

KB/Gruppe Frankfurt

UNI FRANKFURT:

Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte

Begleitet von einer enormen Hetzkampagne findet gegenwärtig an der Frankfurter Universität ein massiver Angriff auf demokratische Rechte der Studenten wie Rede- und Diskussionsfreiheit, Streikrecht, Organisationsfreiheit usw. statt. Dieser Angriff wird flankiert durch Einsätze mehrerer Hundertschaften Polizei, Strafanzeigen gegen Studenten, Entlassungen von Tutoren, „Verfügungen" der bürgerlichen Klassenjustiz etc. Gegen diese Provokation sind mittlerweile tausende Studenten in den aktiven Streik getreten, was von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat zur weiteren Eskalation des Konflikts und zur Rechtfertigung ihres Angriffs genutzt wurde. Ziel der Provokation ist offenbar die Durchsetzung von „Reformen", die darauf zielen, eine Handlanger-Elite der Kapitalisten an den Hochschulen heranzubilden. Entzündet hatte sich der Konflikt an den reaktionären und provokativen Praktiken des Prof. Engels (CDU), der den Studenten jegliches Diskussions- und Kritikrecht absprach.

Dieser Artikel lag schon für AK 39 vor, mußte aus Platzgründen aber verschoben werden. Zur neueren Entwicklung siehe Extra-Kasten.

Professor Engels, Mitglied des braunen „Bundes Freiheit der Wissenschaft" und ehemaliger CDU-Bundestagskandidat, zielte offenbar bewußt von Anfang an auf eine Provokation fortschrittlicher Studenten. So erklärte er bereits in der ersten Stunde, daß diese Vorlesung eine reine „Luxusvorlesung" sei und seine Kollegen ihm prophezeit hätten, daß diese die dritte Stunde nicht überstehen werde.

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
DER PRÄSIDENT

6 Frankfurt am Main 17.1.1974
Senckenberganlage 31
Telefon: (0611) 7981

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
DER PRÄSIDENT

6 Frankfurt am Main 17.1.1974
Senckenberganlage 31
Telefon: (0611) 7981
Durchwahl: 798- 2239
Ri/nb.
Aktenzeichen 510-16
Bei Antwort bitte Aktenzeichen angeben

Gegen Empfangsbekenntnis

An die
Studentenschaft der J.W.Goethe-Universität
z.Hd.von Herrn Krawinkel und
Herrn Schwarz
Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses

h i e r

V e r f ü g u n g

Der Studentenschaft der J.W.Goethe-Universität Frankfurt a.M. und deren Organen wird es rechtsaufsichtlich untersagt,

1. Lehrveranstaltungen der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. zu stören, zu solchen Störungen aufzurufen, welche Störungen auf andere Weise zu unterstützen oder an ihnen mitzuwirken;
2. insbesondere zum"Streik"oder zum "Boykott" von Lehrveranstaltungen aufzurufen oder hieran mitzuwirken.
3. Der ASTA wird rechtsaufsichtlich verpflichtet, bis zum 18.1.1974, 12.00 Uhr dem Präsidenten zu bestätigen, daß die Studentenschaft bereit ist, diese Unterlassungsverfügung zu beachten.

B e g r ü n d u n g :

Die Verfügung wird von dem Präsidenten als Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 38 HHG iVm. § 35 HHG erlassen.
Die Gründe für den Erlaß dieser Verfügung können dem beigefügten Durchschlag eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Studentenschaft vom heutigen Tage entnommen werden.

Anlagen

Kantzenbach

Aus diesem Grunde weigerte er sich auch, – entgegen der Forderung der Studenten – ein Skriptum (schriftliche Fassung der Vorlesung) zu verteilen. Jegliche Zwischenfragen und Kritik an Inhalt und Form seiner Vorlesung wurden von Engels systematisch abgeblockt. Stattdessen erging sich Engels in – für die Studenten weitgehend unverständlichem – Formelwissen und offen reaktionären Sprüchen wie, daß sich z.B. eine Zulassungsbeschränkung für Medizinstudenten ganz selbstverständlich durchsetzen werde; denn die zukünftigen Ärzte seien nicht daran interessiert, daß es viele Ärzte gebe und der Einzelne nicht mehr so viel verdiene; es solle wenig Ärzte geben, die dafür umso mehr verdienen. Darüberhinaus provozierte er die Studenten mit saudummen Witzchen und Kalauern. So Engels zur formalen Logik: „Alle Mädchen haben Hälse; alle Gänse haben Hälse, also sind alle Mädchen Gänse" oder zur Organisationstheorie: „Der 1. Organisator war der Schwiegervater von Moses".

Empört über dieses reaktionäre und selbstherrliche Gehabe forderten die Studenten immer deutlicher und öfter das Recht auf freie Rede und Diskussionsfreiheit. Gegen diese Forderung machte Engels entschieden Front, brach Vorlesungen ab und stellte gegen zwei Studenten Strafanzeige wegen „Nötigung".

Zugleich traten alle Professoren des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften eine Woche in den „Streik", um ihre Solidarität mit den „Unterrichts-"praktiken von Engels zu bekunden und die Studenten unter Druck zu setzen.

Gegen diese Aussperrung beschloß eine Vollversammlung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften(WiWi), die Engels-Vorlesung solange zu boykottieren, bis die Forderungen nach Redefreiheit und Rücknahme der Strafanzeigen erfüllt sind. Diese Forderungen fanden auch bei vielen Studenten aus anderen Fachbereichen Sympathie.

Vorlesungen unter Polizeischutz

Auf Anweisung der Uni-Spitze sollten nach den Weihnachtsferien die Engels-Vorlesungen wieder stattfinden. Allerdings unter dem „Schutz" von mehreren Hundertschaften Bereitschaftspolizei und im „strategisch günstig" gelegenen Biologischen Institut. Mit Sperrgittern und Ausweiskontrollen sollten die Studenten eingeschüchtert und vom demokratischen Kampf für Rede- und Diskussionsfreiheit abgehalten werden. Gegen diesen Polizeieinsatz protestierten ca. 1 000 Studenten, indem sie unter der zentralen Parole „Kampf der Polizeiuniversität" eine Demonstration vom Universitätsgelände zum Botanischen Institut veranstalteten. Ihr Ziel war, noch unentschlossene Studenten durch Diskussionen vom Besuch der Engels-Vorlesung abzuhalten, um so die Beschlüsse der WiWi-Vollversammlung und der Uni-Vollversammlung durchzusetzen.

B o y k o t t der Engels-Vorlesung
– solange es keine Rede- und Diskussionsfreiheit während der gesamten Vorlesung gibt
– solange nicht die Strafanzeigen gegen zwei Studenten zurückgenommen worden sind und
– solange nicht die Ankündigung, den Fachbereich wieder zu schließen, zurückgenommen wird.

Diese Aktion hatte insoweit Erfolg, als diesmal, anstatt der 300 Studenten in der ersten Vorlesung, nur 50 Personen, darunter Journalisten, Beobachter und Polizeispitzel, in die



1 000 Studenten demonstrieren gegen den Polizeieinsatz in der Frankfurter Uni

Veranstaltung gingen. Die „lernwilligen" Studenten setzten sich fast ausschließlich aus Mitgliedern des RCDS (Hilfstruppe der CDU an der Uni) und des ads (ebenfalls eine reaktionäre Organisation) zusammen.

SPD-Mitglied und Uni-Präsident Kantzenbach erklärte, daß der Polizei-„schutz" notwendig sei, „um die Lehrfreiheit von Professor Engels (!) und die Lernfreiheit seiner Hörer (der RCDS- und ads-Studenten!) sicherzustellen" („FR", 8.1.74).

und die Lernfreiheit seiner Hörer (der RCDS- und ads-Studenten!) sicherzustellen" („FR", 8.1.74).

Am 15.1.74 wurde erneut eine Vorlesung unter dem „Schutz" von mehreren Hundertschaften Polizei angesetzt. Diese wurde trotz des Polizeiaufgebots aktiv boykottiert, indem ca. 300 Studenten der Wirtschaftswissenschaften Engels nicht zu Wort kommen ließen. Obwohl bereits auf diesem Punkt der Auseinandersetzung der Protest gegen die Engels-Vorlesung von einem relativ großen Teil der Studentenschaft unterstützt wurde, erklärte Kantzenbach, daß die Vorlesung von einem „Rollkommando kommunistischer Studenten" („Neue Presse" vom 16.1.) gesprengt worden sei. „Er betonte, daß keine Selektion (!) (= Auswahl, d.Red.) durch linke Gruppen (!) stattfinden könne, wer lesen dürfe und wer nicht. Deshalb sei er gezwungen, auch bisher nicht von Störungen betroffene Vorlesungen (!) bis zum Sommersemester auszusetzen." („Neue Presse", 16.1.74).

Aussperrung und Streik

Insgesamt wurden von Kantzenbach (übrigens mit voller Billigung des hessischen Kultusministeriums) 13 Lehrveranstaltungen eingestellt und damit 1 500 Studenten ausgesperrt, womit ein weiterer Schritt zur **bewußten Eskalation der Auseinandersetzung** getan wurde. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme wurde die Kampagne zur Spaltung und Einschüchterung der Studentenschaft, die in der Folgezeit neben der Uni-Bürokratie ständig von der Hessischen Landesregierung, allen bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse geschürt wurde, weiter verstärkt. So erklärte der Sozialdemokrat Kantzenbach demagogisch, „daß auch mit Hilfe der Polizei Lehrveranstaltungen in der bisherigen Form nicht dauernd vor fanatisierten Störtrupps (!) geschützt werden können, wenn die Masse der arbeitswilligen (!) Studenten sich weiterhin nicht in den Auseinandersetzungen angagieren (!) wolle." („FR", 17.1.74).

Zugleich forderte er in Einklang mit dem braunen „Bund Freiheit der Wissenschaft" und der CDU die Einführung eines universitären Ordnungsrechts („Das Tabu des Ordnungsrechts muß gebrochen werden." „FR", 17.1.), mit dessen Hilfe die Bourgeoisie und ihr Staat jegliche Kritik an bestehenden Zuständen aus den Hochschulen verbannen will. Darüberhinaus erwirkte Kantzenbach beim hessischen Verwaltungsgerichtshof eine für die bürgerliche Klassenjustiz beispielhafte „Verfügung", in der es der Studentenschaft der Frankfurter Uni und der Organen unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2 000 DM untersagt wird, zu „Störungen", Streiks oder zum Boykott von Lehrveranstaltungen aufzurufen oder an ihnen teilzunehmen.

Gegen diese Provokation, die darauf zielt, den Studenten so elementare demokratische Rechte wie Redefreiheit, Organisationsfreiheit und Streikrecht zu rauben, verstärkten die Studenten ihren Kampf.

Nachdem bereits auf einer Reihe von Vollversammlungen der größeren Fachschaften der Streik beschlossen worden war, fand am 21.1.74 auf dem Campus eine Vollversammlung der gesamten Universität statt. Hier ver-

worden war, fand am 21.1.74 auf dem Campus eine Vollversammlung der gesamten Universität statt. Hier ver-

sammelten sich über 4 000 Studenten und stimmten ebenfalls mit großer Mehrheit für den Streik. Es wurde beschlossen, den Streik sofort zu beginnen und mit einer Urabstimmung für alle Studenten auch die noch unentschlossenen Kommilitonen in den Kampf einzubeziehen.

Da der Konflikt mittlerweile weit über die begrenzte Auseinandersetzung um die Engels-Vorlesung hinausgegangen war, ging es nun auch bei der Urabstimmung um grundsätzlichere Fragen. Zur Entscheidung standen Fragen wie: Ablehnung des Ordnungsrechts, politisches Mandat für die Studentenvertretung, freies Rede- und Diskussionsrecht in allen Lehrveranstaltungen, Ablehnung des Berufsverbotes für Tutoren (Hilfskräfte). (Inzwischen hatte man sechs Tutoren wegen „Nötigung" gekündigt, da sie sich weigerten, bei weiteren Strafanzeigen gegen Studenten mit dem reaktionären Prof. Gäbler zusammenzuarbeiten.)

Mit welchem Engagement die Auseinandersetzung geführt wird, zeigt das Ergebnis der Urabstimmung. So beteiligten sich 10 170 Studenten (von 21 000) an der Abstimmung, eine Zahl, die bislang bei keiner Abstimmung an der Frankfurter Uni erreicht wurde. Dabei stimmten 5 500 Studenten (54,2%) bei 2,2% Enthaltungen für den Streik.

Hatten Presse, Staat und Uni-Bürokratie schon während der Abstimmung gehetzt, daß es dabei nicht demokratisch zugehen würde, so wurden jetzt die tollsten Interpretationsverrenkungen gemacht. So schloß Kultusminister Friedeburg aus der Tatsache, daß 5.500 nur ca. 1/4 aller Studenten ausmachen, daß „dreiviertel gegen den Streik" seien und bezeichnete das Abstimmungsergebnis als einen „Sieg der Lernwilligen" (Neue Presse v. 28.1.).

Die Offensive rollt

Die Offensive rollt

Spätestens seit der Verschärfung des Konflikts durch die Aussperrung von 1.500 Studenten wird die Ausein-

➔

DIE NEUESTEN EREIGNISSE AN DER FRANKFURTER UNI

Da die isolierte Einführung eines Ordnungsrechts für die hessischen Universitäten von der Landesregierung „nicht für sinnvoll" gehalten wird, gab Kultusminister von Friedeburg am 28.1.74 einen Erlaß bekannt, worin die hessischen Universitäten aufgefordert werden, sich „klare" Hausordnungsbestimmungen zu schaffen. Was der SPD-Minister unter „klar" versteht, drückt er so aus:

„**Danach** (nach der Hausordnung, die Red.) **macht sich derjenige Student eines Verstoßes schuldig, der den Betrieb oder die Verwaltung der Hochschule stört und dabei mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches – Widerstand gegen die Staatsgewalt, Haus- oder Landfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung, Sachbeschädigung sowie gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen kollidiert.**" (FR v. 30.1.74)

Diese Hausordnung stellt klar einen Schritt zum Ordnungsrecht dar, und einzelne Maßnahmen, die später bundeseinheitlich verwirklicht werden sollen werden, hier bereits vorweggenommen.

Zunächst wurde der Streik gegen diesen Angriff weitergeführt. Am 30. und 31.1. startete dann die Polizei gezielte Provokationen: An beiden Tagen wurden die Räume des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) von der politischen Polizei unter dem Vorwand durchsucht, man fahnde nach einem Flugblatt, in dem im Zusammenhang mit der bevorstehenden Räumung von besetzten Häusern in Frankfurt, zu „kriminellen Handlungen" aufgerufen würde. Tatsächlich ließ die Polizei – wie sich später herausstellte – Adressenlisten des VDS (Verband deutscher Studenten) und SHB (Sozialistischer Hochschulbund) mitgehen. Mehrere hundert Studenten, die daraufhin empört den Abzug der Polizei aus der Uni forderten, wurden von bereitstehenden Polizisten und Wasserwerfern überfallartig angegriffen. Selbst die SPD-treue „Frankfurter Rundschau" bezweifelte später, ob dieser Polizeieinsatz „notwendig" war.

Aufgrund des staatlichen Drucks, der die Gefahr eines Abbröckelns der Streikfront signalisierte, beschlossen die Studenten auf einer Vollversammlung am 4.2.74 den Abbruch des Streiks.

Jedoch kündigte der AStA-Vorsitzende Krawinkel weitere Aktionen an, falls die vom Kultusminister angedrohte Hausordnung verwirklicht, neue Strafanzeigen gestellt oder weiterhin gegen den AStA vorgegangen werde.

KB/Gruppe Frankfurt

Forts. Uni Frankfurt

andersetzung an der Frankfurter Uni von einer enormen Hetzkampagne begleitet, die von der hessischen SPD-Landesregierung, der CDU und der Uni-Bürokratie ebenso getragen wird wie von der bürgerlichen Presse. So wird der Kampf der Studenten für die Erhaltung ihrer demokratischen Rechte dargestellt als „kriminelle(n) Handlungen kommunistischer Studentengruppen" (Neue Presse v. 18.1.), als „kollektive Nötigung und Gewalt der ultralinken Gruppen" (Wagner, CDU, in FR v. 23.1.), als „revolutionäre Machenschaften von Chaoten" (Ministerpräsident Albert Oswald, FR 26.1.), um nur einige Formulierungen zu nennen.

Kultusminister Friedeburg tönt: „Wenn das die Durchführung von Strafverfahren (!) erleichtere, befürworte er auch ein Verbot (!) des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV), der nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Kiel, Braunschweig oder Berlin die Konflikte mitsteuere(!)," (FR v. 23.1.), und „Bild" hetzt in offen faschistischer Manier unter der Schlagzeile: „Dreieinigkeit an Frankfurts Uni: Faule, Dumme, Radikale" („Bild" v. 24.1.). Bei alledem darf natürlich auch nicht der Hinweis auf die Steuergelder fehlen, die die Studenten durch ihren Streik „verprassen".

Worum geht es?

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) spricht es aus: „*Die Öffentlichkeit (müsse) darüber aufgeklärt werden, daß in Frankfurt lediglich eine kleine Gruppe krawallfreudiger Studenten, unterstützt von Universitätsfremden, politische Ziele mit Gewalt verfolge*" (FAZ v. 26.1.).

Mit anderen Worten: Es geht darum, die bewußt provozierten und vom Staat ständig eskalierten Auseinandersetzungen, bei der die Studenten lediglich einen Abwehrkampf gegen Angriffe des Staates auf ihre demokratischen Rechte führen, hinzustellen als Terror ferngesteuerter „kommunistischer Rollkommandos", die zu faul und zu dumm zum Lernen sind, die „lernwillige Mehrheit" terrorisieren usw., und das alles noch auf Kosten der Steuerzahler. Auf dem so bereiteten Boden kann der Staat eine noch schnellere Gangart einschlagen, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand in der werktätigen Bevölkerung zu stoßen. So setzt sich Ministerpräsident Osswald für ein noch härteres Vorgehen ein, erklärte, daß „dieser Staat jetzt mehr Flagge zeigen muß" (FR v. 23.1.) und spricht den Studenten jegliches Streikrecht ab (die Studenten führten „keinen Streik durch, sondern verstießen gegen den Strafbestand der Nötigung", FR v. 26.1.).

Im gleichen Zug beschließt die hessische Landesregierung:

1. **Anhängige Strafverfahren gegen Studenten sollen beschleunigt werden.**
2. **Die zuständigen Ressorts sollen prüfen, ob die Einführung eines Ordnungsrechts für die Universitäten sinnvoll und wirksam ist.**
3. **Dem Frankfurter Universitätspräsidenten Erhard Kantzenbach sichert das Kabinett seine Unterstützung zu. Kantzenbach will künftig gegen die Studenten mit Strafanzeigen vorgehen, die in Vorlesungen stören.**
4. **Prüfungen sollen durch Polizeischutz gesichert werden.**
(FR v. 23.1.)



4 000 Studenten beschließen den Streik



„Die beiden Regierungsfraktionen SPD und FDP hoffen, daß auf die Dauer (!) von einer Novelle des Universitätsgesetzes (!), die sie zur Zeit vorbereiten (!), ebenfalls beruhigende Wirkungen (!) auf die Frankfurter wie auf alle hessischen Universitäten ausgehen werden" (FAZ v. 26.1.). Damit ist die Katze aus dem Sack gelassen!

Die Provokation der Auseinandersetzungen hat zum Ziel, die seit langem geplante Hochschul„reform" und Maßnahmen wie das Ordnungsrecht durchzusetzen und zwar so, daß das harte Vorgehen, welches notwendig ist, um die „Reform" gegen den Willen der Studenten durchzusetzen, als Reaktion auf die „kriminellen Handlungen kommunistischer Gruppen" hingestellt werden kann.

Dreieinigkeit an Frankfurts Uni: Faule, Dumme, Radikale

Hetze in faschistischer Manier: „Bild" vom 24.1.74

Was mit diesen „Reformen" erreicht werden soll, zeigen die durchgeführten und angedrohten Maßnahmen an der Frankfurter Uni. Nämlich: Abbau der Kritikfreiheit, Abbau des Streikrechts, Abbau der Organisationsfreiheit, Einführung schärfster Repressalien wie Strafverfahren und Ordnungsrecht gegen Studenten, die sich nicht zum willenlosen Handlanger der Kapitalisten ausbilden lassen wollen usw. Daneben sollen Maßnahmen eingeführt werden, wie Verschärfung des Numerus Clausus, Rationalisierung und Effektivierung des Studiums, was nichts anderes heißt, als daß nur noch die Studenten ihr „Lernziel" erreichen sollen, die sich bedingungslos den Anordnungen des Staates beugen, es lernen, ihre „Ellenbogen" zu gebrauchen und größtes Strebertum an den Tag legen, da sie sonst das Studium nicht in der vorgeschriebenen Zeit schaffen. Daß ihnen damit auch keine Zeit mehr bleibt, um sich überhaupt mit politischen Fragen intensiv auseinanderzusetzen, versteht sich von selbst.

Kurz: Was hier angestrebt wird, ist die Ausbildung einer Elite von Handlangern der Kapitalistenklasse, die bedingungslos deren Anordnungen ausführt und dabei nicht nach den gesellschaftlichen Zusammenhängen fragt. Für dieses Ziel sollen auch die „lernwilligen" Studenten mobilisiert werden. Der SPD-Landesvorstand „forderte daher die zur Reform bereiten Studenten auf, die ‚Gewaltdrohung der Chaoten und Anarchisten' mit Nachdruck zurückzuweisen." (Neue Presse, 25.1.).

Daß der Angriff der Kapitalistenklasse auch hier wieder auf die Illegalisierung und Kriminalisierung der kommunistischen Bewegung zielt, zeigen bereits die oben genannten Äußerungen der SPD-Landesregierung. Auch hier wird wieder die Rolle des KSV, gegen den derzeit bundesweit eine Verbotshetze läuft, in einem Maße, das in keinem Verhältnis zu seiner realen Bedeutung steht, und ihm wird offen mit dem Verbot gedroht.

Besonders bemerkenswert ist aber bei der laufenden Kampagne der Zusammenhang zwischen Kommunisten-Jagd und Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte.

Der KB hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die Kommunisten-Jagd keineswegs nur unmittelbar gegen die Kommunisten richtet, sondern daß in deren „Windschatten" unter dem Vorwand der Kommunisten-Bekämpfung ein massiver Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes stattfindet, so daß demnach die Verfolgung der Kommunisten nur ein Teil – wenn auch ein besonderer – der zunehmenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft ist. Eben das zeigen die Ereignisse im Zusammenhang mit der Frankfurter Uni in großer Klarheit, was beweist, daß der Kampf zur Erhaltung der demokratischen Rechte untrennbar mit dem Kampf für freie politische Betätigung verbunden werden muß!

Was geht das die Arbeiterklasse an?

An der Uni bilden die Kapitalisten ihre Handlanger aus, denen sie gegenüber den Arbeitern materielle und soziale Privilegien zugestehen.

Fast jeder Arbeiter hat schon schlechte Erfahrungen mit „Studierten" gemacht, die ihm als Vorgesetzte, als Lehrer seiner Kinder, als Arzt usw. in arroganter Manier gegenübergetreten sind.

Aus diesem Grund steht ein Großteil der Arbeiterklasse den Kämpfen der Studenten mit großem Mißtrauen gegenüber, was auch der Grund dafür ist, daß die Demagogie der bürgerlichen Presse, die auf die Vertiefung der Spaltung zwischen Arbeitern und Studenten zielt, leider immer noch auf fruchtbaren Boden fällt.

Dieses Mißtrauen der Arbeiter hat durchaus seine Berechtigung, wenn man bedenkt, daß der überwiegende Teil der Intelligenz tatsächlich seine Unteroffiziers-Funktion erfüllt, indem er die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse durchsetzt.

Aber gerade aus diesem Grund kann es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, wenn sich ein Teil der Studentenschaft dagegen wehrt, zu bedingungslosen Handlangern der Kapitalistenklasse ausgebildet zu werden.

Wenn Studenten den Kampf aufnehmen gegen den Abbau der demokratischen Rechte an der Uni, so ist dies ein Teil des Kampfes gegen die Faschisierung von Staat und Gesellschaft, jener Faschisierung, die sich mit Ausbau der Polizei, Einsatz der Polizei bei Streiks, Angriff auf das Streikrecht usw. in erster Linie gegen die Arbeiterklasse richtet. Deshalb ist der Kampf der Studenten an der Frankfurter Uni im Interesse der Arbeiterklasse und Aufgabe der fortschrittlichen und klassenbewußten Arbeiter ist es, der Demagogie und Hetze der bürgerlichen Presse entgegenzuwirken und diesen Kampf zu unterstützen.

KB-Gruppe Frankfurt

Forts. Faschisten mit . . .

Die „Aktion Neue Rechte"

Die italienischen und deutschen Faschisten haben schon in den zwanziger Jahren versucht, ihrer Politik im Dienst der Bourgeoisie ein ‚soziales" oder gar ‚sozialistisches" Mäntelchen umzuhängen. Hitler begründete das einmal vor Kapitalisten sehr offen: **„Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann...Eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft."** (Rede vor dem Hamburger „Nationalclub von 1919" im Februar 1926 – nach Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht..., Frankf./M. 1960).

Im Übrigen gab es z.B. in Deutschland neben der NSDAP noch eine ganze Anzahl kleinerer faschistischer Organisationen und Gruppen, die unter Namen wie „Nationalrevolutionäre", „Sozialrevolutionäre Nationalisten", „Deutsche Sozialisten" und gar „Nationalbolschewisten" Zutreiberdienste für die NSDAP leisteten.

In den letzten Jahren gab es bereits in der BRD einige ähnliche Ansätze, von denen die sogenannte „Partei der Arbeit" wohl die berüchtigste war. Einen „Aufschwung" aber gab es erst mit der Gründung der „Aktion Neue Rechte", die aus einer taktischen Auseinandersetzung innerhalb der NPD hervorging.

Auf dem fünften Bundesparteitag der NPD in Holzminden im November 1971 standen sich zwei taktische Auffassungen gegenüber . NPD-Chef Thadden erklärte, das bisherige offen terroristische Auftreten der NPD habe der Partei nicht genutzt, sondern geschadet. „Wir werden uns hier zu entscheiden haben, ob wir eine Rechtspartei sein und bleiben wollen, um wieder Wähler zu gewinnen, oder ob wir stattdessen zu einem Aktionismus übergehen wollen, der die Bürger erschreckt und politisch ohne nachhaltige Wirkung ist." (Thadden).

ohne nachhaltige Wirkung ist." (Thadden).

Gegen Thadden trat vor allem Pöhlmann auf, Landesvorsitzender der NPD in Bayern und Mitglied des NPD-Parteivorstands. Thadden konnte sich mit seinem „gemäßigten" Kurs nur sehr kanpp durchsetzen (mit etwa 57% gegen 43% der Parteitags-Stimmen), und auch dies nur durch die spektakuläre Bekanntgabe seines Rücktritts.

Pöhlmann trat daraufhin im Januar 1972 aus der NPD aus, eine größere Zahl seiner Anhänger wurde aus der NPD ausgeschlossen. Im Münchner „Augustinerbräu" wurde unter Führung Pöhlmanns die „Aktion Neue Rechte" (ANR) gegründet. Die „Partei der Arbeit" gab wenig später ihren Anschluß an die ANR bekannt; die „Aktion Oder-Neiße" (AKON) und die „Aktionsgemeinschaft 17. Juni" erklärten sich zur Zusammenarbeit mit der ANR bereit; die engere Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volksunion" (DVU) des Herrn Frey, Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Nationalzeitung" wurde dagegen Anfang 73 offiziell gelöst, weil Frey als zu „lahm" angesehen wurde.

Die ANR behauptet, gegen Kommunismus und Kapitalismus gleichermaßen zu kämpfen. **„Da sich Kapitalismus und Kommunismus im Grundsätzlichen gleichen, sind beide unfähig, die Probleme der modernen Industriegesellschaft zu bewältigen."** – Empfohlen wird dagegen eine **„Leistungsgemeinschaft des schaffenden Volkes", „echte Mitbestimmung der Arbeitenden im Betrieb durch Eigenbestimmung – Keine Funktionärsfremdbestimmung", „Vermögensbildung durch Gewinnbeteiligung." „Die Neue Europäische (!!) Sozialordnung wird wesentlich von der Vermögensbildung der Arbeitnehmerhand geprägt werden...Damit wird der Europäische Sozialismus (!) das Ende der Ausbeutung bringen." „Im Gegensatz zum Kommunismus und Kapitalismus ist der Europäische Sozialismus nicht eigentumsfeindlich. Wir Europäischen Sozialisten wollen das Eigentum nicht beseitigen, sondern Eigentum für alle schaffen."** (Alle Zitate aus ‚neue zeit" Extrablatt der ANR, Juni 72).

„Eigentum für alle" ist nun allerdings gar so aufregend nicht, sondern gehört zu den Standard-Parolen aller bürgerlichen Parteien, ebenso wie die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand". Von der CDU/CSU unterscheidet sich dei ANR im Wesentlichen nur durch ihre besonders wilde antigewerkschaftliche und antikommunistische „Militanz" und ihre besonders „radikale" Sprache.

Es war also nur konsequent, daß ANR-Chef Pöhlmann zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (April 72) und zu den kommenden Bundestagswahlen zur Wahl der CDU/CSU aufrief mit der Begründung: „Jede Zersplitterung der Stimmen ist in dieser entscheidendne Stunde abzulehnen." („Nationalzeitung", 21.1.72).

Im Übrigen ist die vorgeblich „antikapitalistische" ANR bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die „grundsätzlich gleiche Ziele haben" nämlich: „Der Kampf gegen den Kommunismus, der Kampf gegen die Ostverträge, der Kampf gegen den Verfall in unserer Gesellschaft." (Pöhlmann, s.o.).

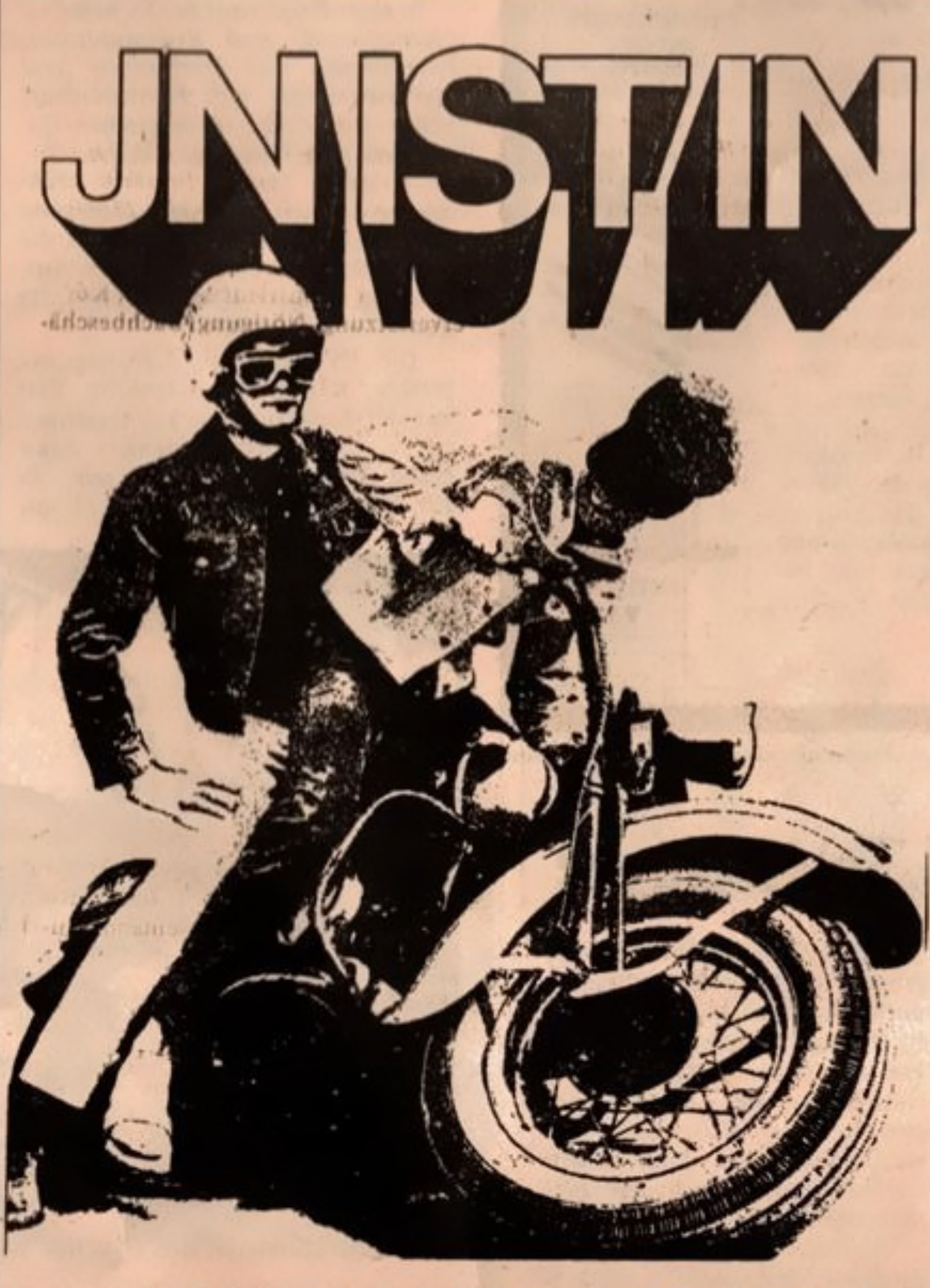
Die ANR macht also gar kein Geheimnis daraus, daß der Kampf gegen den Kapitalismus natürlich nicht zu ihren grundsätzlichen Zielen gehört; oder richtiger, daß diese politischen Betrüger nicht gegen, sondern für die kapitalistischen Ausbeuter arbeiten.

Ansonsten dem Klassenkampf völlig abgeneigt, zeigt die ANR jedoch großen Eifer, wenn es gegen „die Gewerkschaften" geht. So heißt es in ihrer „neuen zeit" vom August 73, DGB und SPD „zittern vor wilden Streiks". Aufgabe sei jetzt „Besetzung der DGB-Paläste" (!), „Besetzung der Pleite-Fabriken, ihre Wiederinbetriebnahme durch die Belegschaft selbst," „Abwahl aller Gewerkschaftsversager und Leisetreter aus den Betriebsräten!" und zu guter Letzt: „Generalstreik". Noch „rrradikaler" geht's kaum.

Als internationale Vorbilder hebt die ANR die „nationalrevolutionäre" Militärjunta in Peru, Peron in Argentinien, die faschistische Terrortruppe „Ordre Nouveau" (Neue Ordnung) in Frankreich und den amerikanischen Rassisten George Wallace (!) hervor, dem eine „in der Grundtendenz antikapitalistische und antimarxistische" Haltung bescheinigt wird, ferner die italienische faschistische Partei MSI, den Franco-Faschismus in Spanien und demagogischerweise die IRA. („neue zeit", Juni 72 und August 73).

Ein „Rebell", der keiner ist

Unter dem vielversprechenden Namen „Rebell" erscheint ein besonders demagogisches Hetzblatt, das sich vorzugsweise an Jugendliche wendet. Als Herausgeber firmieren die sogenannten „Nationalrevolutionären Basisgruppen" (NRB).



In „poppiger" Aufmachung geht die NPD unter den Jugendlichen auf Dummenfang (aus einem Flugblatt der „Jungen Nationaldemokraten")

Diese faschistischen Demagogen brachten es sogar fertig, *„die zukunftsweisenden Gedanken der Prager Reformer"* zu loben, nämlich *„die gleichgewichtige Betonung von Demokratie, humanem Sozialismus und nationaler Selbstbestimmung."* Sie fordern die „Sozialisierung von Großunternehmen" und „eine unabhängige Arbeiterselbstverwaltung (!), wo sie möglich ist", kämpfen angeblich **„für eine unabhängige, demokratische, sozialistische Gesamtrepublik."**

Der DGB sei *„inzwischen größter Unternehmer der ‚BRD' "* und *„die Gewerkschaften"* nähmen deshalb *„ihre eigentliche Aufgabe, den Kampf gegen den Kapitalismus, nicht mehr wahr."* Die DKP wird angegriffen als *„Faschisten im roten Schafspelz, macht- und besitzhungrige Arbeiterverräter in spe, die nur die verfaulten, kranken Herrschenden in der BRD durch eine straffere, stabilere Ausbeutung ablösen wollen."*

Die Faschisten geben sich sogar einige Mühe, sich bei den Linken anzubiedern, indem sie sich gegen die **„einseitige Verteufelung der Maoisten (!) und der Nationalrevolutionäre als Chaoten bei gleichzeitiger Öffnung und Toleranz gegenüber der moskauhörigen DKP"** wenden. Und an anderer Stelle schreiben sie, nachdem sie (in Zusammenhang mit dem 1. Mai 72 in Westberlin) gehörig gegen DKP und DGB gewettert haben: *„Dann wären da noch die Maoisten und ein paar Trotzkisten. Sie sind am konsequentesten, was ihre Haltung zu den Gewerkschaften angeht. Auch sie lehnen den DGB aus den obengenannten Gründen ab. Auch sind sie realistischer in der Einschätzung des sowjetischen Imperialismus (!). Insofern sind sie von allen Mai-Demonstranten die sympathischsten. Ihr Fehler liegt in ihrer überholten und von Denkfehlern behafteten kommunistischen Ideologie, die sie zwar den Realitäten anzupassen versuchen, von der sie sich aber nicht trennen können . . ."* (Alle Zitate aus „Rebell" Mai-Juni 72 und 3/73).

Die Leute vom Faschisten-„Rebell" verstehen es, gemessen auch an ähnlichen Versuchen, relativ gut, den faschistischen Pferdefuß nicht auf den ersten Blick sichtbar werden zu lassen. Völlig offensichtlich wird der faschistische Hintergrund aber, wenn man den braunen Faden weiterverfolgt zu den sogenannten „Nationalrevolutionären Basisgruppen" (NRB), als deren „zentrales Jugendorgan" dieser „Rebell" ja erscheint.

„Deutsche Sozialisten" und andere Provokateure

Die NRB, die sich auch „Deutsche Sozialisten (NRB)" nennen, geben u.a. eine „theoretische" Zeitschrift mit dem Namen „Nationale Verantwortung" heraus.

Beteiligt sind daran in erster Linie die „Aktion Deutscher Sozialismus" (ADS) mit dem Schwerpunkt Frankfurt und die „Nationale Front" aus München, die ANR kommt mit „Diskussionsbeiträgen" zu Wort und besonders gelobt wird der faschistische „Deutsche Studenten-Anzeiger".

Die „Nationale Front", Mitherausgeber der „Nationalen Verantwortung", ist ein besonders übler Verein. Als Ende Oktober 72 die Polizei ein Waffenlager einer „Kampfgruppe Großdeutschland" aushob, meldete die Springer-Presse: „Rote Terrorbande gefaßt". Die „Kampfgruppe Großdeutschland" hatte, so hieß es, Verbindung zu der „kommunistischen (!) Terrororganisation ‚Nationale Front' " gehabt, deren Chef der „linksradikale (!) Armin K.J." sei (vgl. dazu AK 24, S. 21, „Waffenlager der Faschisten ausgehoben").

Dies ist ein deutliches Beispiel für die Funktionsweise der faschistischen Provokateure. Übrigens blieb die „Nationale Front" von der Polizei und Justiz natürlich ungeschoren; „Armin K.J." (in Wahrheit heißt er Karl Jochheim-Armin) war und blieb Mitarbeiter der Zeitschrift „Nationale Verantwortung".

Die Frankfurter „Aktion Deutscher Sozialismus" (ADS), die ebenfalls die „Nationale Verantwortung" unterstützt, behauptet „jenseits jeder Klassenkampfideologie" zu stehen. Die Ideologie des Marxismus sei „volksfremd" (die Nazis sagen es deutlicher: „jüdisch"). *„Die ADS*

„volksfremd" (die Nazis sagen es deutlicher: „jüdisch"). „Die ADS

tritt für die Enteignung aller Betriebe ein, die sich in volksfremden



Faschistische Schläger-Truppen werden aus verführten Jugendlichen aufgebaut

(!) Händen befinden oder deren Besitz zu politischem Machtmißbrauch benutzt wird." „Gegenwärtige Hauptaufgabe wird es sein, die Kumpanei zwischen Kapitalisten, Politikern und Gewerkschaftsbonzen (!) wirksam zu bekämpfen." „Alle Macht gehört dem Volk". „Der Staat darf nicht länger ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes bleiben." Die Gesetze müssen *„dem natürlichen Volksempfinden entsprechen." „Jede Verhetzung und Volkszersetzung muß unmöglich gemacht werden."* (Aus dem „Aktionsprogramm gegen Imperialismus und Reaktion" der ADS).

Die ADS arbeitet in Frankfurt eng mit der italienischen Faschisten-Organisation „Lotta di Popolo" (d. h. „Volkskampf"!) zusammen, die schon eine längere Erfahrung in der „revolutionären" Maskierung des Faschismus und in der Durchführung arbeiterfeindlicher und antikommunistischer Provokationen hat, und die auch italienische Kollegen in der BRD zu bearbeiten versucht. „Lotta di Popolo" wurde schon 1969 gegründet im Zusammenhang mit dem faschistischen Plan, Provokateure und Spitzel in linke Organisationen zu schicken bzw. zur Durchführung von Provokationen selbst pseudo-„revolutionäre" Gruppen aufzubauen (vgl. UNSER WEG-Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli, S. 22/23 und S. 39/40 und den Artikel „Vom Blutbad des Staates zum Staat des Blutbades" in AK 39). In Frankreich existierte eine paralelle Gruppe „Lutte du Peuple", die ebenfalls mit der ADS zusammenarbeitet.

Solche Gruppen arbeiten vorerst weitgehend auf agitatorisch-propagandistischer Ebene, d.h. sie versuchen durch eine gezielte Breitenarbeit (die ADS z.B. verteilt regelmäßig ihren Mist an Frankfurter Verkehrsknotenpunkten und vor mehreren Betrieben) erst einmal „militante Kerngruppen" („Aktionsprogramm" der ADS) zu gewinnen. Daneben tritt aber – wie der Fall Jochheim-Armin zeigt – schon jetzt (und in Zukunft wahrscheinlich verstärkt) die direkte Provokation im Dienst der Bourgeoisie, die ihr die Vorwände für Schläge gegen die Arbeiterbewegung liefern soll. (Vgl. Italien!!)

Auch die NPD versucht es mit sozialer Demagogie

Auch die NPD setzt verstärkt auf soziale Demagogie. Auf einem in Frankfurt verteilten Flugblatt („Die zweite NPD-Welle rollt!") konnte man gar lesen: „Gegen kapitalistische Ausbeutung (!) und kommunistischen Klassenkampf hilft nur die nationale Rechte, die sich für das ganze Volk, nicht aber für Bonzen und Parasiten einsetzt."

Besonders geeignet scheint für soziale Demagogie offenbar der Einsatz der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), Jugendorganisation der NPD.

ten" (JN), Jugendorganisation der NPD.

Während die NPD die Jugend angeifert als „Generation ohne Ideal, ohne lebensrichtiges Zielbild, ohne Haltung, ohne Saft und Kraft, verjazzt und vergammelt" („Deutscher Kurier", April 73), um die alten Faschisten zu ködern, gehen die Jungfaschisten mit saudummen Schnacks wie „JN ist in" unter der Jugend auf Dummenfang.

Das „Manifest" der JN wird gar mit einem Zitat von Ho tschi-minh eröffnet. Was folgt, ist allerdings abgestandener faschistischer Dreck aus der hintersten Ecke: der „Materialismus amerikanischer Prägung" zerstöre „die deutsche Volksseele" (? !); gegen die „Lüge von der Allein-

`Einzeltäter´, `Waffenliebhaber´ und `Schizophrene´

`Einzeltäter´, `Waffenliebhaber´ und `Schizophrene´

Die Formierung bewaffneter faschistischer Banden wird vom bürgerlichen Staat mit größter Schonung beobachtet.

Faschistische Waffensammlungen werden in aller Regel für das Werk „privater" und natürlich „völlig unpolitischer" „Waffenliebhaber" erklärt. Läßt sich der politische Hintergrund gar nicht verbergen, so spricht man wenigstens von „Einzeltätern" und möglichst gleich von „Unzurechnungsfähigen", „Schizophrenen". Läßt sich auch die Existenz einer bewaffneten faschistischen G r u p p e nicht mehr leugnen, so taucht der Vorfall nur in winzigen Notizen auf oder aus den Faschisten wird eine „linksradikale Terrorgruppe" gemacht.

Hier einige Beispiele für die Methode:

Im Februar 73 wurde ein Waffenlager in München entdeckt, bestehend u.a. aus neun Gewehren, 25 Pistolen oder Revolvern, 2 191 Schuß Munition und verschiedenen „Chemikalien". Die Polizei sprach von einem „unpolitischen" Waffenfanatiker" („FAZ", 7.2.73).

Im März wurde in München ein weiteres Waffenlager entdeckt, bestehend u.a. aus sieben Gewehren, 13 Pistolen oder Revolvern und 2294 Schuß Munition. Die Polizei sprach von einem „privaten Waffenlager" eines „Sammlers" („SZ" 24.3.73).

Im Februar 73 wurde ein Waffenlager in Esslingen entdeckt, bestehend u.a. aus zwei Maschinengewehren, drei Maschinenpistolen, zwei Schnellfeuergewehren, drei Karabinern, neun Pistolen oder Revolvern und einigen tausend Schuß Munition (vgl. Foto). Der Besitzer war Mitglied der NPD und aktiv in der „Aktion Widerstand". Die Polizei sprach von einem „privaten Waffenmuseum" („Die Tat", 8/73).

Ein Zollbeamter, der an der Grenze zur DDR Dienst tat, fiel dadurch auf, daß er nahe der DDR-Grenze in provozierender Weise mit selbstgebastelten Bomben hantierte und sich dabei verletzte. In seiner Wohnung wurden eine Maschinenpistole, mehrere Gewehre, Revolver und große Mengen Munition und Sprengstoff sowie einige selbstgebastelte Bomben gefunden. Der Vorgang wurde heruntergespielt und unter „unpolitisch" abgelegt („Hamburger Morgenpost", 16.6.72).

Im August 72 wurde ein Waffenlager bei einem Frankfurter Hausbesitzer gefunden, bestehend aus drei Gewehren, Munition, Dolchen und Schlagstöcken. Der Mann, „dessen Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen in Frankfurt bekannt sind" („FR") hatte zusammen mit Komplizen wiederholt die Waffen dazu verwendet, um Mieter einzuschüchtern („FR", 8.8.72). Die Sache wurde heruntergespielt.

Nach „Spiegel" 49/71 wurden allein 1970 35 Faschisten (meist NPD-Mitglieder) entdeckt, „die Trommelrevolver, Kleinkalibergewehre, Karabiner und eine Maschinenpistole gehortet hatten." Alle diese Fälle sind offenbar soweit wie möglich heruntergespielt worden und später „eingeschlafen", bzw. die Faschisten kamen mit lächerlich geringen „Strafen" davon.

So wurde 1970 in NRW eine bewaffnete faschistische Gruppe ausgehoben, die sich „Europäische Befreiungsfront" nannte. Führer dieser Bande war ein Herr Blatzheim, Vorsitzender der NPD in Duisburg.



Diese Waffen wurden bei einem Faschisten in Esslingen gefunden. Die Polizei nannte ihn einen „Waffenliebhaber" und ließ ihn laufen.

Im Februar 71 wurde in NRW eine weitere bewaffnete faschistische Gruppe aufgedeckt. Die meisten Mitglieder gehörten der NPD und dem NPD-„Ordnerdienst"-Schlägertrupp an. Die Gruppe hatte nach Angaben der Polizei mindestens 12 Mitglieder. Die gefundenen Waffen waren u.a. 17 Gewehre, 13 Karabiner, 11 Pistolen, mehrere Gewehre mit Bajonett, Munition in großen Mengen. Ferner als „Zubehör" Plakate der „Aktion Widerstand", Hakenkreuzfahnen und Arbeitsuniformen der Bundeswehr.

Im Oktober 72 wurde eine „Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland" aufgedeckt, die ebenfalls umfangreiche Waffenlager angelegt hatte. Die Presse sprach in großer Aufmachung von einer „roten Terrorgruppe" und klärte das „Mißverständnis" erst später in winzig kleinen Notizen auf (vgl. nebenstehenden Artikel).

Bezeichnend ist für alle diese Beispiele, daß solche Vorfälle in Presse, Fernsehen kaum erwähnt und möglichst schnell vergessen werden, während auf der anderen Seite der gigantisch aufgeblasene „Baader-Meinhof"-Rummel aus durchsichtigen politischen Gründen permanent am Kochen gehalten wird.

Den Verbindungen der faschistischen Banden zur NPD u.ä. sowie untereinander wird nicht nachgegangen.

Man hört auch aus gutem Grund kaum je von der Verurteilung der faschistischen „Waffenliebhaber". Schon gar nicht, daß gegen sie so schweres Geschütz aufgefahren würde wie „kriminelle Vereinigung" oder gar „Hochverrat". Die Maßnahmen des Staatsapparates haben eher die Funktion, die Faschisten mit sehr sanfter Strenge dazu zu erziehen, gefälligst in Zukunft ihre Waffen besser zu verstecken und bei ihren Bandenbildungen mit mehr Vorsicht und Geschick zu Werk zu gehen. Keinesfalls will die Bourgeoisie die faschistischen Banditen entscheidend treffen, keinesfalls soll der Bevölkerung das Ausmaß des faschistischen Banditentums deutlich werden. Denn wer weiß, wozu man sie noch brauchen kann, die Faschisten. . . . ■

Forts. Faschisten mit...

kriegsschuld" sind die JN ebenso wie gegen „sexuelle Hemmungslosigkeit" und gegen die „Verherrlichung alles Niedrigen in Kunst und Literatur". Die JN sind angeblich auch gegen „Millionärscliquen (!) in CDU/CSU SPD/FDP und Gewerkschaftsbonzen", lehnen aber ansonsten natürlich den Klassenkampf (der Ausgebeuteten, nicht der Ausbeuter!) ab.

In einer Flugschrift der JN heißt es: *„Kapitalismus und Kommunismus, Liberalismus und Marxismus, freie Marktwirtschaft und Planwirtschaft haben trotz aller ideologischen Gegensätze viele Gemeinsamkeiten: Bede Systeme beuten in ihrer praktischen Auswirkung den Menschen aus..."* und zum Schluß kommt die schwachsinnige Parole: **„Gegen Ausbeutung, gegen Klassenkampf, für nationale Solidarität!"**

Die JN haben ein Lehrlingsprogramm, das durch folgenden Satz aus der Einleitung zu kennzeichnen ist: *„Klassenkampfdenken kann heute keine Lösung mehr sein. Es gilt, die Betriebsgemeinschaft (!) mit ihrer persönlichkeitsbildenden (? ? !) Wirkung zu fördern und zugleich den Erfordernissen des harten beruflichen und wirtschaftlichen Wettbewerbs Rechnung zu tragen."*



Faschisten formieren sich („Aktion Widerstand" in Würzburg 1970)

Die JN haben außerdem ein Schülerprogramm, in dem es u.a. heißt: *„Das Nationalbewußtsein muß bereits in der Schule geweckt und gefördert werden" die Schule müsse Schulabschlüsse müssen den Leistungserfordernissen der modernen Industriegesellschaft Rechnung tragen". „Die SMV* (= Schülermitverwaltung - Anm. AK) *ist nicht berechtigt, zu Fragen der allgemeinen Politik Erklärungen abzugeben."* Ein *„schulisches Disziplinarrecht"* sei *„unumgänglich"; „eine Mitbestimmung von Schülervertretern in disziplinarischen Fragen ist abzulehnen."*

Die JN haben nach eigenen Angaben etwa 3 000 Mitglieder (September 73). Sie preisen sich an als „Jugendorganisation voller Dynamik" (Flugschrift „Jugend für Deutschland") und behaupten, „Generationenprobleme gibt es bei uns nicht" (Flugschrift „JN ist in"). Im Übrigen ist wahrscheinlich gerade unter den JN der Trend zu den mehr aktionistischen und mehr sozialdemagogischen „nationalrevolutionären" Gruppierungen recht groß.

„Soziale" Demagogie - Ausdruck der Krise des Kapitalismus

Die Gruppen, die heute unter Namen wie „Nationalrevolutionäre", „Deutsche Sozialisten" etc. das Geschäft der Beorgeoisie betreiben, folgen sehr genau dem Vorbild des „klassischen" Faschismus in Italien und Deutschland.

Das Programm der italienischen Faschisten vom Juni 1919 enthielt Forderungen wie Acht-Stunden-Tag, Garantierung von Mindestlöhnen, Kontrolle moralisch und sachlich geeigneter (?) Arbeiterkomitees über Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft", Beschlagnahme von 85% der Kriegsgewinne. Als im September 1920 in Italien zahlreiche Betriebe von Arbeitern besetzt wurden, erklärte Mussolini „Die Arbeiter sollen nicht nur die Fabriken besetzen, sondern auch das Mitbestimmungsrecht an der Betriebsführung erhalten."

Das Programm der NSDAP vom Februar 1920 enthielt Forderungen wie „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens" (!), „Restlose Einziehung aller Kriegsgewinne" (!), Verstaatlichung von Trusts und Konzernen, „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben", „Verhinderung jeder Bodenspekulation".

Die faschistischen Demagogen scheuen sich nicht, sich – wenn die reale antikapitalistische Massenbewegung es erfordert – in Worten sehr „kämperisch" zu geben und womöglich (in Worten) die Gewerkschaften und reformistischen „Arbeiterparteien" von „links" zu überholen, wie vor allem das historische Beispiel des italienischen Faschismus zeigt. Entsprechend ihres Auftrages versuchen dabei die Faschisten die Empörung der Massen in erster Linie nicht auf die Kapitalisten, sondern auf die Arbeiterverräter in den Führungen der Gewerkschaften und reformistischen „Arbeiterparteien" abzulenken.

Wir haben dafür ein anschauliches Beispiel in den Demagogen der ANR, die einerseits zur Wahl der CDU/CSU (!!) aufrufen und andererseits lautstark die „Besetzung der Gewerkschaftspaläste" und „Abwahl aller Gewerkschaftsversager und Leisetreter aus den Betriebsräten" (und ihre Ersetzung durch CDU-Betriebsräte ? !) fordern.



Bei einem Interview mit der „Quick" ließ sich CSU-Chef Strauß deutlich erkennbar mit dem Fingerzeichen der „Aktion Widerstand" fotografieren.

Abgesehen von einzelnen demagogischen „Zugeständnissen" an antikapitalistische Stimmungen liegt die Politik der Faschisten auf der Linie der Klassenversöhnung. „Wir sind gegen Ausbeutung und Klassenkampf", „Wir sind gegen Kapitalismus und Kommunismus". Parolen wie diese wenden sich vor allem an die zwischen Proletariat und Bourgeoisie sozusagen „eingezwängten" Mittelschichten, die zwar den Druck des Kapitalismus immer stärker spüren, aber sich noch aus Angst vor der „Deklassierung" (Proletarisierung), aus Aberglauben und Rückständigkeit, gegen die Arbeiterbewegung und gegen den Kommunismus wenden.

Die Formierung „sozial"demagogischer und pseudo-„revolutionärer" Gruppen ist so auch als Ausdruck einer beginnenden oder sich abzeichnenden Krise des Kapitalismus zu verstehen, nämlich einerseits als Reaktion auf die Herausbildung kommunistischer Organisationen des Proletariats und andererseits als Versuch, zunehmende soziale Unzufriedenheit in den kleinbürgerlichen Zwischenschichten für die Interessen der Bourgoiesie zu „kanalisieren". ■

Forts. RAF vor Gericht

Die Zahl der gegenwärtig insgesamt im Knast sitzenden angeblichen Mitglieder der „RAF" u.ä. – mit und ohne Urteil – war für uns nicht zu ermitteln. 55 Gefangene haben wir namentlich festgestellt; in dieser Rechnung fehlt aber z.B. eine siebenköpfige Gruppe aus Wolfsburg und eine vierköpfige Gruppe (von der Polizei als „Werner-Kühni-Gruppe" bezeichnet). **Wir schätzen, daß es insgesamt 70 - 80 Gefangene der „RAF" u.ä.** sein dürften. Dies beinhaltet wohlgemerkt nur Gefangene, die unmittelbar mit der „RAF" oder einer ähnlichen Gruppe in Verbindung gebracht werden (Vorwurf der „kriminellen Vereinigung"), aber nicht Genossen, die z.B. wegen Teilnahme an Hausbesetzungen, an „verbotenen Demonstrationen" oder isolierten Aktionen im Knast sind. Nicht enthalten sind in dieser Zahl außerdem Genossen, die ihre Zeit im Knast abgesessen haben (wie z.B. Fritz Teufel, Johann von Rauch und Marianne Herzog) und verurteilte angebliche „RAF"-Helfer, deren Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Darüberhinaus läuft noch eine größere Zahl von Haftbefehlen gegen weitere angebliche Mitglieder der „RAF" u.ä.



Soidaritätsdemonstration in Frankfurt Ende 73

Die bisher längste Freiheits-Strafe wurde im Februar 73 gegen den Rechtsanwalt Horst Mahler ausgesprochen: 12 Jahre. Ihm wurde die Gründung einer „kriminellen Vereinigung" („RAF") und Teilnahme an einem Banküberfall vorgeworfen. Der zweite Vorwurf stützte sich nur auf eine „Aussage" von Heinz Ruhland. Die Unglaubwürdigkeit Ruhlands wurde von Horst Mahler in seinem Prozeß, wie auch in anderen Prozessen, nachgewiesen. (Ruhland hatte der Gruppe kurze Zeit angehört. Im März 72 wurde er zu 4 1/2 Jahren verurteilt und im August 73 begnadigt und freigelassen als Belohnung

digt und freigelassen als Belohnung
für seine Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz).

Zweimal wurden bisher Freiheitsstrafen von 1o Jahren ausgesprochen. Im Juli 72 wurde Werner Hoppe „wegen dreifachen Totschlagversuchs" zu 10 Jahren verurteilt. Dies ging sogar über den Antrag des Staatsanwaltes (6 Jahre) hinaus. Werner Hoppe war am 15. Juli 71 festgenommen worden, als Petra Schelm erschossen wurde. Er soll mehrere Schüsse auf Polizisten abgegeben haben, jedoch waren die entsprechenden Aussagen der Polizisten voller Widersprüche. Der Polizist, der Werner festgenommen hatte, wurde während des Prozesses am 7.6.1972 für längere Zeit in eine „Sanitäts"-Zelle des UG eingesperrt, weil er auf dem Flur einen Oberkommissar allzu laut gefragt, worin eigentlich der Unterschied zwischen einem Polizei-Bericht und einer Aussage vor Gericht bestehe. Am nächsten Tag war zu lesen, der Polizist sei „verwirrt" gewesen und habe daher „zur Erholung isoliert" werden müssen. (Die haarsträubenden Widersen. (Die haarsträubenden Wider + sprüchlichkeiten im Hoppe-Prozeß sind in AK 21 ausführlich behandelt).

Ebenfalls zu 10 Jahren wurde im November 73 Heinrich Jansen verurteilt. Er war im Dezember 70 festgenommen worden. Heinrich Jansen wurde im Prozeß vorgeworfen, im August 70 und bei seiner Festnahme Schüsse auf Polizisten abgegeben zu haben. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre gefordert.

Zu einer Freiheitsstrafe von 9 Jahren und einem Monat wurde Dieter Kunzelmann 1971 „wegen versuchtem Mord" verurteilt. Er sollte in einer Handtasche verpackt eine Brandbombe zu einem Juristen-Ball in Westberlin gebracht haben. Die Anklage stützte sich auf Behauptungen von Kunzelmanns Freundin Annekatrin Bruhn; diese war rauschgiftsüchtig und wurde von der Polizei offenbar erpreßt und ausgenutzt. Im Juni 73 mußte das Urteil gegen Kunzelmann aufgehoben werden. Im Oktober 73 wurde er wegen Brandstiftung zu 21 Monaten verurteilt.

Zu 8 Jahren wurde im Dezember 73 Gabriele Kröcher verurteilt. Sie soll bei ihrer Festnahme im Juli 73 Polizisten mit der Waffe bedroht haben.

Zu 7 Jahren wurde im November 73 Rudolf Putnik verurteilt; er soll an einem Bankraub in Westberlin teilgenommen haben.

Zu 6 Jahren und 7 Monaten wurde im Dezember 73 Heinz Brockmann verurteilt. Die Anklage lautete auf Teilnahme an einer „kriminellen Vereinigung", versuchte schwere Brandstiftung, Raub, Herbeiführung einer Explosion u.a.m.

Brockmann war „voll geständig". Das Gericht selbst nannte die gegen ihn ausgesprochene Strafe „ungewöhnlich mild": Brockmann hat sich die „Milde" dadurch verdient, daß er – ähnlich wie Ruhland – verschiedene Genossen schwer belastet und zur Zusammenarbeit mit dem Staat bereit ist.

Zu 6 Jahren und 6 Monaten wurde Margit Czenki im Februar 72 verurteilt. Sie soll an einem Bankraub teilgenommen haben.

Zu 6 Jahren wurde im Mai 71 Ingrid Schubert verurteilt. Sie soll bei der Befreiung von Andreas Baader (1970) geholfen haben.

Im selben Prozeß wurde Irene Goergens zu 4 Jahren verurteilt.

Zu je 4 1/2 Jahren wurden im De-
Goergens zu 4 Jahren verurteilt.
Zu je 4 1/2 Jahren wurden im De-
zember 72 Wolfgang und Ursel Huber verurteilt, Sie sollen das Heidelberger „SPK", das mit der „RAF" in Verbindung gestanden haben soll, geleitet haben.

Im selben Prozeß wurde Siegfried Hausner zu 3 Jahren verurteilt.

Carmen Roll, die ebenfalls dem „SPK" angehört haben soll, wurde im Juli 73 zu 4 Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Jahre gefordert.

Till Meyer wurde 1972 wegen „Mordversuch" zu 3 Jahren verurteilt. Er konnte Ende letzten Jahres aus dem Knast entkommen.

Ebenfalls zu 3 Jahren wurde Ilse Bongartz im April 72 „wegen Brandstiftung und schwerem Diebstahl" verurteilt.

Zu 2 1/2 Jahren wurde Helmut Pohl verurteilt wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" („RAF"). Obwohl das Gericht ihn nur für eine „Randfigur" hielt, wurde ihm „straferschwerend" angelastet, „daß er in politischer Verblendung deren (‚RAF') Ziele unterstützt und gefördert hat." („FAZ", 3.3.73). Helmut Pohl wurde später freigelassen, jedoch Anfang dieses Jahres wieder verhaftet.

Johann von Rauch, Bruder des von der Polizei erschossenen Georg von Rauch, wurde im Februar 72 zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Er hatte angeblich bei seiner Festnahme eine Waffe getragen und Widerstand geleistet (was beides nicht bewiesen werden konnte). Johann von Rauch wurde im September 73 aus der Haft entlassen, die verbleibende Strafzeit (10 Monate) „zur Bewährung" ausgesetzt.



Astrid Proll auf dem Weg zum Prozeß. Inzwischen mußte der Prozeß ausgesetzt werden, weil Astrid nach monatelanger Isolier-Haft nicht mehr „verhandlungsfähig" ist.

Margrit Schiller wurde im Februar 73 zu 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die U-Haft bis zum Prozeß (15 Monate) wurde angerechnet und Margrit Schiller vorläufig freigelassen, jedoch Anfang dieses Jahres erneut festgenommen.

Dasselbe Strafmaß wurde im Dezember 73 gegen Marianne Herzog ausgesprochen. Sie soll vom November 70 bis Frühjahr 71 Mitglied der „RAF" gewesen sein. Ein Banküberfall in Kassel sollte ihr auch noch angehängt werden, jedoch scheiterte dieser Versuch. Marianne Herzog saß bis zum Prozeß zwei Jahre in U-Haft und wurde nach dem Prozeß freigelassen.

In einem Prozeß im Juni 73 gegen eine Gruppe, der Kaufhaus-Brandstiftungen in Hamburg angelastet wurden, wurden drei Freiheitsstrafen von je 2 Jahren und zweimal 9 Monaten verhängt.

Die Prozesse gegen angebliche „Baader-Meinhof-Helfer" kommen jetzt ebenfalls ins Rollen. Die „Welt" wußte schon am 10.11.72 von mehr als 60 (!) Ermittlungsverfahren gegen „Sympathisanten" der „RAF" zu berichten.

In diesem Jahr gab es bereits drei Verfahren gegen angebliche „Helfer". 8 Monate gegen einen Buchhändler, 6 Monate gegen einen Pfarrer(beide Urteile „zur Bewährung") und Freispruch einer Architektin.

Ein gewisser Homann war schon im April 73 als „Helfer" zu 3 Monaten (mit „Bewährung") verurteilt worden; sein Vorteil war, daß er zur Zusammenarbeit mit dem Staat und der bürgerlichen Presse bereit war.

Es laufen noch Prozesse gegen Rolf Pohle – angeklagt als „Waffenhändler" der „RAF" und gegen Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Hans-Jürgen Bäcker und Eric Grusdat, die alle 1970 zusammen mit Horst Mahler festgenommen wurden.

Der Prozeß gegen Astrid Proll, angeblich „RAF"-Mitglied, mußte ausgesetzt werden, weil Astrid durch die Haft so kaputt gemacht wurde, daß sie z.Zt. nicht mehr verhandlungsfähig ist.

Gesundheitliche und psychische Schäden durch die Haft sind im übrigen bei den politischen Gefangenen nicht auf Einzelfälle beschränkt. Besonders die Verhängung von Einzelhaft („Isolierfolter") gegen viele Gefangene wirkt sich sehr negativ aus und soll offenbar möglichst viele Genossinnen und Genossen im Knast „mürbe" machen und zugleich abschreckend nach außen wirken.

Die „zweite Welle" wird vorbereitet

Nach der kürzlich erfolgten Verhaftung von Ilse Stachowiak, Margrit Schiller u.a. schrieb die „Frankfurter Allgemeine" (FAZ):

„Was jetzt mehr als gestern Sorge machen muß, sind nicht Sprengkörper und dürftige Pamphlete, wie sie zumeist von irgendwelchen mißratenen Sprößlingen deutscher Bürgerhäuser – Professorensöhne" und Pastorentöchtern – für den brauch des nächsten Tages zusammengebastelt werden. Gefahr droht dem Staat von langfristig geplanter, akribischer Kaderarbeit linksradikaler Gruppen, Organisationen und sogar anerkannter politischer Parteien."
(FAZ, 5.2.1974).

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß demnächst in Dortmund gegen die ehemaligen Presse-Verantwortlichen der „KPD/ML" („Rote Fahne") ein Prozess u.a. nach dem § 129 („kriminelle Vereinigung") beginnen soll (vgl. AK 39, S: 27).

Auch die „KPD" und die „KPD / ML" sind wiederholt als „Kriminelle Vereinigung" diffamiert worden.

Wir wollen im nächsten AK ausführlicher auf diesen Punkt eingehen. ■



Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler 1971 vor Gericht. Sie sollen bei der Befreiung Baaders beteiligt gewesen sein. Die Urteile: Vier Jahre gegen Irene Goergens, sechs Jahre gegen Ingrid Schubert, Freispruch für Horst Mahler in dieser Sache (später wurde Mahler in einem anderen Prozeß zu zwölf Jahren verurteilt).



Polizeiaufmarsch vor dem besetzten Haus Eckhofstr. 39 am Tag der gewaltsamen Räumung.

Am 19. April besetzten Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter und Studenten ein fast leerstehendes Haus in Hamburg-Hohenfelde. In dieser Gegend „saniert" der Hamburger Senat zum Wohle der „Neuen Heimat": Häuser werden abgerissen und gewinnbringende Neubauten, vor allem Eigentumswohnungen zu Wahnsinnspreisen, von der „Bewobau" (Tochtergesellschaft der „Neuen Heimat") errichtet.

Am 23. Mai, nachts, wurde das Haus von einer „Spezialeinheit" der Polizei gestürmt und etwa 70 Bewohner des besetzten Hauses festgenommen.

Der erste Prozeß gegen einige der Genossen, die an der Hausbesetzung teilgenommen hatten, ging im September 73 über die Bühne. Die Urteile: ein Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung gegen einen jungen Arbeiter, neun Monate gegen einen Schüler, auch ohne Bewährung; die anderen vier Angeklagten erhielten zur Bewährung ausgesetzte Strafen von einem Monat Jugendarrest und außerdem je acht Arbeitsauflagen (in Altersheimen).

Ein zweiter Prozeß gegen insgesamt acht Genossen lief im Januar. Die Urteile waren noch härter als im ersten Prozeß: jeweils 16 Monate ohne Bewährung gegen einen Arbeiter und einen Lehrling, einmal 14 Monate, einmal ein Jahr Jugendstrafe, auch ohne Bewährung; in den übrigen vier Fällen Jugendarrrest-Strafen.

Weitere Prozesse stehen bevor. Die bisherigen Urteile zeigen schon, wie der bürgerliche Staat mit denjenigen umspringt, die das „Recht" der Bourgeoisie auf Bodenspekulation und Vernichtung von Wohnraum aktiv in Frage stellen.

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Forts. GEW

der ganze Schmierzettel anderes als eine „p a u s c h a l e R e g e l u n g", die dem Mißbrauch, der antikommunistischen Verhetzung, der Unterdrükkung, der Denunziation und dem Berufsverbot nicht nur Tür und Tor öffnet, sondern geradezu dazu d i e n t.

Auf der HV war eine ganze Reihe von DKP-Anhängern nicht mehr bereit, diesen Kurs mitzugehen. Möglich also, daß die DKP hier und dort ein bißchen zurücksteckt. So hat es zu der Stimmenthaltung der Revisionisten beim „Unvereinbarkeitsbeschluß" des Vorstands gar ein wenig Pseudo-„Selbstkritik" gegeben. Die HV hat gezeigt, was von dieser „Selbstkritik" zu halten ist: Sie ist nicht ehrlich.

Er[…]h solidarischer als die DKP war die [St]ellungnahme der Jusos, in der die DGB-„Unvereinbarkeitsbeschlüsse" mit den Berufsverboten verglichen werden und die Gefahren benannt werden, die sich aus dieser Politik für die Gewerkschaftsbewegung ergeben. Dennoch sind die Jusos der Auffassung, daß es nicht darum gehen kann, „...den Kampf gegen eine angeblich die Interessen der Arbeitnehmer verratende Gewerkschaftsführung zu orientieren".

Außerordentliche Hauptversammlung gefordert!

Als am Ende der HV vom 18.2. der Vorstand seine Schäfchen bereits im Trockenen glaubte, und die Linken einigermaßen ratlos waren, forderte eine Kollegin eine außerordentliche HV zum Thema „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und ließ Unterschriftenlisten dazu herumgehen. Bereits beim Einsammeln der Listen wurde deutlich, daß diese Initiative Erfolg haben und die erforderlichen 200 Unterschriften erreichen würde. Wir begrüßen diese Initiative, weil wir jeden Versuch, den Vorstand zur Diskussion zu z w i n g e n, und dem Willen der Mitgliedschaft Ausdruck zu verleihen, unterstützen. Für ausgesprochen dumm und sagenhaft unverfroren halten wir es allerdings, sich so wie KBW/SSG zu verhalten:

Diese Leutchen schalteten „blitzschnell", wie es so ihre Art ist und versuchten, die Listen f ü r s i c h einzusammeln, als ob es das Selbstverständlichste von der Welt wäre.

Aber das ist t y p i s c h für den KBW/SSG: Immer an die Spitze spurten, immer sich einer Bewegung aufsetzen wollen, immer großartige „Erfolge" herausposaunen, aber n i e in der Lage sein, auch nur eine einzige Sache auf die Beine zu stellen, die Hand und Fuß hat. Da wundert man sich nun im SSG-Hauptquartier über die Q u i t t u n g, die die GEW-Kollegen dieser Politik erteilen. Man sieht förmlich, wie dem „Sekretär der Ortsleitung Hamburg des KBW" der Kopf raucht: „Erstaunlich ist nur, daß trotz dieser Erfolge u n s e r e r (siehe oben!) Politik unter den Lehrern... jeder dieser Erfolge uns nicht ein paar Genossen bringt, sondern ein paar kostet" („Bericht... vom 1.1.74). Tja... Erstaunliche Dinge, unlösbare Rätsel, circulus vituosus.

Für die Erhaltung einer kampfstarken demokratischen Gewerkschaftsorganisation !

Vor einem Jahr war der Versuch des Vorstandes, durch eine Satzungsänderung die HV abzuschaffen, knapp gescheitert. Seit dieser Zeit „regiert" der Vorstand in allen wesentlichen Fragen nicht nur ohne die satzungsmäßige Zustimmung der Mitgliedschaft (Hauptversammlung und Vertrauensleuteversammlung; siehe AK 39), er verstößt auch ständig gegen die Satzung: z.B. willkürliche Absetzung der für Dezember 73 angesetzten HV, Nichteinhaltung gültiger HV-Beschlüsse bis zu scheinbaren Nebensächlichkeiten wie Verstoß gegen die Wahlvorschriften. In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, daß der Vorstand gezielt versucht, die HV „arbeitsunfähig" zu machen. Nachdem eine Satzungsänderung auf ‚legalem Weg' nicht durchgekommen ist, handelt es sich jetzt darum, die demokratische Struktur der GEW Hamburg auf „kaltem Wege" zu zerschlagen, d.h. daß der Vorstand in der Praxis dafür sorgt, daß Mitglieder-Rechte nur noch auf dem Papier stehen, faktisch aber nicht mehr wahrgenommen werden können. Ziel dabei ist, bei der geplanten Zentralisierung der Bundes-GEW die Abschaffung von der HV wie auch die Durchsetzung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" – also eine weitgehende Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie – vorzunehmen. Darum ist es wichtig, daß im Hamburger Landesverband die demokratischen Prinzipien gewerkschaftlicher Arbeit verteidigt werden und daß sie in die Satzungsänderungs-Diskussion der Bundes-GEW eingebracht werden.

Rechte Lehrerorganisationen, die den Charakter ständischer Berufsverbände tragen, unternehmen gegenwärtig heftige Anstrengungen, um ihren Einfluß in der Lehrerschaft zu stärken (Gründung des „Verbandes Bildung und Erziehung" am 18.2. in Bonn). Gerade im Ringen mit diesen Verbänden, besteht unserer Auffassung nach die Pflicht einer Gewerkschaft der Lehrer darin, den demokratischen Kampf zu führen und in allen Fragen der Demokratie eine prinzipielle und klare Alternative zu diesen Verbänden zu bilden, die gerade hierin eine verhängnisvolle Rolle unter der Lehrerschaft spielen (ganz zu schweigen von der „Erziehung" der Kinder!!).

Orientierung auf den Schulkampf

Es reicht nicht aus – überspitzt gesagt – auf Hauptversammlungen mit dem Vorstand in den Ring zu steigen, so wichtig diese Auseinandersetzungen auch sind. Es ist notwendig, die bildungspolitischen Aufgaben der Gewerkschaft wahrzunehmen und eine gewerkschaftliche Basisarbeit an den Schulen vielfach überhaupt erst in Gang zu bringen.

Die „Bildungspolitik" des Vorstandes besteht darin, aus taktischen Gründen mal zu dieser, mal zu jener Frage einen großen Wirbel zu machen. Mal ist es der NC, mal die zu großen Klassenstärken, jetzt Besoldungsfragen. Was dabei unterm Strich bleibt, ist zwar nirgendwo eine wesentliche Veränderung der bestehenden Mißstände, aber fast immer ein ‘Entgegenkommen des Hamburger Senats’, eine ‘Übernahme der GEW-Vorstellungen in das SPD-Wahlprogramm’, ein ‘beachtlicher Erfolg der Bemühungen des Vorstandes’, eine ‘feste Zusage, man werde die Vorstellungen der GEW berücksichtigen’ etc. Unserer Meinung nach wird hier letztendlich Schindluder mit den Interessen der Lehrer betrieben.

Alles deutet darauf hin, daß es sich beim „Kampf" gegen das 2. BesVNG ähnlich verhält. Das einzige, was die Politik des GEW-Vorstandes wesentlich hierbei vom rechten „Deutschen Lehrerverband Hamburg" unterscheidet, ist die Ankündigung einer Urabstimmung über die Durchführung eines Warnstreiks – was zwar ungeheuer „radikal" klingt, bis zu dessen Durchführung es aber noch ein l a n g e r Weg ist. Es wird ausschließlich die Frage der verschlechterten Besddung eines Teils der Hamburger Lehrer gesehen (wogegen sich allerdings auch Hamburger Elternräte stark machen sollen).

Aufgabe einer Gewerkschaft der Lehrer wäre es indessen, für bildungspolitische Forderungen zu kämpfen, in deren Mittelpunkt klar das gemeinsame Interesse an Schule und Ausbildung von Schülern, Eltern, insbesondere aus der Arbeiterschaft, u n d Lehrern steht. Dazu ist es notwendig, das 2. BesVNG im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lehrerausbildung, dem Numerus Clausus und dem Lehrermangel, mit den neuen Unterrichts-Richtlinien und der Schulmisere insgesamt zu sehen. Insbesondere ist es notwendig, deutlich zu : machen, daß all diese Maßnahmen letztlich eine Verschärfung des Bildungsprivilegs gegen die Arbeiterklasse zum Inhalt haben. Genau das muß der Kern unseres Kampfes sein, wenn wirklich Verbesserungen erreicht und eine gemeinsame Kampffront mit Eltern und Schülern aufgebaut werden soll.

Es wird ein wesentlicher Schwerpunkt in der Gewerkschaftsarbeit der demokratischen Lehrer sein müssen, eine solche bildungspolitische Linie in der Auseinandersetzung mit dem Vorstand zu erarbeiten. ■

Bündniskommission des KB/ Gruppe Hamburg

Forts. Metall-Lehrlinge

heitstagen eingeführt, Prämien gestrichen usw. Mit diesen Maßnahmen gelang es der GL weitgehend, die Genossen der Gruppe KPD/ML von den Kollegen zu isolieren. Im Verlauf des Jahres 73 brach die Arbeit der Gruppe KPD/ML in der Lehrwerkstatt fast völlig zusammen.

In dieser Situation kamen die Kündigungen im Dezember völlig überraschend. Betroffen waren ein Jugendvertreter und ein Vertrauensmann. Die Gründe für die Kündigungen waren willkürlich zusammengesucht (Verspätung, einzelne Leistungen, Berichtsheft usw.). Klar ist, daß die wahren Kündigungsgründe politischer Natur sind. Als JV bzw. Vertrauensmann hatten die beiden Kollegen sich aktiv für die Interessen der Lehrlinge eingesetzt. Der Coup der GL galt den Vertretungsorganen der Lehrlinge, die seit den Wahlen 1972 eine Bastion der Linken waren. Die Gewerkschaftsführung hatte ihr soll bei der Bekämpfung der Linken schon vor einem Jahr erfüllt, als sie mehrere Lehrlinge aus der Gewerkschaft ausgeschlossen hatte. Und auch jetzt leisteten die gewerkschaftlich organisierten BRs bis hin zum SEW-BR Schützenhilfe. Zuerst versuchten sie, die Kündigungen so lange es ging vor den Lehrlingen geheimzuhalten. Aber die Lehrlinge bekamen dennoch Wind von der Sache. Sie legten die Arbeit nieder und zogen geschlossen zur Ausbildungsleitung und zum BR. Während die AL die Kündigungen bestätigte, wagten es die Betriebsräte immer noch frech zu lügen: ihnen sei von den geplanten Kündigungen nichts bekannt. Später, als sie das auch nicht mehr aufrecht erhalten konnten, forderten sie die Lehrlinge auf, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen und verwiesen auf die nächste BR-Sitzung, in der über die Sache entschieden werde.

Nach diesen Erfahrungen mit dem BR verließen sich die Lehrlinge natürlich nicht mehr darauf, daß der BR sich für ihre Interessen einsetzen würde. Sie legten an drei Tagen jeweils für ca. zwei Stunden die Arbeit nieder und versammelten sich, um die Lage zu besprechen.

In dieser Situation erwies es sich, daß die Lehrlinge gehandicapt waren durch die falsche aktionistische Politik, die die Linken (vor allen Dingen die KPD/ML) bisher bei Osram gemacht hatten. Die spontane Bereitschaft zur Solidarität mit den gefeuerten Kollegen war sehr groß und das ist sicherlich auch auf die aktive Arbeit der Genossen von der Gruppe KPD/ML (RF) zurückzuführen. Andererseits zeigten die Lehrlinge doch eine gewisse Ratlosigkeit, was zu tun sei. Es zeigte sich sehr bald, daß es nicht möglich sein würde, die Rücknahme der Kündigungen zu erzwingen. Gerade für die noch relativ unbewußten Lehrlinge mußte das zu der Schlußfolgerung führen, daß die oben doch am längeren Hebel sitzen und daß man eben doch nichts ändern kann.

Zu dieser resignativen Stimmung mußte es kommen, weil die Linken bisher vernachlässigt hatten, bei den Lehrlingen Klarheit zu schaffen über die gesellschaftliche Situation, speziell über das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es war den Lehrlingen nicht in genügendem Maße klar, daß der Angriff der GL gegen ihre Vertretungsorgane Teil eines Großangriffs der Bourgeoisie gegen die Rechte der Arbeiterklasse auf allen Ebenen ist. Klar war ihnen auch nicht, daß die Arbeiterklasse insgesamt diesem Großangriff noch nicht viel entgegenzusetzen hat und daß darum auch mit kurzfristigen Erfolgen im Einzelnen nicht unbedingt zu rechnen ist.

Darum kam es in dieser Situation besonders darauf an, diese Zusammenhänge zu erklären und die Lehrlinge auf die langfristigen Aufgaben zu orientieren. Genau in die richtige Richtung zielten die Beiträge der Lehrlinge, die noch während der Streikversammlung auf die Vertrauensleutewahlen hinwiesen, die noch in diesem Frühjahr stattfinden werden. Wenn es schon nicht gelungen ist, den Schlag der Kapitalisten in diesem konkreten Fall zu parieren, dann kann es aber jetzt gelingen, den Wunschvorstellungen der GL bei den VL-Wahlen eine Absage zu erteilen. Besonders wichtig aber ist es, um den Erfolg auch langfristig zu sichern, eine breite Diskussion unter den Lehrlingen zu entwickeln über die politische Lage der Arbeiterklasse und über die langfristigen Aufgaben im Klassenkampf.

Über diesen Aufgaben darf natürlich nicht die Solidarität mit den Entlassenen vernachlässigt werden. Wie schon eingangs erwähnt erfolgte ja aus Anlaß des Streiks noch eine weitere Kündigung. Zwei Prozesse vor dem Arbeitsgericht laufen noch. Die Lehrlinge werden ihre gekündigten Kollegen in diesen Prozessen mit Zeugenaussagen unterstützen. Es muß noch organisiert werden, daß sich möglichst viele Lehrlinge daran beteiligen.

In dem dritten Fall ist schon alles gelaufen. Die Gewerkschaft hat für den Kollegen einen „Kompromiß" mit der GL „ausgehandelt": Er bekommt die volle Dezembervergütung ausgezahlt, obwohl ihm rechtlich nur die Hälfte „zustehen" würde. Man überlege sich: Nur ca. 150 DM kostet es heute einen Kapitalisten, einen „unliebsamen" Lehrling loszuwerden. ■

KB-Westberlin

Polizeischikane gegen ROTE HILFE Flensburg

Die Rote Hilfe Flensburg hat uns folgende Notiz mit der Bitte um Veröffentlichung zugeschickt.

Die Rote Hilfe Flensburg arbeitet seit etwa einem dreiviertel Jahr. Sie führte Aktionen (Stände, Flugblätter), die gegen die völlige Entrechtung politischer Häftlinge, gegen die Isolierfolter und die Klassenjustiz gerichtet waren, durch. Auch beteiligte sich die RH an einem Rot-Punkt-Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen in Flensburg.

Bereits im November vergangenen Jahres benutzte die Polizei die Abwesenheit eines Genossen, um seine Wohnung zu durchsuchen und zu verwüsten. Am Freitag, den 8.2. kam es erneut zu Haussuchungen und Verhören. Morgens um acht Uhr drangen die Bullen in drei !!! Wohnungen von RH-Genossen ein, druchsuchten sie zwei Stunden lang und verhörten die Genossen! Hausdurchsuchungsbefehle hatten sie nicht, sie bezogen sich auf den §129 „Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung". Bei einem Genossen brachen die Popos mit Nachschlüsseln ein, weckten dessen Mutter, die noch schlief und durchsuchten die Wohnung. Einen Fotografen hatten sie auch dabei, der Dinge wie eine Campingausrüstung, einen Gaskocher und eine Harpune fotografierte. Sie beschlagnahmten legale Bücher und Broschüren und ein ca. 30 cm langes Stück Brennholz. Die Genossen wurden auf dem Polizeirevier eine dreiviertel Stunde lang verhört.

Verstärken wir unsere Solidarität, setzen wir dem staatlichen Terror die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und anderer ausgebeuteter Schichten entgegen. – Solidarität hilft siegen –
Nieder mit dem Bonner Polizeistaat!
Kampf der Klassenjustiz!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Hände weg von der Roten Hilfe! ■

Inhalt